

Mit Sicherheit keine Entwicklung!

Die Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit
Eine Studie von Jürgen Wagner

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	7	4.4 Dammbruch: Die sicherheitspolitische Erweiterung der ODA-Kriterien	27
1. Die „Neuen Kriege“ und der entwicklungspolitische Paradigmenwechsel	9	4.5 Sicherheitssektorreform: Entwicklungshilfe als Aufstandsbekämpfung	29
1.1. Der Staatenkrieg als Auslaufmodell	9	4.6 Kriegseinsätze mit Entwicklungshilfegeldern?	31
1.2 Kriegsursachen aus Sicht der Theorie der Neuen Kriege	10	4.7 Krieg als Entwicklungshilfe: Das Beispiel der African Peace Facility	33
1.3 Krieg als militärischer Humanismus	11	4.8 Die Zweckentfremdung der Entwicklungshilfe: Das Drama in Zahlen	34
1.4 Krieg als sicherheitspolitischer Imperativ	12	4.9 Kurz vor dem Rubikon: Österreichische Kriegsentwicklungshilfe im Tschad	34
1.5 Die Neuen Kriege: Steigbügelhalter für die Rekolonisierung der Peripherie	12	4.10 Kritik: Sicherheit statt Entwicklung	36
2. Armut als Kriegsursache: Die Militarisierung des Neoliberalismus und die Krisentendenzen der Weltwirtschaftsordnung	15	Exkurs: Die Vereinigten Staaten als Blick in die Kristallkugel	37
2.1 Die Bankrotterklärung des Neoliberalismus	15	5. CIMIC – Das Ende eigenständiger Entwicklungszusammenarbeit	41
2.2 Armut als Kriegsursache Nummer Eins	16	5.1 CIMIC I: Vereinte Nationen	41
2.3 Krisentendenzen und militärischer Neoliberalismus	17	5.2 CIMIC II: Europäische Union	44
2.4 Empire EUropa: Militärischer Investitionsschutz als entwicklungspolitisches Projekt	18	5.3 CIMIC III: NATO	46
3. Stabilitätsexport als neues außen- und entwicklungspolitisches Leitbild	19	5.4 Afghanistan: Prototyp Zivil-militärischer Aufstandsbekämpfung	48
3.1 Stabilitätsexport als moralisch-sicherheitspolitischer Imperativ	19	5.5 Von Helfern zu Kollaborateuren zu Anschlagzielen	49
3.2 Vernetzte Sicherheit: Die Subordination der Entwicklungshilfe	21	5.6 Fazit: CIMIC als integraler Bestandteil westlicher Kriegspolitik	54
3.3 Entwicklungspolitischer Paradigmenwechsel: Von der Armutsbekämpfung zur Sicherheitspolitik	22	6. Neoliberales Nation Building	56
4. Krieg als Entwicklungshilfe	24	6.1 Neoliberalismus als europäische Kernideologie	56
4.1 Was ist ODA?	24	6.2 Bittere Medizin: Neoliberale Entwicklungshilfe als Armutsbekämpfung	57
4.2 Phantomhilfe und vorgegaukelte Großzügigkeit	24	6.3 Neoliberales State Building I: Theorie	59
4.3 Sicherheitskonditionalität: Entwicklungshilfe als Terrorbekämpfung	25	6.4 Neoliberales State Building II: Afghanistan	59
		6.5 Neoliberales State Building III: Kosovo	61

7. Verschärfung von Armutskonflikten und globaler Kriegszustand	64
7.1 Neoliberaler „Stabilitätsexport“ und selektive Interessensdurchsetzung	64
7.2 Stabilitätsexport und gewaltsamer Widerstand	65
8. Fazit: Plädoyer für eine systemkritische Fokussierung der Entwicklungspolitik	67
9. Parlamentarische Initiativen der Bundestagsfraktion DIE LINKE.	68
Bibliographie	89

Abbildungsverzeichnis

Grafik 1 Die Kluft zwischen Arm und Reich: Immer größere Unterschiede zwischen Industrie- und Entwicklungsländern	15	Tabelle 1 Phantomhilfe der EU-Länder im Jahr 2005	25
Grafik 2 Armut fördert Bürgerkriege: Mit wachsendem Wohlstand sinkt die Gefahr gewaltsamer Konflikte	16	Tabelle 2 Aufschlüsselung der dem Statistischen Berichtssystem des DAC im Jahr 2005 gemeldeten sicherheitsrelevanten Ausgaben (in Mio. Dollar)	35
Grafik 3 Rohstoffe finanzieren Krieg und Terror	17	Tabelle 3 Opfer unter humanitären Helfern zwischen 1997 und 2005	53
Grafik 4 Bedrohungsanalyse der deutschen und europäischen Sicherheitsstrategie	20	Tabelle 4 Truppenbedarf für den „Stabilitätsexport“	64
Grafik 5 Alternative Bedrohungsanalyse unter Berücksichtigung der Folgen von Neoliberalismus und Armut	66	Kasten 1 ODA-Anrechenbarkeit bestimmter Ausgaben im Bereich Krisen, Friedensentwicklung und Sicherheit	28
		Kasten 2 Auszug aus dem Protokoll zur Fragestunde im Deutschen Bundestag am 8.11. 2006	50
		Kasten 3 Zivil-militärische Zusammenarbeit - Kritikpunkte	55

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030/22 75 1170, Fax: 030/22 75 6128

E-Mail: fraktion@linksfraktion.de

V.i.S.d.P.: Ulrich Maurer, MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer

Autor: Jürgen Wagner

Redaktion: Heike Hänsel, Alexander King

Kontakt: Heike Hänsel, MdB

Entwicklungspolitische Sprecherin

Telefon: 030 / 22 77 31 79, Fax: 030 / 22 77 61 79

Email: heike.haensel@bundestag.de

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

Liebe Leserin, lieber Leser,

Jahrhunderte lange koloniale Ausbeutung der Länder und Gesellschaften des Südens durch den Norden, fortgesetzt durch eine neoliberale Weltwirtschaftsordnung, flankiert von US-amerikanischer und europäischer Kriegspolitik, bedeuten eine ständige Bedrohung für die Existenz von Millionen von Menschen.

Doch die Bundesregierung verdreht beharrlich Ursache und Wirkung, etwa, wenn sie in ihrem Koalitionsvertrag formuliert: „Die Folgen der sich verschärfenden Entwicklungsprobleme vor allem in Afrika, aber auch in Teilen Asiens und Lateinamerikas, gefährden unmittelbar Frieden und Wohlstand in Deutschland und Europa.“ Eine bewusst verquere Analyse, die den reichen Norden zum bedrohten Opfer und den armen Süden zum potenziellen Aggressor macht – mit weitreichenden Folgen für die Ausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik.

Wir erleben eine Entgrenzung von sogenannter Sicherheitspolitik. Alles ist heute sozusagen eine Frage der Sicherheit für die reichen Gesellschaften in den Industrieländern. Armut, Klimakatastrophe, Energieknappheit. Dadurch wird auch Entwicklungszusammenarbeit zunehmend militärischen Strategien untergeordnet, zivile Hilfe mit militärischer Intervention verzahnt. Das Umleiten von Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit in die Etablierung von Sicherheitsapparaten lässt, auch angesichts der polizeilich definierten Aufgaben der Bundeswehr in den betroffenen Ländern, den Unterschied zwischen humanitären und militärischen Einsätzen immer weiter verschwimmen.

Augenfälligste Beispiele: Militärische Einsätze in Afrika werden aus dem Europäischen Entwicklungsfonds finanziert und in Afghanistan üben sich Soldatinnen und Soldaten im „Wiederaufbau“, um die Akzeptanz der militärischen Besatzung zu erhöhen – zu dem Preis, dass sie damit die Arbeit der zivilen HelferInnen gefährden, die auf ihre Neutralität und Unabhängigkeit angewiesen sind.

Die vorliegende Studie, die Jürgen Wagner von der Informationsstelle Militarisation in Tübingen im Auftrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE erstellt hat, zeigt, wie die schleichende Umdeutung von Entwicklungspolitik als Beitrag zu Stabilisierung, Nation Building und (militärischer) Sicherheit vorangetrieben wird. Die Studie beschreibt das bereits unter der rot-grünen Regierung entwickelte Konzept der „vernetzten Sicherheit“, das von der großen Koalition weiter ausgebaut wird und dazu führt, dass immer mehr Gelder der Entwicklungszusammenarbeit weg von der Armutsbekämpfung hin zu sicherheitspolitischen Maßnahmen umgeleitet werden.

Die Fraktion DIE LINKE hat in der 16. Wahlperiode in Anträgen und Anfragen, auf Bundestagsanhörungen und in der Öffentlichkeit diese Entwicklung thematisiert und gefordert, dass zivile Hilfe in zivilen Händen verbleibt. Entwicklungspolitik darf nicht in den Dienst militär- oder geostrategischer Interessen genommen werden. Stattdessen muss sie ihre eigenständige Rolle definieren und ihren ausschließlich zivilen Beitrag zu Konfliktprävention und Konfliktbearbeitung als Alternative zu Militäreinsätzen verteidigen bzw. neu erkämpfen.

Soldaten sind keine Entwicklungshelfer!



Heike Hänsel, MdB,

entwicklungspolitische Sprecherin
der Bundestagsfraktion DIE LINKE

„Armut zu bekämpfen, ist die übergeordnete Aufgabe der deutschen Entwicklungspolitik.“ Bundesministerium für Zusammenarbeit: Entwicklungspolitische Jahresrückblick 2005, S. 7

„Das vorrangige, alles umfassende Ziel der EU-Entwicklungszusammenarbeit ist die Beseitigung der Armut im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung, wozu auch die Verfolgung der Millenniums-Entwicklungsziele gehört.“

Der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik 2006, S. 2

„Das 21. Jahrhundert wird die Ära eines neuen Kolonialismus sein. [...] Dem Wettbewerb nicht gewachsene Regionen werden untergehen. Die Kolonien der Zukunft werden vor allem Ressourcenlieferanten und Absatzmärkte für die Kolonialmächte sein. Die politische Führung und danach das Militär der reichen Länder treten nur dann in Aktion, wenn ihre wirtschaftlichen Interessen durch illegale Praktiken oder die Ausübung von Gewalt beeinträchtigt werden - nationale Interessen sind heutzutage in erster Linie wirtschaftliche Interessen. [...] Sich verschärfende weltweite soziale Gegensätze werden dazu führen, daß die Instrumente Diplomatie, wirtschaftliche Hilfe und humane Interventionen immer selektiver eingesetzt werden.“

Oberstleutnant i.G. Reinhard Herden, Truppenpraxis/ Wehrausbildung 2-3/1996

Einleitung

Obwohl die reichen Industrienationen seit jeher bestrebt sind, die Vergabe von Entwicklungshilfe¹ als selbstloses Unterfangen zu verkaufen, zielte sie stets auch oder sogar primär auf die Durchsetzung machtpolitischer Interessen ab²: „Für die Geberländer war und ist Entwicklungshilfe ein Instrument, um ihre außenpolitischen Ziele zu verfolgen. Offiziell bezogen sich diese Ziele auf ökonomische, soziale, kulturelle und politische Entwicklung, mit einer besonderen Betonung auf Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung in der Dritten Welt. Trotzdem waren die Motive der meisten Geberländer weniger altruistisch und bezogen sich eher auf die Verfolgung egoistischer Interessen.“³

Gerade zu Beginn des Kalten Krieges richteten sich Art, Form und Umfang der bereitgestellten „Leistungen“ primär nach den Erfordernissen im „Kampf gegen den Kommunismus“, dem sämtliche Ressourcen untergeordnet wurden. Erst im Laufe der 1960er geriet die unterschiedslose Vermengung humanitärer und sicherheitspolitischer Motive immer stärker in die Kritik. „Unterentwicklung wurde zunehmend als eigenständiges Problemfeld gesehen; eine Vermischung mit wirtschaftlichen und politisch-strategischen Überlegungen als hinderlich oder sogar kontraproduktiv.“⁴ Vor diesem Hintergrund bildete sich innerhalb der Entwicklungscommunity allmählich ein Konsens heraus, das eigene Arbeitsfeld nicht mehr länger korrumpieren zu lassen, die Vergabe von Entwicklungshilfe explizit auf das Ziel der unmittelbaren Armutsbekämpfung zu verpflichten und so weit wie möglich von sicherheits- und machtpolitischen Erwägungen zu entkoppeln.⁵

Genau diese strikte Trennung erodiert in jüngster Zeit zusehends, erneut ist „eine Annäherung zu verzeichnen, die noch vor wenigen Jahren undenkbar erschien.“⁶ Aus diesem Grund schlagen mittlerweile zahlreiche – wenn auch leider beileibe nicht alle – Entwicklungshilfeorganisationen in Europa (und den USA) Alarm: „Die Entwicklungspolitik droht mehr und mehr in sicherheitspolitischen Überlegungen eingebettet zu werden“, kritisiert bspws. Josef Sayer von Misereor.⁷ Das ganze Politikfeld läuft somit Gefahr, erneut unter das „Kuratel der Sicherheitspolitik“ zu geraten.⁸ Offensichtlich hat ein fundamentaler entwicklungspolitischer Prioritätenwechsel stattgefunden, der von zwei Autoren des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) folgendermaßen treffend zusammengefasst wurde: „Keine Entwicklung ohne Sicherheit“ wird immer mehr zu einem entwicklungspolitischen Paradigma, das neue Handlungsweisen in der Entwicklungspolitik erforderlich macht.“⁹

Diese hier als „Versicherheitlichung“ (securitization) bezeichnete Entwicklung soll in dieser Studie in ihren verschiedenen ideologischen, interessengeleiteten, strukturellen und praktischen Dimensionen für Deutschland und die Europäische Union¹⁰ untersucht und kritisch auf ihre Auswirkungen für die Entwicklungshilfe als Instrument zur Armutsbekämpfung überprüft werden.¹¹ Dabei wird gezeigt, dass dringend benötigte Gelder für die Durchsetzung macht- bzw.

¹ Die Begriffe „Entwicklungshilfe“ und „Entwicklungszusammenarbeit“ werden in dieser Studie synonym verwendet.

² Vgl. bspw. Hudson, Michael: *Super Imperialism: The Economic Strategy of American Empire*, London 2003 [1972]; Hayter, Teresa: *Aid as Imperialism*, Harmondsworth 1971. Vgl. für eine der wenigen Gegenpositionen McGillivray, Mark: *Modelling Aid Allocation. Issues, Approaches and Results*, World Institute for Development Economics Research (WIDER), Discussion Paper No. 2003/49.

³ Olav Stokke zit. nach Frerks, Georg: *The Use of Peace Conditionalities in Conflict and Post-conflict settings: A Conceptual Framework and a Checklist*, Netherlands Institute of International Relations ('Clingendael'), Conflict Research Unit, October 2006, S. 5.

⁴ Brzoska, Michael: *Analyse und Empfehlungen zur internationalen Erfassung von sicherheitsrelevanten Ausgaben innerhalb und außerhalb der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA)*, BICC paper 53/2006, S. 7.

⁵ „In den letzten Jahrzehnten gelangten viele in der Entwicklungshilfecommunity zu dem Schluss, dass die Risiken sich mit konflikt- und sicherheitsrelevanten Angelegenheiten zu befassen die Vorteile überwogen. Die Risiken bestanden darin, exzessiv in die egoistische Außen- und Sicherheitspolitik der wichtigsten Geberländer verwickelt zu werden; in der Politisierung und ‚Verunreinigung‘ von Entwicklungshilfeprogrammen; in der Erhöhung des Risikos für humanitäre Helfer vor Ort; und, dass die Entwicklungshilfeanfälle für die Ausnutzung durch mächtige nationale Sicherheitsakteure werden.“ Vgl. Greene, Owen/Vienings, Tracy: *Promoting Conflict Sensitive Development Aid in Africa: Issues and Challenges, Conflict Prevention, Management and Reduction in Africa*, Paper 6, ohne Jahr, S. 4. Wie in dieser Studie gezeigt werden soll, waren diese Sorgen sehr berechtigt und kommen heutzutage allesamt voll zum Tragen.

⁶ Hamann, Birte: *Sicherheit und Entwicklung. Veränderungen in der Entwicklungspolitik der USA und Deutschlands angesichts neuer Sicherheitsbedrohungen*, Kölner Arbeitspapiere zur internationalen Politik, Nr.30/2005, S. 108; vgl. auch Tannous, Isabelle: *Schnittstellen von Entwicklung und Sicherheit der EU. Strategien und Mechanismen für mehr Politikkohärenz*, BICC, März 2007, S. 4: „Noch vor wenigen Jahren wäre es ebenso undenkbar gewesen, auf Expertise und Ressourcen der Entwicklungspolitik für originär militärische Maßnahmen zurückzugreifen wie militärische Akteure zur Unterstützung entwicklungspolitischer Zielsetzungen zu verpflichten.“

⁷ Martin, Peter: *Entwicklungspolitik im Zeichen des Kampfes gegen den Terrorismus*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 35-36/2004.

⁸ Schilder, Klaus: *EU-Entwicklungspolitik – Unter dem Kuratel der Sicherheitspolitik?*, Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, 02/2004.

⁹ Klingbiel, Stephan/Roehder, Katja: *Das entwicklungspolitisch-militärische Verhältnis: Der Beginn einer neuen Allianz?*, DIE Analysen und Stellungnahmen, 1/2004, S. 1.

¹⁰ Die parallele Schwerpunktsetzung ergibt sich zwingend aus der Relevanz, die der Europäischen Union für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit zukommt: „Deutschlands Beitragszahlungen an die Europäische Gemeinschaft (EG) stellen den wichtigsten Einzelposten seiner multilateralen ODA dar (rd. 60% der multilateralen Leistungen bzw. durchschnittlich 20% der gesamten ODA-Bruttoleistungen).“ Vgl. OECD-DAC Prüfbericht über die Entwicklungszusammenarbeit, 2006.

¹¹ Insofern weicht die hier verwendete Methodologie von der „Kopenhagener Schule“ um Barry Buzan und Ole Weaver ab, die primär konstruktivistisch argumentiert, ohne auf den strukturellen Niederschlag der von ihnen begrifflich geprägten Versicherheitlichung einzugehen. Der hier verfolgte Ansatz findet sich bspws. auch bei Popovic, Goran: *Securitization of EU development policy. To what extent has the EU development policy become securitized in the post-9/11 environment?*, Lund University, Spring 2007. Vgl. zur Kopenhagener Schule vgl. Buzan, Barry/Weaver, Ole/Wilde, Jaap de: *Security: A New Framework for Analysis*, Boulder 1998.

sicherheitspolitischer Interessen bis hin zur Finanzierung von Kriegeinsätzen regelrecht zweckentfremdet und so der Armutsbekämpfung entzogen werden.

Darüber hinaus droht die Entwicklungshilfe immer mehr zu einem integralen Bestandteil der westlichen Kriegs- und Besatzungspolitik zu werden, die auf die Perpetuierung bestehender Hierarchie- und Ausbeutungsverhältnisse, statt auf deren Überwindung abzielt. Mehr noch, sie trägt mittlerweile sogar maßgeblich zu ihrer Effektivierung bei, wie hier herausgearbeitet werden soll. So warnt Peter Runge vom Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) davor, „dass Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe zum festen Bestandteil politisch-militärischer Interventionsstrategien werden und diese unterstützen, flankieren oder legitimieren sollen – wie im Fall der militärischen Interventionen in Afghanistan oder im Irak bereits geschehen.“¹² Eine kritische Analyse der Versicherheitlichung kann und darf sich somit nicht allein auf die bloße Zweckentfremdung und Umleitung von Geldern zugunsten sicherheitsrelevanter Bereiche reduzieren, sondern muss auch die Funktion der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) als Flankierungsmaßnahme für die herrschenden Ausbeutungsstrukturen des globalen Weltwirtschaftssystems in den Blick nehmen.

In dieser Studie soll deshalb zuerst der Frage nachgegangen werden, wie eine derart weit gehende Re-Instrumentalisierung der Entwicklungspolitik gelingen konnte. Hierfür werden zunächst die ideologischen Prämissen des entwicklungspolitischen Paradigmenwechsels dargestellt, die dem Prioritätenwandel von der Armutsbekämpfung zur Sicherheitspolitik zugrunde liegen. Zentral ist in diesem Zusammenhang die Theorie der Neuen Kriege, die Bürgerkriege in der so genannten Dritten Welt nahezu ausschließlich auf Binnenfaktoren (Habgier von Warlords, religiöse oder ethnische Konflikte usw.) zurückführt, womit die Frage der Krieursachen bewusst von der Interessenspolitik der kapitalistischen Mächte und den Auswirkungen der Weltwirtschaftsordnung abgekoppelt wird. Da diese Gewaltkonflikte nahezu ausschließlich auf die Erosion staatlicher Strukturen zurückgeführt werden, leitet sich hieraus die Forderung ab, sämtliche Kapazitäten einschließlich der Entwicklungshilfe auf die Herstellung von Sicherheit, Stabilitätsexport und Staatsbildung (Nation bzw. State Building¹³) zu konzentrieren. Dabei wird argumentiert, dass so genannte gescheiterte Staaten, in denen Bürgerkriege herrschen, ohne eine militärische Stabilisierung mit anschließender Staatsbildung nicht zu einer Integration in den Weltmarkt in der Lage seien, die wiederum als Vorbedingung für eine erfolgreiche Bekämpfung von Armut und hieraus resultierenden Konflikten

zurechtinterpretiert werden. Hiermit wird Absicherung und Ausweitung der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung kurzerhand zu einem entwicklungspolitischen Projekt umdefiniert, eine Fokussierung entwicklungspolitischer Maßnahmen auf Stabilitätsexport und Nation Building zulasten der unmittelbaren Armutsbekämpfung begründet und eine Umleitung entsprechender Mittel in sicherheitsrelevante Bereiche legitimiert (Kapitel 1).

Damit ignoriert dieses Konstrukt jedoch, dass die Krieursachenforschung nahezu einheitlich Armut als zentrale Konfliktursache identifiziert. Die durch die herrschende Weltwirtschaftsordnung verursachte Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung führt demnach zu wachsenden Auseinandersetzungen, die sich in zunehmendem Widerstand und Krisentendenzen ausdrücken (Kapitel 2).

Dennoch hat die Theorie der Neuen Kriege einen beeindruckenden Siegeszug im gesamten politikwissenschaftlichen Spektrum angetreten, weil sie sich perfekt als Rechtfertigungsideologie des neuen Militärinterventionismus eignet. Dies zeigt sich insbesondere anhand der Sicherheitsfokussierung innerhalb der Strategieplanung. Sowohl in den zentralen sicherheits- als auch entwicklungspolitischen Dokumenten wird der Staatsbildung absolute Priorität eingeräumt, wofür vor allem eine enge Zivil-militärische Zusammenarbeit als notwendig erachtet wird. Dabei ist das Konzept der „vernetzten Sicherheit“ von besonderer Bedeutung, in dessen Rahmen die Entwicklungspolitik zu einem integralen Bestandteil westlicher Außenpolitik umfunktioniert und dabei außen- und sicherheitspolitischen Interessen untergeordnet wird (Kapitel 3).

Das anschließende Kapitel behandelt die direkte Zweckentfremdung von Entwicklungshilfegeldern für sicherheitspolitische Belange, insbesondere durch die so genannte Sicherheitskonditionalität, bei der die Vergabe von Geldern an außenpolitisches „Wohlverhalten“, insbesondere im Rahmen des „Kriegs gegen den Terror“ geknüpft wird. Zudem findet eine Re-Allokation der Mittelvergabe statt, die sich immer stärker auf strategisch relevante Länder konzentriert. Noch gravierender ist die Aufweichung der ODA-Kriterien¹⁴, die lange sicherheitsrelevante Bereiche kategorisch ausgeschlossen hatten. Diese Kriterien sind von enormer Relevanz, da sie festlegen, welche Maßnahmen der Geberländer als armutsorientierte Entwicklungshilfe einzustufen sind. Wenn auch noch nicht ODA-anrechenbar werden bereits heute verschiedentlich Militäreinsätze aus Entwicklungshilfetöpfen finanziert, bspw. über die African Peace Facility. Mittlerweile häufen sich sogar die Forderungen, selbst „humanitäre Interventionen“ und „Stabilisierungsmissionen“ wie bspw. in Afghanistan als ODA abrechnen zu können,

¹² Runge, Peter: Zwischen Distanz und Kooperation.

Zum Spannungsverhältnis von Sicherheitspolitik und Entwicklungspolitik, in: INKOTA-Brief 133, September 2005.

¹³ Die Begriffe Staatsbildung sowie Nation Building und State Building werden hier synonym verwendet.

¹⁴ Nach einem Kriterienkatalog der OECD wird festgelegt, welche Ausgaben ein Staat als „Offizielle Entwicklungshilfe“ (ODA) deklarieren darf. Daraus berechnet sich die ODA-Quote, der Anteil der ODA am Bruttonationaleinkommen.

womit ein drastischer Anstieg der ODA-Quote¹⁵ vorgegaukelt werden könnte. In diesem Bereich droht derzeit ein gewaltiger Dammbruch, nachdem die OECD im April 2008 erstmals signalisierte, künftig auch die Kosten für westliche Militäreinsätze als ODA anzuerkennen. Auch die Absicht, die Entwicklungshilfe unmittelbar für die Durchsetzung ökonomischer und machtpolitischer Interessen zu instrumentalisieren, wird immer deutlicher sichtbar (Kapitel 4).

Im Rahmen der so genannten Zivil-militärischen Zusammenarbeit (CIMIC) wird die Entwicklungshilfe zu einem integralen Bestandteil von Stabilisierungsmissionen, die in der jeweiligen Bevölkerung häufig als ein quasi-koloniales Besatzungsregimes wahrgenommen werden. Indem sie dabei der militärischen Logik untergeordnet wird, verliert die Entwicklungshilfe ihre politische Neutralität, was fatale Folgen hat: Humanitäre Helfer werden zu Gegnern und zunehmend zu Opfern gezielter Anschläge, die Bedrohungslage verschlechtert sich gravierend, teils bis zu dem Punkt, dass ein Abzug der Hilfskräfte erforderlich wird (Kapitel 5). Das Argument, der zivil-militärische Wiederaufbau sei erforderlich, um langfristig tragfähige Strukturen aufzubauen, trägt jedoch angesichts eines Staatsaufbaus nach neoliberalen Vorgaben nicht. (Kapitel 6). Das neoliberale State Building führt einerseits zur Verschärfung von Armutskonflikten, andererseits wächst auch der Widerstand gegen solche Stabilisierungseinsätze. Anstatt grundlegend umzusteuern, haben sich die westlichen Staaten jedoch dazu entschlossen, das neoliberale System mit Klauen und Zähnen zu verteidigen. Damit nehmen sie nicht nur Armut und daraus resultierende Gewaltkonflikte billigend in Kauf, sondern sind sich auch völlig darüber im Klaren, dass es zwingend notwendig werden wird, immer häufiger auf das zivil-militärische Nation Building zurückzugreifen, um den Dampfkessel der Globalisierungskonflikte halbwegs unter Kontrolle zu halten (Kapitel 7). Umso tragischer ist es, wenn die Entwicklungshilfe zu einem integralen Bestandteil dieses Bestrebens wird, weshalb am Ende ein Plädoyer für eine systemkritische Fokussierung der Entwicklungshilfe steht, die Veränderungen im Norden in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellt, ohne die für große Teile der Welt weder Sicherheit noch Entwicklung möglich sein werden (Kapitel 8).

1. Die „Neuen Kriege“ und der entwicklungspolitische Paradigmenwechsel

„Ohne Sicherheit keine Entwicklung“, dieser Satz ist mittlerweile, wie eingangs bereits erwähnt, fast schon so etwas wie ein Glaubensgrundsatz der deutschen Außen-, Sicherheits- und mittlerweile auch Entwicklungspolitik geworden. „Was die Prioritäten beim Staatsaufbau nach Konflikten anbelangt, so herrscht weit gehend Konsens darüber, dass der Verbesserung der Sicherheitslage in gescheiterten Staaten Vorrang zukommt. Dabei ist die Herstellung innerer und äußerer Sicherheit Voraussetzung für Fortschritte auf anderen Gebieten, wie etwa bei der Armutsbekämpfung, Demokratisierung und beim Wiederaufbau des Wirtschaftssystems in einem gescheiterten Staat.“¹⁶

Diese Sichtweise trifft auch für die Entwicklungspolitik zu und begründet den Paradigmenwechsel von der Armutsbekämpfung zur pro-aktiven Sicherheitspolitik. Er basiert auf einer grundlegend neuen Interpretation der Zusammenhänge zwischen Weltwirtschaftssystem, Armut und Entwicklung. Sie verdreht zwar die Ergebnisse der Kriegsursachenforschung auf perfide Weise, indem die Konflikt verschärfende Wirkung westlicher Interessenspolitik ausgeblendet wird, gerade deshalb erweist sie sich aber als perfektes Legitimationskonstrukt des westlichen Militärinterventionismus. Denn aus den Grundannahmen der Neuen Kriege wird ein moralisch-sicherheitspolitischer Imperativ abgeleitet, möglichst viele Mittel auf die Stabilisierung und die gleichzeitige Umstrukturierung der Gesellschaftssysteme (Nation Building bzw. State Building) gescheiterter Staaten zu konzentrieren.

1.1. Der Staatenkrieg als Auslaufmodell

Die Vertreter der Theorie der Neuen Kriege, deren führende europäische Vertreter Herfried Münkler und Mary Kaldor sind¹⁷, stimmen darin überein, es habe ein tief greifender Formwandel gewaltsamer Konflikte stattgefunden. Ein „neuer Typus organisierter Gewalt“ sei entstanden¹⁸, der sich wahlweise in Begriffen wie „Kriege der dritten Art“ (Holsti), „Privatkriege“ (Hobsbawm), „post-nationalstaatliche Konflikte“ (Duffield), „postnationale Kriege“ (Beck) oder etwa „neo-hobbesche Kriege“ (Trotha) niederschlägt. Die 1998 von Mary Kaldor in die Debatte eingeführten „Neuen Kriege“ beendeten diese babylonische Sprachverwirrung und setzten sich in der Folge als Bezeichnung für das zu beschreibende Phänomen durch. „Gemeinsam ist den meisten dieser Studien, dass sie innerstaatliche Kriege thematisieren, deren Grundmerkmale herausstellen und zunächst auf die Unterscheidung zu dem als ‚alt‘ angesehenen Typ des zwischenstaatlichen

¹⁵ Siehe oben.

¹⁶ Bajohr, Ulrike: Deutschland und das State Building in Afghanistan, 10. Oktober 2005,

URL: http://www.fernuni-hagen.de/imperia/md/content/politikwissenschaft/ha_bajohr.pdf (eingesehen 02.08.2007), S. 5.

¹⁷ Vgl. zur Rolle Herfried Münklers auch Zelik, Raul: „State Failure“ und „asymmetrische Kriege“ als Paradigmen von Weltordnungspolitik“, in: PROKLA 147 (Juni 2007).

¹⁸ Kaldor, Mary: Neue und alte Kriege: organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt 2000, S. 7.

Krieges zielen. Das Attribut ‚neu‘ soll diese Kriege von den für eine frühere Epoche typischen Kriegsformen abgrenzen.“¹⁹

Diese Herangehensweise ist allerdings, salopp gesagt, in etwa so aufschlussreich, wie die Unterschiede zwischen Äpfeln und Birnen herauszuarbeiten. Um also überhaupt zu sinnvollen Aussagen gelangen zu können, müssten „alte“ und „neue“ innerstaatliche Konflikte vergleichend untersucht und auf Veränderungen überprüft werden.²⁰ Allein schon dieser gravierende methodologische Einwand lässt Fragen aufkommen, weshalb die „Neuen Kriege“ innerhalb weiter Kreise des politik-wissenschaftlichen Spektrums eine derart hohe Akzeptanz genießen (siehe zur weiteren Kritik die Kapitel 1.5 und 2). Hiermit wird zudem erfolgreich ein Alarmismus erzeugt, der förmlich zum (militärischen) Handeln aufruft.

Der klassische zwischenstaatliche Krieg, der etwa seit dem Ende des 17. Jahrhunderts zur vorherrschenden Form des Konfliktaustrags geworden war, war demnach „ein Geschöpf des zentralisierten, ‚rationalisierten‘, hierarchisch geordneten modernen Flächenstaats.“²¹ Als besonderes Charakteristikum der klassischen Staatenkriege wird deren „Zivilisierung“ durch das Kriegsvölkerrecht und damit die Begrenzung und Eindämmung der Gewalt hervorgehoben.²² Diese Staatenkriege seien nunmehr ein Relikt der Vergangenheit. Demgegenüber steige aber gleichzeitig die Zahl innerstaatlicher Konflikte rapide an, die sich grundlegend von klassischen Kriegen unterscheiden würden. Insbesondere auf zwei Faktoren wird diesbezüglich aufmerksam gemacht: Die Privatisierung, Kommerzialisierung und damit Entpolitisierung sowie die Brutalisierung des Krieges.

Heutzutage, so die These, seien die Staaten als Monopolisten des Krieges abgelöst und durch privatwirtschaftlich organisierte Kriegu nternehmer ersetzt worden. Genannt werden hier immer wieder Kriegsherren, Gewaltunternehmer, Rebellen, Guerilleros, Banditen, Milizen, Söldner sowie organisierte Kriminelle. Dabei habe der „Krieg aus Habgier“ lange maßgebliche politisch-ideologische Motivationen fast vollständig verdrängt. Es gehe nicht mehr darum, einen Sieg davon zu tragen bzw. Territorium zu erobern, sondern vielmehr sei es nunmehr das Ziel, den Krieg als Bedingung für die Realisierung von Profiten, Er-

werbsquelle und Lebensform längstmöglich aufrecht zu erhalten. Dies trage zu einer Verselbstständigung und einer langen Dauer der Kriege bei, indem z.B. Entscheidungsschlachten vermieden würden.“²³

Ein weiterer zentraler Befund ist, dass die postulierte Einhegung zwischenstaatlicher Kriege verloren gegangen sei. In den „Neuen Kriegen“ wäre die frühere Unterscheidung in Kombattanten und Nicht-Kombattanten aufgehoben, es komme zu steigenden Opferzahlen unter der Zivilbevölkerung, insbesondere im Kontext ethnischer und sexueller Gewaltextesse, die teilweise systematisch angewandt würden. Zusammen mit der praktischen Bedeutungslosigkeit des Kriegsvölkerrechts habe somit eine dramatische Barbarisierung der Gewalt stattgefunden.“²⁴

1.2 Kriegsursachen aus Sicht der Theorie der Neuen Kriege

Eine Hauptursache für das Aufkommen der „Neuen Kriege“ wird in den gewandelten Finanzierungsformen gesehen: Dass sich „Krieg wieder lohnt“ sei eine zentrale Motivation für nicht-staatliche Gewaltakteure, denn „ohne Rentabilität der Gewalt keine Privatisierung des Krieges.“ Diese Rentabilität sei vor allem deshalb gegeben, weil der „Neue Krieg“ in der Dritten Welt „mit leichten Waffen, billigen Kämpfen und Anschlussmöglichkeiten an die großen Geschäfte der globalisierten Wirtschaft geführt werden kann.“²⁵

Zwar wird neben den gewandelten Finanzierungsformen ein ganzes Bündel von Konfliktursachen präsentiert, fast nirgendwo taucht dabei allerdings eine wie auch immer geartete Verantwortung westlicher Interessenspolitik auf: „Die neuen Kriege werden von einer schwer durchschaubaren Gemengelage aus persönlichem Machtstreben, ideologischen Überzeugungen, ethnisch kulturellen Gegensätzen, sowie Habgier und Korruption am Schwelen gehalten.“²⁶

Die wichtigste und überragende Ursache für den Ausbruch „Neuer Kriege“ erblicken Kaldor wie Münkler jedoch in der Erosion staatlicher Autorität: „Die Aushöhlung der Autonomie des Staates, in Extremfällen eine völlige Auflösung, bildet den Kontext, aus dem die neuen Kriege erwachsen.“²⁷ Hierdurch ist der Argumentationsteppich ausgebreitet, der eine Notwendigkeit westlicher Pazifizierungskriege nahe legt: Die „Neuen Kriege“, so Herfried Münkler, sind „reine Staatszerfallskriege, die zerstörte Gesellschaften ohne tragfähige Zukunftsperspektiven erzeugen. Diese Gesellschaften sind [...] nicht nur auf den Import von Nahrungsmitteln und medizinischer Hilfe, sondern mindestens ebenso auf den von Staatlichkeit angewiesen.“²⁸ Auch für Mary Kaldor liegt der „Schlüssel“ in der „Wiederherstellung einer – sei es

¹⁹ Matthies, Volker: Der vernachlässigte Blick auf den Frieden, in: Der Bürger im Staat, 4/2004, S. 185-190, S. 186.

²⁰ „Der entscheidende Schwachpunkt der Studien über die ‚neuen Kriege‘ besteht darin, dass sie die Entstehung eines neuen, unkontrollierten und womöglich unkontrollierbaren Phänomens suggerieren und dieses Phänomen negativ absetzen von den ‚eingehegten‘, nach Regeln ausgetragenen zwischenstaatlichen Kriegen der europäischen Mächte des 19. Jahrhunderts. Würden sie sich systematisch einem historischen Blickwinkel öffnen und auch nicht-zwischenstaatliche Konflikttypen über längere Zeiträume betrachten, kämen sie auch zu differenzierteren Ergebnissen.“ Kahl, Martin/Teusch, Ulrich: Sind die ‚neuen Kriege‘ wirklich neu?, in: Leviathan, 3/2004, S. 382-401, S. 400.

²¹ Kaldor 2000, S. 27.

²² Vgl. Pradetto, August: Neue Kriege, in: Gareis, S./Klein, P. (Hg.): Handbuch Militär und Sozialwissenschaft, Opladen 2004, S. 192-202, S. 192f.

²³ Vgl. Kaldor 2000, S. 15ff; Münkler 2002, 33ff.

²⁴ Vgl. Münkler 2002, S. 28, 145; Kaldor 2000, S. 8.

²⁵ Münkler 2002, S. 161.

²⁶ Münkler 2002, S. 16.

²⁷ Kaldor 2000, S. 12.

²⁸ Münkler 2002, S. 135.

lokalen, nationalen oder globalen – öffentlichen Kontrolle der organisierten Gewalt.“²⁹ Es bedarf also des Westens, um die Dritte Welt aus ihren selbstverschuldeten Konflikten zu befreien, und zwar indem sämtliche Kapazitäten auf die Herstellung von „Staatlichkeit“ und „Sicherheit“ konzentriert werden. Während Münkler hierfür primär sicherheitspolitische Motive anführt, geben für Kaldor vorwiegend moralisch-humanitäre Argumente den Ausschlag, sich hierfür einzusetzen.

1.3 Krieg als militärischer Humanismus

Die Vertreter der Theorie der Neuen Kriege koppeln die Frage der Kriegsursachen von der Interessenspolitik der kapitalistischen Mächte ab. Erst diese Generalabsolution ermöglicht es, die westlichen Architekten der Krise mit deren Lösung zu beauftragen und hierfür auch noch moralische Argumente wortwörtlich ins Feld zu führen: „Erstens werden Konflikte oder Krisen in nicht-westlichen Staaten als Ergebnis innerstaatlicher oder interner Probleme dargestellt, die durch habgierige oder kriminelle Eliten ohne jegliche politische Legitimität verschlimmert werden. Deshalb besitzt die Herangehensweise der Vereinten Nationen während des Kalten Krieges, Neutralität und Respekt vor Friedensvereinbarungen, die von den Konfliktparteien abgeschlossen werden, keine Gültigkeit mehr; stattdessen werden internationale Akteure für notwendig gehalten, um einen gerechten Frieden herzustellen und abzusichern. Zweitens, und wichtiger, [...] wird behauptet, es gäbe keine Eigeninteressen hinsichtlich externer Interventionen, die vielmehr mit neutralen Politikmaßnahmen gleichgesetzt werden und lediglich internationale oder ‚kosmopolitische‘ Normen und Gesetze durchsetzen würden.“³⁰

Gerade linksliberale „Kosmopoliten“ vertreten die Auffassung, dass aus moralischen Gründen dem Töten und Sterben in der Dritten Welt mittels militärischem „Stabilitätsexport“ begegnet werden müsse. So äußert sich Mary Kaldor folgendermaßen: „Die Analyse der neuen Kriege legt jedoch nahe, dass nicht Friedenssicherung, sondern die Durchsetzung kosmopolitischer Normen erforderlich ist, also die Durchsetzung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte.“³¹ Westliche Pazifizierungskriege sind also aus diesem Blickwinkel nicht mehr die Fortsetzung der (Interessens)Politik mit anderen Mitteln, sondern der selbstlose Ausdruck für „eine neuartige, postnationale Politik des militärischen Humanismus, des Einsatzes transnationaler Militärmacht mit dem Ziel, der Beachtung der Menschenrechte über nationale Grenzen hinweg Geltung zu verschaffen.“³²

Für die Vertreter der Theorie der Neuen Kriege ist die Welt zweigeteilt in eine „Friedenszone der westlichen

Demokratien“, geprägt von der Akzeptanz kosmopolitischer, universeller Werte, und einen barbarischen Rest (die Dritte Welt), der dringend auf die „aufgeklärte Fremdverwaltung“ (Max Boot) des Westens angewiesen sei, um seiner primär selbstverschuldeten Gewaltexistenz zu entkommen. Mary Kaldor etwa vertritt die These, dass die ideologisch-politischen Auseinandersetzungen vergangener Zeiten „durch eine neue politische Frontstellung abgelöst worden sind: die zwischen einer, wie ich es nennen werde, kosmopolitischen, also auf Werten der Einbeziehung, des Universalismus und Multikulturalismus basierenden Politik und einer Politik partikularer Identitäten.“³³

Auf dieser Grundlage erweisen sich die Kosmopoliten als Vorreiter einer Re-Hierarchisierung der internationalen Beziehungen, indem sie fordern, das auf der Gleichheit und der Souveränität aller Staaten basierende internationale System ad acta zu legen und stattdessen den „Demokratien“ das alleinige globale Deutungs- und Gewaltmonopol zu übertragen. Kurz zusammengefasst wird dabei folgendermaßen argumentiert: Da liberale Demokratien grundsätzlich friedfertig (oder zumindest friedfertiger als sämtliche anderen Organisationsformen³⁴) seien und deutlich höhere zivilisatorische Standards an den Tag legen würden als andere Staatsformen, müssten ihnen auch besondere Befugnisse und Rechte zugesprochen werden. „Sie [die Kosmopoliten] plädieren für die formelle Re-Hierarchisierung der internationalen Gemeinschaft, bei der demokratischen Staaten spezielle Regierungsbefugnisse zugestanden werden, insbesondere mit Blick auf die legale Anwendung von Gewalt, und für andere Länder das kategorische Recht auf Selbstbestimmung und Nicht-Einmischung eingeschränkt wird.“³⁵

Aus der Sicht vieler Linksliberaler ist „Souveränität“ nicht mehr länger eine Selbstverständlichkeit, sondern eine von den „Demokratien“ ausgestellte und an Bedingungen geknüpfte Lizenz, die jederzeit wieder aberkannt werden kann, sollte gegen die kosmopolitischen Werte verstoßen werden.³⁶ Hierdurch wird eine „kopernikanische Wende“ in der internationalen Sicherheitspolitik eingeleitet, indem das völkerrechtliche Angriffsverbot und das Nicht-Einmischungsgebot endgültig für nichtig erklärt werden. Über die Frage von Krieg oder Frieden soll künftig ausschließlich

²⁹ Kaldor 2000, S. 21

³⁰ Chandler, David: Back to the future?, in: Review of International Studies, 32/2006, S. 475-494, 484f.

³¹ Kaldor 2000, S. 197.

³² Beck, Ulrich: Über den postnationalen Krieg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/1999, S. 984-990, S. 987.

³³ Kaldor 2000, S. 15.

³⁴ Allerdings ist die Frage, ob und inwiefern Demokratien tatsächlich zu friedfertigerem Verhalten neigen, umstritten. Vgl. Hasenclever, Andreas: Liberale Ansätze zum ‚demokratischen Frieden‘, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der internationalen Beziehungen, Opladen 2003, S. 199-225; Layne, Christopher: Kant or cant: the myth of the democratic peace, in: International Security, Vol. 19, No.2, Fall, 1994, pp. 5-49.

³⁵ Reus-Schmitt, Christian: Liberal hierarchy and the licence to use force, in: Review of international studies 31/2005, S. 71-92, S. 72. Wichtige Vertreter des „Kosmopolitischen Interventionismus“ sind u.a. Power, Samantha: A Problem from Hell: America and the Age of Genocide, New York 2003 und Hirsch, Wilfried/Janssen, Dieter: Menschenrechte militärisch schützen, Bonn 2007.

³⁶ Vgl. Gowan, Peter: Neoliberal Cosmopolitanism, in: New Left Review, 11 (September-October 2001), S. 79-93.

in den Hauptstädten der westlichen Demokratien entschieden werden, die sich hiermit das globale Gewaltmonopol aneignen: „Wird die Selbstkonstruktion von Demokratien als das friedenspolitisch überlegene politische System handlungsbestimmend, dann führt dies zu einer Aufkündigung des so genannten Westfälischen Staatensystems, das sich dadurch auszeichnete, dass Staaten unabhängig von ihrer inneren Verfasstheit als gleichberechtigte Subjekte der internationalen Politik angesehen werden. [...] Was hier [...] umgesetzt wird, ist der Übergang von einer auf der formalen Gleichheit der Staaten aufbauenden Sicherheits- zu einer demokratisch begründeten Ordnungspolitik im internationalen System.“³⁷

Ohne diese moralischen Argumente hätten quasi-koloniale Stabilisierungsmissionen erhebliche Rechtfertigungsprobleme, wie im Magazin Newsweek deutlich ausgeführt wurde: „Es gibt chaotische und von Gewalt beherrschte Teile auf dem Globus, zusammengebrochene Staaten und schreckliche ethnische und religiöse Kriege. In einigen von ihnen könnte eine äußere Macht gut die Ordnung sichern und dabei helfen, sie auf den Kurs wirklicher Selbstbestimmung zurückzuführen. [...] Wenn heute ein gütiger und liberaler Kolonialismus funktionieren soll, dann muss er in einen Mantel eingehüllt sein, der nicht bedrohlich wirkt. Dieser Mantel ist die ‚internationale Gemeinschaft‘. [...] Niemand prangert den Kolonialismus in Kosovo, Bosnien, Osttimor, Kambodscha oder anderswo an, wo internationale Protektorate errichtet wurden.“³⁸

Um aber sicherzugehen und diesem moralischen Legitimationskonstrukt zusätzliche Durchschlagskraft zu verschaffen, wird zudem postuliert, der „Stabilitätsexport“ sei die einzig effektive Maßnahme zur Terrorbekämpfung.

³⁷ Nielebock, Thomas: Der Friede zwischen den Demokratien: Friede den Palästen, Krieg den Hütten?, in: Rittberger, Volker (Hg.): Weltpolitik heute, Baden-Baden 2004, S. 165-191, S. 185f. So spricht sich beispielsweise Robert Keohane, einer der prominentesten Kosmopoliten, für eine Art „Allianz der Demokratien“ aus, die auch außerhalb eines Mandats des UN-Sicherheitsrates das legale Recht für sich beanspruchen könne, in fremden Staaten militärisch einzugreifen: „Wenn eine präventive Aktion durch ein Mehrheitsvotum des Sicherheitsrates oder von einem Veto eines der ständigen Mitglieder blockiert wird, können diejenigen, die eine präventive Aktion anstreben, sich an ein anderes Gremium richten – eine Koalition der demokratischen Staaten.“ Dies habe den Vorteil, dass „Entscheidungen über die Anwendung präventiver Gewalt aus der Reichweite des Vetos der ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat herausgelöst werden.“ Aufnahme finden hierbei allerdings nur „moralisch verlässliche“ und „verantwortlich handelnde“ Staaten, wobei als Kandidaten dieser „globalen NATO“, deren Einsetzung nicht von der Zustimmung des Sicherheitsrates abhängig sei, u.a. Australien, Kanada, Chile, Japan, Südkorea und Südafrika genannt werden. Der große Vorteil sei, dass hierdurch „alle Mitglieder des Sicherheitsrates realisieren, dass sie nicht mehr länger über ein uneingeschränktes Monopol in der Frage der Autorisierung präventiver Gewaltanwendung verfügen.“ Vgl. Buchanan, Allen/Keohane, Robert O.: The Preventive Use of Force: A Cosmopolitan Institutional Proposal, o.O., o.J., URL: http://islandia.law.yale.edu/hathaway/files/001-022_buch_keo.pdf (eingesehen 03.04.2007), S. 2; vgl. auch Hoffmann, Stanley: America Goes Backward, in: New York Review of Books, Vol. 50, No. 10 (2003).

³⁸ Meaer, Jörg: Souveränität und (politische) Handlungsfähigkeit, URL: <http://www.transforma-online.de/deutsch/transforma2003/papers/meyer.html> (eingesehen 16.01.2007).

1.4 Krieg als sicherheitspolitischer Imperativ

Da von den „Neuen Kriegen“ eine „hohe Infektionsgefahr“ (Martin van Creveld) ausgehe, werden diese als sicherheitspolitisches Problem beschrieben. Dabei werden Spenglersche Untergangsfantasien bemüht, um eine direkte Bedrohung des Westens auszumalen. Für Münkler ist „das Konglomerat aus Raubzügen und Plünderungen, Massakern und Gewaltexzessen [...] ein Menetekel dessen, was Europäer und Amerikaner ereilen wird, wenn es ihnen nicht gelingt, das aufgebrochene Gewaltmonopol der Staaten im globalen Maßstab wiederherzustellen.“³⁹

Dies gelte besonders „für den internationalen Terrorismus, dessen Ausbildungslager und Rückzugsgebiete vorzugsweise dort liegen, wo im Verlauf eines innergesellschaftlichen Krieges die staatlichen Strukturen zusammengebrochen sind. [Weshalb] es in einer globalisierten Welt keine Region mehr gibt, in denen die staatlichen Strukturen zusammenbrechen können, ohne dass dies schwer wiegende Folgen für die weltpolitische wie weltwirtschaftliche Ordnung hätte.“⁴⁰ Hieraus leitet sich eine sicherheitspolitische Notwendigkeit zum militärischen Stabilitätsexport ab, der Westen müsse bereit sein, „sich auf bewaffnete Pazifizierungen ganzer Regionen einzulassen.“⁴¹ Selbstredend lägen dem keinerlei ausbeuterische Motive zugrunde, da „es sich – anders als die Theorien des Neokolonialismus und Imperialismus unterstellen – zumeist um defensive, nicht offensive Interessen handelt.“⁴²

Vor diesem Hintergrund wird dem Westen die Befugnis zugesprochen, mittels „Stabilisierungsmissionen“ de facto eine Rekolonisierung der Peripherie überall dort einzuleiten, wo er seine Interessen verletzt sieht, und im Zuge des Nation Building die jeweiligen Gesellschaftssysteme grundlegend (neoliberal) umzustrukturieren.

1.5 Die Neuen Kriege: Steigbühelhalter für die Rekolonisierung der Peripherie

Wie bereits angedeutet ist die Aufkündigung des staatlichen Souveränitätsrechts der logische Endpunkt, der sich zwingend aus dem Konstrukt der Neuen Kriege ableitet: „Es ist unerlässlich, am Beginn des 21. Jahrhunderts eine kontroverse, möglicherweise unbequeme Realität zu akzeptieren: Das Konzept der staatlichen Gleichheit – dass alle Staaten über dieselben juristischen Rechte, Souveränitätsprerogative verfügen und mit derselben Unverletzbarkeit ihrer territorialen Integrität ausgestattet sind – wird nicht universell akzeptiert. Während es einstmals politisch schwierig war, auch nur die Vorstellung von Treuhandschaften für Regionen, die sich staatlicher Verantwortung entziehen, zu äußern, könnte dies heute unvermeidbar sein.“⁴³

³⁹ Münkler 2002, S. 63.

⁴⁰ Münkler 2002, S. 227.

⁴¹ Münkler 2002, S. 221.

⁴² Münkler 2002, S. 226.

⁴³ Newmann, Edward: The 'New Wars' Debate: A Historical Perspective Is Needed, in: Security Dialogue, Vol. 35, No. 2 (2004), S. 173-189, S. 187.

Im Klartext bedeutet dies, Staaten solange unter koloniale Verwaltung zu stellen, bis sie wie gewünscht „funktionieren“, wie der Politikwissenschaftler Ulrich Menzel bestätigt: „Im Falle der ‚Failed States‘ kann die Einrichtung von ‚liberalen Protektoraten‘ erforderlich sein, um treuhänderisch das Gewaltmonopol herzustellen.“⁴⁴ Fast genauso klingt Mary Kaldor: „Wo noch keine legitimen örtlichen Behörden existieren, können treuhänderisch Mandate oder Protektorate in Erwägung gezogen werden.“⁴⁵ Mit der Reaktivierung des in die Kolonialzeit zurückreichenden Treuhandprinzips wird also völlig unverfroren gefordert, Ländern und ihrer Bevölkerung das Recht auf Selbstbestimmung abzuerkennen und das im Souveränitätsrecht verankerte staatliche Gleichheitsprinzip endgültig ad acta zu legen: „Was die Wiederbelebung des Treuhandkonzeptes bedeutet, ist die Rückkehr zu einer hierarchischen Weltordnung.“⁴⁶

Für diese Vorschläge können sich auch Konservative begeistern: „Was wäre schlecht an einem neuen Imperium?“, so die inzwischen häufig gestellte Frage, hier vom Chefkolumnisten der Welt am Sonntag, der die moralisch-sicherheitspolitisch legitimierte Ausweitung der europäischen Einflusszone sogar zu einem „Modernisierungsprojekt“ hochstilisiert: „Wenn aber Europa seine imperiale Bestimmung realisiert, so ist eben diese Ausdehnung einerseits schlicht und einfach notwendige Bedingung seiner Sicherheit, andererseits ein zivilisatorischer Auftrag, der Europas müde Eliten neu beleben könnte.“⁴⁷ Ganz offen wird inzwischen also auch in Europa versucht, dem Imperialismusbegriff eine positive Konnotation beizumischen, wie sich anhand von Herfried Münklers Ausführungen exemplarisch zeigen lässt. „Im Gefolge der ökonomischen Imperialismustheorien haben wir uns daran gewöhnt, Imperien mit Unterdrückung und Ausbeutung zu identifizieren. Genauso lassen sich Imperien aber auch als Friedensgaranten, Aufseher über politische und kulturelle Werte und Absicherer großräumiger Handelsbeziehungen und Wirtschaftsstrukturen begreifen.“⁴⁸ Folgerichtig plädiert Münkler für „die Herstellung von imperialer Ordnung zwecks Absicherung von Wohlstandszonen an den Rändern. [...] Der Zwang zu einer zunehmenden Politik der Intervention ist auch die Reaktion auf die Konsequenzen der Globalisierung an der Peripherie. Es bleibt die Frage, ob es gelingt, die zentralen Bereiche in die Wohlstandszonen zu inkludieren, also in der Fläche Ordnung herzustellen, und den Rest zu exkludieren. Es steht aber außer Frage, dass an diesen neuen ‚imperialen Barbierrändern‘ der Krieg endemisch wird, nämlich in Form von Pazifizierungskrieg aus dem Zentrum in die Peripherie hinein und in Form von Verwüstungskrieg aus der Peripherie ins Zentrum. [...] Dann entstehen an den

Grenzen Europas jene Gefällestrukturen, die typisch sind für imperiale Machtformen. Deshalb werden wir lernen müssen, die Kategorie des Imperiums in Zukunft [...] vielmehr als eine alternative Ordnungskategorie des Politischen, nämlich als Alternative zur Form des Territorialstaates“ zu denken.“⁴⁹

Ein besonders prägnantes Plädoyer für die moralisch-sicherheitspolitische Rechtfertigung eines neuen Kolonialismus liefert der Neokonservative Francis Fukuyama in seinem Grundlagenwerk mit dem bezeichnenden Titel „Staaten bauen“. Dort führt er einerseits sicherheitspolitische Motive an, indem er davor warnt, dass „gescheiterte Regierungen ein nicht hinnehmbares Sicherheitsrisiko in Form von Terroristen mit Massenvernichtungsmitteln darstellen können.“ Auf der anderen Seite vergisst er jedoch auch die moralische Komponente nicht, denn es bestünde „nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, im Namen der Menschenrechte und der demokratischen Legitimität einzugreifen.“⁵⁰ Deshalb kommt er zu dem Schluss: „Angesichts der Tatsache, dass es in vielen gescheiterten Ländern nur ein niedriges Niveau oder gar keine Staatlichkeit gibt, ist nicht klar, ob es eine wirkliche Alternative für ein quasi permanentes, quasi-koloniales Verhältnis zwischen der internationalen Gemeinschaft und den ‚begünstigten‘ Ländern gibt.“⁵¹ Es ist gerade diese Verbindung moralischer und sicherheitspolitischer Argumentationsmuster, die „große Zustimmung innerhalb eines breiten politischen Spektrums findet. Progressive können die Aussage unterstützen, dass Staaten die Pflicht haben in gescheiterten oder autoritären Staaten aus humanitären Gründen zu intervenieren, während Neokonservative betonen, dass Interventionen in diesen Staaten zur Wahrung der nationalen und internationalen Sicherheit notwendig sind.“⁵²

Neben den bereits erwähnten gravierenden methodologischen Einwänden gibt es aber eine Reihe weiterer Kritikpunkte an den Zentralaussagen der Theorie der Neuen Kriege. So lässt sich zwar einerseits empirisch tatsächlich ein Rückgang zwischenstaatlicher Kriege feststellen, sie aus diesem Grund allerdings für irrelevant zu erklären, legt die „Fehldeutung nahe, ‚alte‘ Kriege seien empirisch wie theoretisch inzwischen bedeutungslos.“⁵³ Schon allein die steigende Zahl

⁴⁴ Menzel, Ulrich: Wenn die Staaten verschwinden, taz, 30.08.2003.

⁴⁵ Kaldor 2000, S. 211.

⁴⁶ Bain, William: The Political Theory of Trusteeship and the Twilight of International Equality, in: International Relations, Vol 17, No. 1 (2003), S. 59-77, S. 74.

⁴⁷ Posener, Alan: Empire Europa, in: Internationale Politik (Januar 2006), S. 60-67, S. 60, 67.

⁴⁸ Münkler, Herfried: Das imperiale Europa, in: Die Welt, 29.10.2004.

⁴⁹ Alte Hegemonie und Neue Kriege: Herfried Münkler und Dieter Senghaas im Streitgespräch, in: Blätter für deutsch und internationale Politik 5/2004, S. 539-552, S. 549f.

⁵⁰ Fukuyama, Francis: Staaten Bauen: Die neue Herausforderung der Internationalen Politik, Berlin 2006, S. 138f.

⁵¹ Fukuyama 2006, S. 147.

⁵² Etzioni, Amitai: Sovereignty as Responsibility, in: Orbis, Winter 2005, S. 71-85, S. 76. Dabei verwischen die Grenzen zwischen beiden Flügeln aber zunehmend. So lassen sich „kosmopolitische“, „moralische“ Argumentationsmuster kaum mehr von denen der Neokonservativen unterscheiden. Vgl. Thompson, Helen: The Case for External Sovereignty, in: European Journal of International Law, Vol. 12(2), S. 251-274, S. 262. Für einen konservativen Beitrag, der auf moralische Argumente zurückgreift vgl. Nau, Henry: A Conservative Grand Strategy for America, in: ders./Shambaugh, David (eds.): Divided Diplomacy and the Next Administration, Washington 2004.

⁵³ Chojnacki, Sven: Wandel der Kriegeformen? - Ein kritischer Literaturbericht, in: Leviathan, 3/2004, S. 402-424, S. 407.

westlicher Pazifizierungskriege deutet in eine andere Richtung. Zudem ist anzumerken, dass das Bild vom „eingehegten“ Staatenkrieg eine stark idealisierte Sichtweise darstellt, blendet sie doch die Brutalität der westlichen Kriege im 19. und 20. Jhd. systematisch aus, die teils bewusst gegen die Zivilbevölkerung geführt wurden.⁵⁴

Ebenso verhält es sich mit der These einer Brutalisierung der Gewalt: „Bürgerkriege [...] haben sich von jeher durch besondere Grausamkeit und Rücksichtslosigkeit ausgezeichnet. [...] Von einer ‚neuen‘ Entwicklung kann also hier ebenfalls nicht gesprochen werden.“⁵⁵ Weder was sexuelle noch ethnische Gewalt anbelangt, scheint die jüngere Vergangenheit eine signifikante Ausnahme von der unbestritten grausamen, aber eben nicht „neuen“ Regel innerstaatlicher Konflikte zu sein.⁵⁶ Damit soll natürlich in keiner Weise die grausame Realität heutiger Kriege verharmlost oder relativiert werden – im Gegenteil. Vielmehr geht es darum zu zeigen, wie mit Hilfe empirisch schwach belegter Thesen Bedrohungsängste geschürt und politische Schlussfolgerungen gezogen werden, die die Bereitschaft zu einem militärischen Eingreifen erhöhen, dieses legitimieren und sich so perfekt für die Zwecke westlicher Kriegspolitik instrumentalisieren lassen. Klaus Jürgen Gantzel etwa fragt in diesem Kontext völlig zu Recht, „ob die ‚Neuentdecker‘ – bewusst oder unbewusst, zumindest unbedacht – nicht einer tieferen Strömung zu Diensten sind. Ihre generalisierenden Darstellungen einer unmenschlichen Kriegswelt wecken diffuse Bedrohungsgefühle, die geeignet sind, einer sich bis in Privatzonen hinein-fressenden Sicherheitspolitik den Weg zu ebnen, die letztlich zerstört, was zu schützen sie vorgibt: eine starke demokratische Gesellschaft. Solche Bedrohungsgefühle können aber auch dazu genutzt werden, einem bloßen Draufhauen Vorschub zu leisten, etwa auf eine erfundene ‚Achse des Bösen‘.“⁵⁷

Was die Neuen Kriege als Legitimationskonstrukt des aktuellen Militärinterventionismus so attraktiv macht, ist das von ihnen erzeugte Bild, dass „schwache Staaten nicht in der Lage sind, im internationalen System auf eigenen Füßen zu stehen.“ [...] Hierdurch wird die Forderung nach einer Art internationaler Treuhandschaft für ehemalige Kolonien begründet, die darauf abzielt, dass ‚Chaos im Inneren‘, die ‚hoffnungslos delinquenten Länder‘ wie Afghanistan, Kambodscha, Haiti und Sudan zu kontrollieren und eine ‚Reformation der Entkolonisierung‘ einzuleiten.“⁵⁸ Ähnlich argumentiert Susanne Söderberg: „Diese [Zustimmung für

Stabilisierungseinsätze] wird vor allem durch einen Diskurs produziert, der ‚die Anderen‘ als eine passive, schweigende und homogene Einheit beschreibt, die sich der neoliberalen Modernisierung verweigert und daher stets eine potentielle Bedrohung für ‚den Westen‘ bleibt.“⁵⁹

Mittlerweile wird selbst in den Chefetagen der Europäischen Union offen für eine Rekolonisierung der Peripherie mittels militärischem Stabilitätsexport eingetreten (siehe Kapitel 2.4) und zwar zumeist mit einer aus der Theorie der Neuen Kriege abgeleiteten Begründung. Wer aber „Sicherheit“ und „Stabilität“ herbeibomben will, um Länder anschließend im Rahmen des Nation Building so lange unter die Schirmherrschaft westlicher Protektorate zu stellen, bis sie neoliberalen Spielregeln gehorchen, perpetuiert damit lediglich den Teufelskreis aus Armut und Gewalt. Exakt dies ist aber die Praxis, die sich hinter dem beschönigenden Begriff des „Stabilitätsexports“ verbirgt (siehe Kapitel 6). Es ist genau jene „neoliberale Modernisierung“, die maßgeblichen Anteil an der Eskalation von Konflikten in der Dritten Welt hat.

⁵⁴ Vgl. Pradetto 2004, S. 196; Chojnacki 2004, S. 407.

⁵⁵ Kahl/Teusch 2004, S. 393f.

⁵⁶ Vgl. Chojnacki 2004, S. 412; Pradetto 2004, S. 196.

⁵⁷ Gantzel, Klaus Jürgen: Neue Kriege?, in: Friedensgutachten 2002, S. 80-89, S. 88f.; Vgl. auch Pradetto 2004, S. 195.

⁵⁸ Bilgin, Pinar/Morton, Adam: Rethinking State Failure: The Political Economy of Security, in: Lambach, Daniel/Debiel, Tobias (Eds.): State Failure Revisited I: Globalization of Security and Neighborhood Effects, INEF Report 87/2007, S. 7-31, S. 20. Das Zitat stammt von Jackson, Robert H./Sørensen, Georg: Introduction to International Relations. Theories and Approaches, Oxford 2003.

⁵⁹ Söderberg, Susanne, Das amerikanische Empire und die „ausgeschlossenen Staaten“, in: Prokla 34/2004, S. 299-319, S. 316.

2. Armut als Kriegsursache: Die Militarisierung des Neoliberalismus und die Krisentendenzen der Weltwirtschaftsordnung

Auf Grundlage ihrer Thesen fordern die Vertreter der Theorie der Neuen Kriege unisono, dass mittels westlicher Stabilisierungseinsätze, einem kombinierten Einsatz militärischer, humanitärer, wirtschaftlicher oder polizeilicher Instrumente, der von ihnen festgestellten Erosion von Staatlichkeit Einhalt geboten wird. Diese Forderung gründet allerdings auf einer stark verkürzten Interpretation der Ursachen und damit auch Lösungen heutiger Gewaltkonflikte, für die es wenig hilfreich ist, sie völlig losgelöst von der westlichen Interessenspolitik zu analysieren.

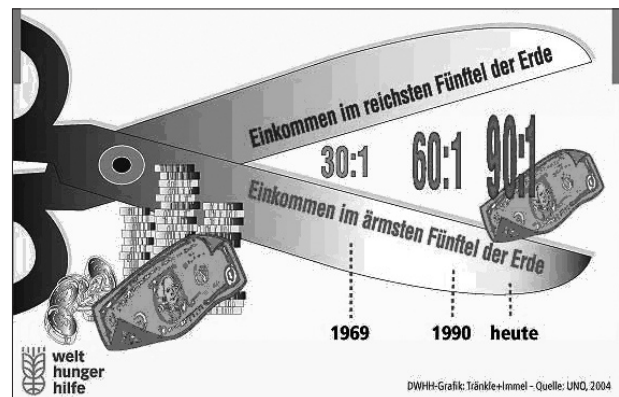
Sicher ist es richtig, dass nach dem Kalten Krieg und dem (teilweisen) Wegfall der Unterstützungsleistungen seitens der Großmächte neue Finanzierungsformen gesucht (und gefunden) wurden.⁶⁰ Wenn Münkler aber meint, es sei notwendig, „stärker den Blick auf die sich mit den Mitteln militärischer Gewalt durchsetzenden ökonomischen Interessen zu richten“, so entgegnet ihm Horst Großmann richtigerweise, „dass er im wesentlichen die Ökonomie auf die ökonomischen Interessen regional agierender Subjekte, Kriegsfürsten, Warlords u.s.w. reduziert und sie von den ökonomischen Interessen der kapitalistischen Großmächte abkoppelt.“⁶¹ Darüber hinaus greifen Habgier und Staatszerfall als entscheidende Kriegsursachen deutlich zu kurz, da „die Motivation zur Gewaltanwendung [...] ohne Bezug auf den Mangel bzw. die Verknappung an physischer und ökonomischer Sicherheit in zerfallen(d)en Staaten nicht verstanden werden [kann].“⁶²

Staatszerfall, massenhaft gewaltbereite, weil sozial ausgeschlossene Jugendliche und die Finanzierung durch Raub sind Symptome, die nicht mit Ursachen verwechselt werden dürfen. Selbstverständlich begünstigen all diese Faktoren das Ausbrechen gewaltvoller Auseinandersetzungen, sie kratzen jedoch nur an der Oberfläche und hängen allesamt mit tiefer liegenden Ursachen zusammen, westliche Interessenspolitik, Armut und neoliberale Weltwirtschaftsordnung: „Sicherheitsstrategen im Norden versäumen es dabei allerdings gern, ihre Mitverantwortung für den wirtschaftlichen, sozialen, politischen und ökologischen Niedergang einzugestehen, der Staaten erst scheitern lässt, interne und regionale Konflikte auslöst und die Herausbildung von international agierenden Verbrechern oder Terroristen begünstigt. [...] Diese Sicht auf Gewalt und die Notwendigkeit

des Schutzes von Menschen reagiert auf Symptome, betrachtet aber nicht die Ursachen und Dynamiken von Konflikten.“⁶³

2.1 Die Bankrotterklärung des Neoliberalismus

Die Globalisierung wird häufig wertfrei als zwangsläufiger Prozess zunehmender internationaler Verflechtung verstanden. Tatsächlich handelt es sich aber um die gezielte politische Umsetzung einer neoliberalen Strategie, die auf die maximale Durchsetzung der Marktkräfte setzt.⁶⁴ Als wesentliche Mittel hierfür fungieren Privatisierung, Deregulierung, Abbau staatlicher Sozialleistungen, Öffnung der Märkte bzw. Freihandel, welche von den westlich dominierten Organisationen wie IWF (Internationaler Währungsfonds), Weltbank und WTO (Welthandelsorganisation) durchgesetzt werden. Inzwischen dürfte wohl allgemein bekannt geworden sein, dass die Umsetzung dieser Maßnahmen zu einer massiven Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung (auch innerhalb des Zentrums) geführt hat (siehe Grafik 1).⁶⁵



Grafik 1 Die Kluft zwischen Arm und Reich:
Immer größere Unterschiede zwischen Industrie
und Entwicklungsländern

Gerade in den wirtschaftlichen Bereichen, in denen Drittweltstaaten wettbewerbsfähig wären, schotten sich die Industrieländer mittels Schutzzöllen ab. Nach Schätzungen der Weltbank verlieren die Entwicklungsländer allein hierdurch jährlich 200-500

⁶⁰ Berdal, Mats: „How ‚New‘ Are ‚New Wars‘?, in: Global Governance 9 (2003), S. 477-502, S. 484 nennt etwa das Beispiel der angolanischen UNITA, die sich nach dem Kalten Krieg über den Verkauf von Diamanten weiter finanzierte.

⁶¹ Großmann, Horst: Die „neuen Kriege“, in: DSS-Arbeitspapiere Heft 70, S. 73-84, S. 80.

⁶² Chojnacki 2004, S. 410.

⁶³ Robinson, Clive: Wessen Sicherheit? Zusammenführung und Eigenständigkeit der Sicherheits- und der Entwicklungspolitik der Europäischen Union. Eine Untersuchung im Auftrag der „Association of World Council of Churches related Development Organisations in Europe (APRODEV)“, Brüssel, Juni 2005, S. 14.

⁶⁴ Vgl. Brand, Ulrich: Globalisierung als Projekt und Prozess, in: AUSDRUCK - Das IMI-Magazin (Februar 2004), S. 3-7.

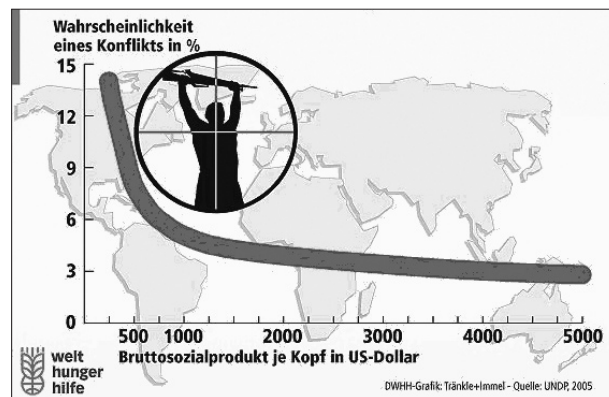
⁶⁵ Vgl. für aktuelle Zahlen Garnreiter, Franz: Die Enteignung des Südens, isw-Report 65 (April 2006); Siehe auch Stiglitz, Joseph: Die Schatten der Globalisierung, Berlin 2002; und Chang, Ha-Joon: Kicking Away the Ladder: The „Real“ History of Free Trade, FPIF, Special Report, Dezember 2003.

Mrd. US-Dollar.⁶⁶ Es gäbe also unmittelbar zahlreiche Möglichkeiten, die Lebenssituation der Menschen in der Dritten Welt deutlich zu verbessern, ohne hierfür ausgerechnet auf das Militär zurückzugreifen. Die Tatsache, dass man hierzu offenbar nicht gewillt und im Gegenteil die eigene Liberalisierungsagenda immer aggressiver durchzusetzen bereit ist (siehe Kapitel 6.1), hat jedoch entscheidenden Einfluss auf die Frage von Krieg und Frieden in der Welt.

2.2 Armut als Kriegsursache Nummer Eins

Die entscheidende Kritik an der Theorie der Neuen Kriege ist, dass sie es konsequent vermeidet, die von der Weltwirtschaftsordnung verursachte Verarmung als entscheidende Ursache für die gewaltsame Eskalation von Konflikten anzuerkennen (siehe Grafik 2). Dies ist umso erstaunlicher, da dies selbst von der Weltbank in einer bemerkenswerten Studie eingeräumt wird: „Empirisch ist das auffälligste Muster, dass sich Bürgerkriege besonders auf arme Staaten konzentrieren. Krieg verursacht Armut, aber wichtiger noch für diese Konzentration ist, dass Armut die Wahrscheinlichkeit von Bürgerkriegen erhöht. Somit kann unser zentrales Argument bündig zusammengefasst werden: die zentrale Konfliktursache (central root cause of conflict) ist das Scheitern ökonomischer Entwicklung.“⁶⁷ Auch die ebenfalls linker Ambitionen unverdächtige Bertelsmann-Stiftung kam in einer Ende 2006 veröffentlichten Studie zu dem Ergebnis, dass „die weitaus überwiegende Zahl von politischen Gewalttaten auf lokale Ursachen wie Hunger, Ungleichheit oder Entrechtung zurückzuführen“ sind.⁶⁸ Dies deckt sich mit der Mehrheit der wissenschaftlichen Befunde: „Dabei ist in der Kriegsursachenforschung unumstritten, dass Armut der wichtigste Faktor für Kriege ist. Armut steht als Indikator für wirtschaftliche als auch für soziale Benachteiligung, bis hin zum Mangel an Möglichkeiten, das eigene Leben in Würde zu gestalten. Die Kriege der Zukunft werden immer häufiger Kriege um Wohlstand und Würde sein – und zumindest jenen, die sie betreiben, rational

erscheinen.“⁶⁹ Hätte man also tatsächlich ein Interesse an einer effektiven Konfliktprävention, müsste der Hebel an der ungerechten Weltwirtschaftsordnung angesetzt werden.



Grafik 2 Armut fördert Bürgerkriege:
Mit wachsendem Wohlstand sinkt die Gefahr
gewaltsamer Konflikte

Weitere unmittelbar mit westlicher Interessenspolitik zusammenhängende Faktoren tragen darüber hinaus zur Eskalation von Konflikten maßgeblich bei. Studien belegen, dass Rüstungsexporte entscheidenden Anteil an Unterentwicklung und Armut haben sowie bestehende Konflikte erheblich anheizen.⁷⁰ Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) kritisiert Deutschlands Rüstungsexportpolitik in Entwicklungsländer als „expansiv“. So sind allein die Rüstungsexporte in die ärmsten Länder der Welt zwischen 2003 und 2006 von 65. Mio. Euro auf 252 Mio. Euro angestiegen.⁷¹ Im Jahr 2007 konnte die Bundesregierung die fragwürdige Position als „Europameister im Rüstungsexport“ für sich reklamieren, nie zuvor wurden so viele Rüstungsexporte genehmigt.⁷² Wie entscheidend westliche Interessenspolitik und gewaltsame Konflikte zusammenhängen, zeigt sich letztlich auch darin, dass deren Wahrscheinlichkeit exponential steigt, je rohstoffreicher ein Land ist – und zwar nicht nur aufgrund habgieriger lokaler Eliten, sondern auch, weil von westlicher Seite, insbesondere durch die hiervon profitierenden Konzerne, häufig Öl ins Feuer gegossen wird (siehe Grafik 3).⁷³

⁶⁶ Vgl. Mallaby, Sebastian: Relief the Poor? Watch Farming and Textiles, International Herald Tribune, 07.11.2001. Die Schätzungen variieren erheblich. Auf 162.5 Mrd. \$ taxiert die UNCTAD den jährlichen Abfluss. Vgl. UNCTAD: Trade and Development Report 2003, S. 26; Oxfam schätzt die Verluste durch Zölle auf Agrarprodukte auf 100 Mrd. Dollar, die katholische Hilfsorganisation CAFOD beziffert den Raub am Süden sogar auf jährlich knapp 900 Mrd. Dollar. Vgl. Turner, Mandy: At War's End: Building Peace after Civil Conflict, Cafod 2004, URL: http://www.democratiya.com/review.asp?reviews_id=44 (eingesehen 20.08.2007).

⁶⁷ Collier, Paul: Breaking the conflict trap, World Bank Policy Research Report 2003, S. 53.

⁶⁸ Croissant, Aurel/Hartmann, Hauke: Der Kampf der Kulturen findet nicht statt, Frankfurter Rundschau, 21.11. 2006; vgl. auch Congressional Budget Office: Enhancing US Security Through Foreign Aid, Washington, DC, April 1994, S. 5. UN Millennium Project: Investing in Development: A Practical Plan to Achieve the Millennium Development Goals. New York 2005, URL: <http://www.who.int/hdp/publications/4b.pdf> (10.04.2008), S. 8; Steward, Frances u.a.: Horizontal Inequalities and Conflict: Understanding Group Violence in Multiethnic, Palgrave 2008. Vgl. für eine hervorragende Literaturübersicht Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung: Globale Umweltveränderungen: Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel, Heidelberg 2008, S. 36ff.

⁶⁹ Brzoska, Michael: Wie werden wir die nächsten hundert Jahre überleben?, Zeit Online, 17.08.2006.

⁷⁰ Vgl. Chanaa, Jane: Arms sales and development: making the critical connection, in: Development in Practice, Volume 15, Issue 5, August 2005, S. 710-716.

⁷¹ Rüstungsexportbericht 2007 der GKKE, Bonn/Berlin 2007, S. 6.

⁷² Grässlin, Jürgen: Den Tod bringen Waffen aus Deutschland, in: Zivilcourage 4/2008.

⁷³ „Rohstofffluch“ (resource curse) wird dieses Phänomen bezeichnet. Erstmals wurde der Begriff verwendet von Auty, Richard M.: Sustaining Development in Mineral Economies: The Resource Curse Thesis. London 1993.



Grafik 3 Rohstoffe finanzieren Krieg und Terror

Es würde also viele Optionen effektiver Konfliktbearbeitung geben, wenn man an den Ursachen ansetzt und die zugrunde liegenden Hierarchie- und Ausbeutungsstrukturen verändern würde. Da es aber im Gegenteil das Ziel der westlichen Politik ist, diese Strukturen aufrecht zu erhalten, wird hierfür der Rückgriff auf das Militär erforderlich.

2.3. Krisentendenzen und militärischer Neoliberalismus

Da sich Konflikte negativ auf die Möglichkeit von profitträchtigen Kapitalinvestitionen auswirken, ist westlichen Großkonzernen (meist) an deren Vermeidung bzw. „Befriedung“ gelegen: „Die unter der Führung der internationalen Wirtschaftsinstitutionen vorangetriebene ‚Globalisierung‘ hat dem Finanzkapital neue Horizonte eröffnet, doch macht sie auch den Schutz und die Sicherheit der ‚Eigentumsrechte‘ auf natürliche Ressourcen, auf Land, aber auch der Finanztitel (Aktien, Obligationen, Schuldtitel) notwendig.“⁷⁴

Darüber hinaus zielt der westliche Militärinterventionismus aber auch ganz grundsätzlich darauf ab, die gegenwärtigen Hierarchie- und Ausbeutungsverhältnisse abzusichern und das immer anfälliger werdende Weltwirtschaftssystem gegen jede Form von Bedrohung zu „verteidigen“⁷⁵: „Die Globalisierung verändert also die traditionellen Ansätze im Bereich der Sicherheit grundlegend. Als Folge davon bedeutet inzwischen die Sicherheit einer Nation nicht mehr nur die Unverletzlichkeit ihres Territoriums, wie es seit Jahrzehnten der Fall war, sondern ebenfalls die Lebensfähigkeit – das reibungslose Funktionieren – ihrer globalen Systeme.“⁷⁶ Dies erfordert den militärischen Schutz westlicher Profitinteressen, aber auch von vitalen Ressourcen, Handelswegen und ganz generell die Herstellung von „Stabilität“, eben alles, was die neoliberale Weltwirtschaftsordnung zum Funktionie-

ren benötigt. Da dieses System offensichtlich einige Gewinner und zahlreiche Verlierer produziert, muss es zwangsläufig militärisch gegen die „Verdammten dieser Erde“ abgesichert werden. Die Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ) redet diesbezüglich Klartext: „Die zunehmend globalisierte Welt ist anfällig geworden gegenüber unbeabsichtigten Störungen. Dies hat wieder zur Folge, dass Konflikte und Kriege an Orten, die vergleichsweise weit entfernt liegen, ein Spill-over-Potenzial auch auf Wohlstands- und Friedensregionen der Welt besitzen. Da im Rahmen der Globalisierung Grenzen und Schutzwälle abgebaut wurden, liegt es nunmehr an den einzelnen Akteuren der Weltpolitik [...] die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, um ein derartiges Überschwappen von Konflikten auf sonst konfliktfreie Zonen zu verhindern. Zu diesen Maßnahmen gehört auf jeden Fall auch die Option, im Bedarfsfall auf Streitkräfte und damit auf gewaltsame Mittel zurückgreifen zu können.“⁷⁷

Die katastrophalen Auswirkungen der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung haben darüber hinaus zu einer breiten Legitimationskrise geführt, denn in der Tat „hat sich die allgemein übliche Annahme, die Entfesselung des Marktes steigere den Wohlstand der Bevölkerungsmehrheit, nicht nur als falsch erwiesen, sondern diese Politik hat auch zu einem Mangel an öffentlicher Unterstützung für neoliberale Prinzipien geführt.“⁷⁸ Dies äußert sich innerhalb der Metropolen in einer wachsenden globalisierungskritischen Bewegung, gegen die immer repressiver vorgegangen wird. Insbesondere aber in der Peripherie sieht sich die herrschende Ordnung mannigfaltigen und in ihrer politischen Richtung vollkommen unterschiedlichen, gar gegensätzlichen Widerständen ausgesetzt, sei es von Seiten der sich emanzipierenden lateinamerikanischen Länder, von sog. Schurkenstaaten oder von terroristischen Organisationen.⁷⁹ Die westliche Reaktion erfolgt in Form einer Militarisierung.

Dabei sind es besonders die systembedingten Armutskonflikte, die eine delegitimierende Wirkung haben und aus diesem Grund „befriedet“ werden müssen. Denn es steht einiges auf dem Spiel: Gelingt es nicht, den Dampfkessel der Globalisierungskonflikte mitsamt ihren verschiedensten Ausprägungen halbwegs unter Kontrolle zu halten, steht die Weltwirtschaftsordnung selbst mehr und mehr zur Disposition, wie zwei führende US-Demokraten, Michael O’Hanlon und Peter Singer, verdeutlichen: „In einer Welt, die im Wesentlichen von den Industriedemokratien am Laufen gehalten und dominiert wird, wird ein anhaltendes Versagen, solchen Konflikten zu begegnen, nicht nur ihre moralische Integrität schwächen, sondern ihre internationale Legitimität als globale Führer

⁷⁴ Serfati, Claude: Militarismus: der bewaffnete Arm der Globalisierung, in: Zeller, Christian (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie, Münster 2004, 21-59, S. 39.

⁷⁵ So stellt bspws. der geopolitische Altmeister Gray, Colin S.: The Sheriff: America’s Defense of the New World Order, Lexington 2004, S. 4 klar: „Jede internationale Ordnung bevorteilt einzelne Länder und Interessen mehr als andere und benötigt deshalb eine Absicherung.“

⁷⁶ Serfati 2004, S. 24.

⁷⁷ Pöcher, Harald: Globalisierung: Die Herausforderung des 21. Jahrhunderts, in: Österreichische Militärische Zeitschrift 2/2006, S. 181-186, S. 184f.

⁷⁸ Söderberg 2004, S. 303.

⁷⁹ Vgl. zur Bündelung der Krisentendenzen Pieterse, Nederveen: Globalization or empire, New York 2004, S. 14.

untergraben.“⁸⁰ Folgerichtig plädieren die beiden für den Aufbau einer amerikanisch-europäischen „Stabilisierungstruppe“ im Umfang von 600.000 Soldaten, eine Idee, die immer mehr Anhänger findet.

Francis Fukuyama bringt die Bedeutung des Nation Building folgendermaßen auf den Punkt: „Auf jeden Fall wird die Kunst des Staatenbaus eine Schlüsselkomponente der nationalen Macht und genauso wichtig wie die Fähigkeit sein, traditionellere Militärgewalt zur Aufrechterhaltung der Weltordnung einzusetzen.“⁸¹ Ein Kommentar in der Zeit räumt offen ein, dass die gesamte Entwicklung auf einen „demokratischen Neokolonialismus“ hinausläuft und beschreibt die dahinter stehende Logik folgendermaßen: „Längst dienen militärische Interventionen der Selbstbehauptung westlicher Demokratien – als Instrument ihrer Weltinnenpolitik. Diese läuft auf einen ‚demokratischen Neokolonialismus‘ hinaus. Der Unterschied zum klassischen Kolonialismus ist groß. Es geht nicht mehr um die Aufteilung der Welt. Der demokratische Neokolonialismus reagiert vielmehr auf das verstärkte Zusammenwachsen einer Welt, in der innere und äußere Probleme und Bedrohungen immer schwerer zu unterscheiden sind. Streng genommen, kann diese neokolonialistische Epoche erst enden, wenn überall auf der Erde ein Minimum an Rechtssicherheit für das Leben und das Eigentum des Einzelnen herrscht, wenn die Rechte kollektiver Minderheiten geschützt sind. Nur dann kann von einer globalen Ordnung im eigentlichen Sinne die Rede sein. Ohne sie ist eine Zukunft der offenen Gesellschaften des Westens nicht vorstellbar.“⁸² Besonders perfide dabei ist, dass dieser demokratische Neokolonialismus als eine Art aktive Entwicklungshilfe verkauft wird.

2.4 Empire EUropa: Militärischer Investitionsschutz als entwicklungspolitisches Projekt

Auf der NATO-Sicherheitskonferenz Anfang 2005 in München machte der damals frisch gewählte Vorsitzende des Bundesverbands der deutschen Industrie (BDI), Jürgen R. Thumann, die Forderung nach einer Absicherung westlicher Profitinteressen und die Herstellung eines investitionsfreundlichen Umfeldes zu einer militärischen Aufgabe: „Investitionen in Entwicklungsländern schaffen Jobs und Einkommen. [...] Dort wo unsere Unternehmen aktiv sind, stärken sie die Wirtschafts- und Finanzstrukturen. Aber die Wirtschaft braucht sichere Rahmenbedingungen. Mangelnde Rechtssicherheit und Rechtsstaatlichkeit machen Investitionen schwer verantwortbar.“ Entscheidend ist, dass Thumann auf dieser Grundlage die entwicklungspolitische Prioritätensetzung auf den Kopf stellt: „Die Grundhypothese ‚ohne Entwicklung keine Sicherheit‘ stellt sich häufig genau anders her-

um dar. ‚Ohne Sicherheit keine Entwicklung‘.“⁸³ Erst in Folge einer militärischen Stabilisierung mit gleichzeitigem Nation Building könnten, so diese Sichtweise, neoliberale Maßnahmen greifen und zu einer Reduzierung der Armut beitragen. Aus dem Bestreben, militärisch für die Realisierung von Profitinteressen zu garantieren, wird somit schamlos ein entwicklungspolitisches Projekt gemacht. Hiermit geht eine doppelte Entgrenzung des Verteidigungsbegriffs einher, sowohl territorial („Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“ – Peter Struck) als auch funktional („das umfassende Verständnis von Sicherheitspolitik“ – Angela Merkel), der nunmehr jegliche Bedrohung der Weltwirtschaftsordnung einschließt.

Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang die Ausführungen von Robert Cooper, denn als führender Kopf hinter der im Dezember 2003 verabschiedeten Europäischen Sicherheitsstrategie und gleichzeitig wichtigster Berater des EU-Außenbeauftragten Javier Solana, ist er derzeit wohl einer der einflussreichsten EU-Strategen.⁸⁴ Aus Coopers Sicht sind „Imperien keine schlechte Sache“⁸⁵, denn sie „waren häufig besser als das Chaos und die Barbarei, die sie ersetzten. [...] Die innerhalb des Imperiums genossen Ordnung, Kultur, Zivilisation. Außerhalb des Imperiums existierte Barbarei, Chaos und Unordnung.“⁸⁶ Hiermit macht er genau dieselbe Frontstellung zwischen zivilisiertem Westen und nach Tutelage schreiender Dritter Welt auf, wie die Vertreter der Theorie der Neuen Kriege. „Der postmoderne Imperialismus hat zwei Komponenten. Die erste ist der freiwillige Imperialismus der globalen Ökonomie. Er wird normalerweise von einem internationalen Konsortium durch internationale Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank ausgeübt [...] Diese Institutionen bieten Staaten, die ihren Weg zurück in die globale Ökonomie und in den tugendhaften Kreis von Investitionen und Prosperität finden wollen, Hilfe an. Im Gegenzug stellen sie Forderungen auf, von denen sie hoffen, dass sie die politischen und ökonomischen Versäumnisse beheben, die zu der ursprünglichen Notwendigkeit für Unterstützung beitrugen. [...] Die zweite Dimension des postmodernen Imperialismus könnte der Imperialismus des Nachbarn genannt werden. Instabilität in der Nachbarschaft stellt eine Gefahr dar, die kein Staat ignorieren kann. Politische Misswirtschaft, ethnische Gewalt und Kriminalität auf dem Balkan stellen eine Gefahr für Europa dar. Die Antwort hierauf war, eine Art freiwilliges UN Protektorat im Kosovo und in Bosnien zu schaffen.“⁸⁷ Dass hierfür Jugoslawien angegriffen und gegen seinen Willen völkerrechtswidrig zerschlagen

⁸⁰ O'Hanlon, Michael/Singer, Peter: The Humanitarian Transformation, in: Survival, Vol. 46, Issue 1, (Spring 2004), S. 77f.

⁸¹ Fukuyama 2006, S. 170.

⁸² Herzinger, Richard: Wo Demokraten schießen, in: Die Zeit, Nr. 25/2003.

⁸³ Thumann, Jürgen R.: Interrelation of Economic Development and Security, Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz, 12.2.2005.

⁸⁴ Vgl. zur Rolle und dem Einfluss Robert Coopers Foley, Frank: Between Force and Legitimacy: the Worldview of Robert Cooper, EUI-RSCAS Working Paper 2007/09. Siehe auch Cameron, Fraser: Europas neue Sicherheitsstrategie, in: Internationale Politik, 1/2004, S. 39-50, S. 42.

⁸⁵ Cooper, Robert: The Next Empire, Prospect, October 2001.

⁸⁶ Zit. nach Foley 2007, S. 3.

⁸⁷ Cooper, Robert: The Post-Modern State, in: Leonard, Mark (ed.): Re-Ordering the World, London 2002, S. 11-20, S. 18.

wurde, scheint den EU-Spitzenpolitiker dabei weder zu stören, noch findet diese Tatsache bei all seinem Ge- rede von „Freiwilligkeit“ überhaupt eine Erwähnung.

Unmissverständlich untermauert Cooper auch seine Bereitschaft, Europas imperiale Ordnung in den „barbarischen Zonen“ militärisch durchzusetzen und abzusichern: „Die Herausforderung der postmodernen Welt ist es, mit der Idee doppelter Standards klarzukommen. Unter uns gehen wir auf der Basis von Gesetzen und offener kooperativer Sicherheit um. Aber wenn es um traditionellere Staaten außerhalb des postmodernen Kontinents Europa geht, müssen wir auf die rauerer Methoden einer vergangenen Ära zurückgreifen – Gewalt, präventive Angriffe, Irreführung, was auch immer nötig ist, um mit denen klarzukommen, die immer noch im 19. Jahrhundert leben, in dem jeder Staat für sich selber stand. Unter uns halten wir uns an das Gesetz, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir ebenfalls das Ge- setz des Dschungels anwenden.“⁸⁸

Mittlerweile ist die Vorstellung von einem Empire EUropa salonfähig geworden. So gab EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn an, er sehe in der Europä- ischen Union ein „gutmütiges Imperium“⁸⁹ und auch Kommissionschef José Manuel Barroso sieht in der EU mittlerweile „eine Art Imperium.“⁹⁰ Damit befleißigen sich beide nassforsch einer Terminologie, die bis in die dunkelste Phase der europäischen Kolonialge- schichte zurückreicht und lange Zeit negativ konnotiert war.⁹¹ Worum es dabei geht, ist offensichtlich: die eigene Liberalisierungsagenda weltweit durchzusetzen und gegenüber den systemimmanent produzierten Konflikten abzusichern. Es sind diese Überlegungen, die sich hinter den Forderungen verbergen, geschei- terten Staaten mittels westlichem Militär „Stabilität“ und „Demokratie“ zu verordnen. Sie sind der Grund, weshalb der „Stabilitätsexport“ mittlerweile ins Zent- rum der westlichen Strategie- und Streitkräfteplanung gerückt ist.

3. Stabilitätsexport als neues außen- und entwicklungspolitisches Leitbild

Die Ergebnisse der Kriegsursachenforschung würden eigentlich eine Konzentration auf direkte Armuts- bekämpfung und die Errichtung einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung als vordringlichste Maßnah- men zur Konfliktprävention nahelegen. Dennoch setzt sich derzeit die Sichtweise durch, der Stabilisierung gescheiterter Staaten müsse absolute Priorität einge- räumt werden.

Als Begründung dient das moralisch-sicherheitspoli- tische Legitimationskonstrukt der Neuen Kriege, das mittlerweile den Diskurs um Ursachen und Lösungen von Konflikten in der Dritten Welt nahezu vollständig dominiert. Dies gilt in zunehmendem Maße auch für entwicklungspolitische Dokumente und Strategien und mündet über das Konzept der „vernetzten Sicher- heit“ in eine direkte Unterordnung der Entwicklungshilfe unter sicherheitspolitische Erwägungen, wie in diesem Kapitel aufgezeigt werden soll.

3.1 Stabilitätsexport als moralisch- sicherheitspolitischer Imperativ

Gescheiterte Staaten rücken nicht zuletzt deshalb in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, weil in ihnen eine direkte Bedrohung gesehen wird: „Der Hinweis auf das vom Zerfall ausgehende große Bedrohungs- potenzial fehlt fast nie. Dabei wird versucht, den Zu- sammenhang zwischen Staatszerfall, internationalem Terrorismus und der Verbreitung von Massenvernich- tungswaffen zu belegen.“⁹²

Obwohl ein derartiger Zusammenhang äußerst fragwürdig ist⁹³, findet sich diese Bedrohungsanalyse mittlerweile – ergänzt um eine moralische Komponen- te – in nahezu jedem sicherheitspolitischen Grund- lagendokument. So argumentiert das Weißbuch der Bundeswehr folgendermaßen: „Die Erosion staatlicher Strukturen, der Zerfall ganzer Staaten und damit oft einhergehende Bürgerkriege ebenso wie das Entstehen von Gebieten, die sich außerhalb der internatio- nalen Ordnung stellen, eröffnen Aktionsräume sowie Rückzugsgebiete für bewaffnete Gruppen und terro- ristische Organisationen.“ Hieraus leitet sich genau jener moralisch-sicherheitspolitische Imperativ zur Durchführung von „Stabilisierungseinsätzen“ und „Na-

⁸⁸ Cooper 2002, S. 16.

⁸⁹ Posener, Alan: Imperium der Zukunft. Warum Europa Weltmacht werden muss, München 2007, S. 9.

⁹⁰ „Dimensionen eines Imperiums“, Interview mit José Manuel Barroso, Die Welt, 17.10.2007.

⁹¹ In seltenen Fällen wird dieser Widerspruch zwischen eigentlich negativer Konnotation des Begriffes und seiner immer häufigeren Verwendung selbst in den Massenmedien bemerkt: „Umso erstaunlicher ist der Aufstieg eines Begriffes, der auf den ersten Blick so gar nicht zu Europa passt: Empire.“ Vgl. Bonse, Eric: Europäische Union. Imperium ohne Volk, Handelsblatt, 21.03.2007.

⁹² Reinhardt, Dieter: Staatszerfall, Neue Kriege und Bedrohungspotenzia- le, in: Internationale Politik und Gesellschaft 3/2004, S. 164-176, S. 164.

⁹³ „Mit Blick auf die Ursachen der verschiedenen sicherheitspolitischen Herausforderungen (Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte, Völkermord, organisierte Kriminalität) ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass diese in der Regel nicht in einem systema- tischen oder strategischen Verbund miteinander stehen.“ Vgl. Bundes- ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Zum Verhältnis von entwicklungspolitischen und militärischen Antwor- ten auf neue sicherheitspolitische Herausforderungen, BMZ Diskurs 001, Mai 2004, S. 6 (zit. als BMZ-Diskurs 2004). Vgl. auch Hehir, Aidan: The Myth of the Failed State and the War on Terror: A Challenge to the Conventional Wisdom, in: Journal of Intervention and State Build- ing, Vol. 1, No. 3 (November 2007), S. 307-332 und Dempsey, Gary T.: Old Folly in a New Disguise Nation Building to Combat Terrorism, CATO Policy Analysis No. 429, March 2002.

tion Building“ ab, wie ihn die Vertreter der Neuen Kriege propagieren: „Staatsversagen sowie eine unkontrollierte Migration können zur Destabilisierung ganzer Regionen beitragen und die internationale Sicherheit nachhaltig beeinträchtigen. Neben der moralischen Verpflichtung zur Hilfe steht dabei die Verantwortung für die Sicherheit unseres Landes.“⁹⁴

Genauso lautet die Bedrohungsanalyse der im Dezember 2003 verabschiedeten „Europäische Sicherheitsstrategie“ (ESS): „Bei einer Summierung dieser verschiedenen Elemente - extrem gewaltbereite Terroristen, Verfügbarkeit von Massenvernichtungswaffen, organisierte Kriminalität, Schwächung staatlicher Systeme und Privatisierung der Gewalt - ist es durchaus vorstellbar, dass Europa einer sehr ernststen Bedrohung ausgesetzt sein könnte.“⁹⁵ Die identifizierten Bedrohungen, die explizit als Folge des Globalisierungsprozesses beschrieben werden, dienen dazu, eine buchstäblich grenzenlose „Verteidigung“ Europas einzufordern: „Im Zeitalter der Globalisierung können ferne Bedrohungen ebenso ein Grund zur Besorgnis sein wie näher gelegene. [...] Die erste Verteidigungslinie wird oftmals im Ausland liegen. Die neuen Bedrohungen sind dynamischer Art. [...] Daher müssen wir bereit sein, vor Ausbruch einer Krise zu handeln. Konflikte und Bedrohungen kann nicht früh genug vorgebeugt werden.“⁹⁶ Dass dieses frühzeitige Agieren explizit militärische Aktionen einschließt und die Europäische Union damit implizit eine Präventivkriegsstrategie übernommen hat, ist ebenso bedenklich, wie die hierfür gelieferte Begründung. Denn als eine der „Hauptbedrohungen“, die in diesem Zusammenhang bekämpft werden müsste, wird von der ESS benannt: „Das Scheitern eines Staates [...] ist ein alarmierendes Phänomen, das die globale Politikgestaltung untergräbt und die regionale Instabilität vergrößert.“⁹⁷

Die Fokussierung auf Stabilitätsexport wird dabei folgendermaßen begründet: „Eine Reihe von Ländern und Regionen bewegen sich in einem Teufelskreis von Konflikten, Unsicherheit und Armut.“ Während es sich hierbei noch um eine weit gehend unstrittige Tatsache handelt, ist die entscheidende Frage jedoch, wie aus diesem Teufelskreis ausgebrochen werden kann und welche Prioritäten damit gesetzt werden: „Sicherheit ist eine Vorbedingung für Entwicklung.“⁹⁸ Auch hier wird der Stabilitätsexport also zu einem entwicklungspolitischen Projekt umdefiniert und zu einer vorrangigen Aufgabe erhoben: „Der beste Schutz für unsere Sicherheit ist eine Welt verantwortungsvoll geführter demokratischer Staaten. Die geeignetsten Mittel zur Stärkung der Weltordnung sind die Verbreitung einer verantwortungsvollen Staatsführung, die Unterstüt-

zung von sozialen und politischen Reformen, die Bekämpfung von Korruption und Machtmissbrauch, die Einführung von Rechtsstaatlichkeit und der Schutz der Menschenrechte.“⁹⁹ EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner fasst die augenblicklich dominierende Position folgendermaßen zusammen: „Aktives ‚State Building‘, das heißt der Aufbau staatlicher Strukturen in Krisengebieten, ist viel mehr als ein Aspekt der Entwicklungszusammenarbeit. Es ist ein sicherheitspolitischer Imperativ, auch für Europa, dem man nur mit einem breiten Ansatz gerecht wird.“¹⁰⁰



Grafik 4 Bedrohungsanalyse der deutschen und europäischen Sicherheitsstrategie

Dieser „breite Ansatz“ fußt auf der beschriebenen Grundlogik „ohne Sicherheit keine Entwicklung“ und legt somit nahe, sämtliche Kapazitäten einschließlich der Entwicklungshilfe auf den Sicherheitsbereich zu konzentrieren. Diese Sichtweise wurde von dem entwicklungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Christian Ruck in einem gemeinsamen Papier mit Christian Schmidt, Staatssekretär im Verteidigungsministerium, auf den Punkt gebracht. In ihrem Plädoyer für „eine strategische Orientierung und bessere Verzahnung der deutschen Entwicklungs- und Sicherheitspolitik“ begründen sie ihre Forderung folgendermaßen: „In den letzten Jahren hat sich die Distanz zwischen Entwicklungs- und Sicherheitspolitik, zwischen militärischen und entwicklungspolitischen Akteuren merklich verringert. Dies liegt vor allem an der Erkenntnis, dass Entwicklung ohne Sicherheit nicht möglich ist. [...] Die Konfliktbeendigung und militärische Sicherung eines vormaligen Kriegs- oder Bürgerkriegslandes ist nur der Anfangspunkt für dessen langfristige Stabilisierung und nachhaltigen Aufbau. Die Entwicklungspolitik ist im Rahmen des

⁹⁴ Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands 2006, S. 16f. Hervorhebung JW.

⁹⁵ Europäische Sicherheitsstrategie: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Dezember 2003, S. 5.

⁹⁶ Europäische Sicherheitsstrategie 2003, S. 6f.

⁹⁷ Europäische Sicherheitsstrategie 2003, S. 4.

⁹⁸ Europäische Sicherheitsstrategie 2003, S. 2. Hervorhebung JW.

⁹⁹ Europäische Sicherheitsstrategie 2003, S. 10.

¹⁰⁰ Ferrero-Waldner, Benita: Europa als globaler Akteur - Aktuelle Schwerpunkte Europäischer Außen- und Nachbarschaftspolitik, Rede bei der Bundesakademie für Sicherheitspolitik Berlin, 24. Januar 2005 (SPEECH/05/30).

„Peace-Building“ ein wichtiger Akteur.“¹⁰¹ Obwohl es hierbei um eine Instrumentalisierung der Entwicklungshilfe für die Durchsetzung machtpolitische Interessen geht, wie aus anderen Absätzen ihres Papiers eindeutig hervorgeht (siehe Kapitel 6), handelt es sich hierbei um eine Art Standardbegründung für die Subordination der Entwicklungshilfe als flankierende und unterstützende Maßnahmen des militärischen Stabilitätsexports. So betont auch Verteidigungsminister Franz-Josef Jung: „Der Schlüssel zum Erfolg liegt im umfassenden, vernetzten sicherheitspolitischen Ansatz, der militärische Sicherung mit zivilem Wiederaufbau und Entwicklung verbindet. Beide Elemente bedingen einander – ohne Sicherheit keine Entwicklung, ohne Entwicklung keine Sicherheit.“¹⁰²

3.2 Vernetzte Sicherheit: Die Subordination der Entwicklungshilfe

Vernetzte Sicherheit (oder: Zivil-militärische Zusammenarbeit, CIMIC) ist das neue außenpolitische Leitbild, nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Europäischen Union. Die Grundidee dabei ist, künftig sämtliche Kapazitäten, völlig egal, ob militärische oder entwicklungspolitische, auf Stabilitätsexport und Nation Building zu fokussieren. In der Europäischen Sicherheitsstrategie heißt es hierzu: „Dies gilt für die gesamte Palette der uns zur Verfügung stehenden Instrumente der Krisenbewältigung und Konfliktverhütung, einschließlich unserer Maßnahmen im politischen, diplomatischen, militärischen und zivilen, handels- und entwicklungspolitischen Bereich. Es bedarf einer aktiveren Politik, um den neuen, ständig wechselnden Bedrohungen entgegenzuwirken. Wir müssen eine Strategie-Kultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen fördert.“¹⁰³

Ziel ist es also, die Entwicklungshilfe aktiv für sicherheitspolitische Belange einzuspannen, insbesondere, was die Begleitung von und die Nachsorge im Anschluss an westliche Militärinterventionen angeht. Denn damit die militärische Stabilisierung nur halbwegs Aussicht auf Erfolg hat, ist sie dringend auf flankierende zivile Maßnahmen angewiesen (siehe Kapitel 5). Das Bundeswehr-Weißbuch schreibt hierzu: „Die Bewältigung dieser neuen Herausforderungen erfordert den Einsatz eines breiten außen-, sicherheits-, verteidigungs- und entwicklungspolitischen Instrumentariums zur frühzeitigen Konflikterkennung, Prävention und Konfliktlösung.“¹⁰⁴ Damit wird die Forderung begründet, im Rahmen der so genannten vernetzten Sicherheit eine ganze Reihe ziviler Akteure einzubinden und damit faktisch der Logik militärischer

Interessensdurchsetzung unterzuordnen: „Staatliches Handeln bei der Sicherheitsvorsorge wird künftig eine noch engere Integration politischer, militärischer, entwicklungspolitischer wirtschaftlicher, humanitärer, polizeilicher und nachrichtendienstlicher Instrumente der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung voraussetzen.“¹⁰⁵

Als richtungweisend wird dabei im Bundeswehr-Weißbuch das noch unter der Rot-Grünen Regierung erarbeitete Gesamtkonzept der Bundesregierung „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ gelobt, es sei ein zentraler „Baustein dieses gesamtstaatlichen Sicherheitsverständnisses.“¹⁰⁶ In diesem „Referenzdokument“, dem auch unter Schwarz-Rot weiterhin zentrale Bedeutung zugemessen wird¹⁰⁷, wird, in den Worten eines seiner Architekten, des Grünen Verteidigungsexperten Winfried Nachtwei, „Vorstellungen pazifistischer Friedensorganisationen eine Absage erteilt, die hier und heute zivile Konfliktbearbeitung als Alternative zum Militär sehen.“¹⁰⁸ Auch im Weißbuch heißt es unmissverständlich: „Der Begriff zivile Krisenprävention ist nicht als Abgrenzung zu militärischer Krisenprävention zu verstehen, sondern schließt diese mit ein.“¹⁰⁹

Im Aktionsplan zeigt sich die Reichweite der Theorie der Neuen Kriege überdeutlich. Die Kriegsursachenanalyse könnte direkt von Herfried Münkler abgeschrieben worden sein: „Die Kriege, die seit dem Ende der Blockkonfrontation das Konfliktgeschehen dominieren, unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht von den Kriegen, die noch vor 1989 geführt wurden. Um veränderten Faktoren Rechnung zu tragen, hat sich der Begriff der ‚Neuen Kriege‘ eingebürgert. Ausgangspunkte der meisten innerstaatlichen Konflikte sind nur formal oder rudimentär existierende staatliche Strukturen bzw. der Zerfall von Staatlichkeit. Die gegenwärtigen Konflikte werden oft über sehr lange Zeiträume hinweg mit wechselnder Intensität ausgetragen. In der Realität der Neuen Kriege verschwimmen die drei traditionellen Konfliktphasen immer mehr – die krisenhafte Phase, bevor es zum Ausbruch der Gewalt kommt; die eigentliche Kriegsphase, in der systematische Gewalt eingesetzt wird, und die Phase der Friedenskonsolidierung nach formaler Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzung.“¹¹⁰ Die von den gescheiterten Staaten ausgehende Bedrohung erfordere zwingend deren Stabilisierung, die zu einer „Querschnittsaufgabe“ sämtlicher Ressorts erklärt wird und der sämtliche Kapazitäten unterzuordnen seien: „Krisenprävention erfordert daher häufig eine enge Zusammenarbeit von zivilen und militärischen

¹⁰¹ Gemeinsames Thesenpapier von Christian Schmidt und Christian Ruck: Vertrauen – Zukunft – Sicherheit. Für eine strategische Orientierung und bessere Verzahnung der deutschen Entwicklungs- und Sicherheitspolitik, 08.02.2005 (zit. als Schmidt/Ruck 2005). Hervorhebung JW.

¹⁰² Jung, Franz-Josef: „Krisenherd Nah/Mittelost – Europas möglicher Beitrag für Frieden und Stabilität“, Rede auf der Handelsblattkonferenz am 3. Juli 2007 in Berlin.

¹⁰³ Europäische Sicherheitsstrategie 2003, S. 11.

¹⁰⁴ Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands 2006, S. 2.

¹⁰⁵ Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands 2006, S. 7.

¹⁰⁶ Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands 2006, S. 21.

¹⁰⁷ Klingbiel, Stephan: Globaler Aktionismus reicht nicht, in: Internationale Politik, August 2006, S. 96.

¹⁰⁸ Nachtwei, Winfried: Aktionsplan Krisenprävention: Großer Fortschritt an Friedensfähigkeit, URL: http://www.nachtwei.de/pdf/ak_plan_ziv_wn.pdf (eingesehen 15.10.06), S. 2.

¹⁰⁹ Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands 2006, S. 23.

¹¹⁰ Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“, Berlin, 12. Mai 2004, S. 5.

Komponenten im Rahmen eines Sicherheitskonzepts, das politische, diplomatische, wirtschaftliche, humanitäre und militärische Mittel einschließt.“¹¹¹ Obwohl permanent von Krisenprävention und Friedenskonsolidierung gesprochen wird, sollte nicht vergessen werden, dass es dabei um die zivile Flankierung militärischer Maßnahmen in den zu stabilisierenden Ländern geht.

Im Schwarz-Roten Koalitionsvertrag von 2005 wurde der Aktionsplan zivile Krisenprävention nochmals gestärkt: „Deutsche Außenpolitik fußt auf einem umfassenden Sicherheitsbegriff, der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik miteinander verknüpft. Dabei wollen wir insbesondere unsere Instrumentarien zur Krisenprävention und -reaktion ausbauen. Diese prioritäre Querschnittsaufgabe erfordert die Zusammenführung vorhandener finanzieller und personeller Ressourcen und zusätzliche Mittel. Es geht neben den militärischen Fähigkeiten nicht zuletzt um genügend ziviles Personal für den (Wieder-)Aufbau tragfähiger rechtsstaatlich-demokratischer Institutionen, zum Beispiel Polizei, Richter, Staatsanwälte. Der Ressortkreis Zivile Krisenprävention soll gestärkt, Frühwarnmechanismen sollen verbessert werden. Nationale und EU-Mechanismen sind noch besser zu verzahnen. Wir werden den Aktionsplan der Bundesregierung zur Zivilen Krisenprävention umsetzen.“¹¹² Der OECD-Prüfbericht zur deutschen Entwicklungspolitik betont die große Praxisrelevanz des Aktionsplans: „Die Umsetzung des Aktionsplans wird zu bedeutenden Veränderungen der Deutschen Entwicklungszusammenarbeit führen, vor allem auf dem Gebiet der EZ-Planung und des Konzepts der fragilen Staaten, was sich wiederum auf die Ressourcenallokation auswirken dürfte.“¹¹³

Was hiermit klar wird, ist, dass Zivile Konfliktbearbeitung und Entwicklungszusammenarbeit als eigenständige und vollständig unabhängig vom Militär agierende Konzepte in den Köpfen der Strategieplaner – und zunehmend auch vor Ort (siehe Kapitel 5) – praktisch aufgehört haben zu existieren, sie bilden eine „konzeptionelle und operative Einheit.“¹¹⁴ Die EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner betätigt sich bereits unverhohlen als Totengräberin einer eigenständigen Entwicklungsarbeit: „Einige im Entwicklungs- und Außenpolitikbereich glauben immer noch, dass eine klare Unterscheidung zwischen Außen- und Entwicklungspolitik gemacht werden sollte. [...] Die Wahrheit ist, dass diese Unterscheidung ihre Bedeutung verliert. Oder, vielleicht sollte ich besser sagen, sie hat ihre Bedeutung bereits verloren.“¹¹⁵ So wird

die Entwicklungszusammenarbeit zum Erfüllungsgehilfen militärischer Interessen herabgestuft und verliert ihre so wichtige Eigenständigkeit: „Die Einbindung der Entwicklungspolitik in den Kanon des auswärtigen Handelns vollzieht sich über die Logik der ‚integrierten Sicherheit‘.“¹¹⁶

3.3 Entwicklungspolitischer Paradigmenwechsel: Von der Armutsbekämpfung zur Sicherheitspolitik

Die Prämissen der Europäischen Sicherheitsstrategie können selbstredend nicht ohne Folgen für die Entwicklungszusammenarbeit bleiben: „Die Sicherheitsstrategie der EU aus dem Jahr 2003 geht von einem Konzept der erweiterten Sicherheit aus, das anerkennt, dass Bedrohungen und erhöhtes Gewaltpotential komplexe und weitreichende ökonomische, soziokulturelle und umweltbedingte Ursachen haben können. Daraus folgt, dass Sicherheitspolitik nicht mehr länger auf militärische Mittel und Wege beschränkt bleibt, sondern in direkter Weise auch andere Politikbereiche, insbesondere die Entwicklungszusammenarbeit, betrifft.“¹¹⁷

Entwicklungspolitik wird somit zum integralen Bestandteil eines Gesamtpaketes, was selbst in Teilen der Entwicklungscommunity positiv bewertet wird. So schreiben bspw. Dirk Messner und Jörg Faust vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik: „Vor diesem Hintergrund fordert das europäische [ESS-] Konzept zu Recht eine engere Verzahnung der unterschiedlichen Instrumente sowie deren Ausrichtung auf das Zielsystem der Sicherheitspolitik. Der Entwicklungspolitik kommt in diesem Kontext eine große Bedeutung zu. Die Entwicklungspolitik muss nun ihren Erfahrungsschatz pro-aktiv in die Gestaltung der europäischen Außenbeziehungen einbringen und sollte zu diesem Zweck eine Strategie zur Flankierung des ‚Solana-Konzeptes‘ formulieren.“¹¹⁸

Diese Position schlug sich schließlich in der Neufassung des „Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik“ nieder, der folgendes Hauptproblem identifiziert: „Unsicherheit und gewaltsame Konflikte gehören zu den größten Hindernissen für die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele [zur Bekämpfung der Armut].“¹¹⁹ Hierauf aufbauend leitet der Konsens die Notwendigkeit einer engen Abstimmung von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik für die Stabilisierung gescheiterter Staaten ab. Das Dokument ist ein gutes Beispiel für das Ausmaß der entwicklungspolitischen Versicherheitlichung in den letzten Jahren: „Der Themenkomplex Entwicklung, Sicherheit und

¹¹¹ Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ 2004, S. 7.

¹¹² „Gemeinsam für Deutschland. Mit Mut und Menschlichkeit“, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 16. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, 11.11.2005.

¹¹³ OECD-DAC Prüfbericht 2006, S. 48.

¹¹⁴ VENRO-Stellungnahme zum „Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“, Bonn, 30. Oktober 2006.

¹¹⁵ Ferrero-Waldner, Benita: Human Security and Aid Effectiveness: The EU's challenges, London, 26 October 2006 (SPEECH/06/636).

¹¹⁶ Tannous 2007, S. 5.

¹¹⁷ Six, Clemens: Der Europäische Konsens zur Entwicklungspolitik. Die EU als Geberin in veränderten internationalen Beziehungen, Österreichische Forschungsförderung für Entwicklungshilfe, Wien, März 2006, S. 15.

¹¹⁸ Faust, Jörg/Messner, Dirk: Keine Sicherheit ohne pro-aktive Entwicklungspolitik, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, 11/2004.

¹¹⁹ Der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik, Gemeinsame Erklärung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und der Kommission (2006/C 46/01), S. 7.

fragile Staaten hat sich von einem Randthema, das in der Stellungnahme zur Entwicklungspolitik von 2000 praktisch nicht vorkommt, im Konsens 2005 zu einem zentralen Anliegen entwickelt.¹²⁰

Derart vor den sicherheitspolitischen Karren gespannt, wurde mit der offiziellen Degradierung der Entwicklungshilfe im EU-Rahmen schon länger begonnen. Sichtbarster Ausdruck hierfür war die auf dem EU-Gipfel in Nizza im Jahr 2000 beschlossene und zwei Jahre später erfolgte faktische Abschaffung des Rats der Entwicklungshilfeminister, der in den Rat für Allgemeine Angelegenheiten integriert bzw. von ihm absorbiert wurde.¹²¹ Dies bedeutet eine offensichtliche Herabstufung, mit der überdeutlich signalisiert wurde: „Die Entwicklungspolitik ist zu einem Nebenschauplatz der Außenpolitik herabgestuft worden. Sie dient nunmehr als Instrument der außenpolitischen Diplomatie.“¹²² Als weiteres Beispiel lassen sich die – auch ohne „offiziellen“ Verfassungsvertrag (bzw. Vertrag von Lissabon) weiterhin anvisierten – Kompetenzen des künftigen EU-Außenministers anführen, der dazu befugt sein wird, „Mittel der Entwicklungszusammenarbeit für Ziele der gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik einzusetzen.“¹²³

Diese Versicherheitlichung spiegelt die Interessen der Industrienationen wider. Schon in der Pariser Erklärung im Jahr 2005 „haben sich die Geber das Ziel gesetzt, in fragilen Ländern legitime gesellschaftliche Institutionen aufzubauen oder zu stärken sowie Staatsversagen und Staatszerfall entgegenzuwirken.“¹²⁴ Am 11. April 2007 unterstrichen die Entwicklungshilfeminister der wichtigsten Geberländer erneut die „Fokussierung auf Staatsbildung als zentralem Ziel.“¹²⁵ Auch in BMZ-Dokumenten wie der „Strategie zur Friedensentwicklung“, wird betont: „Eine besonders enge Verbindung ergibt sich zudem zum Umgang mit Staatsversagen und -zerfall, da es eine signifikante Schnittmenge zwischen den betroffenen Ländern, den so genannten fragilen Staa-

ten, und Konflikt- bzw. Post-Konflikt-Ländern gibt.“¹²⁶ Das Konzept der „vernetzten Sicherheit“, de facto also die Unterordnung und Eingliederung der Entwicklungshilfe, findet sich mittlerweile in nahezu jedem BMZ-Dokument: „Gerade unter schwierigen Rahmenbedingungen kommt es aber auch auf kohärentes Zusammenwirken von der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik sowie anderer Politikfelder an.“¹²⁷ In der „Strategie zur Friedensentwicklung“ wird diesbezüglich die Notwendigkeit zur „Vernetzung mit internationalen Reaktionsmechanismen“ betont: „Hierbei sind Instrumente der Diplomatie und Sicherheitspolitik (z.B. internationale Beobachtermissionen, Reaktionen des VN-Sicherheitsrats), aber auch der Handels-, Wirtschafts- und Finanzpolitik (z.B. Stabilisierung bei Preisschocks oder Finanzkrisen) gefragt.“¹²⁸ Die Aufwertung sicherheitspolitischer Aspekte zeigt sich auch anhand der Einrichtung eines Referats „Außen- und Sicherheitspolitik, Friedensentwicklung und Krisenprävention“ im BMZ.¹²⁹ Die Bildung eines „Resortkreises für zivile Krisenprävention“ im September 2004 unter Federführung des Auswärtigen Amts (AA) und unter Beteiligung von Akteuren verschiedener Ministerien soll zu einer „engeren Abstimmung zwischen diplomatischen, entwicklungspolitischen und sicherheitspolitischen Aktivitäten führen.“¹³⁰

Summa summarum: „Krisenprävention, die Stabilisierung schwacher Gesellschaften und der Wiederaufbau von Institutionen in Post-Konfliktsituationen gehören zunehmend zu den Aufgaben der Entwicklungspolitik.“¹³¹ Hiermit wird auch die zunehmende Verwendung von Entwicklungshilfegeldern für sicherheitsrelevante Aspekte begründet.

¹²⁰ Six 2006, S. 19. Vgl. auch Popovic 2007, S. 23.

¹²¹ In die Zuständigkeit des Rates für „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“ fallen seither die „Durchführung sämtlicher außenpolitischer Maßnahmen der Union, und zwar Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Außenhandel sowie Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe.“ Vgl. Europäischer Rat (Sevilla). Tagung vom 21. und 22. Juni 2002, S. 22. In der Zusammensetzung der Entwicklungshilfeminister tagt der Rat zwar weiter, allerdings nur informell.

¹²² Klever, Martin: Die EU-Entwicklungspolitik zwischen Anspruch und Realität. Europas Verantwortung für den afrikanischen Kontinent, Dissertation, Fakultät der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, November 2006, S. 142.

¹²³ Lieser 2004. Vgl. auch Popovic 2007, S. 12.

¹²⁴ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Entwicklungsorientierte Transformation bei fragiler Staatlichkeit und schlechter Regierungsführung, BMZ Konzepte 149, März 2007, S. 4.

¹²⁵ OECD: Principles for Good International Engagement in Fragile States, April 2007, S. 2.

¹²⁶ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Übersektorales Konzept zur Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Eine Strategie zur Friedensentwicklung (Strategy for Peacebuilding), Juni 2005, S. 9 (zit. als BMZ-Strategie zur Friedensentwicklung 2005).

¹²⁷ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Entwicklungsorientierte Transformation bei fragiler Staatlichkeit und schlechter Regierungsführung 2007, S. 7.

¹²⁸ BMZ-Strategie zur Friedensentwicklung 2005, S. 10.

¹²⁹ Hamann 2005, S. 86.

¹³⁰ Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ 2004, S. 4.

¹³¹ Runge 2005.

4. Krieg als Entwicklungshilfe

Nachdem im vorigen Kapitel beschrieben wurde, wie und dass die Stabilisierung gescheiterter Staaten mittlerweile als eine Hauptaufgabe der Entwicklungspolitik erachtet wird, sollen im Folgenden die gravierenden praktischen Auswirkungen dieser Schwerpunktverlagerung dargestellt werden. Denn dies hatte zur Folge, dass die Kriterien, was als Offizielle Entwicklungshilfe (ODA) abgerechnet werden kann, um sicherheitsrelevante Bereiche erweitert wurden, womit einer Zweckentfremdung von Geldern, die eigentlich ausschließlich der Armutsbekämpfung dienen dürfen, Tür und Tor geöffnet wurde.

4.1. Was ist ODA?

Nachdem im Laufe der 1960er Jahre der Druck immer weiter wuchs, sich intensiver der Armutsbekämpfung zu widmen, stimmten die Industriestaaten mit der mit Verabschiedung von UN-Resolution 2626 vom 24. Oktober 1970 schließlich explizit der Selbstverpflichtung zu, mindestens 0,7% ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Entwicklungshilfe zu verwenden. Diese Selbstverpflichtung, verbunden mit dem strikten Fokus auf Armutsbekämpfung, erforderte ein einheitliches Erfassungssystem, das bereits im Jahr 1969 eingerichtet wurde. Seither legt der OECD-Entwicklungshilfeausschuss (OECD-DAC), dem die 22 wichtigsten Geberländer plus die Europäische Kommission angehören, nach dem Einstimmigkeitsprinzip verbindliche Kriterien fest, was als Offizielle Entwicklungshilfe bezeichnet und abgerechnet werden kann.¹³² „Als ODA werden Leistungen der öffentlichen Hand angerechnet, die erstens an Länder vergeben werden, die von der OECD als Entwicklungsländer eingestuft werden, zweitens das Ziel der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung verfolgen und drittens ein Zuschusselement von mindestens 25 % beinhalten.“¹³³

Die ODA-Kriterien sind von enormer Relevanz, da sie Aufschluss darüber geben, inwieweit die Geberländer ihrer ohnehin schon sehr bescheidenen Zusage aus Res. 2626 (1970) nachkommen, wenigstens 0,7% ihres BIP für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen: „ODA-Zahlen haben eine herausragende politische Bedeutung. Die seit den späten 1960er Jahren von der Gemeinschaft der Geber aber auch einzelner Gruppen von Gebern abgegebenen politischen Verpflichtungen beruhen durchgehend auf der ODA-Definition der OECD DAC. [...] Die Diskrepanz zwischen internationalen politischen Zusagen und den tatsächlichen ODA-anrechenbaren Ausgaben ist auch ein Instrument der innenpolitischen Lobbyarbeit zur Erhöhung der EZ-Ausgaben.“¹³⁴ Nachdem militärische Aspekte jahrzehntelang kategorisch ausgeschlossen wurden¹³⁵, liegt es auf der Hand, dass jede Öffnung der ODA-Kriterien zugunsten sicherheitspolitischer

Ausgaben die Rüstungsetats entlasten hilft, eine Erhöhung der Entwicklungshilfe vorgaukelt und so gleichzeitig die miserable Bilanz der Geberländer schön.

4.2 Phantomhilfe und vorgegaukelte Großzügigkeit

Die europäischen Länder haben sich mittlerweile nochmals auf einen Fahrplan verständigt, mit dem die mehr als dreißig Jahre alten Zusagen endlich umgesetzt werden sollen: „In den Schlussfolgerungen des Rates vom Mai 2005 ist Folgendes festgelegt: Diejenigen Mitgliedstaaten, die noch unter der ODA-Quote von 0,51 % des BNE liegen, verpflichten sich, diese im Rahmen ihrer jeweiligen Haushaltsaufstellungsverfahren bis 2010 zu erreichen; die Übrigen setzen ihr Engagement fort. Diejenigen Mitgliedstaaten, die der EU nach 2002 beigetreten sind und deren ODA-Quote noch unter 0,17 % des BNE liegt, werden sich bemühen, ihre Quote bis 2010 im Rahmen ihrer jeweiligen Haushaltsaufstellungsverfahren auf diesen Wert aufzustocken; die Übrigen setzen ihr Engagement fort. Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, bis 2015 eine Quote von 0,7 % des BNE zu erreichen; diejenigen, die diese Zielquote bereits einhalten, verpflichten sich, sie nicht zu unterschreiten; die Mitgliedstaaten, die der EU nach 2002 beigetreten sind, werden sich bemühen, ihre Quote bis 2015 auf 0,33 % des BNE zu erhöhen.“¹³⁶ Der ODA-Anteil des deutschen Haushalts lag im Jahr 2007 bei 0,37 %.¹³⁷

Doch für einen Großteil dieser „Hilfsgelder“ prägte die südafrikanische Action Aid den Begriff „Phantomhilfe“, um mit ihm zu beschreiben, dass hiermit kein oder nur ein extrem geringer Beitrag zur direkten Armutsbekämpfung geleistet wird – eigentlich ja die Grundvoraussetzung für eine ODA-Anrechenbarkeit (siehe Tabelle 1): „Ein Drittel der deutschen ODA-Quote besteht aus Ausgaben, die nicht unmittelbar der Armutsbekämpfung zugute kommen“, kritisiert etwa VENRO.¹³⁸ Dazu gehören Schuldenerlasse, Ausgaben für ausländische Studenten und die Kosten für die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen (einschließlich der Abschiebungskosten!).¹³⁹ Selbst dem OECD-DAC-Prüfbericht zur deutschen Entwicklungspolitik fällt es schwer, hierin Maßnahmen zur Armutsbekämpfung erkennen zu können.¹⁴⁰

¹³² Vgl. Brzoska 2006, S. 6f.

¹³³ Hamann 2005, S. 3.

¹³⁴ Brzoska 2006, S. 16f.

¹³⁵ Vgl. Christian Aid: The Politics of Poverty. Aid in the New Cold War, 2004, S. 5.

¹³⁶ Der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik 2006, S. 5.

¹³⁷ Mark, Lothar, Rede in der 2./3. Lesung zum Haushalt des Auswärtigen Amtes, 22.11.2006, URL: http://www.lothar-mark.de/presse_detail.php?id=1357 (eingesehen 23.08.2007).

¹³⁸ VENRO: Nur die halbe Wahrheit. Neue OECD-Daten zur staatlichen Entwicklungszusammenarbeit, Pressemitteilung 10/2007.

¹³⁹ So wurden in Deutschland zwischen 2002 und 2005 insgesamt 487 Mio. Euro (6% der gesamten ODA) für die Ausbildung ausländischer Studenten aufgebracht, die höchste Summe in der gesamten Europäischen Union. Allein 2005 beliefen sich die ODA-abgerechneten Kosten für die Unterbringung von Asylbewerbern auf 49 Mio. Euro. Vgl. EU aid: genuine leadership or misleading figures? An independent analysis of European Governments' aid levels, Joint European NGO Report April 2006, S. 18.

¹⁴⁰ OECD-DAC Prüfbericht 2006, S. 35f.

Land	Offizielle ODA	Phantomhilfe Gesamt	Offizielle ODA/ BSP	Tatsächliche ODA/BSP	Anteil Phantomhilfe
	2005 (€)	2005 (€)	2005 (%)	2005 (%)	2005 (%)
Luxemburg	212	0	0,87%	0,87%	0%
Schweden	2640	174	0,92%	0,86%	7%
Dänemark	1696	129	0,81%	0,75%	8%
Niederlande	4130	477	0,82%	0,73%	12%
Irland	557	1	0,41%	0,41%	0,3%
Belgien	1590	400	0,53%	0,40%	25%
Finnland	722	132	0,47%	0,38%	18%
Großbritannien	8656	2977	0,48%	0,31%	34%
Frankreich	8096	3252	0,47%	0,28%	40%
Spanien	2514	435	0,29%	0,24%	17%
Griechenland	431	2	0,24%	0,24%	0,4%
Deutschland	7081	3412	0,35%	0,20%	43%
Portugal	295	16	0,21%	0,20%	5%
Österreich	1249	772	0,52%	0,20%	62%
Italien	4067	1365	0,29%	0,19%	34%
Gesamt	44836	13546			30%

Tabelle 1 Phantomhilfe der EU-Länder im Jahr 2005

Quelle EU aid: genuine leadership or misleading figures? An independent analysis of European Governments' aid levels. Joint European NGO Report, CONCORD (April 2006), S. 11.

Nicht viel besser sieht es für die anderen Länder der Europäischen Union aus, die zusammen mehr als die Hälfte der weltweiten Entwicklungshilfe aufbringen. Was am Ende von der ganzen vorgegaukelten Großzügigkeit übrig bleibt, ist mehr als beschämend. Gleichzeitig wird immer deutlicher, dass das erklärte Ziel, bis zum Jahr 2015 eine Halbierung der Armut zu erreichen, der Kernpunkt der so genannten „Millennium Development Goals“ (MDGs) aus dem Jahr 2000, in weite Ferne gerückt ist.¹⁴¹ Angesichts dessen ist es unverantwortlich, die Vergabe von Geldern zur Armutsbekämpfung von außenpolitischem Wohlergehen im „Krieg gegen den Terror“ abhängig zu machen.

4.3 Sicherheitskonditionalität: Entwicklungshilfe als Terrorbekämpfung

Die Regierungschefs der EU-Staaten gaben bereits kurz nach den Anschlägen des 11. September 2001 die Richtung vor, indem sie betonten, der „Kampf gegen den Terror“ solle fortan das zentrale Element „sämtlicher Politikbereiche der EU darstellen.“¹⁴² Der OECD-Entwicklungshilfesausschuss zog im Jahr 2003 mit dem Papier „A Development Co-operation Lens on Terrorism Prevention“ nach, in dem die Terrorbekämpfung zu einer entwicklungspolitischen Aufgabe gemacht wurde: „Terrorismus ist eine Form gewalttätiger Konflikte und Konfliktprävention ist ein integraler Teil der Armutsbekämpfung. [...] Diese Erkenntnis kann für die Entwicklungszusammenarbeit Auswirkungen auf die Festlegung ihrer Prioritäten, des Umfangs

und der Verwendung ihrer Finanzmittel sowie auf die Anrechenbarkeit als ODA haben.“¹⁴³ Absurderweise wird hiermit die Terrorbekämpfung als praktische Armutsbekämpfung deklariert, weshalb das OECD-Papier auch fordert, „die gegenwärtigen Hilfszuweisungen und Ansätze in den Bereichen sorgfältig neu zu kalibrieren, in denen Terrorprävention ein relevantes Entwicklungsziel darstellt.“¹⁴⁴

Hiermit wurde einer Instrumentalisierung der Entwicklungspolitik für den „Kampf gegen den Terror“ Tür und Tor geöffnet: „Javier Solana, Verfasser der EU-Sicherheitsstrategie, setzte sich vehement dafür ein, den Kampf gegen den Terrorismus als Bedingung für Entwicklungshilfe in der neuen EU-Verfassung zu verankern. Das gelang ihm zwar nicht. Trotzdem wird die EU ihre Entwicklungshilfe künftig von der Bereitschaft der Empfängerländer abhängig machen, in Sicherheitsfragen zu kooperieren: Diese Verknüpfung ist in den 60 Anti-Terror-Maßnahmen enthalten, welche die EU-Außenminister am 25. März 2004 beschlossen.“¹⁴⁵ Immer häufiger wird die Vergabe von Entwicklungshilfe inzwischen an das Wohlergehen im Krieg gegen den Terror geknüpft (Sicherheitskonditionalität), wie ein EU-Beamter bestätigt, indem er angibt, dass „Handel und Hilfsleistungen davon betroffen sein könnten, falls man zu der Auffassung gelangt, dass der Kampf gegen den Terror nur unzureichend betrieben wird.“¹⁴⁶

¹⁴¹ Sachs, Jeffrey (Project Director): Investing in Development. A Practical Plan to Achieve the Millennium Development Goals, New York 2005.

¹⁴² Knuchel, Lars: No Security without Development - No Development without Security: Comments on Current Trends in EU Foreign Policy, development policy briefing 04/2004.

¹⁴³ OECD-DAC: A Development Co-operation Lens on Terrorism Prevention. Key Entry Points for Action. A DAC Reference Document, 2003, S. 11

¹⁴⁴ OECD-DAC: A Development Co-operation Lens on Terrorism Prevention 2003, S. 8.

¹⁴⁵ Laubscher, Michèle: Zurück in die Zukunft, GSoA Zeitung März 2005; Vgl auch Christian Aid 2004, S. 20.

¹⁴⁶ Bianchi, Stefania: War on Terror 'Threatens Aid', IPS 25.03.2004.

Offensichtlich wurde dies bei der turnusgemäßen Überarbeitung des Cotonou-Abkommens zwischen den 78 AKP-Staaten (AKP: Afrika, Karibik, Pazifik) und der EU im Jahr 2005. Dabei machte die EU die Unterzeichnung von der Bereitschaft zur Umsetzung der internationalen Vereinbarungen zur Terrorismusbekämpfung und zur Nicht-Verbreitung von Massenvernichtungswaffen abhängig, die nunmehr integrale Bestandteile des Abkommens darstellen.¹⁴⁷ Hierfür verpflichtete sich die EU im Gegenzug, zusätzliche Mittel aus dem Europäischen Entwicklungsfonds bereitzustellen.¹⁴⁸ „Die EU droht sogar mit Aussetzung der EU-Entwicklungszusammenarbeit im Falle der Nichteinhaltung. Diese Entwicklungen auf EU-Ebene machen deutlich, dass die EU-Sicherheitspolitik enorm an Bedeutung gewonnen hat und auch andere Politikfelder in den Sog strategischer Sicherheitsinteressen geraten sind.“¹⁴⁹ Ebenfalls 2005 lieferte die EU-Kommission erst auf massive Nachfragen einiger Parlamentarier Informationen über das „Philippine Border Management Project“ (ASIA/2004/016-924), in dessen Rahmen Maßnahmen zum Kampf gegen den Terrorismus mit Entwicklungshilfegeldern in Höhe von 4.9 Mio. Euro finanziert wurden.¹⁵⁰

Ein „Programming Fiche“, ein Richtlinienpapier für die Vergabe von EU-Hilfe vom Januar 2006, zeigt, wohin derzeit die Reise geht. Es macht die Hilfsvergabe explizit von folgenden Fragen abhängig: „1. Ist das Land relevant im Krieg gegen den Terrorismus? Ist es für die EU-Außenpolitik von Bedeutung? 2. Hält es die UN-Sicherheitsratsresolution 1773 (2001) über den Kampf gegen den Terrorismus ein?“¹⁵¹ Diese Sicherheitsfokussierung führte bereits direkt zur Re-Allokation verschiedener Mittel. So wurde die Erhöhung der EU-Hilfe für Pakistan nach dem 11. September damit begründet, dass das Land sich dazu entschieden hätte, die internationale Koalition gegen den Terrorismus zu unterstützen.¹⁵² Von den 190 Mio. Euro, die als Hilfgelder für den Irak zur Verfügung gestellt wurden, stammten 90 Mio. aus Töpfen, die zuvor für den Balkan bestimmt waren und nun einfach umgeleitet wurden.¹⁵³ Eine Erhöhung der Entwicklungshilfe er eignet sich also gerne da, wo substanzielle Interessen

betroffen sind, statt dort, wo die bitterste Armut dies am dringendsten gebietet.¹⁵⁴ Beispielsweise leitete die britische Regierung Gelder für Lateinamerika direkt in den Irak um, obwohl zuvor versichert wurde, dass dies nicht geschehen würde. Dennoch wurde im Oktober 2004 der Öffentlichkeit ein Papier des Entwicklungsministeriums mit dem Titel „Ressourcenallokation“ zugespielt, in dem es hieß: „Die Last der Finanzierung des Irak wird aus den Notfallreserven und Verringerungen der Budgets der Länder Mittleren Einkommens getragen werden müssen. Diese Pläne bedeuten, dass eine Reihe unserer Programme in Ländern mit mittleren Einkommen schließen werden müssen.“¹⁵⁵

In diesem Zusammenhang ist wohl auch das deutsche Ankerländer-Konzept zu sehen, das in Sicherheitskreisen schon länger für eine Konzentration auf besonders interessensrelevante Länder steht und mittlerweile auch vom BMZ übernommen wurde. In einem BMZ-Positionspapier aus dem Jahr 2004 werden diese Ankerländer folgendermaßen charakterisiert: „Sie spielen insbesondere auf der Grundlage ihres wirtschaftlichen Gewichtes und des politischen Einflusses in ihren Regionen sowie zunehmend auch global eine wachsende Rolle in der Gestaltung internationaler Politiken – wie auch bei der Erreichung der Millennium Development Goals (MDGs). [...] Ihnen kommt bei der [...] Sicherung von Frieden und Stabilität sowie in Fragen der Global Governance und dem Schutz globaler öffentlicher Güter eine Schlüsselrolle zu.“¹⁵⁶ Direkt benennt das BMZ dabei China, Indien, Indonesien, Pakistan, Thailand, Ägypten, Iran, Saudi Arabien, Nigeria, Südafrika, Argentinien, Brasilien, Mexiko sowie Russland und die Türkei. Mittlerweile wurden InWEnt und das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik vom BMZ mit dem Programm „Managing Global Governance“ (MGG) beauftragt, es soll „die Zusammenarbeit mit ‚Ankerländern‘ voranbringen.“¹⁵⁷

Es überrascht somit nicht, dass auch in Deutschland eine sicherheitspolitische motivierte Re-Allokation von Hilfgeldern unübersehbar ist: „[Es] zeigt sich anhand der länderspezifischen Hilfszusagen der vergangenen Jahre, dass in einigen Bereichen der Entwicklungspolitik sehr wohl Veränderungen stattgefunden haben. So hat die Bundesregierung Entwicklungshilfe gezielt an strategisch wichtige Partner vergeben. Pakistan, mit dem im Sommer 2001 erstmals seit 1997 wieder Verhandlungen über eine Zusammenarbeit aufgenommen wurden, avancierte zum Beispiel bald nach dem 11. September 2001 zum Schwerpunktpartnerland.“

¹⁴⁷ Die Vertragsänderung wurde am 14.6.2007 durch den Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und Grünen ratifiziert. Die Fraktion DIE LINKE enthielt sich, u. a. aus dem hier beschriebenen Grund, der Stimme.

¹⁴⁸ Vgl. Popovic 2007, S. 26; Robinson 2005, S. 29.

Erreicht wurde dies, indem Ergänzungen zur Kooperation beim Kampf gegen den Terror (Art. 11a) und gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (Art. 11b) aufgenommen wurden.

¹⁴⁹ Runge 2005.

¹⁵⁰ Allen, Tom/Gavas, Mikaela: The Slow Death of EC Aid for Development, the networker April 2006, URL: <http://www.bond.org.uk/networker/2006/april06/ecaid.htm> (eingesehen 12.06.2007).

¹⁵¹ The fight against terrorism, Programming Guide for Strategy Papers, Programming Fiche, Januar 2006, URL: http://ec.europa.eu/development/How/iqsg/docs/fiches_pdf/F36_terrorism_fin.pdf (eingesehen 14.08.2007).

¹⁵² Vgl. The EU's relations with Pakistan, April 2007, URL: http://europa.eu.int/comm/external_relations/pakistan/intro/ (eingesehen 18.07.2007).

¹⁵³ CIDSE Study on Security and Development, Reflection Paper, January 2006, S. 20.

¹⁵⁴ Popovic 2007, S. 39.

¹⁵⁵ Christian Aid 2004, S. 18.

¹⁵⁶ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Ankerländer – Partner für globale Entwicklung. Ein Positionspapier des BMZ, Dezember 2004, S.5. Auch im Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik, S. 10 findet sich das Ankerländer-Konzept: „Viele Länder mit mittlerem Einkommen spielen eine wichtige Rolle in politischen, sicherheits- und handelspolitischen Fragen, produzieren und schützen globale Kollektivgüter und fungieren als regionaler Anker.“

¹⁵⁷ Taube, Günther: Strategische Partnerschaft, in: Entwicklung & Zusammenarbeit 5/2006.

Bereits wenige Wochen nach den Terroranschlägen in den USA war eine Aufstockung der vereinbarten Hilfe angekündigt worden. Aber auch die zentralasiatischen Länder Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisistan, die für den Einsatz in Afghanistan von großer Bedeutung sind, die Bundeswehr unterhält einen Truppenstützpunkt in Usbekistan, haben gestiegene Hilfszusagen erhalten. Tadschikistan wurde im Jahr 2002 zum Partnerland ernannt, mit Usbekistan und Kirgisistan kooperiert Deutschland schon seit längerer Zeit. Auch für Kenia, dass Deutschland einen Truppenstützpunkt für den Bundeswehreinsatz im Rahmen der Operation Enduring Freedom am Horn von Afrika bereitstellt, ist die Entwicklungshilfe in den letzten Jahren fast verdoppelt worden. Hier zeigt sich, dass Deutschland hingegen anderslautenden Aussagen Entwicklungspolitik sehr wohl im Rahmen der Terrorismusbekämpfung und nicht nur der Terrorismusprävention einsetzt.¹⁵⁸

Welche Entwicklungshilfegelder aber direkt für den „Kampf gegen den Terror“ verwendet werden, wird mittlerweile gezielt verschleiert, wie folgendes Beispiel zeigt: „Aus den Mitteln des Antiterrorpaketes wurden dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für das Jahr 2002 mehr als 102 Millionen Euro und für die Absicherung mehrjährig laufender Vorhaben eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 40 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Zuletzt wurde dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages im Februar 2003 vom Ministerium über die Verwendung der Mittel berichtet. Nun wollte die FDP-Bundestagsfraktion mittels einer Kleinen Anfrage wissen, wie hoch die finanziellen Mittel für die Antiterrorbekämpfung sind und was damit im Einzelnen geschieht.

Mitte Juli 2004 antwortete die Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Uschi Eid (Bündnis 90/Die Grünen): „Mit dem Bundeshaushalt 2003 wurden die Mittel für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung nicht mehr gesondert im Einzelplan 60 ausgewiesen, sondern auf die betroffenen Einzelpläne verteilt.“ Das hat zur Folge, dass auch im Rahmen der Durchführung von Projekten und Programmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit „keine Differenzierung mehr zwischen herkömmlichen und der Terrorismusbekämpfung dienenden Vorhaben“ erfolgt: „Für den Einzelplan 23 ist dies vor dem Hintergrund konsequent, dass unter anderem vorbeugende und stabilisierende Maßnahmen in Krisengebieten und Krisenanrainerstaaten eine wesentliche Aufgabe des BMZ darstellen.“¹⁵⁹ Aus diesem Blickwinkel ist also der „Stabilitätsexport“ in gescheiterten Staaten sowohl armutsorientierte Entwicklungshilfe als auch gleichzeitig eine Anti-Terror Maßnahme, eine Sichtwei-

se, die der OECD-Entwicklungsausschuss, wie bereits erwähnt, schon im Jahr 2003 vertrat.

Somit bestätigt sich die Sorge, „dass die Aufnahme finanzieller Beihilfen für eine Reihe von Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus in die ODA dem Konzept der öffentlichen Entwicklungshilfe und seinem obersten Ziel, der Beseitigung der Armut, nur weiter abträglich sein wird.“¹⁶⁰ Die Gründe, weshalb eine solche Verwendung scharf kritisiert werden muss, liegen auf der Hand: „Es lohnt, sich zu überlegen, was falsch daran ist, Hilfe im Einklang mit einer Anti-Terror-Agenda zu vergeben. Die Antwort ist, knappe Mittel sind in Gefahr. Selbstverständlich gibt es eine reale terroristische Bedrohung und Regierungen müssen handeln, um ihre Bevölkerung zu schützen. Aber militär- und sicherheitsbezogene Ausgaben müssen aus den Außen- und Verteidigungsbudgets stammen.“¹⁶¹

4.4 Dammbbruch: Die sicherheitspolitische Erweiterung der ODA-Kriterien

Wie erwähnt schlossen die ODA-Kriterien jahrzehntelang militär- bzw. sicherheitsrelevante Ausgaben kategorisch aus. In diesem Zusammenhang kam in den Jahren 2004 und 2005 zu dammbbruchartigen Veränderungen, als die Fachminister auf dem alljährlichen Treffen des zuständigen OECD-Entwicklungshilfeausschusses (DAC High Level Meeting) die ODA-Kriterien in zwei Schritten auf sicherheitsrelevante Aspekte erweiterten. Seither sind folgende Maßnahmen ODA-anrechenbar (siehe genauer Kasten 1):

1. Verwaltung der Sicherheitsausgaben
2. Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft im Sicherheitssystem
3. Projekte mit ehemaligen Kindersoldaten
4. Reform des Sicherheitssystems
5. Zivile Friedensentwicklung, Krisenprävention und Konfliktlösung
6. Maßnahmen gegen die Proliferation von Handfeuerwaffen und leichte Waffen (SALW).¹⁶²

Zwar bleiben die Kosten für friedenserhaltende oder friedens erzwingende Militäreinsätze noch ausgeschlossen, dennoch wird hiermit die Möglichkeit eröffnet, zahlreiche Maßnahmen im sicherheitsrelevanten Bereich als ODA abzurechnen. Insbesondere der Bereich der Sicherheitssektorreform (SSR) erweist sich hier als besonders problematisch.

¹⁵⁸ Hamann 2005, S. 103.

¹⁵⁹ Martin 2004. Siehe für eine genaue Aufschlüsselung: Deutscher Bundestag Drucksache 15/2868, 15. Wahlperiode, 30.03.2004.

¹⁶⁰ Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten: BERICHT über die externe Dimension der Bekämpfung des Terrorismus (2006/2032(INI)), ENDGÜLTIG A6-0441/2006 (Berichterstatte Luis Yanez-Barnuevo Garcia), S. 26.

¹⁶¹ Allen/Gavas 2006.

¹⁶² OECD erweitert Entwicklungshilfe-Kriterien, in: Entwicklung & Zusammenarbeit, 6/2004; Sicherheit: ODA-Kriterien erweitert, in: Entwicklung & Zusammenarbeit 5/2005; Hamann 2005, S. 94f.

Kasten 1: ODA-Anrechenbarkeit bestimmter Ausgaben im Bereich Krisen, Friedensentwicklung und Sicherheit (Anhang 5 der DAC-Richtlinien)

1. Verwaltung der Sicherheitsausgaben

TZ für die Regierung zur Verbesserung der zivilen Überwachung und der demokratischen Kontrolle der Haushaltsplanung, Verwaltung, Rechnungslegung und Rechnungsprüfung im Bereich der Sicherheitsausgaben einschließlich der Militärhaushalte im Rahmen eines Programms zur Verwaltung öffentlicher Ausgaben.

Anmerkung: So wäre die Bereitstellung von TZ für das Heer zur Einführung eines neuen Soldabrechnungsverfahrens beispielsweise nicht anrechenbar. Haushaltsbezogene Maßnahmen zur Verbesserung der demokratischen Kontrolle der Verteidigungshaushaltsplanung, die im Rahmen eines Programms zur Verwaltung der öffentlichen Ausgaben durchgeführt werden, sind hingegen anrechenbar.

2. Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft im Sicherheitssystem

Unterstützung der Zivilgesellschaft bei der Verbesserung ihrer Kompetenz und Kapazitäten zur kritischen Beobachtung des Sicherheitssystems, damit es gemäß demokratischen Normen und den Grundsätzen der Rechenschaftspflicht, Transparenz und guten Regierungsführung gesteuert wird.

Anmerkung: Hierzu zählt auch Unterstützung für Nichtregierungsorganisationen und andere zivilgesellschaftliche Organisationen, Medien, Universitäten und Forschungseinrichtungen. Ausgeschlossen ist die Ausbildung in militärischen Fähigkeiten. Die Unterstützung des Verteidigungsministeriums bzw. der Streitkräfte ist ausgeschlossen, da sie zum staatlichen Sektor und nicht zur Zivilgesellschaft gehören.

3. Kindersoldaten

TZ für die Regierung – sowie Unterstützung für zivilgesellschaftliche Organisationen – zur Förderung und Anwendung von Gesetzen zur Verhinderung der Rekrutierung von Kindersoldaten. Ausgeschlossen sind die Kosten von Militäroperationen gegen Gruppen, die unter Umständen Kindersoldaten rekrutiert haben.

Anmerkung: Unterstützung zur Verbesserung der Bildungs- bzw. Beschäftigungschancen von Kindern, um ihrer Rekrutierung als Soldaten entgegenzuwirken, und zum Aufbau von Kapazitäten (auch für advocacy) im zivilen staatlichen Bereich und in der Zivilgesellschaft, um Kinder nicht zu Soldaten werden zu lassen, ist anrechenbar. Maßnahmen zur Demobilisierung, Entwaffnung, Wiedereingliederung, Repatriierung und Neuansiedlung („DDRRR“) von Kindersoldaten sind anrechenbar. Unterstützung für die Streitkräfte selbst hingegen ist nicht anrechenbar. Hilfe, die zur Stärkung der militärischen Fähigkeiten oder der Kampfkraft der Streitkräfte beiträgt, ist ausgeschlossen.

4. Reform des Sicherheitssystems

TZ für Parlament, Ministerien der Regierung, Strafverfolgungsbehörden und Justiz zur Unterstützung der Überprüfung und Reform des Sicherheitssystems, um

die demokratische Regierungsführung und die zivile Kontrolle zu verbessern. Die anrechnungsfähige Hilfe beschränkt sich auf nichtmilitärische Maßnahmen zur Kompetenz-/Kapazitätserweiterung und strategischen Planung, mit denen die politische, institutionelle und finanzielle Rechenschaftspflicht, zivile Aufsicht und Transparenz gefördert werden. Zudem muss eine derartige Unterstützung für Verteidigungsministerien Teil einer nationalen Strategie zur Reform des Sicherheitssystems sein und von dem Ministerium des Partnerlandes, das die Gesamtverantwortung für die Koordinierung der externen Hilfe trägt, gebilligt sein.

5. Zivile Friedensentwicklung, Krisenprävention und Konfliktlösung

Unterstützung von zivilen Maßnahmen im Bereich Friedensentwicklung, Krisenprävention und Konfliktlösung unter Einschluss von Kapazitätsaufbau, Monitoring, Dialog und Informationsaustausch. Die Beteiligung an Militärstrategie- und Verteidigungskooperationen ist ausgeschlossen.

Anmerkung: Falls die geförderten zivilen Friedensentwicklungsmaßnahmen die Offenlegung von militärischen Strategien einschließen, ist die Förderung anrechenbar, es sei denn, militärisches Personal oder Mitarbeiter/innen des Verteidigungsministeriums profitieren von der Finanzierung. Die direkte Unterstützung des Verteidigungsministeriums bzw. der Streitkräfte ist ausgeschlossen. Die Förderung kann jedoch indirekt von zivilen Organisationen/Behörden – unter Ausschluss des Verteidigungsministeriums – für die Beteiligung von Beschäftigten des Verteidigungsministeriums oder der Streitkräfte an den oben genannten Maßnahmen genutzt werden.

6. Handfeuerwaffen und leichte Waffen (SALW)

TZ zur Bekämpfung, Verhinderung und/oder Verringerung der Weiterverbreitung von Handfeuerwaffen und leichten Waffen (Small Arms and Light Weapons, SALW). SALW-Maßnahmen im Sinne dieser Richtlinie sind definiert wie folgt:

- Entwicklung von Gesetzen, Vorschriften und Verwaltungsverfahren zur Bekämpfung und Verringerung der Weiterverbreitung von Waffen
- Entwicklung von institutionellen Strukturen für politische Beratung, Forschung und Monitoring;
- Bewusstseinsbildungskampagnen zu SALW
- Förderung der regionalen Zusammenarbeit und des regionalen Informationsaustauschs zu SALW-Programmen
- Einsammlung und Zerstörung von Waffen (Die Finanzierung von Aktionen zur gewaltsamen Beschlagnahme von Waffen ist ausgeschlossen. Die Beteiligung an Programmen zur Einsammlung und Zerstörung von Waffen, die von militärischem Personal durchgeführt werden, ist ausgeschlossen.)

Hilfe, die zur Stärkung der militärischen Fähigkeiten oder der Kampfkraft der Streitkräfte beiträgt, ist ausgeschlossen.

Quelle BMZ/Statistik und Berichtswesen: Kurzübersicht zum Förderbereichsschlüssel ab Berichtsjahr 2005, S. 21f.

4.5 Sicherheitssektorreform:

Entwicklungshilfe als Aufstandsbekämpfung

Bereits im Jahr 2004 billigte der OECD-Entwicklungshilfesausschusses auf Ministerebene die Leitlinie „Security System Reform and Good Governance: Policy and Good Practice“ und ermöglichte es hierdurch, dass nun auch Teilaspekte von Aktivitäten zur Sicherheitssektorreform ODA-anrechenbar sind.¹⁶³ Zwar sind Aktivitäten, an denen Streitkräfte direkt beteiligt sind (bspw. Ausbildung und Aufbau sowie direkte militärische Beratung) weiterhin nicht anrechenbar, dennoch geht die Kriterienenerweiterung relativ weit. Während einige Aspekte (bspw. Menschenrechtstraining, Unterweisung in Demokratisierung etc.) noch relativ unproblematisch sind, ist es doch mehr als fraglich, ob die Unterstützung zur Erstellung von Planungsdokumenten der Streitkräfte (Weißbücher etc.) ODA-anrechenbar sein sollte. Insbesondere aber, dass die Ausbildung bzw. der Aufbau lokaler Polizeikräfte wie auch anderer nicht militärischer Sicherheitsorgane mittlerweile als ODA abgerechnet werden kann, ist extrem problematisch.¹⁶⁴ Aufgrund des häufig paramilitärischen Charakters vieler Polizeikräfte in der Dritten Welt und ihrem oftmals wenig zimperlichen Vorgehen gegen Oppositionskräfte, beeilt sich die Bundesregierung folgende Einschränkung zu betonen: „Ausgeschlossen sind Maßnahmen, die der Befähigung zu Aufstandsbekämpfung, der politisch motivierten Repression sowie der nachrichtendienstlichen Informationsgewinnung dienen.“¹⁶⁵ Angesichts der beobachtbaren Praxis, wie sie am Beispiel des Kongo weiter unten in diesem Kapitel beschrieben wird, sind derlei Einschränkungen aber wenig glaubhaft.

Mittlerweile entwickelt sich die Sicherheitssektorreform von einem Rand- zu einem Kerngebiet: „Für die Entwicklungszusammenarbeit rückt der ‚Sicherheitssektor‘ (die Streitkräfte und die Polizei) in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, nachdem sie sich in den vorangegangenen Jahrzehnten doch vorwiegend auf zivilen Feldern profiliert hatte.“¹⁶⁶ Ganz in diesem Sinne bezeichnet auch die Bundesregierung im „Aktionsplan Zivile Krisenprävention“ die Sicherheitssektorreform als vordringlichste Maßnahme zur Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols – die Kernforderung der Theorie der Neuen Kriege – und erklärt sie gleichzeitig zu einem elementaren Bestandteil der Armutsbekämpfung: „Ohne den Schutz der Bürger vor Gewalt und Kriminalität durch ein funktionierendes staatliches Gewaltmonopol ist eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung aber nicht möglich. [...] Die Reform des Sicherheitssektors ist daher eine Schlüsselvoraussetzung für Frieden und

nachhaltige Entwicklung.“¹⁶⁷ Auf dieser Grundlage richtete der „Ressortkreis Zivile Krisenprävention“ eine ministerienübergreifende „Arbeitsgruppe Sicherheitssektorreform“ ein, die ein „Interministerielles Rahmenkonzept zur Unterstützung von Reformen des Sicherheitssektors in Entwicklungs- und Transformationsländern“ erarbeitete, das Ende 2006 erschien.¹⁶⁸ Auch dort wird betont, es hätte „sich in den letzten Jahren zunehmend die Erkenntnis durchgesetzt, dass Reformen mit dem Ziel der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols und der demokratischen Kontrolle des Sicherheitssektors Schlüsselvoraussetzung für Frieden, Achtung und Schutz der Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung und zugleich strategischer Ansatzpunkt der Krisenprävention sind.“¹⁶⁹ Inzwischen wurde eine Reihe von Pilotprojekten in Gang gesetzt.¹⁷⁰ Dabei sind aus dem Entwicklungshaushalt beispielsweise im Rahmen „sicherheitspolitischer Beratung“ in Armenien und Aserbaidschan die Erstellung neuer nationaler Sicherheitskonzepte mit jeweils 1 Mio. Euro aus dem BMZ-Haushalt unterstützt worden.¹⁷¹ Da die Weißbücher unter anderem die Annäherung an die NATO befördern sollten, ist es kein Wunder, dass sich die durchführende Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) dabei eng mit dem NATO-Vertreter vor Ort abstimmte.¹⁷²

Besonders problematisch erweist sich die Finanzierung der afghanischen Polizei, für die bis Mitte 2008 mehr als 100 Mio. Euro aus dem Entwicklungshaushalt (Einzelplan 23) aufgewendet wurden.¹⁷³

¹⁶⁷ Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ 2004, S. 40

¹⁶⁸ Vgl. Frient Impulse 4/2007.

¹⁶⁹ Interministerielles Rahmenkonzept zur Unterstützung von Reformen des Sicherheitssektors in Entwicklungs- und Transformationsländern, Oktober 2006, S. 3.

¹⁷⁰ Dazu gehören: Indonesien (Unterstützung der Parlamentarischen und Zivilen Kontrolle des Sicherheitssektors und im Bereich Polizeiausbildung). Demobilisierungs- und Reintegrationsprojekte unter anderem in Angola, Äthiopien, Eritrea, Mosambik und Sierra Leone. In Planung sind Maßnahmen für Ruanda, Burundi und weitere Länder in der Region der Großen Seen. Im Zusammenhang mit Wiederaufbau und Reintegration fördert das BMZ auch Maßnahmen der Minenräumung und Opferfürsorge, so zum Beispiel in Angola, Kambodscha, Laos, Mosambik und Vietnam. Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2006/2007, S. 287.

¹⁷¹ Vgl. Sicherheit und Stabilität durch Krisenprävention gemeinsam stärken. 1. Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung, S. 27; Interministerielles Rahmenkonzept 2006, S. 12.

¹⁷² Roehder, Katja: Die NATO als Kooperationspartner für die Entwicklungspolitik. Neue Konzeptionen zivil-militärischer Zusammenarbeit, 1. Dezember 2005, La Redoute, Bonn, S. 17.

¹⁷³ Zum Polizeiaufbau in Afghanistan gehören folgende Maßnahmen: „Beratung beim Aufbau einer rechtsstaatlichen Grundsätzen verpflichteten Polizei; Aufbau der Polizeiakademie; Erstellung einer Aus- und Fortbildungskonzeption; Umstrukturierung und Neuorganisation, Rang- und Gehaltsreform, Modernisierung des Bewerbungs- und Auswahlverfahrens, Renovierung und Ausstattung der polizeilichen Infrastruktur, Einsatz internationaler Mentoren im Innenministerium und in den verschiedenen Polizeibereichen; Entsendung von Polizeiberatern in die Provinzen (on-the-job-training); Ausbildung von Multiplikatoren (train the trainers).“ Vgl. Interministerielles Rahmenkonzept 2006, S. 12. Vgl. zu den Kosten Antwort der Bundesregierung – Drucksache 16/3385.

¹⁶³ DAC Guidelines and Reference Series: Security System Reform and Governance, OECD 2005.

¹⁶⁴ Vgl. Brzoska 2006, S. 33.

¹⁶⁵ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Heike Hänsel, Monika Knoche, Paul Schäfer (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 16/3385, S. 5.

¹⁶⁶ Rüstungsexportbericht 2004 der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), S. 29.

Auch multilaterale Maßnahmen zur Sicherheitssektorreform nehmen besonders im Rahmen der Europäischen Union zu. „Der Rat der Europäischen Union hat im November 2005 ein Konzept für die Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors durch die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik angenommen. Die Europäische Kommission hat im Mai 2006 ein Konzept für Unterstützungsmaßnahmen der Europäischen Gemeinschaft im Bereich Sicherheitssektorreform vorgelegt. Der Rat der Europäischen Union hat im Juni 2006 diese beiden Konzepte zum Rahmen für das Engagement der EU bei SSR bestimmt.“¹⁷⁴ Nach Angaben der EU-Kommission wird mittlerweile in mehr als 70 Ländern im Rahmen geografischer und thematischer Programme SSR-relevante Unterstützung geleistet, ohne dass diese aber transparent aufgeschlüsselt werden.¹⁷⁵ Allein für Maßnahmen zur Sicherheitssektorreform im Tschad und der Zentralafrikanischen Republik sollen zwischen 2008 und 2013 insgesamt 436 Mio. Euro bereitgestellt und dem Topf des Europäischen Entwicklungsfonds entnommen werden.¹⁷⁶ Selbst die Vereinten Nationen rücken die Sicherheitssektorreform immer weiter ins Zentrum ihrer Tätigkeit.¹⁷⁷

Wie brisant eine derartige Verwendung von Entwicklungshilfe ist, zeigt das Beispiel der Demokratischen Republik Kongo (DRK), wo im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) mit der Mission EUPOL Kinshasa der Aufbau integrierter Polizeieinheiten (Integrated Police Units, IPUs) überwacht und angeleitet wurde. Der Einsatz ist u.a. deshalb von besonderer Bedeutung, weil er richtungsweisend für den gesamten Umgang mit gescheiterten Staaten sein soll: „Die DRK ist eines der neun Pilotländer, in denen die OECD/DAC-Grundsätze für fragile Staaten versuchsweise angewandt werden. [...] Im Zusammenhang mit der sicherheitspolitischen Governance stellen die allgemeinen Reformen der Armee, der Polizei und des Justizsystems dringende Prioritäten dar.“¹⁷⁸ Der Ende 2004 beschlossene und

im darauf folgenden Jahr am 13. April gestartete Einsatz wurde anfänglich mit 9 Mio. Euro budgetiert, wovon Teile dem Topf des Europäischen Entwicklungsfonds entnommen wurden.¹⁷⁹ Im Dezember 2006¹⁸⁰ und Mitte 2007 wurde die Mission – nun unter dem Namen EUPOL RD CONGO bis zum 30. Juni 2008 weiter mandatiert.¹⁸¹

Bei diesen mit EU-Hilfe aufgebauten Integrierten Einheiten handelt es sich aber keineswegs um Verkehrspolizisten, wie aus ihrer Beschreibung hervorgeht. Sie sind „spezialisierte, mobile Polizeieinheiten, die schnellstens an jede Stelle des Landes verlegt werden können.“¹⁸² Ihren „Wert“ für Präsident Joseph Kabila stellten die Einheiten Mitte 2005 unter Beweis, als dieser die für 30. Juni angesetzten Wahlen um sechs Monate verschob. Die daraufhin einsetzenden Proteste der Zivilbevölkerung wurden von Polizei und Militär mit scharfen Waffen angegriffen. Es gab in mehreren Städten Tote und Verletzte, deren genaue Zahl bis heute unklar ist.¹⁸³ Bei der gewaltsamen Unterdrückung dieser Proteste kamen mindestens 3.500 Polizisten, davon 1000 IPUs zum Einsatz.¹⁸⁴ Auch in der Folge taten sich die IPUs durch „exzessive Gewaltanwendung“ gegenüber gewaltfreien Protesten der Opposition hervor, wie die UN in einem Bericht kritisierte.¹⁸⁵

Als die Wahlen schließlich im Juli 2006 stattfanden, rief die größte Partei, die nicht aus einer Miliz hervorgegangen ist, die UDPS, zum Boykott auf, da ein faires Ergebnis unter den gegebenen Umständen nicht möglich sei. So liefen die Wahlen darauf hinaus, welcher Warlord, der von der EU unterstützte Joseph Kabila oder sein Kontrahent Jean Pierre Bemba, die Macht im Land übernehmen wird. Um aber wirklich sicherzustellen, dass die Machtübernahme Kabilas erfolgreich durchgezogen wird, wurden im Rahmen des vom Einsatzführungskommando in Potsdam geleiteten EU-Militäreinsatzes EUFOR RD Congo von April bis November 2006 2.400 Soldaten, darunter allein 780 Deutsche, ins Land entsendet. Sie hatten „den Auftrag, die freien Wahlen zu sichern“, wie die Homepage der Bundeswehr betont.¹⁸⁶ Da Joseph Kabi-

¹⁷⁴ Interministerielles Rahmenkonzept 2006, S. 3.

¹⁷⁵ Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Ein Konzept für Unterstützungsmaßnahmen der Europäischen Gemeinschaft im Bereich Sicherheitssektorreform (SEK(2006) 658), S. 3. In dem Dokument verweist zwar eine Fußnote auf einen ominösen Annex 2 mit einer detaillierten Auflistung, ohne dass dieser aber in irgendeiner Form auffindbar wäre. Eine Übersicht über einige der Programme findet sich bei Europäische Kommission: Annual Report 2006 on the European Community's Development Policy and the Implementation of External Assistance in 2005, Brüssel 2006, S. 110.

¹⁷⁶ Vgl. European Union, Council Secretariat: EU Military Operation in Eastern Chad and North Eastern Central African Republic (EUFOR Tchad/RCA), Background, January 2008, URL: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/misc/98416.pdf (eingesehen 18.04.2008).

¹⁷⁷ Vgl. Draft Summary Record of the 11th Meeting of the CPDC Network, DCD/DAC/CPDC//M(2007)1/PROV, 25 Mai 2007, URL: [http://www.oilis.oecd.org/olis/2007doc.nsf/3dce6d82b533cf6ec125685d005300b4/2a96f7373ea7e5d9c12572e6004f2997/\\$FILE/JT03227823.DOC](http://www.oilis.oecd.org/olis/2007doc.nsf/3dce6d82b533cf6ec125685d005300b4/2a96f7373ea7e5d9c12572e6004f2997/$FILE/JT03227823.DOC) (eingesehen 13.05.2007).

¹⁷⁸ Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Anlage zur Mitteilung „Die Governance im Rahmen des Europäischen Konsenses über die Entwicklungspolitik: Schritte für ein harmonisiertes Konzept in der Europäischen Union“, {KOM(2006) 421 endgültig}{SEK(2006) 1021}{SEK(2006) 1022}, Brüssel, den 30.8.2006.

¹⁷⁹ Javier SOLANA und Louis MICHEL launch EUPOL and reiterate EU support for transition in the Democratic Republic of Congo, Joint Press Release of the EU High Representative for the CFSP and the European Commission Brussels, 30 April 2005 (S174/05).

¹⁸⁰ GEMEINSAME AKTION 2004/847/GASP DES RATES vom 9. Dezember 2004 zur Polizeieinmission der Europäischen Union in Kinshasa (DRK) betreffend die Integrierte Polizeieinheit (EUPOL „Kinshasa“); GEMEINSAME AKTION 2006/913/GASP DES RATES vom 7. Dezember 2006 zur Änderung und Verlängerung der Gemeinsamen Aktion 2004/847/GASP zur Polizeieinmission der Europäischen Union in Kinshasa (DRK) betreffend die Integrierte Polizeieinheit (EUPOL „Kinshasa“).

¹⁸¹ Réforme du secteur de la sécurité en République démocratique du Congo – Mission EUPOL RD Congo, Briefing de Presse, Bruxelles, 3 juillet 2007.

¹⁸² Security Sector Reform in the Congo, International Crisis Group, Africa Report N° 104 – 13 February 2006, S. 6.

¹⁸³ Marischka, Christoph: Manöver am Congo, IMI-Analyse 2005/016.

¹⁸⁴ Security Sector Reform in the Congo 2006, S. 10.

¹⁸⁵ The Human rights situation in March 2006 MONUC / Human Rights Division, 08.05.2006, URL: <http://www.monuc.org/News.aspx?newsID=10945> (eingesehen 03.04.2007).

¹⁸⁶ Kongo: Auftrag erfolgreich abgeschlossen, bundeswehr.de, 30.11.2006.

la sich in seiner Zeit als - nicht gewählter - Übergangspräsident primär dadurch hervortat, den immensen Rohstoffreichtum des Kongo (u.a. große Mengen an Coltan, Kupfer und Kobalt) an westliche Konzerne zu verschleudern¹⁸⁷, liegt somit der Verdacht nahe, dass die EUFOR-Truppen als „Rückversicherung“ stationiert wurden, um eine nunmehr demokratisch legitimierte Machtübernahme Kabilas gegebenenfalls militärisch abzusichern. „Stabilität in der rohstoffreichen Region nützt auch der deutschen Wirtschaft“, betonte denn auch Verteidigungsminister Franz-Josef Jung.¹⁸⁸

Als weiteres Motiv für das große Engagement kommt im Kongo noch hinzu, dass das Land mit seiner Größe und seinem Rohstoffreichtum eines der Schlüsselländer für das erklärte EU-Ziel darstellt, den chinesischen (und amerikanischen) Einfluss in Afrika zurückzudrängen.¹⁸⁹ Ganz offensichtlich ist auch der Kongo-Einsatz in diesem Zusammenhang zu sehen, wie ein Beitrag in der Financial Times Deutschland verdeutlicht: „Der schwarze Kontinent ist unser Hinterhof. Dort sind auch die Ressourcen zu finden, die wir in Zukunft für unsere eigene wirtschaftliche Entwicklung brauchen. Die Chinesen haben das erkannt, sie kämpfen in Afrika schon längst um Öl-Lizenzen, bauen Straßen und Eisenbahnlinien. Die EU kann es sich nicht erlauben, im Kongo zu scheitern. Deswegen muss sie klotzen, nicht kleckern: Nicht 1000 Soldaten müssen nach Kongo, sondern 10000 oder mehr.“¹⁹⁰ Mit beeindruckender Deutlichkeit brachte Ex-Verteidigungsstaatssekretär Walter Stützel das Ganze auf den Punkt: „Im Kongo ist das Problem, dass der Öffentlichkeit von der Bundeskanzlerin nicht gesagt worden ist, worum es eigentlich geht. Das konnte man in Paris sehr deutlich hören. In Paris hat man gehört, wir können Afrika nicht China und den Vereinigten Staaten überlassen, Punkt! [...] Da man das aber [in Deutschland] eigentlich nicht sagen wollte, hat man dann die Erfindung mit der Wahl gemacht.“¹⁹¹ So ging es bei dem Einsatz nicht zuletzt auch darum, Stärke und globalen Machtanspruch in der Praxis zu demonstrieren. Im Bericht des parlamentarischen Staatssekretärs im Verteidigungsministerium, Thomas Kossendey, vor dem Verteidigungsausschuss des Bundestages am 28. Februar 2007 heißt es dazu: „Mit der Operation EUFOR RD CONGO hat die EU ihre Handlungsfähigkeit als globaler Sicherheitsakteur unter Beweis gestellt. [...] EUFOR RD CONGO ist ein Meilenstein in der Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP).“¹⁹²

¹⁸⁷ Vgl. Hantke, Martin: Kriegsökonomien und ihre Profiteure - Die Beispiele Kongo und Afghanistan, in: AUSDRUCK - Das IMI-Magazin (Februar 2007); Henken, Lühr: Bundeswehr am Kongo - Sicherung von Wahlen oder Testfall für EU-Einsätze für Rohstoffe und Einflusszonen?, IMI-Studie 2006/06b.

¹⁸⁸ Pflüger, Tobias: Kongo-Militäreinsatz:

Es geht um EU-Interessen, in: Wissenschaft & Frieden 3/2006.

¹⁸⁹ EU to relaunch ties with Africa amid rising Chinese influence, AFP, 28.06.2007.

¹⁹⁰ Financial Times vom 09.03.2006, einsehbar unter <http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2006-03/artikel-6107319.asp> (13.07.2007).

¹⁹¹ PHOENIX Runde vom 07.11.2006.

¹⁹² Haydt, Claudia: Ein Erfolg für die Militärmacht EU? IMI-Standpunkt 2007/016.

Damit die Opposition auch wirklich nicht in die Quere kam, stimmte sich der EUFOR Militäreinsatz eng mit der mit Entwicklungsgeldern finanzierten EUPOL Mission ab: „Die EUPOL Kinshasa-Einheit zur Unterstützung der Koordinierung stimmte sich eng mit der EUFOR RD CONGO ab; diese militärische Operation der EU wurde auch zur Unterstützung der Wahlen in der DR Kongo entsandt.“¹⁹³ Unmittelbar nach der Wahl umstellten Kabila-treue Integrierte Polizeieinheiten einen TV-Sender Bembas, woraufhin Kämpfe entbrannten, die mindestens 23, auch zivile, Todesopfer und 43 Verletzte forderten und an denen ebenfalls IPU's beteiligt waren.¹⁹⁴ So lässt sich zusammenfassend feststellen, dass die EU im Kongo mit Entwicklungshilfegeldern Aufstandsbekämpfungseinheiten ausbildet, die explizit zur Unterdrückung zivilgesellschaftlicher Oppositionsgruppen und der Bekämpfung konkurrierender Warlords dienen, schwerlich eine Maßnahme, die glaubhaft als armutsorientiert bezeichnet werden kann. Das Resultat davon ist, dass der Kongo zwar rohstoffreich, die dort lebenden Menschen aber weiterhin bettelarm bleiben werden. Umso bedenklicher ist die Tatsache, dass EUPOL Kinshasa als prototypisch für künftige Sicherheitssektorreformen bezeichnet wird.

Trotz der beschriebenen weit reichenden Aufweichung der ODA-Kriterien für sicherheitsrelevante Aspekte ging dieser Dambruch vielen DAC-Staaten offenbar nicht weit genug: „Für einige Geber war damit die Schmerzgrenze bereits erreicht, andere hingegen hätten die Messlatte für ODA-anrechenbare Leistungen gern noch stärker in Richtung Sicherheitspolitik verschoben.“¹⁹⁵ Während dabei einige Aspekte für sich genommen sicher positiv sind (bspw. Minenräumung, Hilfe bei der Wiedereingliederung ehemaliger Kämpfer etc.) ist es dennoch fraglich, ob eine Finanzierung aus Mitteln zur unmittelbaren Armutsbekämpfung sinnvoll ist: „Die Schwierigkeit besteht darin, dass Hilfe im Namen von Sicherheit und Stabilität schnell von den Sicherheitsinteressen der Geber anstatt von den Entwicklungsinteressen der Empfänger bestimmt werden kann.“¹⁹⁶ Und in der Tat, nachdem die Büchse der Pandora geöffnet worden ist, werden immer dreistere Forderungen gestellt, die Entwicklungshilfe direkt für die Durchsetzung staatlicher Interessenspolitik zu verpflichten.

4.6 Kriegseinsätze mit Entwicklungshilfegeldern?

Schon auf dem High Level Meeting im Jahr 2004 wurde angedeutet, eine nochmalige Ausweitung der ODA-Kriterien für Maßnahmen zur Sicherheitssektorreform

¹⁹³ Bericht des Vorsitzes an den Europäischen Rat über die Maßnahmen der EU im Bereich der Konfliktverhütung, einschließlich der Umsetzung des EU-Programms zur Verhütung gewaltsamer Konflikte, Brüssel, den 19. Juni 2007 (11013/07), S. 32.

¹⁹⁴ Marischka, Christoph/Pflüger, Tobias: Die EU im Kongo, telepolis, 18.10.2006.

¹⁹⁵ Elliesen, Tillmann: Sicherheitslücke, in Entwicklung & Zusammenarbeit 5/2007.

¹⁹⁶ Allen/Gavas 2006.

anzustreben.¹⁹⁷ Als besonders eifriger Befürworter entpuppte sich der heutige NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer. Er setzte sich schon im Jahr 2003 in seiner damaligen Funktion als niederländischer Außenminister dafür ein, im Rahmen der Sicherheitssektorreform u. a. die Lieferung von Militärkomponenten als ODA anzuerkennen – Rüstungsexport mit Entwicklungsknete sozusagen.¹⁹⁸ Hiermit konnten sich er und andere Befürworter aber bei dem Treffen 2007 und 2008 nicht durchsetzen.

Der zentrale Streitpunkt war und ist jedoch ohnehin ein ganz anderer. Denn bislang lässt sich nur ein sehr geringer Teil der Ausgaben für so genannte Friedensunterstützende Einsätze (Peace Support Operations, PSOs) der Vereinten Nationen als ODA abrechnen.¹⁹⁹ PSOs umfassen nicht nur friedenserhaltende (peace-keeping), sondern auch friedenserzwingende Einsätze (peace enforcement), die mit robustem Mandat, also der Lizenz zur offensiven Gewaltanwendung ausgestattet sind: „Zentrale Prinzipien sind umfassende Mandate, die enge Zusammenarbeit zwischen militärischen und zivilen Stellen, robuste Friedenstruppen sowie der fließende Übergang vom Peacekeeping zum Peace Enforcement.“²⁰⁰

Schon im Vorfeld des DAC High Level Meetings im Jahr 2004 wurde Druck ausgeübt, auch die direkte Finanzierung derartiger UN-Einsätze in die ODA-Kriterien aufzunehmen. So forderte eine G8-Erklärung im Jahr 2003, „einen Konsens im OECD-Entwicklungshilfeausschuss herzustellen, Entwicklungshilfe für PSO-bezogene Aktivitäten freizusetzen.“²⁰¹ Hierbei handelte es sich um den zentralen Streitpunkt, über den kein Konsens erzielt werden konnte, da sich der Widerstand um das Argument formierte, dass sich hierdurch die ODA-Budgets radikal verändern würden. Als Kompromiss wurde beschlossen, diese Frage bei den nächsten Treffen erneut zu behandeln. Seither melden sich die Befürworter einer solchen Maßnahme, mit der eine Radikalerhöhung der Entwicklungshilfe vorgegaukelt werden könnte, immer lauter zu

Wort. Hierfür sprachen sich im Vorfeld des 2007er Treffens etwa die Niederlande und Kanada aus²⁰², auch von einigen weiteren europäischen Ländern wurde in diesem Zeitraum ein intensives Lobbying betrieben, um andere Staaten für eine derartige Ausweitung der ODA-Kriterien zu gewinnen.²⁰³ Doch diese Bemühungen erwiesen sich als erfolglos. Zwar stand die ODA-Anrechenbarkeit von PSOs auf der Tagesordnung, die Gegner einer Ausweitung konnten sich gegen die Befürworter, Kanada, Schweden und die Vereinigten Staaten – Finnland und Deutschland standen einer Ausweitung ebenfalls wohlwollend gegenüber –, durchsetzen.²⁰⁴ Dennoch wurde eine weitere Evaluierung der Thematik beschlossen²⁰⁵ und die Option offen gehalten, diesen Aspekt zu einem späteren Zeitpunkt erneut auf die Agenda zu setzen. Darüber hinaus ist die bereits erfolgte Ausweitung unumstritten, eine Rücknahme dieses Dammbrechens ist derzeit nicht abzusehen und stand zu keinem Zeitpunkt zur Debatte.²⁰⁶

In Deutschland finden sich Befürworter einer ODA-Anrechenbarkeit von Militäreinsätzen insbesondere in der CDU und im Finanz- und Außenministerium. So wurde bspw. gefordert, Einsätze wie EUFOR im Kongo im Jahr 2006 ODA-anrechenbar zu machen.²⁰⁷ Dies ist nicht weiter verwunderlich. Die dahinter stehende „Logik“ – ohne Sicherheit keine Entwicklung – brachte der CDU-Haushaltspolitiker Ole Schröder mit beeindruckender Klarheit auf den Punkt: „Missionen wie zum Beispiel in Nordafghanistan und im Kongo sind eindeutig Entwicklungshilfe.“ Entlarvend ist Schröders Zusatz, durch eine Finanzierung solcher „humanitärer Missionen“ aus dem Entwicklungshilfe-Etat könne der Wehretat „in Millionenhöhe entlastet“ werden.²⁰⁸ De facto wurde jedoch, wenn auch noch nicht ODA-anrechenbar, mit der Finanzierung von Kriegseinsätzen mit Entwicklungshilfegeldern bereits im großen Stil begonnen, wie das Beispiel der African Peace Facility zeigt.

¹⁹⁷ Brzoska 2006, S. 29.

¹⁹⁸ de Hoop Scheffer/Kamp/van Ardenne-van der Hoeven: The Netherlands and crisis management; three issues of current interest, Den Haag 29. 10.2003, URL: http://www.aiv-advies.nl/ContentSuite/template/aiv/adv/collection_single.asp?id=1942&adv_id=268&page=aanvraag&language=UK (eingesehen 17.04.2007).

¹⁹⁹ Bis zum Jahr 2005 waren die diesbezüglichen DAC-Richtlinien ungenau formuliert. Seither gilt ein Beschluss der DAC-Arbeitsgruppe Statistik, wonach die multilateralen Beiträge zum UNO-Kernbudget für Friedensmissionen ab dem Berichtsjahr 2005 zu 6 % als ODA anrechenbar sind. Vgl. OEZA Bericht 2004/2005: Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen in Zahlen Teil II, URL: http://www.ada.gv.at/up-media/2531_oeza_jahresbericht_04_05_teil_ii_web.pdf (eingesehen 17.04.2007), S. 14.

²⁰⁰ Peace Support Operations: ein aktives Element der schweizerischen Sicherheitspolitik, ETH Zürich, Juni 2004, S. 23. Tatsächlich verschwimmen die Grenzen in der Praxis ohnehin bis zur Unkenntlichkeit wie das Beispiel Afghanistan zeigt. So gab der dortige britische Oberst James Denny an, die ISAF-Aufgaben im Süden „eher friedenserzwingend als friedenserhaltend.“ Vgl. Standke, Olaf: Berlin liegt am Hindukusch. Die Koalition setzte vor allem auf die „Globalisierung“ der Bundeswehr, Neues Deutschland 13.09.2005.

²⁰¹ Mollet, Howard: Should Aid Finance Southern Peacekeeping?, the networker, Dezember 2004.

²⁰² Reality of Aid: At Stake: Focus on Ending Poverty, URL: http://www.ccic.ca/e/docs/002_aid_roa_2006_focus_on_ending_poverty.pdf (eingesehen 13.08.2007).

²⁰³ Simpson, Erin: Security and Development after 9-11: Key issues for Aid, in: au courant, Volume 14, Number 1, Spring 2006: „Bei einem Kanada-Besuch im Juni 2005 drängten EU-Staatschefs den damaligen Premierminister Paul Martin dazu, sie in dem Bestreben zu unterstützen, die ODA Kriterien für flexible Krisenreaktionen auszuweiten.“

²⁰⁴ Zu den Kritikern gehörten Österreich, Dänemark, Irland, Italien, Japan, Luxemburg, Niederlande, Schweiz, Großbritannien und die Europäische Kommission. Vgl. ODA Eligibility of Conflict, Peace and Security Expenditures, High Level Meeting, 3-4 April 2007, DCD/DAC(2007)23/REV1, 22-Mar-2007, S. 5.

²⁰⁵ Draft Summary Record of the 11th Meeting of the CPDC Network, DCD/DAC/CPDC//M(2007)1/PROV, 25 Mai 2007.

²⁰⁶ ODA Eligibility of Conflict, Peace and Security Expenditures, High Level Meeting, 3-4 April 2007, DCD/DAC(2007)23/REV1, S. 5.

²⁰⁷ Dehmer, Dagmar: Hauptsache, die Quote steigt, Tagesspiegel, 12.01.2007; Koczy, Ute/Hope, Thilo: Kongoeinsatz nicht aus Entwicklungsetat bezahlen, URL: http://www.ute-koczy.de/cms/default/dok/177/177568.kongoeinsatz_nicht_aus_entwicklungsetat.htm (eingesehen 11.07.2007).

²⁰⁸ CDU will Bundeswehr aus Entwicklungshilfe-Etat bezahlen, Spiegel Online, 08.09.2006, URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,435912,00.html> (eingesehen 12.06.2007).

4.7 Krieg als Entwicklungshilfe: Das Beispiel der African Peace Facility

Ein wichtiger Mechanismus für die sicherheitsbezogene Verwendung von ODA-Geldern wurde mittlerweile institutionell in der EU verankert. Mit der Verabschiedung des Haushaltsplanes 2007-2013 durch das Europäische Parlament im Mai 2006 wurde ein neues Stabilitätsinstrument als eines von sieben (vormals 40) zentralen Außenpolitikinstrumenten geschaffen, dessen Etat in diesem Zeitraum 2,5 Mrd. Euro beträgt.²⁰⁹ Die Ausrichtung des neuen Instruments weist eine eindeutige Sicherheitsfokussierung auf: „Wichtigstes Ziel des Stabilitätsinstrument[s] ist es, eine wirksame, zügige, flexible und integrierte Reaktion auf Krisen, entstehende Krisen oder anhaltende politische Instabilität zu gewährleisten.“²¹⁰ Das Instrument ist damit ein Negativbeispiel, das unterstreicht, wie weit die Versicherheitlichung der Entwicklungshilfe bereits vorangeschritten ist: „Es umfasst Unterstützungsmaßnahmen in den Bereichen wie Peacebuilding, Mediation und Versöhnungsarbeit, Kleinwaffen, Minenräumung, DDR [Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration], Frauen in bewaffneten Konflikten und Menschenrechte im Antiterrorkampf. [...] Das Stabilitätsinstrument fasst also verschiedene Maßnahmen in einem Rechtsinstrument zusammen mit dem Ziel, rasch, flexibel und kohärent auf Krisen in Drittländern reagieren zu können. Damit ist seitens der Kommission die Hoffnung verbunden, den development-security-Nexus zu stärken, indem die Verbindung zwischen Aktivitäten der Gemeinschaft, die einer entwicklungspolitischen Logik folgen und solchen der GASP, die außen- und sicherheitspolitisch motiviert sind, verbessert wird.“²¹¹ Trotz der eindeutigen Sicherheitsfokussierung des Instruments – von Armutsbekämpfung ist dort an keiner Stelle die Rede – schätzt die EU-Kommission, dass mehr als 70% der verausgabten Gelder ODA-anrechenbar sein werden.²¹²

Wichtiger als das Stabilitätsinstrument ist in diesem Zusammenhang jedoch ein anderes Instrument. Ende 2003 verständigte sich der EU-AKP-Ministerrat auf die Einrichtung einer aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF), zu dessen Budget Deutschland 25 % beiträgt, finanzierten Afrikanischen Friedensfazilität (African Peace Facility), die im April des folgenden

Jahres an den Start ging.²¹³ Ihr Zweck besteht hauptsächlich in der logistischen und finanziellen Unterstützung von „Friedenseinsätzen“ der Afrikanischen Union (AU, gegr. 1993). Interessanterweise bezeichnete der EU-Koordinator für Anti-Terror-Maßnahmen die Peace Facility als einen direkten Beitrag zur Bekämpfung des Terrorismus.²¹⁴ Obwohl eine direkte Finanzierung von Waffen, Munition, militärischer Ausrüstung und Ausbildung sowie Sold nicht erlaubt ist, erfolgt hierdurch dennoch eine erhebliche Teilfinanzierung von Militäreinsätzen aus Mitteln der Entwicklungshilfe. Ungeachtet der Diskussionen im OECD-Entwicklungsausschuss schaffte Brüssel durch die African Peace Facility Tatsachen: „Mit ihr werden erstmals Entwicklungsgelder insbesondere in die Unterstützung von genuin afrikanischen Friedensmissionen investiert und damit sicherheitspolitische Inhalte in entwicklungspolitische Formen gegossen.“²¹⁵

Die Erstausrüstung der Fazilität betrug 250 Mio. Euro, von denen ursprünglich 200 Mio. zur Finanzierung von AU-Missionen vorgesehen waren.²¹⁶ 2006 wurde der Etat um 50 Mio. aufgestockt und anschließend nochmals erhöht. Der Löwenanteil davon, 300 Mio. Euro bis Anfang 2008, wurde zur Finanzierung der AU-Mission im Sudan (AMIS) verwendet²¹⁷, ein Einsatz, der direkt erhebliche wirtschaftliche und strategische EU-Interessen berührt. Der AMIS-Einsatz wurde zu etwa zwei Dritteln aus der Peace Facility finanziert (AMIS wurde Anfang 2008 in die UNAMID-Mission überführt).²¹⁸ Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch noch die Unterstützung des AUEinsatzes in Somalia (AMISOM) mit 15 Mio. Euro.²¹⁹ Für die Jahre 2008 bis 2010 wurden erneut 300 Mio. Euro für die Peace Facility in den EEF eingestellt²²⁰, da aber allein für die Sicherheitssektorreform im Tschad

²¹³ Decision No 3/2003 of the ACP-EC Council of Ministers on the use of resources from the long-term development envelope of the 9th EDF for the creation of a Peace Facility for Africa.

²¹⁴ Statement of Gjis de Vries on Joint Hearing before Congress, 14.09.2004, URL: <http://www.foreignaffairs.house.gov/archives/108/95829.pdf> (eingesehen 02.03.2007).

²¹⁵ Wadle, Sebastian/Schukraft, Corina: Die Peace Facility for Africa – Europas Antwort auf die Krisen in Afrika?, in: Internationale Politik und Gesellschaft 4/2005, S. 99-119, S. 101.

²¹⁶ Vgl. KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN: MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DEN RAT: Der EU-Afrika-Dialog, Brüssel, den 23.6.2003 KOM(2003) 316 endgültig (zit. als EU-Afrika-Dialog 2003).

²¹⁷ European Union, Council Secretariat: EU support to the African Union Mission in Darfur – AMIS, Fact Sheet, January 2008, URL: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/080109-Factsheet8-AMISII.pdf> (eingesehen 21.04.2008).

²¹⁸ Sudan: African troops in Darfur need more funding and stronger mandate, says ICG, IRIN News, 26.10.2005. Vgl. zu den EU-Interessen im Sudan Marischka, Christoph/ Wagner, Jürgen: Europas Platz an Afrikas Sonne, in: Pflüger/Wagner: Welt-Macht Europa, Hamburg 2006.

²¹⁹ COUNCIL OF THE EUROPEAN UNION: Council Conclusions on Somalia 2776th EXTERNAL RELATIONS Council meeting Brussels, 22 January 2007. Einen Überblick über die weiteren Finanzierungsleistungen der African Peace Facility bietet AFRICAN UNION COMMISSION – EUROPEAN COMMISSION: FINANCIAL SUPPORT. The European Commission – African Union Commission partnership, URL: [http://www.africa-union.org/root/AU/Conferences/Past/2006/October/EU-AU/Financial%20support%20DER%20\(2\).doc](http://www.africa-union.org/root/AU/Conferences/Past/2006/October/EU-AU/Financial%20support%20DER%20(2).doc) (eingesehen 20.08.2007).

²²⁰ Kinzel, Wolf: Afrikanische Sicherheitsarchitektur – ein aktueller Überblick, GIGA Fokus, Nr. 1/2007.

²⁰⁹ Bendiek, Annegret/Whitney-Steele, Hannah: Wein predigen und Wasser ausschenken. Die Finanzierung der EU-Außenpolitik. SWP-Aktuell 2006/A 31, Juli 2006, S. 5.

²¹⁰ European Neighbourhood and Partnership Instrument Georgia, Country Strategy Paper 2007-2013, URL: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_csp_georgia_summary_de.pdf (eingesehen 13.05.2007), S. 7.

²¹¹ Erhart, Hans-Georg: Sicherheit + Entwicklung = Frieden? Zur Rolle der Entwicklungspolitik in der zivilen ESVP, BICC Konzeptpapier März 2007, S. 23.

²¹² Multiannual Financial Framework 2007-2013: Subject: Heading 4 – Further information on Official Development Aid, Fiche no. 104, 08.03.2006, URL: http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/dv/fiche_revised_updat/fiche_revised_updated.pdf (eingesehen 07.06.2007).

und der Zentralafrikanischen Republik wie bereits erwähnt in den nächsten fünf Jahren 436 Mio. Euro dem Topf entnommen werden sollen, dürfte mit weiteren Aufstockungen zu rechnen sein.

Zwar wird die Peace Facility als wesentliches Element einer (militärischen) „Hilfe zur Selbsthilfe“ propagiert, de facto behalten sich die EU-Außenminister aber selbstredend ein Vetorecht vor, um Einsätzen, die nicht im eigenen Interesse liegen, einen Riegel vorzuschieben.²²¹ Auf diese Weise schafft sich die EU über die Hintertür ihrer Zusammenarbeit mit der AU zusätzliche, auch militärische Gestaltungsspielräume in Afrika. Zynisch gesagt ist man also dabei, sich Hilfstruppen aufzubauen, um in Einsätzen, bei denen größere Verluste zu erwarten sind, afrikanische Soldaten vorauszuschicken. „[So] eröffnet die operative Unterstützung der au, wie sie im esvp-Aktionsplan vorgesehen ist, in verstärktem Maße direkte Gestaltungs- und Einsatzmöglichkeiten quasi über die Hintertür einer partnerschaftlichen eu-au-Diplomatie. Diese Möglichkeiten für ein pro-aktiveres esvp-Handeln sollen künftig von der eu offensichtlich auch offensiver genutzt werden. Schon die Genese der Peace Facility weist darauf hin, dass mit einer pro-aktiven Komponente des Ownership-Konzepts die eu über die au in der Lage ist, über eine Art ‚Hintertürdiplomatie‘ eigene sicherheitspolitische Ziele zu lancieren.“²²² Dennoch behält sich die EU aber auch vor, ggf. selbst militärisch einzugreifen, falls die Durchsetzung eigener Interessen dies erfordern sollte, wie das Beispiel der DR Kongo zeigt.

Obwohl betont wurde, bei der Finanzierung der Peace Facility aus dem EEF handele es sich um „eine aus der Not geborene Ausnahmelösung“²²³, deutet die Verstärkung des Etats um weitere drei Jahre in die entgegengesetzte Richtung, auch wenn das BMZ dieser extremen Zweckentfremdung von Entwicklungshilfegeldern ursprünglich kritisch gegenüberstand.²²⁴ Zwar sind die Ausgaben für die Peace Facility gegenwärtig noch nicht ODA-anrechenbar²²⁵, sie stehen jedoch durch ihre Entnahme aus dem Europäischen Entwicklungsfonds nicht mehr der Armutsbekämpfung zur Verfügung. Mehr noch, mit der Peace Facility wurde offensichtlich ein Präzedenzfall geschaffen, an dem die Forderung nach einer Erweiterung der ODA-Kriterien auf Friedensmissionen aufgehängt werden kann. Die EU-Kommission jedenfalls fordert genau dies: „Damit zur Unterstützung friedenssichernder Maßnahmen in Afrika mehr Mittel zur Verfügung stehen, wäre es angebracht, innerhalb des Entwicklungsausschusses der OECD (DAC) einen Konsens zu suchen,

um das im Rahmen der öffentlichen Entwicklungshilfe als unterstützungswürdig geltende Hilfespektrum auszuweiten auf die Unterstützung der afrikanischen Kapazitäten zur Durchführung friedenssichernder und damit zusammenhängender Maßnahmen.“²²⁶

4.8 Die Zweckentfremdung der Entwicklungshilfe: Das Drama in Zahlen

Die Erweiterung der ODA-Kriterien auf sicherheitsrelevante Bereiche hat zu einem sprunghaften Anstieg der in diesem Bereich abrechenbaren Gelder geführt. So stiegen die der DAC-Budgetlinie 15210 („Management und Reform des Sicherheitssektors“) gemeldeten Beträge von null im Jahr 2003 auf 238 Mio. US-Dollar im Jahr 2005 an. Ähnlich in die Höhe geschnellt sind die Meldungen für Budgetlinie 15220 (Förderung ziviler Maßnahmen zur Friedensentwicklung, Krisenprävention und Konfliktlösung) von ebenfalls null auf 593,3 Mio. US-Dollar 2005. All diese sicherheitspolitisch verausgabten Gelder, zusammengenommen 1.617 Mrd. US-Dollar im Jahr 2005, stehen einer direkten Armutsbekämpfung nicht mehr zur Verfügung (siehe Tabelle 2).²²⁷ Da die meisten Projekte in diesem Bereich derzeit erst anlaufen, ist für die nächsten Jahre noch mit einem weiteren massiven Anstieg zu rechnen.

Sollte sich darüber hinaus die Forderung durchsetzen, Kriegsmmissionen unter Leitung der Vereinten Nationen mit Entwicklungshilfegeldern zu finanzieren, würde Schätzungen zufolge eine Erhöhung der ODA um 8-12 % erfolgen, ohne dass die Geberländer einen Cent mehr in die Armutsbekämpfung investieren müssten. Gegenwärtig am teuersten sind jedoch Einsätze, die nicht von den Vereinten Nationen geführt werden (Afghanistan, Kosovo etc.). Sollte sich die Forderung durchsetzen, selbst solche Einsätze als ODA zu deklarieren, würden die ODA-Zahlen rapide ansteigen. Allein für Deutschland würde dies eine „Erhöhung“ um 25% bedeuten. Eine derartig vorgegaukelte massive Erhöhung der Entwicklungshilfe muss verhindert werden.

Gerade deshalb ist die jüngste Zusicherung der OECD, die österreichischen Ausgaben für den Militäreinsatz im Tschad vollständig als ODA abzurechnen, überaus problematisch. Umso mehr, da hiermit ein Präzedenzfall gesetzt werden könnte, der auf dem OECD High Level Meeting im Jahr 2009 endgültig den Weg zur Querfinanzierung von Militäreinsätzen mit Entwicklungshilfegeldern freimachen könnte.

4.9 Kurz vor dem Rubikon: Österreichische Kriegsentwicklungshilfe im Tschad

Am 28. Januar 2008 beschloss die Europäische Union eine Militärmission in den Tschad und die Zentralafrikanische Republik zu entsenden (EUFOR CHAD/RCA). Auch Österreich beteiligt sich mit 186 Soldaten

²²¹ Wadle/Schukraft 2005, S. 103.

²²² Wadle/Schukraft 2005, S. 116.

²²³ Wadle/Schukraft 2005, S. 105.

²²⁴ Vgl. BMZ-Diskurs 2004 und Hamann 2005, S. 101. Ein Antrag der Fraktion DIE LINKE (16/4490), die Finanzierung der Peace Facility aus dem EEF zu beenden, fand im federführenden Ausschuss lediglich die Zustimmung der Grünen und wurde mit der Mehrheit von CDU/CSU, SPD und FDP abgelehnt.

²²⁵ ODA Eligibility of Conflict, Peace and Security Expenditures, High Level Meeting, 3-4 April 2007, DCD/DAC(2007)23/REV1, S. 5.

²²⁶ EU-Afrika-Dialog 2003, S. 10.

²²⁷ ODA Casebook on Conflict, Peace and Security Activities, DCD/DAC(2007)20, 27.02.2007, S. 68f.

	Steuerung und Reform des Sicherheitssystems	Zivile Friedensentwicklung, Krisenprävention und Konfliktlösung	Friedensstärkung nach Konflikten (VN)	Wiedereingliederung; Bekämpfung von Handfeuerwaffen und leichten Waffen	Landminenräumung	Kindersoldaten (Prävention und Demobilisierung)	Gesamt
Australien			28.3	0.4	0.4		29.1
Österreich		2.5	17.6	0.0	1.4	0.5	22.1
Belgien		5.7	1.6	1.0	4.4	1.0	13.7
Kanada	2.1	2.9	17.8	0.4	22.2	1.8	47.2
Dänemark	2.0	6.3					8.3
Finnland	1.6	16.2	3.5	1.3	5.1	0.1	27.8
Frankreich	1.4	6.5					7.9
Deutschland	19.5	25.7	42.0	28.7		0.0	116.0
Griechenland			31.3	0.1	2.3		33.7
Irland	0.2	0.1	0.9	0.2	2.5		3.8
Italien	n.b.	n.b.	n.b.	n.b.	n.b.	n.b.	n.b.
Japan		3.5		4.4			7.9
Luxemburg					0.3		0.3
Niederlande	28.7	32.9	22.7	3.5	7.1		94.9
Neuseeland		1.0		0.0	0.2		1.2
Norwegen	1.0	5.7	30.6	5.5	20.3	1.5	64.6
Portugal	5.5	0.1	10.1				15.7
Spanien	0.3	8.7	8.5	0.1	0.3	0.4	18.3
Schweden	0.1	13.9	9.2	9.7	7.4	1.9	42.2
Schweiz	1.1	54.5	2.7	2.9	3.1		64.3
Großbritannien					14.2		14.2
USA	169.2	317.3	1.3	263.6	53.1		804.4
EU	6.1	89.7	30.7	19.6	33.6		179.8
Gesamt	238.7	593.3	258.8	341.3	177.9	7.3	1617.3

Tabelle 2 Aufschlüsselung der dem Statistischen Berichtssystem des DAC im Jahr 2005 gemeldeten sicherheitsrelevanten Ausgaben (in Mio. US-Dollar)

Quelle ODA Casebook on Conflict, Peace and Security Activities, DCD/DAC(2007)20, 27.02.2007, S. 68.

(Stand: 3. Oktober 2008) an der Truppe, die am Ende 3.700 Militärs umfassen soll. Ungeachtet der österreichischen Neutralität nimmt das Land also nun an einem Einsatz teil, dessen „stabilisierender“ Charakter durchaus fragwürdig ist. Denn es spricht vieles dafür, dass hiermit vielmehr europäische Interessen durchgesetzt werden sollen.²²⁸

In diesem Zusammenhang sorgte Mitte April 2008 die Meldung für Aufsehen, dass die Kosten des österreichischen Beitrags in Höhe von zunächst 25 Mio. Euro dem Entwicklungshilfeetat entnommen werden sollen. Noch problematischer sind aber Meldungen, Österreich sei von der OECD die ODA-Anrechenbarkeit dieser Ausgaben zugesichert worden.²²⁹ Die endgültige Entscheidung hierfür steht gegenwärtig noch aus, könnte aber auf dem OECD-DAC Treffen im Frühjahr 2009 getroffen werden. Sollte dies geschehen, dann

wäre der zügellosen Zweckentfremdung von Entwicklungshilfe Tür und Tor geöffnet. Denn dieses Beispiel würde unweigerlich Schule machen, wie der Standard mit Verweis auf österreichische Regierungsquellen berichtet: „Auch andere Staaten werden sich den Einsatz anrechnen lassen, heißt es.“²³⁰

Interessant ist dabei auch, wie in Österreich diese Querfinanzierung begründet wurde. So äußerte sich Hans Winkler, Staatssekretär im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, folgendermaßen: „Nachhaltige Entwicklung kann ohne Sicherheit und Stabilität nicht erfolgen.“²³¹ Weiter führte Winkler aus: „Bei diesem Fall steht der humanitäre Einsatz im Vordergrund und daher ist dieser Einsatz zu einem großen Prozentsatz anrechenbar.“²³² Noch klarer wurde Herbert Scheibner, außenpolitische Sprecher

²²⁸ Vgl. Pflüger, Tobias: Die angebliche Neutralität der EU-Mission im Tschad ist unglaubwürdig, IMI-Standpunkt 2008/006.

²²⁹ Tschad-Einsatz als Entwicklungshilfe: „Mogelpackung“, Der Standard, 15.04.2008. Offiziell verfolgt der Einsatz das Ziel, Flüchtlingslager militärisch zu schützen, eine Maßnahme, die den ODA-Kriterien zufolge eigentlich nicht anrechenbar sein dürfte.

²³⁰ Wirbel um Finanzierung der Tschad-Mission, Der Standard, 15.04.2008.

²³¹ Staatssekretär Hans Winkler bei der EU-Afrikanischen Ministerkonferenz zu Migration und Entwicklung, 22.11.2006, URL: <http://tinyurl.com/6yt3to> (eingesehen 21.04.2008).

²³² Politstreit: Gilt der Einsatz im Tschad als Entwicklungshilfe?, Die Presse, 15.04.2008.

der FPÖ-Abspaltung BZÖ: „Ein solcher Einsatz ist vom humanitären Aspekt her gesehen, sicherlich sinnvoll und muss als eine Vorstufe der Entwicklungshilfe gesehen werden. Ohne Sicherheit gibt es keine Entwicklung zum Besseren“, meinte Scheibner in einer Aussendung. „Bedeutsam ist es aber, wer das bezahlt. Wenn man davon ausgeht, dass dieser Tschad-Einsatz ressortübergreifend sinnvoll ist, dann soll die Regierung auch ein Sonderbudget beschließen, damit nicht andere wichtige Aufgaben der Landesverteidigung aufgrund eines Budgetmangels auf der Strecke bleiben.“²³³

4.10 Kritik: Sicherheit statt Entwicklung

Zusammengenommen hat die derzeitige Entwicklung fatale Auswirkungen, denn die Entwicklungshilfe verliert den deklarierten Anspruch, ausschließlich der Armutsbekämpfung zu dienen. Gelder werden zunehmend nach interessengeleiteten Kriterien vergeben, was zu einer doppelten Verschiebung führt: Erstens geografisch, weg von ökonomisch und/oder strategisch bedeutungslosen Ländern, hin zu Ländern, in denen zentrale Interessen durchgesetzt werden müssen (von Tansania nach Afghanistan); und zweitens funktional, weg von Maßnahmen zur unmittelbaren Armutsbekämpfung hin zu sicherheitsrelevanten Bereichen (vom Krankenhäusern zu Sicherheitskräften). Allerdings geht die Instrumentalisierung der Entwicklungszusammenarbeit weit über die geografische und funktionale Umleitung von Geldern hinaus, indem sie zu einem integralen Bestandteil der westlichen Kriegspolitik zu werden droht.

²³³ Aufregung um Tschad-Einsatz: Militärische Mission als „Entwicklungshilfe“ verrechnet, news.at o.j., URL: http://www.news.at/artikles/0816/10/208252_s2/aufregung-tschad-einsatz-militaerische-mission-entwicklungshilfe (eingesehen 14.10.2008).

Exkurs: Die Vereinigten Staaten als Blick in die Kristallkugel

Da in den USA die Instrumentalisierung der Entwicklungshilfe für eine neoliberale Kolonialpolitik noch deutlich weiter fortgeschritten ist, lohnt sich ein Blick auf die andere Seite des Atlantiks. Um die koloniale Gegenwart verkaufen zu können, muss zuerst die Vergangenheit zurechtinterpretiert werden. Beispielhaft hierfür war eine Rede George W. Bushs Ende 2003 in Manila: „Amerika ist stolz auf seinen Beitrag in der großen Geschichte des philippinischen Volkes. Zusammen befreiten unsere Soldaten die Philippinen von der Kolonialherrschaft.“ Es bedarf einer gehörigen Portion Kaltschnäuzigkeit, um aus der historischen Tatsache, dass die Vereinigten Staaten in der Folge des spanisch-amerikanischen Krieges 1898 endgültig in den Kreis der Kolonialmächte aufstiegen, einen emanzipatorischen Akt zu konstruieren. Dass Bush schließlich in derselben Rede die 14jährige Besetzung, in deren Folge mehr als 200.000 Filipinos im Kampf gegen die US-Okkupanten ihr Leben verloren, als positives Beispiel für die US-Pläne zur Verbreitung der Demokratie im Mittleren Osten bezeichnete, „spiegelt nicht nur eine verzerrte Sichtweise einer wichtigen Episode der amerikanischen Außenpolitik wieder, sondern auch die Ablehnung wichtiger Lehren, die Washington später aus diesem kurzen Experiment der Schaffung eines überseeischen Imperiums zog.“²³⁴ Auch damals wurde mit ähnlichen Legitimationskonstrukten operiert: „Das Konzept des Nation Building hat eine lange Geschichte in der amerikanischen Außenpolitik. Es war ein wichtiger Bestandteil im amerikanischen Umgang mit dem kolonialen Imperium, das Washington im spanisch-amerikanischen Krieg erwarb, insbesondere hinsichtlich der Philippinen.“²³⁵

Auch in den USA gehört es inzwischen nicht nur unter Neokonservativen zum guten Ton, das staatliche Souveränitätsrecht als Relikt der Vergangenheit zu betrachten und durch das selbst erteilte Recht zu einer regelrechten Re-Kolonisierung gescheiterter Staaten zu ersetzen. Einer der wichtigsten diesbezüglichen Vordenker ist der US-Politikprofessor Stephen Krasner: „Das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten funktioniert nicht mehr. [...] Mächtige Staaten können das Phänomen prekärer Staaten nicht ignorieren, denn deren Sicherheits- und wirtschaftliche Interessen sind durch diese Staaten gefährdet. [Weshalb] die beste Lösung in der Einrichtung einer De-facto-Treuhandenschaft oder eines Protektorats besteht.“²³⁶ Der Einfluss Krasners, für den die

staatliche Souveränität nichts als „organisierte Heuchelei“ ist²³⁷, zeigt sich darin, dass er im Jahr 2005 zum Leiter der wichtigen Politischen Planungsabteilung im US-Außenministerium ernannt wurde. Er gilt als Hauptarchitekt hinter einer der grundlegendsten Umstrukturierungen der US-Außenpolitik der letzten Jahrzehnte.²³⁸

Der große Wurf wurde von US-Außenministerin Condoleezza Rice in einer Grundsatzrede Anfang 2006 als „umgestaltende Diplomatie“ (Transformational Diplomacy) bezeichnet. Mit ihr wurde eine komplette Re-Organisation des Außen-, Entwicklungs- und Verteidigungsministeriums eingeleitet, in denen nun sämtliche Kapazitäten auf das Nation Building in gescheiterten Staaten ausgerichtet werden. Hiermit soll auf die zunehmenden Konflikte in der Dritten Welt reagiert werden: „der Fokus liegt darauf, das beschädigte internationale System durch die Konsolidierung seiner Basiseinheiten – die Staaten –, zu reparieren und sie zu verantwortungsvollen Mitgliedern der internationalen Staatengemeinschaft zu machen.“²³⁹

Im Rahmen der Transformational Diplomacy wurde eine „Global Repositioning Initiative“ angekündigt, mit der die US-Diplomaten vor den Karren des Stabilitäts-exports gespannt werden: „In der heutigen Welt werden unsere Diplomaten nicht nur an unterschiedlichen Orten, sondern in verschiedenen Gemeinden und unter verschiedenen Bedingungen arbeiten, wie etwa in Wiederaufbau- und Stabilisierungsmissionen, bei denen sie enger mit dem Militär zusammenarbeiten müssen.“²⁴⁰ Darüber hinaus wurde im Außenministerium eigens ein Büro für Wiederaufbau und Stabilisierung (S/CRS) eingerichtet, das laut Rice die Aufgabe hat, „einem gescheiterten Staat dabei zu helfen, verantwortungsvolle Souveränität auszuüben.“²⁴¹ Dazu gehört nach Selbstbeschreibung der von Befürwortern bereits treffend als „Kolonialbüro“ titulierten Einrichtung, „Gesellschaften beim Übergang von Konflikten und Bürgerkriegen zu helfen, damit sie den nachhaltigen Weg hin zu Frieden, Demokratie und Marktwirtschaft einschlagen.“²⁴² Max Boot schrieb hierzu: „Die

²³⁴ Judis, John B.: Imperial Amnesia, in: Foreign Policy, July/August 2004, S. 50-59. Auch die Neokonservativen Max Boot und Robert Kaplan zogen einen ähnlichen Vergleich wie Bush. Vgl. Wiener, John: Iraq isn't the Philippines, Los Angeles Times, 30.08.2006.

²³⁵ Carpenter, Ted Galen: The Imperial Lure: Nation Building as a US Response to Terrorism, Mediterranean Quarterly, Vol. 17, No. 1, Winter 2006, S. 34-47, S. 34.

²³⁶ Krasner, Stephen D.: Alternativen zur Souveränität, in: Internationale Politik (September 2005), S. 44-53, S. 44-46.

²³⁷ So sein Standardwerk. Krasner, Stephen D.: Sovereignty. Organized Hypocrisy, Princeton 1999. Schon sein Vorgänger als Chef der Politischen Planungsabteilung sprach sich dafür aus, bei bestimmten staatlichen Verhaltensweisen das Souveränitätsrecht außer Kraft zu setzen. Vgl. Richard N. Haass, Director, Policy Planning Staff, Remarks to the School of Foreign Service and the Mortara Center for International Studies, Georgetown University Washington, DC January 14, 2003.

²³⁸ Vaisse, Justin: Transformational Diplomacy, Chaillot Paper Nr. 103, Juni 2007, S. 16. Krasner trat im März 2007 zurück und war kurzzeitig als Nachfolger von Paul Wolfowitz als Chef der Weltbank im Gespräch.

²³⁹ Vaisse 2007, S. 13.

²⁴⁰ Rice, Condoleezza: Transformational Diplomacy, Washington, DC, January 18, 2006. Vgl. auch Weinstein, Michael: Condoleezza Rice Completes Washington's Geostrategic Shift, PINR-Report, February 2006.

²⁴¹ Rice 2006. Hervorhebung JW

²⁴² Department of State: About S/CRS, URL: <http://www.state.gov/s/crs/c12936.htm> (eingesehen 10.04.2006).

USA benötigen ihre eigene Version des britischen Kolonialbüros für das postimperiale Zeitalter. Die jüngste Entscheidung, ein Büro für Wiederaufbau und Stabilisierung im Außenministerium einzurichten, ist hierfür ein guter Anfang.²⁴³

Noch weit reichender sind die Auswirkungen durch den ebenfalls im Januar 2006 geschaffenen Posten des Director for Foreign Assistance (DFA), der der Außenministerin unterstellt ist. Da der DFA gleichzeitig auch Direktor von USAID ist, wurde hierdurch die bislang wenigstens formal unabhängige US-Entwicklungshilfebehörde de facto ins Außenministerium eingegliedert. Schon zuvor prägte USAID in seiner „Strategie zum Umgang mit gescheiterten Staaten“ auch gleich den Begriff der „umgestaltenden Entwicklungshilfe“ (transformational development), der bereits anzeigt, dass es nicht mehr um direkte Armutsbekämpfung, sondern um tief greifende Eingriffe in die Strukturen und Institutionen der jeweiligen Gesellschaften geht.²⁴⁴ „Die Restrukturierung [von USAID] ist Teil der Initiative zur umgestaltenden Diplomatie von Außenministerin Rice, die bestrebt ist, Auslandshilfe zur Transformation der Empfängerländer zu nutzen.“²⁴⁵

Dass es hierbei um eine neoliberale Umstrukturierung geht, wird dadurch ersichtlich, dass der DFA, dem nun fast sämtliche US-Entwicklungshilfegelder unterstehen, sich hinsichtlich der Vergabekriterien an der Agenda des „Millennium Challenge Account“ (MCA) orientiert. An der Ausarbeitung des MCA war neben Stephen Krasner auch Philip Zelikow maßgeblich beteiligt, der nun als Nachfolger von Paul Wolfowitz zum neuen Chef der Weltbank befördert wurde, eine Funktion, in der er diesem Konzept zu maximaler Durchschlagskraft verhelfen kann. Der MCA ist ein Paradebeispiel dafür, wie durch eine Koppelung von Entwicklungshilfe an die Erfüllung verschiedener Kriterien (Konditionalität) unter dem Deckmantel von „Good Governance“ Druck auf eine neoliberale Transformation der Gesellschaftsordnung ausgeübt wird. Im Rahmen des MCA kündigte Bush bereits im März 2002 an, zusätzliche Entwicklungshilfegelder in Höhe von jährlich 5 Mrd. US-Dollar ausschütten zu wollen (tatsächlich beantragt wurden schließlich nur 3 Mrd. jährlich, von denen der Kongress zwischen 2004 und 2006 lediglich 3.7 Mrd. bewilligte). Diese Gelder werden allerdings alles andere als altruistisch vergeben. Eine Bewilligung hängt vom Wohlverhalten in drei Ober- und 13 Unterkategorien ab. Dass dabei die ultraneoliberale Heritage Foundation bspw. über das OK für die Unterkategorie Handelspolitik befindet (ohne dass keine Mittel bewilligt werden), sagt

dabei eigentlich schon alles: „Die Form des MCA ist insofern neu, weil sie eine unverhohlene Artikulation US-amerikanischer Interessen gegenüber den ausgeschlossenen Staaten des Südens – so wie sie in der neuen Phase imperialistischer US-Politik definiert werden – darstellt. Insofern spreche ich von ‚präemptiver Entwicklungspolitik‘.“

Während im Rahmen der Strategie der Konditionalität die Vergabe von IWF- und Weltbank-Krediten an Bedingungen geknüpft wurde, welche die Empfängerländer nach Bewilligung der Mittel einhalten mussten, funktioniert preemptive Entwicklungspolitik genau anders herum: Die zugesagten Mittel werden erst ausgezahlt, wenn alle Forderungen des Geldgebers erfüllt sind.²⁴⁶

Wie üblich wird diese neoliberale Zurichtung als armuts- und damit auch als konfliktmindernde Maßnahme dargestellt. So kommt die „Strategie zum Umgang mit gescheiterten Staaten“ zu dem Ergebnis, dass „Instabilität, die mit fragilen Staaten assoziiert wird, das Produkt ineffektiver oder illegitimer Regierungsführung ist. [...] Ökonomische Instabilität, Nahrungsmangel und bewaffnete Konflikte sind in der Regel allesamt Symptome einer gescheiterten Regierungsführung.“²⁴⁷ Gleichzeitig unterstreicht USAID den interessenengeleiteten Charakter seiner Hilfeleistungen: „Die Entscheidung, sich in einem Land zu engagieren, hängt von seiner Bedeutung für die US-Außenpolitik ab.“²⁴⁸ Darüber hinaus pumpt auch USAID immer häufiger Geld direkt in sicherheitsrelevante Bereiche. So wurden allein im Jahr 2005 887,5 Mio. US-Dollar für Anti-Terror-Maßnahmen verausgabt, 7,2 % des Gesamtbudgets.²⁴⁹ Um darüber hinaus die Koordination und Abstimmung mit dem Verteidigungsministerium in Stabilisierungsmissionen zu verbessern, eröffnete USAID mittlerweile ein „Büro für Militärische Angelegenheiten.“²⁵⁰ Die Folgen einer solchen Annäherung verdeutlicht ein Beitrag über die „Integration von Spezialeinheiten und USAID in Afghanistan“, der präzise beschreibt, auf welche Weise die US-Entwicklungshilfeagentur dort einen direkten Beitrag zur Aufstandsbekämpfung leistet. Sie vergibt bspw. gezielt Gelder als „Belohnung für Gemeinden, die Aufständische hinausgeworfen haben“ und zur „Stärkung der örtlichen Bereitschaft und der Fähigkeiten, sich den Aufständischen zu widersetzen.“ Weiter gehe es für USAID darum, die „Aufständischen von der Bevölkerung zu isolieren.“ Der Beitrag endet folgerichtig mit dem Fazit: „Die Entwicklungshilfeagenturen müssen die Samthandschuhe ausziehen.“²⁵¹

²⁴⁶ Söderberg 2004, S. 301.

²⁴⁷ USAID 2005, S. 3f.

²⁴⁸ USAID 2005, S. 5.

²⁴⁹ Padilla 2006, S. 237.

²⁵⁰ Bullock, Todd: USAID Announces New Office of Military Affairs, Washington File, 24.10.2005.

²⁵¹ Mann, Sloan: The Integration of Special Operation Forces and USAID in Afghanistan, in: Small Wars Journal August 2008, URL: <http://smallwarsjournal.com/documents/79-mann.pdf> (eingesehen 09.09.2008).

²⁴³ Logan, Justin/Preble, Christopher: Failed States and Flawed Logic, CATO Policy Analysis No. 560, January 11, 2006; Vgl. auch Ignatius, David: The colossus ponders a Colonial Office, Daily Star, May 19, 2005.

²⁴⁴ USAID: Fragile States Strategy, January 2005 PD-ACA-999.

²⁴⁵ Nowels, Larry/Veille, Connie: Restructuring U.S. Foreign Aid: The Role of the Director of Foreign Assistance, CRS Report for Congress, Updated September 8, 2006, S. 2.

Auch im Pentagon fanden bahnbrechende Umstrukturierungen statt, die sich nahtlos in das Gesamtkonzept der „Transformational Diplomacy“ einfügten. Schon im Jahr 2001 betonte der „Quadrennial Defensive Review“ nicht nur die Notwendigkeit zum „Regimewechsel in einem feindlichen Staat“, sondern ebenso die zur anschließenden „Besetzung ausländischen Territoriums, bis die strategischen Ziele der USA erfüllt sind.“²⁵² Zwar werden in Erwartung zunehmender Konflikte derzeit die Interventionsfähigkeiten verbessert. Doch diese eher traditionelle Aufgabe des Militärs wird derzeit um einen zweiten Aspekt ergänzt: „Der Leviathan (Flugzeuge, intelligente Bomben) wird Angst und Entsetzen verbreiten, wie er es in Afghanistan und im Irak getan hat. Darauf wird die Systemadministrationstruppe (Militärpolizei, humanitäre Hilfe etc.) folgen, die das tun wird, worin wir im Irak versagt haben.“²⁵³ Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangt Max Boot: „Das US-Militär ist hervorragend, wenn es um den Sieg über konventionelle Truppen geht – wie der dreiwöchige Blitzkrieg von Kuwait nach Bagdad im Sommer 2003 gezeigt hat – aber es ist nicht annähernd so gut hinsichtlich der Bekämpfung von Guerillatruppen. [...] Die Bekämpfung des Terrorismus, wie Washington aus den Erfahrungen in Afghanistan gelernt hat, erfordert Bodentruppen und das Engagement für Nation Building.“²⁵⁴ Das einflussreiche Defense Science Board stellte deshalb konsequenterweise im Einklang mit zahlreichen weiteren Studien folgende Forderung auf: „Stabilisierungs- und Wiederaufbaumissionen müssen zu einer Kernkompetenz, sowohl des Verteidigungs- als auch des Außenministeriums werden.“²⁵⁵

Dieser Vorschlag wurde inzwischen vom Pentagon mit der Direktive 3000.05 vom 28. November 2005 offiziell übernommen. Sie setzt auf eine enge zivil-militärische Verzahnung und verändert die bisherige Aufgabenhierarchie radikal: „Stabilitätsoperationen sind ein Kernbestandteil der amerikanischen militärischen Aufgaben. [...] Ihnen sollte eine vergleichbare Priorität wie Kampfoperationen eingeräumt werden.“²⁵⁶ Innerhalb des Militärs ist man sich über die Tragweite dieser Direktive völlig im Klaren: „Das US-Militär hat in seiner Geschichte immer versucht Stabilisierungsoperationen zu vermeiden, teilweise basierend auf der Argumentation, dass hierdurch die Fähigkeiten für

Kampfoperationen verringert werden. [...] Stabilitätsoperationen auf dieselbe Stufe wie Kampfoperationen zu stellen [...] stellt möglicherweise die wichtigste Veränderung in der Mission des US-Militärs seit vielen Jahren dar.“²⁵⁷ Die Reichweite dieser Direktive wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass dies eine vollständige Reorganisation des Pentagons, seiner Trainingsmethoden, Ausbildungslehrgänge und nicht zu vergessen der Karriereleitern erfordert.²⁵⁸ In der Richtlinie wird dem folgendermaßen Rechnung getragen: „Die Fähigkeiten für Stabilisierungsoperationen, wie etwa Sprachkenntnisse, regionale Expertise und Erfahrung mit ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen sollen entwickelt und auf allen Ebenen in die professionelle Militärausbildung integriert werden.“²⁵⁹ Worum es hierbei geht, ist eindeutig: „Kurz gesagt, möglicherweise wird gerade eine Armee mit ‚kolonialen‘ Kapazitäten aufgebaut.“²⁶⁰

Im Dezember 2005 untermauerte George W. Bush zudem mit der „National Security Presidential Directive (NSPD) 44“ diese Restrukturierung. Analog zur Pentagon-Richtlinie 3000.05 werden auch dort Stabilisierungsmissionen zu einer Kernaufgabe der US-Politik erhoben und Außenministerin Condoleezza Rice die Verantwortung für deren institutionsübergreifende Koordinierung überantwortet: „Der Außenminister soll die integrierten Bemühungen der US-Regierung für die Vorbereitung, Planung und Durchführung von Stabilisierungs- und Wiederaufbauaktivitäten koordinieren und leiten.“ Hierzu gehören insbesondere die „Förderung von Frieden, Sicherheit, Entwicklung, demokratischen Praktiken, Marktwirtschaften und Rechtsstaatlichkeit. Dies zielt darauf, es ausländischen Regierungen zu ermöglichen, die Souveränität über ihr Land auszuüben und zu verhindern, dass ihr Gebiet als Operationsbasis oder sicherer Hafen für Extremisten, Terroristen, das organisierte Verbrechen oder andere Gruppen dient, die eine Gefahr für die amerikanische Außenpolitik, ihre Sicherheit oder ihre ökonomischen Interessen darstellen.“²⁶¹ So verwundert es nicht, wenn der Bush-Administration wohlwollend attestiert wird, sie bewege sich in Richtung „einer neuen Form internationaler Herrschaftsausübung, die als Neo-Treuhanderschaft, oder provokanter, als postmoderner Imperialismus, bezeichnet werden könnte.“²⁶²

Ein anschauliches Beispiel für den Neuen Kolonialismus stellt die Besatzung des Irak dar. „Destroy and Profit“, benennt Focus on the Global South die diesbezügliche Strategie der US-Regierung: „Invasion.

²⁵² Quadrennial Defensive Review (QDR) 2001, S. 13.

²⁵³ Thomas Barnett zit. nach Barone, Michael: Thomas Barnett's Blueprint for Action, USNEWS, 15.11.2005.

²⁵⁴ Boot, Max: The Struggle to Transform the Military, in: Foreign Affairs, March/April 2005, S. 103-118.

²⁵⁵ Defense Science Board 2004, Summer Study on Transition To and From Hostilities, December 2004, S. vi; Vgl. auch Council on Foreign Relations: In the Wake of War: Improving US Post-Conflict Capabilities, Independent Task Force Report 55, July 2005; Binnendijk, Hans/Johnson, Stuart (eds.): Transforming for Stabilization and Reconstruction Operations, National Defense University Center for Technology and National Security Policy, April 2004; Scowcroft, Brent/Berger, Samuel R.: In the Wake of War. Getting Serious about Nation-Building, in: The National Interest, No. 81, Fall 2005, S. 49-53.

²⁵⁶ Department of Defense: Military Support for Stability, Security, Transition, and Reconstruction (SSTR) Operations, DIRECTIVE NUMBER 3000.05, November 28, 2005, S. 2.

²⁵⁷ Leatherman, Daniel B.: Making Peacekeepers: The Evolution of United States Policy on Stability Operations, Strategic Studies Institute, 15.03.2006, S. 5f.

²⁵⁸ Vgl. Kaplan, Fred: Do As I Say, Not As I Do, Slate, 02.12.05; Boot 2005.

²⁵⁹ Directive 3000.05, S. 4. Hervorhebung JW.

²⁶⁰ Vaisse 2007, S. 66.

²⁶¹ The White House, National Security Presidential Directive/ NSDP-44, S. 1f.

²⁶² Fearon, James/Laitin, David: Neotrusteeship and the Problem of Weak States, in: International Security 28/4 (2003), S. 7.

Dies war der erste Schritt für das, was seither zu dem ambitioniertesten, radikalsten und gewalttätigsten Projekt in der jüngsten Geschichte geworden ist, eine Ökonomie entlang neoliberaler Linien wiederaufzubauen. Seit der Invasion im Jahr 2003 haben die Vereinigten Staaten versucht nahezu sämtliche Sektoren der irakischen Wirtschaft für ausländische Investoren zu öffnen; das Land für den internationalen Handel aufzubrechen; ein massives Privatisierungsprogramm zum Verkauf von über 150 staatseigener Betriebe zu starten; den Finanzmarkt zu liberalisieren; [...] und die Grundlagen für die endgültige Privatisierung des irakischen Öls zu legen.²⁶³

Gerade die irakische „provisorische Verfassung“ ist ein Paradebeispiel für eine neoliberale Zurichtung per Dekret: „Geldpolitisch wurde die Unabhängigkeit der Zentralbank von staatlichen Eingriffen deklariert. Des weiteren wurden niedrige Zolltarife und niedrige Steuern avisiert, nicht zuletzt mit dem Ziel der Privatisierung der öffentlichen Einrichtungen und der Industrien. Die Deregulierung sorgt für hohe Arbeitslosigkeit, also für Lohndruck durch eine flexible Reservearmee, während der Verzicht auf Subventionen für die einheimische Ökonomie ausländische Firmen vor nationaler Konkurrenz schützt.“²⁶⁴ Nicht von ungefähr soll der Irak integraler Bestandteil und Ausgangspunkt für die Middle East Free Trade Area (MEFTA) sein, deren Verwirklichung bis zum Jahr 2013 angestrebt wird und ein Kernelement zur Transformation, sprich Unterwerfung der Region darstellt.²⁶⁵

Da der Widerstand hiergegen aus nachvollziehbaren Gründen wächst, rückt die Aufstandsbekämpfung im Rahmen der kolonialen Besatzungsregimes ins Zentrum der Militärplanung. Nichts symbolisiert dies besser als die Anfang 2007 verkündete Auswechslung des für den Irak zuständigen Generals George Casey durch Generalleutnant David Petraeus. Er ist der Verfasser des US-Handbuchs zur Aufstandsbekämpfung (Field Manual 3-24), das die „Geschichte von Aufständen gegen große Armeen untersucht, Erhebungen in früheren Kolonien der Europäer etwa, Vietnam, der Balkan, schließlich Irak.“²⁶⁶ Die Schlussfolgerung aus dieser Untersuchung liegt voll im Trend: „Detailliert wird im Handbuch das Zusammenspiel von militärischen, politischen und sozialen Eingriffen untersucht. Dabei müsse es Ziel der Militärs sein, mit Polizeikräften, Uno-Organisationen, staatlichen Hilfsorganisationen, privaten Unternehmen, aber auch nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) zusammenzuarbeiten. Alle Anstrengungen sollen dem Ziel der Aufstandsbekämpfung dienen.“²⁶⁷

Im schlimmsten Fall könnte der Irak in einem weiteren Bereich richtungweisend für künftige Entwicklungen sein: „[Die] enge Absprache und Zusammenarbeit verschafft den Besatzungstruppen die vollständige Kontrolle über die Aktivitäten ziviler Organisationen. Das war von den Militärs von Beginn an angestrebt. Gleich nach Ende des Krieges im Mai 2003, als die Sicherheitslage noch viel besser war, mussten sich alle ausländischen Zivilorganisationen, die weiterhin oder neu im Irak arbeiten wollten, bei der US-Besatzungsverwaltung akkreditieren. Die Zivilorganisationen, die dieses Ansinnen seinerzeit ablehnten, mussten das Land verlassen bzw. durften ihre Arbeit im Irak nicht aufnehmen.“²⁶⁸

²⁶³ Docena, Herbert: „Shock and Awe“ Therapy, in: Focus on the Global South: Destroy and Profit, January 2006, S. 7-26, S. 8.

²⁶⁴ Alnasseri, Sabah: Imperial(istisch)e Kriege und Kantonisierung oder: die Internationalisierung peripherer Staaten, in: Peripherie, 96/2004.

²⁶⁵ Juhasz, Antonia: Oil, the U.S.-Middle East Free Trade Area and the Bush Agenda, in: thesetimes, 15.01.2007.

²⁶⁶ Heine, Roland: Irak: Krieg mit menschlichem Antlitz, Berliner Zeitung, 17.01.2007.

²⁶⁷ Stern, Daniel: US-Militär: Bewaffnete Sozialarbeit, WoZ, 17.7.2006.

²⁶⁸ Zumach, Andreas: Die fatale Dominanz der militärischen Logik, in: eins, August 2007.

5. CIMIC – Das Ende eigenständiger Entwicklungszusammenarbeit

Die gegenwärtige Transformation der westlichen Streitkräfte verläuft in zwei Richtungen. Zum einen orientiert sie sich an dem Bedarf, jederzeit schnell und durchsetzungsfähig militärisch auf Armutskonflikte in der Dritten Welt reagieren zu können. Zu diesem Zweck werden u. a. derzeit die schnellen Eingreiftruppen der Europäischen Union (Battlegroups) und der NATO (NATO Response Force) aufgestellt.

Zugleich kommt künftig der dauerhaften „Stabilisierung“ (Kontrolle) eine ebenso große Bedeutung zu, wie dem eigentlichen militärischen Sieg: „Bei nahezu allen größeren Einsätzen ist auf militärische Effizienz ziviles Chaos gefolgt. Wir brauchen eine verstärkte Fähigkeit, damit alle notwendigen zivilen Mittel in und nach Krisen zum Tragen kommen“, bringt die Europäische Sicherheitsstrategie diese Logik auf den Punkt. Dies erfordert jedoch grundlegend neue Kapazitäten, insbesondere eine enge zivil-militärische Verzahnung, denn man benötigt Juristen, Ingenieure, Militärpolizei bzw. Polizeisoldaten, die in Aufstandsbekämpfung geschult sind, eben alles, was schon für eine klassische Kolonialverwaltung erforderlich war: „Die Union könnte einen besonderen Mehrwert erzielen, indem sie Operationen durchführt, bei denen sowohl militärische als auch zivile Fähigkeiten zum Einsatz gelangen.“²⁶⁹

Wie bereits beschrieben, wird hierfür mittlerweile das Konzept der „vernetzten Sicherheit“ als neues außenpolitisches Leitbild für die Zivil-militärische Zusammenarbeit (CIMIC) propagiert (siehe Kapitel 3.2). Es basiert auf einer unhinterfragten Annahme, nämlich dass militärischer Stabilitätsexport und Nation Building alternativlos seien, wie der ehemalige KFOR-Kommandeur im Kosovo Klaus Reinhardt verdeutlicht: „wenn man einmal drin ist, [ist es notwendig,] die zivilen und die militärischen Kräfte der EU besser zu verzahnen und aufeinander abzustimmen.“²⁷⁰ Teilt man diesen Ansatz, ist man zwingend auf die zivile Flankierung angewiesen, um den „Stabilitätsexport“ zu effektivieren, wie die betreffende Bundeswehrdefinition verdeutlicht: „[CIMIC] ist Bestandteil der militärischen Operationsführung in den Einsatzgebieten der Bundeswehr. Ihr Hintergrund: Die Mittel rein militärischer Krisenbewältigung reichen allein nicht aus, um eine Region dauerhaft zu stabilisieren. CIMIC soll [...] den eingesetzten Streitkräften die Durchführung ihres Auftrages erleichtern.“²⁷¹ Oder, in den Worten von Stephan Klingebiel vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik: „Die Herausforderungen des Nation Building, die wir im Moment in Afghanistan, im Kosovo und anderswo sehen, sind durch die Militäraktion noch nicht gelöst. Oftmals schafft man durch

das Eingreifen erst eine Situation, in der man diese staatlichen Strukturen für einen längeren Zeitraum ersetzen muss. Hier kann Entwicklungspolitik eine Rolle spielen.“²⁷²

CIMIC ist also auf die Umsetzung militärischer, nicht entwicklungspolitischer Ziele fokussiert. Dies geht eindeutig aus den Ausführungen von Oberst i.G. Gerhard J. Klose, Referatsleiter für Grundsatzfragen im Bereich Zivil-militärische Kooperation im Bundesverteidigungsministerium, bzgl. der CIMIC-Definition im NATO-Dokument AJP 9 hervor: „An einem Punkt, der gern übersehen wird, ist diese Definition nämlich sehr präzise. Es heißt dort nämlich klar und eindeutig: in support of the mission, also zur Unterstützung der militärischen Operation. Damit wird der Zweck klargestellt, dem dieses Aufgabengebiet zu dienen hat, nämlich ausschließlich der Unterstützung der militärischen Operation. [...] Und nicht vergessen werden sollte auch, dass der eigentliche Gegner in einer militärischen Operation nicht das Militär ist, sondern die dahinter stehende zivile Gesellschaft.“²⁷³ Auch Oberst i.G. Friedrich Engelhardt vom Einsatzführungskommando der Bundeswehr gibt unmissverständlich an: „CIMIC ist integraler Bestandteil der militärischen Operationsführung und orientiert sich eindeutig am Einsatzauftrag des Militärs.“²⁷⁴

Derzeit werden die Weichen zum Aufbau stehender zivil-militärischer Truppen gestellt und zwar auf sämtlichen Ebenen internationaler Organisationen: „Die jüngsten richtungsweisenden Veröffentlichungen der EU, NATO und UN unterstreichen unisono die Integration von Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Im Zentrum dieser Ansätze steht, dass in zukünftigen Interventionen zivile und militärische Akteure zusammenarbeiten sollen, um ein kohärentes Vorgehen aus einer Hand zu gewährleisten.“²⁷⁵

5.1 CIMIC I: Vereinte Nationen

Die bisherigen UNO-Einsätze lassen sich idealtypisch in vier Generationen unterscheiden. Am Anfang standen Einsätze, die sich auf die Überwachung von Waffenstillstandsabkommen beschränkten, gefolgt von aktiven, jedoch zivilen Bemühungen zur Konfliktbeilegung. Die dritte Generation umfasste auch den Einsatz militärischer Gewalt – das so genannte robuste Mandat. „Zu der vierten Generation werden Einsätze [gezählt], die nicht nur robust sind, sondern in denen die UNO exekutive Funktionen ausübt und tendenziell

²⁶⁹ Europäische Sicherheitsstrategie 2003, S. 11f.

²⁷⁰ „Wir können nicht ewig im Kosovo bleiben“, Interview mit Klaus Reinhardt, taz, 29.05.2005.

²⁷¹ Fragen und Antworten zu CIMIC, www.bundeswehr.de (eingesehen 10.12.2006).

²⁷² Herausforderung Nation Building. Überall dort, wo ein Krieg endet, begegnen sich Militärs und Entwicklungshelfer. Dr. Stephan Klingebiel über die Kooperation in Krisengebieten und über Chancen für Afrika, Bundeszentrale für politische Bildung, Januar 2004, URL: http://www.bpb.de/popup/popup_druckversion.html?guid=Q7MF6E (eingesehen 13.04.2007).

²⁷³ Klose, Gerhard J.: Zivil-militärische Kooperation aus Sicht der Verteidigungspolitik, Vortrag auf den Entwicklungspolitischen Diskussions-tagen 2004, S. 19. Die „Allied Joint Publication (AJP) 9“ vom Juni 2003 konkretisierte die NATO Direktive MC 411/1 vom Juli 2001.

²⁷⁴ Roehder 2005, S. 19.

²⁷⁵ Schetter, Conrad/Glassner, Rainer: Zivil-militärische Grauzone, in: eins: Entwicklungspolitik Information Nord-Süd (August 2007), S. 24-28, S. 27.

oder praktisch die vollständige staatliche Souveränität in einer Krisenregion ausübt und eine Ersatzregierung etabliert hat.“²⁷⁶ Besonders der im Rahmen der vierten Generation praktizierte Stabilitätsexport folgt dem Bestreben, dem „Chaos in der Welt“, ausgelöst durch die negativen Folgeerscheinungen der neoliberalen Globalisierung, Herr zu werden: „Internationale Organisationen, besonders die Vereinten Nationen, betätigen sich aktiv um Reformen, die darauf abzielen, vormoderne Regierungsformen in geordnete, vorhersehbare, disziplinierende und disziplinierte Administrationen zu transformieren.“²⁷⁷

Als Begründung und Legitimation für ein derart weitgehendes Eingreifen in die staatliche Souveränität fungiert die so genannte „Responsibility to Protect“ (R2P). Sie fand sowohl Eingang in den Bericht der eingesetzten Expertengruppe zur Reform der UNO als auch in den Report des damaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan zum selben Thema.²⁷⁸ Schließlich wurde die Doktrin von der UN-Generalversammlung im September 2005 angenommen: „Jeder einzelne Staat hat die Verpflichtung, seine Bevölkerung vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen.“²⁷⁹ Sollte ein Staat dieser Verpflichtung nicht nachkommen, sei der Sicherheitsrat nun auch befugt, militärische Maßnahmen zu ergreifen, um in innerstaatliche Konflikte einzugreifen, auch wenn diese keine Bedrohung des Weltfriedens darstellen. Zwar stellt die Responsibility to Protect noch kein geltendes Recht dar (eine Pflicht wird daraus ohnehin nie werden), sollte sie aber in der Praxis Schule machen, könnte sie als Völkergewohnheitsrecht einen neuen Standard für den legal gedeckten Einsatz von Gewalt setzen. Seit dem Beschluss der Generalversammlung mehren sich die Bezüge auf die Responsibility to Protect. In UN-Sicherheitsratsresolution 1674 (28.4.2006) wurden die diesbezüglichen Passagen aus dem Abschlussdokument der Generalversammlung ausdrücklich bestärkt und am 31. August 2006 wurde die Entsendung von UN-Truppen nach Darfur explizit mit Verweis auf die Responsibility to Protect gefordert. So werden derzeit die Grundlagen geschaffen, um der Kolonisierung der Peripherie einen legalen Anstrich zu verpassen. Mittlerweile finden sich auch in zentralen Entwicklungshilfedokumenten Bekenntnisse zur Responsibility to Protect, die in ein aktives militärisches Interventionsgebot münden: „Die EU unterstützt auch nachdrücklich die Verantwortung für den Schutz der Bevölkerung. Wir können nicht tatenlos zusehen, wie Völkermord, Kriegsverbrechen,

ethnische Säuberungen oder sonstige schwerwiegende Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte begangen werden.“²⁸⁰

De facto zeigt sich, dass die im Rahmen der vierten Generation unter UN-Verwaltung gestellten bzw. von der UN der Kontrolle einzelner Westmächte übergebenen Gebiete vom Status klassischer Kolonien im Rahmen des Mandatssystems des Völkerbunds und anschließend des Treuhandsystems der Vereinten Nationen nicht zu unterscheiden sind, teils sogar noch weniger Rechte haben.²⁸¹ Gerade das UN-Treuhandsystem, das es den Kolonial- und Siegermächten des Zweiten Weltkriegs ermöglichen sollte, ihre Besitzungen weiter zu behalten (und darüber hinaus die der Achsenmächte zu übernehmen), erlebt derzeit eine bemerkenswerte Renaissance. Denn eigentlich wurde die Arbeit des Treuhand-Rates einen Monat nach der Unabhängigkeit Palaus (1.10.1994), der letzten verbliebenen offiziellen Kolonie, suspendiert.

Da aber im Zuge des „Stabilitätsexports“ häufig nichts anderes als eine Rekolonisierung stattfindet, häufen sich die Vorschläge, bspw. in der renommierten Zeitschrift Sicherheit und Frieden, „das mit dem Ende der Dekolonialisierung brachliegende Treuhandsystem der VN einer neuen Aufgabe zuzuführen, eben dem Peacebuilding.“²⁸² Ganz im Sinne der Responsibility to Protect argumentiert dort der Autor, zum Schutz der Menschenrechte sei buchstäblich jedes Mittel Recht: „Jede Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts, die diesem Zweck dient und sich auf das beschränkt, was völkerrechtlich notwendig ist, ist deshalb gerechtfertigt. Aus den genannten Gründen ist die Staatengemeinschaft bzw. die Besatzungsmacht auch berechtigt, sich in den Prozess der Verfassungsgebung einzumischen, was auch als Nation Building (oder State Building) bezeichnet wird.“²⁸³ Obwohl dies einen eindeutigen Verstoß gegen Artikel 78 der UN-Charta darstellt, der die unfreiwillige Anwendung des Treuhandsystems auf Staaten, die bereits UN-Mitglieder sind, untersagt²⁸⁴, hält es der Autor dennoch für „fraglich, ob man aus Artikel 78 generell schließen darf, dass das Volk eines VN-Mitgliedsstaates, das temporär nicht in der Lage ist, sich selbst zu regieren, nicht dem Treuhandsystem unterstellt werden darf.“²⁸⁵ Diese Vorschläge zielen auf die völkerrechtlich legitimierte Rekolonisierung der Peripherie, die offiziell im Namen der Menschenrechte vollzogen werden soll: „Diese Zielsetzungen lassen das VN-Treuhandsystem als geradezu ideal erscheinen zur Einschränkung des

²⁷⁶ Reinhardt, Dieter: Nation-Building oder Protektorate? Neue Kriege, Staatszerfall und Interventionen in Afghanistan, im Irak und in der Region der Großen Seen, Tagung „Flüchtlinge im 21. Jahrhundert“ vom 2.5.-3.5.2005 in der Ev. Akademie Bad Boll.

²⁷⁷ Laura Zanotti zit. nach Kartas 2006, S. 15.

²⁷⁸ Vgl. Bericht des Generalsekretärs: In größerer Freiheit: Auf dem Weg zu Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechten für alle“, Generalversammlung der Vereinten Nationen, 59. Tagung, Tagungsordnungspunkte 45 und 55, A/59/2005, 21. März 2005.

²⁷⁹ World Summit Outcome Document, G.A. Res. 60/1 139, U.N. Doc. A/60/L.1 (Sept. 20, 2005).

²⁸⁰ EU-Konsens über die Entwicklungspolitik 2006, S. 7.

²⁸¹ Vgl. Chandler 2006.

²⁸² Sutter, Patrick: Das Treuhandsystem der Vereinten Nationen als Mittel zum Peacebuilding?, in: Sicherheit und Frieden, 1/2006, S. 26-32, S. 27.

²⁸³ Sutter 2006, S. 28.

²⁸⁴ „Das Treuhandsystem findet keine Anwendung auf Hoheitsgebiete, die Mitglied der Vereinten Nationen geworden sind; die Beziehungen zwischen Mitgliedern beruhen auf der Achtung des Grundsatzes der souveränen Gleichheit.“ (UN-Charta Art. 78)

²⁸⁵ Sutter 2006, S. 30.

Selbstbestimmungsrechts.“²⁸⁶ Summa summarum: „Eine Idee, die früher einmal bestenfalls begrenzte akademische Wertschätzung genoss – internationale Treuhandschaft für gescheiterte Staaten und umstrittene Gebiete –, ist bis auf den Namen zu einer Realität geworden.“²⁸⁷ In diesem Zusammenhang hat das u. a. von der Bertelsmann-Stiftung finanzierte Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) den Vogel abgeschossen, indem es unter Bezugnahme auf Stephen Krasner, einem der führenden Propagandisten einer neokolonialistischen westlichen Besatzungspolitik in gescheiterten Staaten (siehe Exkurs), forderte, die Vergabe von Entwicklungshilfe künftig an die „freiwillige“ Abgabe der Souveränität und die Akzeptanz einer westlichen Treuhandschaft zu koppeln: „Wie realistisch ist es, von einem schwachen und oft korrupten Staat zu erwarten, Teile seiner Souveränität aufzugeben? Eine mögliche Lösung könnte es sein, internationale Hilfe für bestimmte Staaten von der Einsetzung einer Vereinbarung für geteilte Souveränität abhängig zu machen.“²⁸⁸

Zentral für die Administration solcher UN-Stabilisierungseinsätze ist das Department for Peace Keeping Operations (DPKO), das grundlegend umstrukturiert wurde und nun „explizit darauf ausgerichtet ist, Staatsversagen und das Abrutschen in den Krieg zu verhindern oder Ländern bei ihrem Übergang vom Krieg zum Frieden zu helfen.“²⁸⁹ Auch in diesem Bereich erodiert die Trennung zwischen militär- und entwicklungspolitischen Maßnahmen: „Im Dezember 2005 wurde mit der Annahme der Resolutionen 1645 und 60/180 durch den Sicherheitsrat und die Generalversammlung der VN die Einrichtung einer Peacebuilding Commission (PBC) beschlossen. Sie hat zum Ziel, eine im November 2004 (durch das High-Level Panel on Threats, Challenges and Change) identifizierte ‚Lücke‘ im institutionellen Gefüge der VN zu schließen und fortan instabile Länder bei ihrem Übergang von Krieg zu dauerhaftem Frieden zu unterstützen. Konkret soll die Peacebuilding Commission [...] umfassende, ‚integrierte‘ peacebuilding-Strategien als ‚Empfehlungen‘ ausarbeiten, die sich (vor allem) an den Sicherheitsrat und die Generalversammlung richten und so die institutionelle Trennung von ‚Sicherheit‘ und ‚Entwicklung‘ im VN-Hauptquartier überwinden helfen sollen.“²⁹⁰ Am 9. Februar 2006 erließ der UN-Generalsekretär neue

Leitlinien, in denen es dementsprechend heißt: „Integration ist das Leitprinzip für Design und Implementierung komplexer UN-Operationen in Post-Konflikt Situationen und um die verschiedenen Dimensionen des Peacebuilding (politische, entwicklungspolitische, humanitäre, menschenrechtliche, juristische, soziale und sicherheitspolitische Aspekte) in einer kohärenten Strategie miteinander zu verknüpfen.“²⁹¹ Konsequenterweise betont auch das UN-Entwicklungsprogramm immer stärker sicherheitsrelevante Maßnahmen: „Krisenprävention und Wiederaufbau ist einer der (insgesamt fünf) Schwerpunkte des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), das hierfür eine eigene Abteilung (Bureau for Crisis Prevention and Reconstruction) eingerichtet hat. Die Bundesregierung zahlt in UNDP-Fonds für Krisenprävention und Wiederaufbau ein (Thematic Trust Fund for Crisis Prevention and Recovery), mit besonderem Schwerpunkt auf Entwaffnung und Demobilisierung (einschließlich Kleinwaffen, Landminen) sowie Sicherheitssektorreform und Justizsysteme in Übergangszeiten.“²⁹²

Auch hier ist die Zivil-militärische Zusammenarbeit integraler Bestandteil des Gesamtkonzeptes, das maßgeblich von deutscher Seite vorangetrieben wird: „Deutschland wird als einer der größten VN-Beitragszahler in den weichenstellenden ersten beiden Wahlperioden, d. h. zunächst bis 2010, als Mitglied im Organisationskomitee [der Peace-Building-Kommission] vertreten sein. In diesem Rahmen wird die Bundesregierung ihre Expertise im Bereich der Friedenskonsolidierung aktiv einbringen. [...] Zur Sicherung einer effektiven Planung und Führung multidimensionaler Peacekeeping-Operationen, die zu einem möglichst frühen Zeitpunkt zivile und militärische Elemente der Friedensschaffung und Friedenssicherung miteinander verknüpfen, sowie zur Schaffung klarer Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten hat DPKO eine umfassende interne Reorganisation und Neuausrichtung seiner Strukturen entsprechend diesen politischen Vorgaben unternommen.“²⁹³ Ganz maßgeblich ist Deutschland dabei in die Ausbildung künftiger „Peacekeeper“ involviert: „In Ghana wurde der Aufbau des Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre (KAIPTC) mit einer bisherigen Gesamtsumme von 5,5 Millionen Euro maßgeblich durch Deutschland ermöglicht. Das KAIPTC ist ein Zentrum zur Ausbildung von militärischem und zivilem Personal

²⁸⁶ Sutter 2006, S. 30.

²⁸⁷ Caplan, Richard: A New Trusteeship? The International Administration of War-Torn Territories, Oxford: Adelphi Papers 341/2002, S. 7.

²⁸⁸ Klotzle, Kurt: International Strategies in Fragile States: Expanding the Toolbox?, CAP Policy-Analysis, No. 1 (March 2006), S. 14.

²⁸⁹ A more secure world: Our shared responsibility Report of the High-level Panel on Threats, Challenges and Change, 2004.

²⁹⁰ Burghardt, Diana/Pietz, Tobias: Themenbereiche und Konfliktfelder zivil-militärischer Beziehungen, BICC-Handreichung November 2006, S. 6. Vgl. auch Greminger, Thomas: Streitkräfte und zivile Akteure in komplexen multilateralen Friedensoperationen, in: Military Power Review, April 2007, S. 6-16, S. 10: „Die Schlüsselidee der Integrierten Missionen besteht darin, zivile und militärische Ressourcen und Aktivitäten zu bündeln und in kohärenter und wirksamer Weise in den relevanten politischen, militärischen, humanitären und entwicklungsrelevanten Bereichen einzusetzen. In der UNO ist die Integration bisher am weitesten fortgeschritten.“

²⁹¹ Note from the Secretary General, Guidance on Integrated Missions, 9 February 2006, URL: [http://www.reliefweb.int/rw/lib.nsf/db900SID/OCHA-6MHKSR/\\$FILE/Note%20of%20Guidance%20on%20Integrated%20Missions.pdf?OpenElement](http://www.reliefweb.int/rw/lib.nsf/db900SID/OCHA-6MHKSR/$FILE/Note%20of%20Guidance%20on%20Integrated%20Missions.pdf?OpenElement) (eingesehen 14.08.2007).

²⁹² „Sicherheit und Stabilität durch Krisenprävention gemeinsam stärken“. 1. Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans Zivile Krisenprävention, 2006, S. 79 (zit. als Überprüfung Aktionsplan 2006).

²⁹³ Überprüfung Aktionsplan 2006, S. 78.

für Friedenseinsätze der ECOWAS.²⁹⁴ Der deutsche Beitrag konzentriert sich dabei auf die Felder Wahlbeobachtung, Lessons learned aus Friedensmissionen, Demobilisierung und Reintegration sowie zivil-militärische Kooperation.²⁹⁵ Die Gelder hierfür stammen aus dem Etat des BMZ und sind ODA-anrechenbar.²⁹⁶

In Deutschland wird die Ausbildung von Fachkräften für UN-Missionen vom Zentrum internationale Friedenseinsätze (ZIF) zwar aus dem Etat des Auswärtigen Amtes bezahlt, allerdings stammen die Gelder für den Zivilen Friedensdienst (ZFD), etwa 30 Mio. Euro jährlich²⁹⁷, aus dem BMZ-Etat und sind ebenfalls ODA-anrechenbar.²⁹⁸ Auch in diesem mit Entwicklungshilfegeldern finanzierten Bereich der Zivilen Konfliktbearbeitung wächst die Gefahr der militärischen Vereinnahmung. Schon 1997 wandte sich das Komitee für Grundrechte und Demokratie gegen „eine mögliche Instrumentalisierung zugunsten herkömmlicher Macht- und Militärpolitik“ und forderte „eine eindeutig pazifistische Orientierung des Projekts Ziviler Friedensdienst.“ Seine Vertreter dürften sich „nicht auch nur in die irgend verwechselbare Nähe zu militärisch gerichteten Herrschaftswirklichkeiten begeben.“²⁹⁹ Anlass für diese Stellungnahmen waren Äußerungen des seinerzeitigen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau, er sah damals zivile Friedensdienste als eine „wichtige Ergänzung zum Einsatz der Bundeswehr im ehemaligen Jugoslawien.“³⁰⁰

Das Militär jedenfalls ist vom sicherheitspolitischen Mehrwert des ZFD überzeugt. So unterstreicht Oberstleutnant i.G. Peter Braunstein: „Beim Wiederaufbau nach Konflikten [spielen] beispielsweise auch entwicklungs- und wirtschaftspolitische Faktoren eine wichtige Rolle.“ Deshalb sei die Zivil-militärische Zusammenarbeit notwendig, dies mache wiederum die „enge Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt und einen ganzheitlichen Ansatz erforderlich: Neue Initiativen der Bundesregierung, z.B. das Konzept Ziviler Friedensdienst des BMZ, unterstreichen diese Notwendigkeit.“³⁰¹ So wird, insbesondere wegen der

sich hierdurch rapide verbessernden Berufschancen, auch im ZFD-Umfeld die zivile Flankierung militärischer Einsätze von vielen nicht mehr kategorisch abgelehnt: „Allerdings schlossen in unseren Diskussionen über mögliche kriegs begleitende Einsätze in Afghanistan oder Irak nicht alle Kursteilnehmer aus, dass sie kriegs flankierende Maßnahmen oder Aufräumarbeiten nach militärischen Einsätzen unterstützen würden. Mir wurde entgegen gehalten, dass ich mich bei meiner strikten Verweigerungshaltung gegenüber einer Zusammenarbeit mit dem Militär auf Dauer arbeitslosigkeits einstellen müsse. Tatsächlich sind die Wahlmöglichkeiten für Absolventen, die jegliche Kooperation mit dem Militär und die Teilnahme an Projekten, die militärische Maßnahmen begleiten, strikt ablehnen, nicht gerade groß.“³⁰²

5.2 CIMIC II: Europäische Union

Der prominenteste Vorschlag für eine Institutionalisierung der Zivil-militärischen Zusammenarbeit in der Europäischen Union ist die „Human Security Doctrine for Europe“, eine u.a. von Mary Kaldor im Auftrag von Javier Solana verfasste Studie, die genau wie die Responsibility to Protect den Schutz menschlicher Sicherheit zur wichtigsten Aufgabe erklärt. Um dies zu gewährleisten, plädiert die Studie für den Aufbau einer stehenden zivil-militärischen Besatzungstruppe aus 10.000 Soldaten und 5.000 Zivilisten (Human Security Response Force).³⁰³ Kritische Beiträge haben bereits darauf hingewiesen, wie stark dieser Vorschlag von der Theorie der Neuen Kriege inspiriert ist. Geradezu typisch dafür ist vor allem, dass zwar der Herstellung physischer Sicherheit, notfalls mit militärischen Mitteln, absolute Priorität eingeräumt wird, gleichzeitig aber ökonomische Sicherheit als nachrangig eingestuft wird.³⁰⁴

Während sich die Aufstellung dieser Truppe gegenwärtig noch im Diskussionsstadium befindet, wurde an anderer Stelle bereits ein fundamentaler Durchbruch erreicht: „Die zivil-militärische Zelle zur vorbereitenden, kohärenten Planung zivil-militärischer Krisenmanagementmissionen ist seit 2005 [eingeschränkt] operativ; sie steht unter Leitung eines deutschen Generals. Die Zelle hat auch die Verantwortung für einen ständigen Nukleus eines Operationszentrums.“³⁰⁵ Seit Anfang 2007 ist sie nun in der Lage, zivil-militärische Einsätze bis zu einem Umfang von 2000 Soldaten zu leiten. Perspektivisch könnte sie die Führung der 15.000 Besatzungstruppen übernehmen, die von der Human Security Response Force vorgeschlagen wurden. Erste Teile dieser Human Security Response Force werden derzeit als „integrierte Krisenreaktionsteams“ aufgebaut: „Im Rahmen der Implementie-

²⁹⁴ ECOWAS ist die Abkürzung für die Economic Community of West African States. Vgl. Die Umsetzung des G8-Afrika-Aktionsplans. Bericht zum G8-Gipfel in Gleneagles vom 6.-8. Juli 2005, S. 18. „Zudem wird in Bamako (Mali) mit einer Million Euro seit 2007 der Aufbau der ‚École du Maintien de la Paix‘, einer Schule zur Friedenssicherung, unterstützt. Hinzu kommt die Unterstützung beim Aufbau der ‚Standby Force‘ der westafrikanischen Staaten und für das ECOWAS Sekretariat, die in den kommenden Jahren nicht nur über die Ausstattungshilfe für ausländische Streitkräfte weiter konkretisiert werden soll.“ Vgl. ebd.

²⁹⁵ BMZ-Medienbuch 2006/2007, S. 422.

²⁹⁶ Kocks, Alexander: The Financing of UN Peace Operations - An Analysis from a Global Public Good Perspective, INEF-Report 77/2005, S. 75.

²⁹⁷ Im Haushaltsentwurf 2009 für den Einzelplan 23 (BMZ).

²⁹⁸ Vgl. Croll, Peter J., Vortrag 29./30. Januar 2007, Evangelische Akademie Bad Boll: Entwicklungspolitik und Sicherheitspolitik. Zwischen notwendiger Kooperation und unerwünschter Vereinnahmung, S. 6.

²⁹⁹ Bricke, Monika: Zivil dem Frieden dienen. Alternative zu militärischem Eingreifen oder zivil-militärische Kooperation?, in: Blätter des iz3w, Juni 2005.

³⁰⁰ Bricke 2005.

³⁰¹ Bricke 2005.

³⁰² Bricke 2005.

³⁰³ A Human Security Doctrine for Europe - The Barcelona Report of the Study Group on Europe's Security Capabilities, 2004. Für eine ausführliche Analyse siehe Marischka, Christoph: Intelligenter Kolonialismus, in: Wissenschaft und Frieden 4/2005.

³⁰⁴ Vgl. bspws. Vankovska, Biljana: The Human Security Doctrine for Europe: A View from Below, in: International Peacekeeping, Vol. 14, No. 2 (April 2007), S. 264-281.

³⁰⁵ Überprüfung Aktionsplan 2006, S. 71.

zung des Konsolidierten Zivilen Planziels 2008 strebt die EU auch die Entsendung integrierter Krisenreaktionsteams (sog. Civilian Response Teams, CRTs) für die zivile Krisenbewältigung an.³⁰⁶ Während ursprüngliche Planungen vorsahen, die CRTs erst nach dem Ende von Kampfhandlungen zu entsenden, geht die Tendenz nun in die Richtung, sie künftig Hand in Hand mit dem Militär arbeiten zu lassen: „Zu überlegen wäre angesichts des integrierten zivil-militärischen Ansatzes der ESVP, ob die beiden Stränge nicht noch enger zusammengeführt und zivile Komponenten bereits in der Planungsphase in die Kampfeinheiten inkorporiert werden könnten. [...] Der im Jahr 2005 gegründeten zivil-militärischen Zelle innerhalb des EU-Militärstabes könnte hier eine Schlüsselrolle zuwachsen.“³⁰⁷ Die CRTs können innerhalb von 5 Tagen zur Krisenbewältigung zum Einsatz gebracht werden und sollen mit ihrer zivilen Komponente das Militär substanziell entlasten: Sie werden „besonders für Substitutionsaufgaben in instabilen Situationen vorgehalten und können vorübergehend unter militärischem Kommando stehen, obgleich es sich um zivile Kräfte handelt.“³⁰⁸

Ein weiterer Bereich, in dem beabsichtigt wird die Zivil-militärische Zusammenarbeit zu intensivieren, ist der Katastrophenschutz bzw. die humanitäre Nothilfe. So schlug ein von Ex-EU-Kommissar Michel Barnier im Auftrag der österreichischen EU-Präsidentschaft erstellter Bericht die Gründung einer um militärische Komponenten ergänzten europaweiten Katastrophenschutztruppe (europe aid) vor, die aber u.a. auch in Bürgerkriegsszenarien zum Einsatz kommen soll.³⁰⁹ Zwar suggeriert der Barnier-Report, es gehe lediglich um Pooling für eine Verbesserung der Nothilfe, wogegen schwerlich etwas einzuwenden wäre. Aber bereits in der Einleitung heißt es, die Vorschläge bezögen sich auf die „Krisen und Katastrophen, die wir sehr wahrscheinlich werden bewältigen müssen.“³¹⁰ Wobei, versteckt in einer Fußnote, Krisen derart definiert werden, „dass von mindestens einer Konfliktpartei sporadisch Gewalt eingesetzt wird.“³¹¹ Im Klartext bedeutet diese Definition, dass humanitäre Nothilfe in Bürgerkriegsszenarien künftig integral mit dem Militär zusammenarbeiten soll, was im Report auch deutlich angesprochen wird: „In den Krisenszenarien und Protokollen ist auch die Ergänzung durch militärische Hilfsmittel systematisch zu prüfen, um ein Höchstmaß an Integration zu gewährleisten und die Kosten

für ihre Mobilisierung in Notfällen zu begrenzen.“³¹² Mittlerweile griff die Europäische Kommission Barniers Vorschläge in einer Mitteilung vom März 2008 auf. Spätestens bis Mitte 2009 soll ein „integriertes europäisches Konzept zur Verhütung von Naturkatastrophen“ erstellt werden, bei dem u.a. das Militär helfen soll, „größere konfliktbedingte Notsituationen in- und außerhalb der EU“ zu bewältigen. Als Orientierung werden dabei explizit die Vorschläge des Barnier-Berichts benannt.³¹³

Einen ersten Vorgeschmack, worauf diese Militarisierung der Katastrophenhilfe, die eigentlich auf strikte Neutralität verpflichtet ist, hinauslaufen könnte, zeigten die jüngsten Forderungen, ihr gegebenenfalls tatsächlich den Weg buchstäblich freizuschließen. Nachdem das Militärregime in Myanmar (Birma) sich weigerte, humanitäre Helfer zur Versorgung der zahlreichen Opfer des Zyklons „Nargis“, der Anfang Mai 2008 weit über 100.000 Todesopfer gefordert hatte, ins Land zu lassen, wurde argumentiert, „man“ – also der Westen – sei nun befugt, mit Gewalt Gutes zu tun. Schon lange ist man aus geostrategischen Gründen an einem Regime Change interessiert, nun wollte man die Gelegenheit beim Schopfe packen. Dabei taten sich vor allem deutsche Politiker besonders hervor. So äußerte der CDU-Bundestagsabgeordnete Ruprecht Polenz: „Ich glaube, wenn sich jetzt nicht schnell konkret etwas ändert in Birma selbst, dass die Helfer ins Land dürfen, dass man die Katastrophenhilfe annimmt, die praktisch an den Grenzen Birmas wartet, dann kommen wir in eine Situation, wo die Verantwortung zum Schutz der Bevölkerung, also diese sogenannte Rechtsfigur ‚Responsibility to Protect‘ wirken würde – und sie ist zwar zunächst abhängig von einem Handeln des Sicherheitsrates, aber ich darf daran erinnern: sie ist entwickelt worden nach der Intervention im Kosovo, und damals hat bekanntlich der Sicherheitsrat auch versagt. [...] Wenn der Sicherheitsrat in einer solchen schwerwiegenden Situation sich nicht in der Lage sieht zu handeln, weil Länder ihn blockieren, die ein Vetorecht haben, dann ist die internationale Staatengemeinschaft aufgefordert, nicht einfach tatenlos zuzusehen.“³¹⁴

Ebenfalls sehr konkret ist die Paramilitarisierung der EU-Außenpolitik bereits im Bereich der Polizeikräfte fortgeschritten: Anfang 2006 wurde die European Gendamerie Force (EGF) in Dienst gestellt, eine quasi-militärische Truppe, die primär zur Aufstandsbekämpfung (riot control) dienen soll. „Mit der EGF hat die Europäische Union eine stehende Polizeitruppe, die sie in beliebigen Krisengebieten schnell einsetzen kann. Die EGF soll Polizeiemissionen und Krisenmanagement im Rahmen der EU durchführen. Darüber hinaus kann sie auch im Rahmen der UN, der OSZE, der NATO und

³⁰⁶ Überprüfung Aktionsplan 2006, S. 72.

³⁰⁷ Kaim, Markus: EU battle groups und civilian headline goal – Zielmarken der ESVP, in: Perthes, Volker (Hg.): Europäische Außen- und Sicherheitspolitik: Aufgaben und Chancen der deutschen Ratspräsidentschaft, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, 2006, S. 19-22, S. 22. Vgl. zum deutschen Beitrag Überprüfung Aktionsplan 2006, S. 72.

³⁰⁸ Rummel, Reinhardt: Die zivile Komponente der ESVP: reichhaltiges Gestaltungspotential für europäische Krisenintervention, SWP-Studie Juli 2006, S. 9.

³⁰⁹ Barnier, Michel: Für eine europäische Katastrophenschutztruppe: europe aid, Mai 2006.

³¹⁰ Barnier 2006, S. 3.

³¹¹ Barnier 2006, S. 33, FN 25.

³¹² Barnier 2006, S. S. 13.

³¹³ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Stärkung der Katastrophenabwehrkapazitäten der Europäischen Union, Brüssel, 05.03.2008 KOM(2008) 130 endgültig.

³¹⁴ Polenz, Ruprecht: UN müssen gegenüber Birma Stellung beziehen, Deutschlandfunk, 13.05.2008.

in ad hoc Koalitionen eingesetzt werden. Die Einheiten können sowohl unter ein militärisches wie auch unter ein ziviles Kommando gestellt werden – die EGF ist also eine ‚Dual-Use-Einheit‘, ihr Aufgabenspektrum macht diese Truppe zudem sowohl für Auslandseinsätze als auch für Einsätze im Inneren verwendbar.“ Zu den Aufgaben der Truppe zählt laut offizieller Internetseite auch die Aufstandsbekämpfung „im Falle von Unruhen.“³¹⁵

In Deutschland setzt sich vor allem die der Bundesregierung zuarbeitende Stiftung Wissenschaft und Politik dafür ein, die zivil-militärische Aufstandsbekämpfung künftig zum Schwerpunkt der Operationsplanung zu machen und diese auch dauerhaft institutionell zu verankern.³¹⁶ Geht es nach dem Willen des Think Tanks, so soll eine neue strategische Planungseinheit im Auswärtigen Amt geschaffen werden: „Ihre Aufgabe wäre es, die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Aspekte der Aufstandsbekämpfung zusammenzuführen. [...] Mit Hilfe dieser Planungseinheit ließe sich kontinuierlich eine gemeinsame zivil-militärische Strategie für alle laufenden Auslandseinsätze erarbeiten und realisieren.“³¹⁷ Darüber hinaus soll das Militär vor Ort künftig grundsätzlich den Hut aufhaben: „Auf operativer Ebene sollte die Integration ziviler und militärischer Mittel innerhalb der Einsatzführungsstrukturen des Verteidigungsministeriums erfolgen. [...] Es sollte generell erwogen werden, das Personal der mit Auslandseinsätzen befassten zivilen Ministerien für die Dauer der Einsätze in die Strukturen des Verteidigungsministeriums einzugliedern. [...] Ein wesentlicher Vorteil einer speziell für Auslandseinsätze zuständigen zivil-militärischen Organisation läge in der Gewährleistung personeller und inhaltlicher Kontinuität. Diese Stelle könnte etwa eine gemeinsame Einsatzvorbereitung für das zivile und militärische Personal koordinieren.“³¹⁸ Ähnliche Überlegungen werden auch im Rahmen der NATO angestellt.

5.3 CIMIC III: NATO

NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer gab in einer Rede Ende 2006 an, „dass Einsätze wie der in Afghanistan künftig nicht die Ausnahme sein könnten, sondern vielleicht die Regel.“³¹⁹ Stabilitätsexport entwickelt sich derzeit zur Kernaufgabe der Allianz, wie die auf dem NATO-Gipfel in Riga im November 2006 ver-

abschiedete „Comprehensive Political Guidance“ (CPG) unterstreicht, ein Planungsdokument, das die Richtlinien für die auf 2009 terminierte Neufassung des Strategischen Konzeptes der NATO vorgibt. Die CPG betont die „wachsende Bedeutung von Stabilisierungsoperationen und die militärische Unterstützung von Wiederaufbaumühungen im Anschluss an einen Konflikt.“³²⁰

Um hierzu künftig effektiver in der Lage zu sein, werden die Forderungen nach einer stehenden zivil-militärischen NATO-Truppe immer lauter. Beispielsweise machte sich James Dobbins, der von Bush kurzzeitig mit dem „Wiederaufbau“ Afghanistans betraut wurde, im Hausblatt der Allianz, dem NATO-Review, für den Aufbau bündniseigener „Stabilisierungs- und Wiederaufbau-truppen“ stark. Der viel sagende Titel lautet: „Die Rolle der NATO beim Aufbau von Staatswesen“. Konsequenterweise verlangte auch der im Februar 2006 erschienene Quadrennial Defense Review Report (QDR) des Pentagon den „Aufbau von NATO-Stabilisierungs- und Wiederaufbaukapazitäten.“³²¹ Auch das Weißbuch der Bundeswehr prognostiziert: „Die Anstrengungen der NATO werden sich künftig stärker auf Stabilisierungseinsätze und militärische Unterstützung für die Wiederherstellung staatlicher Strukturen richten. Dabei kommt es zunehmend darauf an, alle der NATO zur Verfügung stehenden politischen und militärischen Instrumente und Kapazitäten koordiniert zu nutzen.“³²²

Die „Logik“ der Zivil-militärischen Zusammenarbeit, ihre Funktion im Rahmen des NATO-Kriegskonzeptes, ist dieselbe wie die der vernetzten Sicherheit (siehe Kapitel 3.2). Sie wird in einem Grundsatzpapier fünf hochkarätiger NATO-Strategen vom Januar 2008, das explizit als Vorschlagskatalog für die Erneuerung des Strategischen Konzeptes in die Debatte eingespeist wurde, unter dem Begriff des „integrierten Ansatzes“ folgendermaßen beschrieben: „Wir glauben fest daran, dass man einen bewaffneten Konflikt nicht mehr länger ausschließlich dadurch gewinnen

³¹⁵ Vgl. Haydt, Claudia: Out of area – and back again, in: ASDRUCK – Das IMI-Magazin (Februar 2007).

³¹⁶ Die SWP plädierte bereits im Januar 2008 dafür, die Bundeswehr solle in Afghanistan das von den USA im Irak angewandte Aufstandsbekämpfungskonzept übernehmen. „Wie im Irak bestehen auch dort klassische Herausforderungen durch Aufständische, die möglichst wirksam bekämpft werden müssen. [Deshalb ist] die militärische Präsenz der Koalitionstruppen in der Fläche und die Durchführung gezielter offensiver Operationen gegen radikale Aufständische notwendig.“ Vgl. Noetzel, Timo/Schreier, Benjamin: Strategien zur Aufstandsbekämpfung, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell, Januar 2008.

³¹⁷ Noetzel, Timo/Zapfe, Martin: Aufstandsbekämpfung als Auftrag: Instrumente und Planungsstrukturen für den ISAF-Einsatz, SWP-Studie 2008/S 13, Mai 2008, S. 24.

³¹⁸ Noetzel/Zapfe 2008, S. 24.

³¹⁹ Scheffer, Jaap de Hoop: Die Zukunft der Atlantischen Allianz, Rede am 07.10.2004.

³²⁰ Comprehensive Political Guidance. Endorsed by NATO Heads of State and Government on 29 November 2006, Absatz 2.6. Schon lange wird in NATO-Kreisen für eine Fpkussierung auf dieses Ziel geworben. Vgl. etwa Bertram, Christoph: Abschied vom Krieg, in: NATO Review (Frühjahr 2006). Vgl. auch Milkoreit, Manjana: Die zivile Dimension der Sicherheit ernst nehmen: die NATO als die Organisation für den Wiederaufbau nach einem Konflikt, in: NATO Review (Herbst 2007) und Dobbins, James: Die Rolle der NATO beim Aufbau von Staatswesen, in: NATO Review (Sommer 2005).

³²¹ QDR 2006, February 6, 2006, S. 83.

³²² Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands 2006, S. 28. In Deutschland macht das Bundesverfassungsgericht in seinem schockierenden Urteil vom Juli 2007 endgültig den Weg für eine deutsche Beteiligung an der Umstrukturierung der NATO zu einer globalen Besatzungstruppe frei. „Bei einem Angriff muss die Verteidigung nicht an der Bündnsgrenze enden, sondern kann auf dem Territorium des Angreifers stattfinden, wobei auch dessen langfristige und stabile Pazifizierung der Sicherung eines dauerhaften Friedens des Bündnisses dient. [...] Krisenreaktionseinsätze können auch unabhängig von einem äußeren Angriff oder ergänzend zur dauerhaften Befriedung eines Angreifers dem Zweck des NATO-Vertrags entsprechen.“ Im Klartext sieht das BVerfG damit die langfristige Besatzung zur Stabilisierung gescheiterter Staaten im Einklang mit dem Grundgesetz, das – eigentlich – unmissverständlich einen reinen Verteidigungsauftrag der deutschen Streitkräfte vorschreibt. Vgl. Urteil des BVerfG (2 BvE 2/07) (Tornado-Urteil).

kann, dass man soviel wie möglich Feinde tötet oder gefangen nimmt oder indem man seine Machtbasis zerstört. Die NATO benötigt mehr nicht-militärische Fähigkeiten, [...] die Teil einer integrierten Strategie sein müssen: eine in der nicht-militärische Mittel mit maximaler Präzision, Exaktheit und Integration koordiniert und disloziert werden.“³²³ Hans Binnendijk fasste die diesbezüglichen Diskussionen innerhalb der NATO folgendermaßen zusammen: „Die Erfahrung zeigt, dass Konfliktbeilegung die Anwendung aller Elemente nationaler und internationaler Macht erfordert – politischer, diplomatischer, ökonomischer, finanzieller, informeller, sozialer, kommerzieller wie auch militärischer. Um Krisen zu bewältigen, sollte die NATO einen Umfassenden Ansatz (Comprehensive Approach) übernehmen, der den gleichzeitigen Einsatz aller zur Verfügung stehenden zivilen und militärischen Elemente vorsieht, um Feindseligkeiten zu beenden [und] die Ordnung wiederherzustellen.“³²⁴

Bereits im Jahr 2000 hatte der NATO-Militärausschuss hierfür gefordert, internationale Verbände für eine Zivil-Militärische Zusammenarbeit im Ausland aufzustellen. Darauf hin schlossen sich Deutschland, die Niederlande, Dänemark, Polen, Tschechien und Norwegen zur CIMIC Group North (CGN) zusammen und bildeten ein multinationales operatives Hauptquartier. Im September 2001 wurde mit der Aufstellung der CIMIC Group North im niederländischen Budel begonnen (Ende 2008 soll sie nach Twente verlegt werden). Sie erhielt Anfang 2003 vom Nordatlantiktat den Status eines Internationalen Militärischen Hauptquartiers. Die formelle Indienststellung erfolgte im April 2003³²⁵. „CIMIC Group North liefert den NATO-Kommandeuren einen koordinierten Zugriff auf zivil-militärische Expertise, die von wachsender Bedeutung bei NATO-Operationen ist.“³²⁶ Im Jahr 2006 wurde die CIMIC Group North umstrukturiert: „Mit der Umgliederung des Hauptquartiers der CIMIC Group North in ein NATO Centre of Excellence hat sich nicht nur der Name des Standortes Budel geändert. Vielmehr ist hier die Denkfabrik und ‚knowledge-base‘ internationaler CIMIC-Arbeit entstanden. Hauptauftrag des Centre ist die konzeptionelle Weiterentwicklung der NATO-CIMIC und die damit verbundenen Ausbildung. Dazu hält Budel Verbindung zu den NATO- und Partnership for Peace (PfP)-Nationen und arbeitet eng mit internationalen Organisationen, vor allem aus den Bereichen Entwicklungshilfe und Forschung zusammen.“³²⁷ Die CIMIC Group North arbeitet direkt dem Allied Command Transformation (ACT) zu,

einem der beiden NATO-Oberkommandos. ACT ist ausschließlich mit der Umstrukturierung der Streitkräfte für künftige Kriegeinsätze beschäftigt und berücksichtigt Berichten zufolge zunehmend die Vorschläge zur Intensivierung der Zivil-militärischen Zusammenarbeit.³²⁸

Schon auf dem NATO-Gipfel in Istanbul im Jahr 2004 hatte man sich darüber hinaus darauf verständigt, die Ausarbeitung eines detaillierten zivil-militärischen Besatzungskonzeptes ganz oben auf die Prioritätenliste zu setzen (seinerzeit noch unter dem Namen „Concerted Planning and Action“). Zwei Jahre später auf dem Treffen in Riga wurde schließlich die Ausarbeitung eines „Aktionsplans“ beschlossen, mit dem das Zivil-militärische Besatzungskonzept – nun „Comprehensive Approach“ genannt – konkretisiert werden sollte. Der in Riga in Auftrag gegebene Aktionsplan („Comprehensive Strategic Political-Military Plan to Guide Nato’s Engagement in Afghanistan – Internal Planning Document PO (2008) 0059“) wurde auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008 vorgelegt und dessen Umsetzung von den Staats- und Regierungschefs beschlossen. In der Abschlusserklärung des Gipfels heißt es dazu: „Wir haben einen Aktionsplan verabschiedet, der eine Reihe pragmatischer Vorschläge beinhaltet, den Beitrag der NATO zu einem Umfassenden Ansatz auszuarbeiten und zu implementieren. Diese Vorschläge beinhalten das Ziel, die kohärente Anwendung der NATO-eigenen Instrumente zum Krisenmanagement zu verbessern und die praktische Zusammenarbeit mit allen Akteuren auf allen Ebenen auszubauen, wo immer dies nötig ist, einschließlich Maßnahmen zur Unterstützung von Stabilisierungs- und Wiederaufbauoperationen. Die Vorschläge beinhalten Bereiche wie die Planung und Durchführung von Operationen; Training und Ausbildung; und die verbesserte Kooperation mit externen Akteuren. Wir beauftragen den Ständigen NATO-Rat damit, diesen Aktionsplan als eine Angelegenheit höchster Priorität zu implementieren.“³²⁹

Allerdings sind die konkreten Inhalte des Aktionsplans geheim, nicht einmal Bundestagsparlamentarier bekommen ihn zu Gesicht.³³⁰ Laut Bundesregierung will der Aktionsplan „das Vorgehen der NATO in Afghanistan in einen umfassenderen Gesamtzusammenhang setzen und den Abstimmungsbedarf mit den anderen Akteuren in Afghanistan sowie notwendige Maßnahmen der Internationalen Gemeinschaft aufzeigen.“³³¹ Außer Allgemeinplätzen ist darüber hinaus kaum mehr über den Aktionsplan und vor allem dessen konkre-

³²³ Naumann, Klaus/Shalikhshvili, John/Lord Inge/Lanxade, Jacques/Breemen, Henk van den: Towards a Grand Strategy for an Uncertain World: Renewing Transatlantic Partnership, URL: [http://www.worldsecuritynetwork.com/documents/3eproefGrandStrat\(b\).pdf](http://www.worldsecuritynetwork.com/documents/3eproefGrandStrat(b).pdf) (eingesehen 21.01.2008), S. 131. Hervorhebung JW.

³²⁴ Binnendijk, Hans/Petersen, Friis: The Comprehensive Approach Initiative, Defense Horizons (September 2007), S. 1.

³²⁵ Deutscher Anteil CIMIC Group North, Streitkräfteführungskommando, 03.04.2006, URL: <http://tinyurl.com/46m9j5> (eingesehen 08.09.2008).

³²⁶ Civil-military cooperation (CIMIC), NATO, URL: <http://www.nato.int/ims/docu/cimic.htm> (eingesehen 09.09.2008).

³²⁷ Zivil-Militärische Zusammenarbeit international, Streitkräftebasis, 26.09.2006, URL: <http://tinyurl.com/4cotcg> (eingesehen 09.09.2008).

³²⁸ Towards a new concept for civil-military cooperation during stabilization operations 2007.

³²⁹ Bucharest Summit Declaration. Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Bucharest on 3 April 2008, Ziffer 11.

³³⁰ Gebauer, Matthias: Parlamentarier fordern Offenlegung des Nato-Geheimplans, Spiegel Online, 11.04.2008.

³³¹ Antwort der Bundesregierung zur Anfrage „Militärischer Kurswechsel in Afghanistan – Fragen zu den geplanten Änderungen des Beitrags der Bundeswehr“, 04.03.2008, URL: <http://www.nachtwei.de/index.php/articles/664> (09.09.2008).

te Maßnahmen in Erfahrung zu bringen.³³² Aufgrund dieser dürrftigen Informationslage kann man nur spekulieren, welche Maßnahmen bereits umgesetzt oder derzeit anvisiert werden, indem man sich die diesbezüglich gegenwärtig kursierenden Vorschläge näher betrachtet: So schlägt das bereits erwähnte Grundlagendokument verschiedener NATO-Strategen vor, dass die Europäische Union der NATO ihre „zivilen“, sprich paramilitärischen Polizeieinheiten (European Gendarmerie Force) für „Stabilisierungsoperationen“ zur Verfügung stellt.³³³ Noch weiter geht der Vorschlag von Peter van Hamm im NATO-Review. Er plädiert für ein neues Grundsatzarrangement zwischen der NATO und der EU, mit dem zivile EU-Kapazitäten grundsätzlich für NATO-Besatzungs- und Kriegseinsätze nutzbar gemacht werden können: „Das Berlin-Plus-Abkommen beinhaltete, dass die EU auf NATO-Ressourcen zurückgreifen kann. Jetzt ist es Zeit für ein so genanntes umgekehrtes Berlin-Plus-Abkommen, da die NATO möglicherweise auf Instrumente der Europäischen Union wie die European Gendarmerie Force (EGF) ebenso wie auf zivile Krisenmanagementkapazitäten der EU zurückgreifen möchte.“³³⁴ Darüber hinaus schlug ein anderes NATO-Schwergewicht, Ronald Asmus, unlängst die Bildung eines stehenden Zivilkorps für Krisenreaktionseinsätze vor, das sowohl von der NATO als auch der Europäischen Union genutzt werden können soll.³³⁵

Ein weiterer weit reichender Vorschlag stammt von der Stiftung Wissenschaft und Politik. Vor dem Hintergrund, dass Frankreich für seine angekündigte Rückkehr in die Militärstrukturen der NATO auch mit wichtigen Kommandoposten belohnt werden will, schlug der Think Tank der französischen Ratspräsidentschaft vor, die beste Option sei es, „wenn Frankreich die Übernahme des EU-Vorsitzes für einen genialen Coup nutzen würde: die Verzahnung von NATO und EU durch Schaffung einer zivil-militärischen Planungs- und Führungsfähigkeit in der NATO.“ Der Vorteil dabei sei, so die SWP-Autorin Ronja Kempin, dass dadurch „die zivilen und die militärischen Fähigkeiten der EU sowie die militärischen Fähigkeiten der NATO an einem Ort koordiniert würden. [...] Unter dem Stichwort ‚Berlin Plus Reversed‘ könnte der NATO die Möglichkeit eingeräumt werden, auf zivile Fähigkeiten der EU zurückzugreifen.“³³⁶

³³² Die Beschreibung lautet meist in etwa so: „Dieser Plan zielt darauf ab, eine kohärente Anwendung der NATO-eigenen Krisenmanagementinstrumente zu verbessern und die praktische Kooperation mit anderen Akteuren auf allen Level zu verbessern, wo immer dies angemessen erscheint, einschließlich Stabilisierungs- und Wiederaufbaumaßnahmen. Der Aktionsplan deckt Bereiche ab wie die Planung und Durchführung von Operationen, Training und Ausbildung und die Verbesserung der praktischen Kooperation mit externen Akteuren. Er wird kontinuierlich überprüft, wofür alle relevanten neuen Entwicklungen und Erfahrungen (lessons learned) berücksichtigt werden.“ Vgl. NATO-Parlamentarierversammlung: NATO's Future Political Agenda, 063 PC 08 E, URL: <http://www.nato-pa.int/Default.asp?SHORTCUT=1470> (eingesehen 09.09.2008).

³³³ Naumann u.a. 2008, S. 132.

³³⁴ Hamm, Peter van: NATO and the Madonna Curve: why a new Strategic Concept is vital, in: NATO Review (März 2008).

³³⁵ Asmus, Ronald: Rethinking NATO Partnerships for the 21st Century, in: NATO Review (März 2008).

³³⁶ Kempin, Ronja: Frankreich und die Annäherung von NATO und EU, SWP-Aktuell 34, April 2008.

Setzt sich diese Entwicklung ungebrems fort, droht eine völlige Vermischung, wie Aussagen von Ortwin Hennig, Beauftragter für zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung im Auswärtigen Amt, belegen: „Auch die NATO hat das Thema einer verbesserten Abstimmung zwischen zivilen und militärischen Akteuren für sich entdeckt. Am Ende eines solchen Prozesses könnte ein Beziehungsgeflecht stehen, das nicht nur zivilen Organisationen den Zugriff auf die militärischen Fähigkeiten der NATO gestattet, sondern es auch der NATO ermöglichen würde, auf bestimmte Fähigkeiten ziviler Organisationen zurückzugreifen.“³³⁷ Aufgrund der grundsätzlich asymmetrischen Kräfteverhältnisse, die sich allein schon aus den unterschiedlich großen Etats militärischer und ziviler Organisationen ergeben, dürfte sicher sein, dass diese gegenseitige Instrumentalisierung sehr einseitig verlaufen wird, wie auch das Beispiel Afghanistan zeigt.

5.4 Afghanistan: Prototyp Zivil-militärischer Aufstandsbekämpfung

Während man also dabei ist, die Zivil-militärische Zusammenarbeit als neue Leitidee zu etablieren, wird sie in Afghanistan bereits im großen Stil erprobt. Dass hiermit ausschließlich eine Effektivierung der Besatzung und der Aufstandsbekämpfung erreicht werden soll, erläutert Daniel Fried, Staatssekretär für Europäische und Eurasische Angelegenheiten im amerikanischen Außenministerium: „Viele der neuen Kapazitäten werden gegenwärtig in Afghanistan getestet – dort lernen wir auch, wie zivile und militärische Anstrengungen besser integriert werden können. Mit jedem Monat lernen wir mehr darüber, was im 21. Jahrhundert für eine Aufstandsbekämpfung erforderlich ist – ein kombinierter zivil-militärischer Ansatz, bei dem Soldaten Seite an Seite mit Entwicklungshelfern, Diplomaten und Polizeitrainern agieren.“³³⁸

Ganz konkret funktioniert die Zivil-militärische Zusammenarbeit in Afghanistan über so genannte Regionale Wiederaufbauteams (Provincial Reconstruction Teams, PRTs), die als Vorbild für künftige Einsätze dienen.³³⁹ Obwohl das Beispiel eindrucksvoll die katastrophalen Folgen einer derartigen Vermischung demonstriert, gelten sie als Vorzeigeprojekt für künftige Einsätze. Denn, wie eine NATO-Vertreterin betont, die Regionalen Wiederaufbauteams haben „CIMIC in eine neue Dimension geführt.“³⁴⁰ Afghanistan ist derzeit das „Labor für Nation-Building“³⁴¹, das Land, in dem prototypisch das neue außenpolitische Leitbild erprobt wird: „Deutschland bemüht sich mit großem Nachdruck, dieses Prinzip der ‚vernetzten Sicherheit‘

³³⁷ Roehder 2005, S. 9.

³³⁸ Fried, Daniel: NATO: Enlargement and Effectiveness, Testimony Before the Senate Committee on Foreign Relations, Washington, DC, March 11, 2008.

³³⁹ Dieser Vorbildcharakter wird anhand der Tatsache deutlich, dass PRTs mittlerweile auch im Irak operieren.

³⁴⁰ Stefanie Babst zit. bei Roehder 2005, S. 4.

³⁴¹ Schmunk, Michael: Die deutschen Provincial Reconstruction Teams. Ein neues Instrument zum Nation-Building. SWP-Studie, November 2005, S. 8.

praktisch umzusetzen. In Afghanistan übernimmt es eine Führungsrolle bei der Polizeiausbildung und verfolgt mit den Wiederaufbauteams in den Provinzen (Provincial Reconstruction Teams) einen lokalen Ansatz der vernetzten Sicherheit.³⁴²

Es war das US-Verteidigungsministerium, unter dessen Federführung das Konzept der zivil-militärischen Regionalen Wiederaufbauteams, damals noch unter dem Begriff „Joint Regional Teams“, entwickelt wurde.³⁴³ Mittlerweile sind 26 PRTs unter NATO/ISAF-Führung in Afghanistan tätig, „die sich aus Diplomaten, Polizeiausbildern, Aufbauhelfern und Soldaten zusammensetzen.“³⁴⁴ Während die USA davon den Großteil befehligen, ist auch Deutschland mit zwei PRTs in Kundus und Faisabad beteiligt. Die Aufgabenbeschreibung dieser integrierten Truppen macht ihren zivil-militärischen Charakter mehr als deutlich: „PRTs weisen eine Stärke von jeweils etwa 50 bis 500 Personen auf. [...] Dabei agieren die PRTs in drei Dimensionen: Schaffung von Sicherheit, Bildung staatlicher Institutionen und Durchführung bzw. Ermöglichung von Wiederaufbau. [...] Im Feld sind PRTs als Patrouille, Vermittler, Netzwerkbilder, Betreiber von Wiederaufbauprojekten, Armee- und Polizeiausbildner, Demobilisierungs- und Entwaffnungshelfer sowie als Informationsbeschaffer aktiv.“³⁴⁵

Die US-amerikanischen und britischen PRTs werden von Militärs kommandiert und folgen dementsprechenden Prioritäten: „Die amerikanischen PRTs sind trotz ihrer ‚civil affairs‘-Elemente überwiegend auf sicherheitsschaffende Operationen ausgerichtet, auch auf Kampfaktionen, um versprengte Al-Qaida oder Taliban Mitglieder zu jagen.“³⁴⁶ Demgegenüber versucht die Bundesregierung ihr PRT-Konzept als positives Gegenbeispiel abzusetzen: „Die Bundesregierung hatte der Übernahme des PRT erst nach einer grundlegenden Änderung des amerikanischen Konzepts zugestimmt. Wie die US-Teams setzen sich auch die deutschen aus einer zivilen und einer militärischen Komponente zusammen. Die deutschen PRTs werden jedoch von einer Doppelspitze geführt. Das zivile Personal untersteht also nicht der militärischen Führung sondern einem Abgesandten des Auswärtigen Amts.“³⁴⁷ Schon allein der Tätigkeitsbericht der deutschen PRTs zeigt jedoch deutlich ihren militäro-

gischen Charakter: „Die deutschen PRTs unterstützen aber nicht nur den Aufbau der Polizei, sondern sind auch in weiteren Bereichen aktiv, wie u.a. in der Drogenbekämpfung und der Bekämpfung des Terrorismus, in der Öffentlichkeitsarbeit (Betreiben von Radiosendern) sowie im Monitoring (Sammeln von Informationen aus den Bereichen Politik und Militär).“³⁴⁸

Offensichtlich ist man sich selbst innerhalb des BMZ nicht über die Bewertung einig. Lobend äußert sich bspw. Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul: „Wie muss das Verhältnis von militärischen und zivilen Maßnahmen gestaltet werden? Afghanistan ist ein gutes Beispiel für eine gelungene Arbeitsteilung. [...] Sicherheitspolitische und entwicklungspolitische Maßnahmen ergänzen sich und sind zwei Säulen eines gemeinsamen Konzepts, an dem BMVG, BMZ, BMI und AA beteiligt waren. Sie bleiben dabei aber eigenständig, und das unterscheidet unser Vorgehen deutlich von dem der USA.“³⁴⁹ Andererseits kritisieren andere Stimmen aus dem Ministerium die dennoch vorhandene Unterwerfung unter das Militär: „Aber auch das deutsche PRT folge in erster Linie einer militärischen Logik, kritisiert [BMZ-Staatssekretär Erich] Stather, da die erste Überlegung sei, wo es aus militärischer beziehungsweise sicherheitspolitischer Perspektive wichtig sei, Präsenz zu zeigen und erst in einem zweiten Schritt überlegt werde, welche entwicklungspolitischen Maßnahmen in der gewählten Region sinnvoll seien.“³⁵⁰ Einen weiteren Aspekt spricht Hans-Joachim Preuß, Generalsekretär der Welthungerhilfe, an: „Im deutschen PRT ist zu unterscheiden die ‚funktionale‘ Trennung der verschiedenen Elemente von der Sichtbarkeit der Trennung nach außen. Die ‚funktionale‘ Trennung [...] funktioniert eher als die Trennung nach außen.“³⁵¹

5.5 Von Helfern zu Kollaborateuren zu Anschlagzielen

Eines der zentralen Ziele der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit die „Akzeptanzschaffung“ für die jeweilige Kriegsmisson. Dabei kommt es zu teils absurden Beschönigungen des rein militärischen Auftrags: „Der Soldat wird dabei beispielsweise sowohl Krieger als auch Diplomat und Sozialarbeiter sein müssen. Dies macht Soldaten zu unschätzbaren Helfern im Kampf gegen Armut und Unterdrückung.“³⁵²

³⁴² Nitzschke, Heiko/Wittig, Peter: UN-Friedenssicherung: Herausforderungen an die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, in: Vereinte Nationen 3/2007, S. 89-95, S. 95.

³⁴³ Hamann 2005, S. 57.

³⁴⁴ Auswärtiges Amt: Deutschland globales Engagement, URL: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Broschueren/GlobalesEngagement.pdf> (eingesehen 13.07.2007), S. 12.

³⁴⁵ Gauster, Markus: Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan. Ein innovatives Instrument des internationalen Krisenmanagements auf dem Prüfstand, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, 11/2006, S. 10f.

³⁴⁶ Denison, Andrew: Deutschland in Afghanistan: Woher, Wohin?, Dezember 2006, URL: http://www.aicgs.org/file_manager/streamfile.aspx?path=&name=denison1206.pdf (eingesehen 13.06.2007), S. 10. Vgl. auch Gauster 2006, S. 12.

³⁴⁷ Hamann 2005, S. 98f.

³⁴⁸ Bajohr 2005, S. 11f.

³⁴⁹ Wieczorek-Zeul, Heidemarie: Rede anlässlich des Aktuellen Forums zur Sicherheitspolitik für Chefredakteure und Ressortleiter am 27. Januar 2004 in Berlin zum Thema: „Keine Sicherheit ohne Gerechtigkeit - Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik“.

³⁵⁰ Hamann 2005, S. 101.

³⁵¹ Preuß, Hans-Joachim: Stellungnahme zur unter der Federführung der Fraktion DIE LINKE vorbereiteten öffentlichen Anhörung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zum Thema „Zivil-militärische Zusammenarbeit“ am 25. Oktober 2006, Ausschussdrucksache Nr. 16(19)124.

³⁵² Vgl. Pöcher 2006, S. 185. Die Akzeptanzschaffung verläuft auch rückwirkend mit Blick auf die Heimatfront. CIMIC könne „ein dankbares Vehikel sein, den teuren Auslandseinsatz an der Heimatfront zu verkaufen.“ Greminger 2007, S. 13.

Kasten 2:

Auszug aus dem Protokoll zur Fragestunde im Deutschen Bundestag am 8.11.2006

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich rufe die Frage 5 der Abgeordneten Heike Hänsel auf: Auf welcher Entscheidung beruht es, dass, wie Entwicklungsorganisationen vor Ort kritisieren und Oberstleutnant Norbert Falkowski auf der Anhörung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur zivilmilitärischen Zusammenarbeit am 25. Oktober 2006 bestätigte und auf Kostengründe zurückführte, sich Bundeswehreinheiten mit zivilen Fahrzeugen – weißen Jeeps ohne ausreichende Kennzeichnung – in Kunduz und Kabul bewegen und damit das Risiko der Verwechslung und Vermischung von ziviler und militärischer Präsenz provozieren?

Thomas Kossendey,

Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung: Frau Hänsel, zunächst eine grundlegende Bemerkung zu Ihrer Frage. Es gibt keine rechtliche Verpflichtung zur Kennzeichnung militärischer Fahrzeuge, die in Afghanistan eingesetzt werden. Die von unseren Bundeswehreinheiten in Afghanistan genutzten Fahrzeuge sind grundsätzlich eindeutig als militärische Fahrzeuge gekennzeichnet. In Einzelfällen stehen den Soldaten aber auch zivile Fahrzeuge zur Verfügung. Eine Verwechslungsgefahr kann ich da nicht sehen, weil die deutschen Soldaten, wenn sie die Fahrzeuge benutzen, Uniform tragen. Darüber hinaus gibt es ungeschützte zivile Fahrzeuge. Die kommen aber grundsätzlich nur innerhalb der Einsatzliegenschaften zum Einsatz, gehen also sozusagen nicht nach draußen. Für diese Fahrzeuge ist daher auch keine Kennzeichnung notwendig.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ihre Zusatzfragen, bitte.

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Danke schön. – Ich wurde darauf hingewiesen, dass ich Ihnen zum Amtsantritt gratulieren soll. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg, vor allem im Hinblick auf eine konstruktive Zusammenarbeit auch mit der Opposition. Es gibt sehr viele Beschwerden von Hilfsorganisationen, die vor Ort real erleben, dass eine Gefährdung besteht, weil es bezüglich der Fahrzeuge ein eindeutig getrenntes Auftreten nicht gibt und weil vor allem die gleichen Jeeps wie bei Hilfsorganisationen verwendet werden. Es wurde gesagt, das geschehe aus Kostengründen. Nun zu meiner Frage. Es wird in Afghanistan sehr viel Geld ausgegeben. Wieso ist es nicht möglich, dort entsprechende Fahrzeuge zu besorgen? Ist die Motivation nicht zum Teil auch die, dass man, wenn man zivil auftritt, sich mit zivilen Fahrzeugen über weite Strecken bewegt, weniger gefährdet ist?

Thomas Kossendey,

Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung: Frau Kollegin, Sie sprechen mir geradezu

aus dem Herzen. Auch wir hätten gern mehr Geld für geschützte Fahrzeuge im Einsatz in Afghanistan. Das scheitert häufig an den sehr intensiven Diskussionen, die wir mit der Opposition zum Beispiel über die Ausweitung des Verteidigungshaushalts zu führen haben. Zweiter Punkt. Gerade das Konzept, das wir in Afghanistan verfolgen, das Konzept mit den PRTs, ist ein ressortübergreifendes Konzept. Unsere Soldaten sind da, um den zivilen Aufbau sowie die Helferinnen und Helfer aus den Hilfsorganisationen dort zu schützen und gegebenenfalls konstruktiv mitzuarbeiten. Von daher finde ich es zunächst nicht sehr einleuchtend, dass das mit unterschiedlich gekennzeichneten Fahrzeugen geschehen soll. Außerdem sind alle diejenigen, die in den nicht als militärisch zu identifizierenden Fahrzeugen sitzen, als Soldaten daran erkennbar, dass sie eine Uniform tragen. Ich finde, das reicht. Wir haben grundsätzlich – das will ich gern noch einmal betonen – militärisch gekennzeichnete Fahrzeuge im Einsatz. Aber in Einzelfällen greifen wir auch deswegen auf Zivilfahrzeuge zurück, weil zum Beispiel nicht immer militärische Fahrzeuge in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen. Dritter Punkt. Von Beschwerden der Organisationen über eine mögliche Verwechslung ist uns im Ministerium nichts bekannt.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Sie haben noch eine Zusatzfrage, Frau Kollegin.

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Danke schön. – Bezüglich der Kosten gäbe es natürlich auch die Möglichkeit, das Mandat zu beenden und dann die Finanzmittel direkt in die zivile Aufbauhilfe in Afghanistan zu investieren. Würden auch Sie das als eine Möglichkeit ansehen? Natürlich gibt es Beschwerden von vielen Hilfsorganisationen. In unserem Ausschuss wurde das sogar schriftlich festgehalten. Es ist schon ein Problem, dass Entwicklungshelfer – einige wurden angegriffen und sogar getötet – ganz konkret gefährdet sind, wenn sie nicht ganz klar getrennt von einer militärischen Präsenz in Afghanistan wahrgenommen werden. Die Truppen dort sind Besatzungstruppen und werden von der Bevölkerung auch so wahrgenommen. Von daher möchte ich nachfragen: Wie wollen Sie gewährleisten, dass es durch die Truppenpräsenz keinerlei Gefährdung für den zivilen Wiederaufbau und die Entwicklungsorganisationen vor Ort gibt?

Thomas Kossendey,

Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung: Das Konzept, das wir in Afghanistan haben, das dem Parlament gerade vor zweieinhalb Monaten noch einmal als Dokument der Bundesregierung zugänglich gemacht worden ist, sagt sehr deutlich, dass die militärische Komponente nur eine von vielen ist, mit denen wir Afghanis-

tan helfen wollen. Der Bundesinnenminister, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und das Auswärtige Amt arbeiten mit dem Verteidigungsministerium an diesem Aufbau. Das Zurückziehen des Militärs aus diesem Konzept würde dazu führen, dass all diejenigen, die am zivilen Aufbau mitarbeiten, das ungeschützt tun müssten. Das war von Anfang an nicht das Ziel der Arbeit der Bundesregierung und das ist auch nach wie vor nicht der Wunsch der zivilen Hilfsorganisationen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich rufe die Frage 6 der Kollegin Heike Hänsel auf: Was wird das Bundesministerium der Verteidigung unternehmen, damit es zukünftig keine Vermischung ziviler und militärischer Präsenz in Afghanistan gibt und Bundeswehreinheiten sich nur in eindeutig gekennzeichneten Fahrzeugen bewegen?

Thomas Kossendey,

Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung: Die Antwort auf die Frage 6, Frau Kollegin Hänsel, ergibt sich eigentlich aus dem, was wir gerade besprochen haben. Seitens des Bundesministeriums der Verteidigung sind keine zusätzlichen Maßnahmen beabsichtigt. Wir sehen eigentlich keine Verwechslungsgefahr, da auch in den zivilen Fahrzeugen die Soldaten mit ihrer Uniform als Soldaten erkennbar sind.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Haben Sie dazu noch Zusatzfragen?

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Ja. – Wird es auch in Zukunft gängige Praxis sein,

dass das Militär in der Region dort weiße Jeeps, wie sie häufig auch von Entwicklungshilfeorganisationen gefahren werden, benutzt?

Thomas Kossendey,

Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung: Ich wiederhole, was ich gesagt habe: Grundsätzlich fahren die Soldaten als Militärfahrzeuge erkennbare und gekennzeichnete Fahrzeuge. Wenn militärische Fahrzeuge nicht in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen, kann es in Ausnahmefällen dazu kommen, dass wir zivile Fahrzeuge, die eben nicht als Militärfahrzeuge gekennzeichnet sind, benutzen müssen. Das ergibt sich schlichtweg aus unserem Auftrag. Deswegen sage ich: Grundsätzlich nutzen wir militärische Fahrzeuge, aber im Ausnahmefall kann es auch dazu kommen, dass wir zivile Fahrzeuge benutzen.

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Ich hätte noch eine Frage zu den Ausnahmefällen. Wie hoch beziffern Sie den Anteil von zivilen Jeeps im Verhältnis zu militärischen bzw. wie oft kommt es vor, dass zivile Jeeps benutzt werden?

Thomas Kossendey,

Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung: Angesichts der Lage in Afghanistan, die mittlerweile auch im Norden nicht mehr so ruhig ist wie noch vor zwei Jahren, legen auch die Soldaten selbst Wert darauf, sich in militärischen, das heißt geschützten Fahrzeugen außerhalb der Einsatzlager zu bewegen. Von daher ist es wirklich die Ausnahme, dass zivile Fahrzeuge benutzt werden.

Während aus Soldaten auf diese Weise Wohltäter gemacht werden, erfolgt die Instrumentalisierung auch andersherum, indem humanitäre Helfer zu Spionen umfunktioniert werden: „Bereits heute sind zahlreiche NGOs unmittelbare Zuträger für Militäroperationen. Sie speisen Daten, die sie in ausländischen Interventionsgebieten über die dortige Sicherheitslage erhoben haben, in das elektronische System ‚Safety Information Reporting Service‘ (SIRS) ein. Die Datenbank wurde im Auftrag der ‚Crisis Management Initiative‘ (CMI) des UN-Sonderbeauftragten für Kosovo, Martti Ahtisaari, von führenden Softwarekonzernen (Microsoft, Yahoo) entwickelt und steht seit 2005 sowohl NGOs wie auch Militärs offen.“³⁵³ Anne Bodine, Mitarbeiterin des US-Außenministeriums im PRT in Herat, gab von ihrer Truppe folgende Selbstbeschreibung: „Wir sind Augen und Ohren der US-Regierung.“³⁵⁴ Auch die Stiftung Wissenschaft und Politik betont „das große Potential der CIMIC-Kräfte“ müsse zukünftig „stärker berücksichtigt werden.“ In einem „so vielschichtigen und sich rasch verändernden sozialen Umfeld wie Afghanistan“ seien „Kenntnisse über lokale Machtge-

füge [...] äußerst wichtig.“ CIMIC gehöre mittlerweile sogar „zu den Ausbildungsgängen der Führungsakademie der Bundeswehr“, berichtet die SWP: „Damit wird den zukünftigen Kommandeuren der hohe Nutzen von CIMIC bei Lagebildgenerierung, Bewertung und Erstellung von Handlungsempfehlungen [...] vertraut gemacht.“³⁵⁵ Im Militärsprech liest sich dies dann folgendermaßen: „Durch Aufbau und Pflege eines Beziehungsgeflechts zwischen den eingesetzten Streitkräften und den vielfältigen zivilen und nichtstaatlichen Akteuren im Einsatzland werden Informationen gewonnen, die die Streitkräfte zur Vervollständigung des Gesamtbildes nutzen.“³⁵⁶

Die „Hilfsprojekte“ der Regionalen Wiederaufbau-teams sollen direkt den militärischen Auftrag unterstützen. So sollen brunnenbauende Soldaten als PR-Maßnahme dabei helfen, die Akzeptanz der militärischen Besatzung in der afghanischen Bevölkerung zu erhöhen („winning hearts and minds“): „Gerade in Anbetracht der schwierigen Sicherheitslage liegt

³⁵³ Von Helfern zu Kollaborateuren, German-Foreign-Policy.com, 01.07.2007.

³⁵⁴ Christian aid 2004, S. 47.

³⁵⁵ Lange, Sascha: Die Bundeswehr in Afghanistan. Personal und technische Ausstattung in der Einsatzrealität; SWP-Studie S9, März 2008.

³⁵⁶ Baumgard, Frank: Zivil-Militärische Zusammenarbeit in der Bundeswehr, in: Wehrtechnik V/2008, 96-105, S. 98.

der Fokus der Hilfsleistungen meist auf schnellen und sichtbaren Projektzielen. Diese Art von Projekten sollen die öffentliche Unterstützung gewinnen. Häufig stärken sie lediglich die örtlichen Machthaber. Da diesen Projekten keine langfristigen und nachhaltigen Programme folgen, führen sie innerhalb der afghanischen Bevölkerung verstärkt zu der Wahrnehmung, dass an der nachhaltigen Entwicklung des Landes kein Interesse besteht“, kritisiert bspw. Caritas International.³⁵⁷ Projekte werden deshalb nicht dort gestartet, wo es die größte Not gebietet, sondern wo militärstrategische Interessen dies nahe legen: „Daher werden die Orte, über denen man Hilfsgüter abwirft, nach militärischer Nützlichkeit ausgewählt. Die Frage, wo Unterstützung am dringendsten benötigt wird oder am effizientesten eingesetzt werden kann, spielt dabei eine untergeordnete Rolle.“³⁵⁸

Vor diesem Hintergrund kritisierte Caritas International in einer beeindruckend deutlichen Stellungnahme im Juni 2008, dass „die Ausschüttung der Hilfsgelder nicht an den tatsächlichen Hilfs-Bedarf gekoppelt ist, sondern sich vielmehr an der Aufstandsbekämpfung orientiert.“³⁵⁹ Zu einem ähnlichen Schluss gelangt sogar die Stiftung Wissenschaft und Politik: „Die Verquickung staatlicher und nichtstaatlicher Ansätze raubt der zivilen Hilfe zunehmend jene Eigenständigkeit, die sie gerade ihrem nicht-staatlichen Charakter verdankt, und lässt sie als Teil der politisch-militärischen Strategie der in Afghanistan präsenten Staaten erscheinen.“³⁶⁰ Damit verlieren zivile Organisationen ihre für die Gewährleistung humanitärer Hilfe und für die Sicherheit der Helfer essenzielle politische Neutralität. Sie werden in den Augen der afghanischen Bevölkerung zu integralen Bestandteilen des Besatzungsregimes und damit zu Gegnern. Dies mag man verständlicherweise bedauern, verwundern kann es einen angesichts des Auftretens der Regionalen Wiederaufbauteams allerdings nicht: „An jedem beliebigen Tag können sie theoretisch morgens auf Menschen schießen und danach Hilfe in demselben Gebiet am Nachmittag verteilen. Die Teams können sogar Luftschläge der Koalition anfordern.“³⁶¹

Obwohl mittlerweile in Afghanistan über 7500 CIMIC-Projekte durchgeführt wurden³⁶², erfolgt das Groß der Wiederaufbaumaßnahmen außerhalb der CIMIC-Strukturen. Dennoch wird mit den PRTs erfolgreich der Eindruck erweckt, humanitäre Hilfe sei vom Militär und seinem Besatzungsregime nicht zu trennen. Selbst die Organisationen, die sich bislang strikt weigern, mit dem Militär zusammenzuarbeiten, sind nicht mehr in der Lage, glaubhaft ihre neutrale Position vermitteln

zu können. Vom afghanischen Widerstand werden sie als Kollaborateure des Militärs und damit als legitime Anschlagssziele betrachtet. Dass sich Berichten zufolge deutsche Soldaten in Afghanistan in weißen Geländewagen, dem traditionellen Erkennungszeichen humanitärer Organisationen, fortbewegen, trägt zusätzlich zur Ununterscheidbarkeit ziviler und militärischer Akteure bei.³⁶³ Dies hat mittlerweile zu der grotesken Reaktion geführt, dass humanitäre Helfer zunehmend versuchen, ihre Identität zu verbergen: „Die Attentate auf UN, IKRK und andere Hilfsorganisationen in Afghanistan und im Irak haben dazu geführt, dass Hilfsorganisationen inzwischen ihre Identität lieber verbergen und unsichtbar bleiben wollen. Sie haben ihre Aufkleber von den Fahrzeugen entfernt und die Helfer tragen nicht mehr die T-Shirts mit dem Logo ihrer Organisation. Die militärische Absicherung von humanitärer Hilfe steht im Widerspruch zum Neutralitätsprinzip und macht die Hilfsorganisationen unglaublich.“³⁶⁴ Zudem wird die Gewährung von Hilfsleistungen teils davon abhängig gemacht, inwieweit mit den Besatzungsmächten kollaboriert wird: „Je mehr sie uns helfen, desto mehr gutes Zeug bekommen sie“, so der in Afghanistan stationierte US-Lieutenant Teid Finn.³⁶⁵ Die katastrophalen Folgen einer derartigen Instrumentalisierung wurden im Jahr 2004 nachdrücklich unter Beweis gestellt. Koalitionstruppen verteilten damals Flugblätter im Süden Afghanistans, auf denen die Bevölkerung dazu aufgerufen wurde, „den Koalitionstruppen sämtliche Informationen über die Taliban, El Quaeda und Gulbuddin [Hekmatyar] zu übermitteln.“ Dies sei notwendig, um „zu gewährleisten, dass humanitäre Hilfe auch weiterhin bereitgestellt wird.“³⁶⁶ Ärzte ohne Grenzen wandte sich damals öffentlich gegen diese Instrumentalisierung humanitärer Hilfe: „Diese Flugblätter, die unter anderem ein afghanisches Mädchen mit einem Sack Weizen zeigen, stellen einen eindeutigen Versuch dar, humanitäre Hilfe für militärische Ziele der Koalition zu missbrauchen. Ärzte ohne Grenzen lehnt jegliche Verbindung zwischen der Bereitstellung humanitärer Hilfe und der Zusammenarbeit mit den Koalitionstruppen ab. [...] Die bewusste Vermischung von humanitärer Hilfe mit militärischen Zielen zerstört den eigentlichen Sinn der humanitären Hilfe. Dies wird letztlich nur dazu führen, dass dringend benötigte Hilfe denjenigen in Afghanistan versagt bleiben wird, die sie am dringendsten brauchen. Gleichzeitig werden diejenigen, die Hilfe bereitstellen, zur Zielscheibe.“³⁶⁷

³⁵⁷ Caritas fordert Strategiewechsel für Afghanistan, 10. Juni 2008.

³⁵⁸ Hoffmann, Claudia: Das Problem der Sicherheit für NGOs in Afghanistan, in: Schmidt, Peter (Hg.): Das internationale Engagement in Afghanistan, SWP Studie, August 2008, S. 49-55, S. 51.

³⁵⁹ Caritas 2008.

³⁶⁰ Hoffmann 2008, S. 49. Hervorhebung JW.

³⁶¹ Christian aid 2004, S. 46.

³⁶² NATO: Progress in Afghanistan, Bucharest Summit 2-4 April 2008, URL: http://www.nato.int/isaf/docu/epub/pdf/progress_afghanistan.pdf (eingesehen 10.09.12008).

³⁶³ Diesen Umstand, vom Generalsekretär der Welthungerhilfe Preuß auf der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung am 25.10.2006 vorgetragenen Umstand machte die linke Abgeordnete Heike Hänsel am 8.11.2006 zum Thema in der Fragestunde im Bundestag, siehe Kasten 2.

³⁶⁴ Lieser, Jürgen: Helfer als Handlanger? Humanitäre Hilfe in den Zeiten der neuen Kriege, in: neue caritas, September 2004.

³⁶⁵ Christian aid 2004, S. 47.

³⁶⁶ Haydt, Claudia: Zivilisierung des Militärischen oder Militarisation des Zivilen?, in: Tobias Pflüger, Tobias/ Wagner, Jürgen (Hrsg.): Welt-Macht EUropa, Auf dem Weg in weltweite Kriege, VSA-Verlag Hamburg 2006, S. S. 312-323.

³⁶⁷ Haydt 2006.

	Gesamtzahl	Tote	Verwundete	Kidnappings
1997	77	39	8	32
1998	69	36	15	18
1999	66	29	15	20
2000	94	58	25	11
2001	94	27	20	47
2002	83	38	23	25
2003	145	86	49	8
2004	140	60	55	24
2005	174	61	95	17
Gesamtzahl	947	434	305	202

Tabelle 3 Opfer unter humanitären Helfern weltweit zwischen 1997 und 2005

Quelle Stoddard, Abby/Harmer, Adele/Haver, Katherine: *Providing Aid in Insecure Environments: Trends in Policy and Operations*, HPG Report 23, September 2006, S. 11.

Nachdem zahlreiche Mitarbeiter von Ärzten ohne Grenzen tatsächlich zu Opfern von Anschlägen wurden, sah sich die Organisation schließlich am 28. Juli 2004 nach 24jähriger Tätigkeit dazu gezwungen, ihre Arbeit in Afghanistan einzustellen. Die Organisation war also in der Lage unter den Warlords und Taliban humanitäre Hilfe zu leisten, nicht aber unter dem zivil-militärischen Besatzungsregime des Westens – ein Armutszeugnis für ein Konzept, das vorgeblich die Lebenssituation der Bevölkerung verbessern soll. Zu diesem Rückzug erklärte Ärzte ohne Grenzen: „Die Gewalt gegen humanitäre Helfer spielt sich vor dem Hintergrund einer zunehmenden Instrumentalisierung der Hilfe durch die US-geführte Koalition in Afghanistan ab. [...] Koalitionsstreitkräfte missbrauchen die Hilfe beständig für ihre militärischen und politischen Ziele und versuchen damit, die ‚hearts and minds‘ der afghanischen Bevölkerung zu gewinnen. Dadurch wird humanitäre Hilfe nicht mehr als unparteilich und neutral angesehen. Dies wiederum gefährdet die Helfer und die Hilfe selbst.“³⁶⁸ Ähnliche dramatisch beurteilt Christian Aid die Realität vor Ort: „Die Situation ist gefährlicher als unter den Taliban. [...] Dies ist die schlimmste Lage, die Christian Aid in nahezu zwei Jahrzehnten Arbeit vor Ort in Afghanistan erlebt hat.“³⁶⁹ Auch die Welthungerhilfe reduzierte nach wiederholten Angriffen im Jahr 2007 ihre Aktivitäten in Afghanistan drastisch. Die Organisation führt diese Angriffe maßgeblich zurück auf „die Vermischung von Überlebenshilfe und Wiederaufbau mit militärischen Einsätzen und der damit verbundenen unzureichenden Abgrenzung von zivilen und militärischen Kräften im Rahmen der Provincial Reconstruction Teams (PRT).

Wenn nämlich bewaffnete Kräfte nicht mehr zwischen Militär und Zivilisten unterscheiden können, werden auch Hilfsorganisationen zum Ziel von Angriffen.“³⁷⁰

Angesichts der steigenden Opferzahlen unter zivilen Akteuren ist es geradezu zynisch, wenn die militärische Präsenz vor Ort mit der Notwendigkeit begründet wird, die humanitären Helfer schützen zu wollen.³⁷¹ Im Jahr 2004 wurden 24 Mitarbeiter von Hilfsorganisationen in Afghanistan ermordet, 2005 waren es 31 und 2006 insgesamt 26.³⁷² Die bewaffneten Angriffe auf zivile Helfer haben sich laut dem Afghanistan NGO Safety Office (ANSO) in den ersten 3 Monaten 2008 gegenüber dem Vorjahreszeitraum verdoppelt. Ihnen fielen 9 Menschen zum Opfer. Laut ANSO hat sich die Gefährdungslage in den letzten Jahren in sämtlichen Bereichen deutlich vergrößert und wird weiter zunehmen, was u.a. auf den zunehmenden Respektsverlust vor der politischen Neutralität von

³⁷⁰ Preuß, Hans-Joachim/Radke, Katrin: Akzeptanz durch Neutralität: Die Deutsche Welthungerhilfe ändert ihre Afghanistan-Strategie, in: eins (August 2007). Ebenso zog sich Malteser International nach wiederholten Angriffen aus dem Land zurück. Vgl. Der schleichende Rückzug der Aufbauhelfer, Focus, 31.07.2007. Auch medico gerät zunehmend unter Druck. So wurden im August 2007 drei afghanische Minenräumer der lokalen Nichtregierungsorganisation MDC (Mine Detection and Dog Center) entführt und kurz darauf ermordet. Ihre deutsche Partnerorganisation medico international sieht die Verantwortung hierfür eindeutig in der zunehmenden Vereinnahmung ziviler Akteure für militärische Ziele: „Für MDC wird es immer schwieriger, die Arbeit des Minenräumens fortzuführen. Dies gilt im Besonderen, weil es im Rahmen des internationalen Militäreinsatzes in Afghanistan zu einer zunehmenden Aufweichung der Grenze zwischen zivilen Hilfsaufgaben und militärischen Einsätzen kommt. Helfer und ausländische Soldaten verschmelzen in der Wahrnehmung der Bevölkerung und machen unsere Projektpartner verstärkt zur Zielscheibe.“ Vgl. medico-Newsletter 05/2007.

³⁷¹ „Der ehemalige Verteidigungsminister Peter Struck begründete im Jahr 2003 die Ausweitung des Bundeswehrmandats in Afghanistan auf Kunduz auch damit, dass Hilfsorganisationen geschützt werden müssten. Aus Sicht der Hilfsorganisationen ist ihre Unabhängigkeit und Unparteilichkeit sowie die Verankerung in der lokalen Bevölkerung der beste Schutz. [...] Hilfsorganisationen haben die Erfahrung gemacht, dass verstärkte militärische Präsenz nicht unbedingt mehr Sicherheit bringt. [...] Wo Soldaten aus politisch-militärischen Gründen als Helfer auftreten, werden auch schnell den zivilen Helfern politisch-militärische Interessen unterstellt.“ Vgl. Runge, Peter: Helfer in Uniform?, in: Wissenschaft und Frieden, 4/2006.

³⁷² Croll, Peter J., Vortrag 29./30. Januar 2007, Evangelische Akademie Bad Boll: Entwicklungspolitik und Sicherheitspolitik. Zwischen notwendiger Kooperation und unerwünschter Vereinnahmung, S. 15.

³⁶⁸ Ärzte ohne Grenzen, Presseerklärung, 28.7.2005. Zit. nach Haydt 2006.

³⁶⁹ Christian aid 2004, S. 3, S. 44.

NGO-Mitarbeitern zurückgeführt wird.³⁷³ Dieser Trend lässt sich auch für andere Krisenregionen beobachten, wie eine Studie zutage förderte. Zwischen 1997 und 2005 verloren etwa 430 humanitäre Helfer ihr Leben – bei einer steigenden Tendenz. Dabei geraten vermehrt Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen ins Visier und der Charakter der Anschläge nimmt laut Studie immer gezieltere, politisch motivierte Formen an.³⁷⁴ Allein 2006 wurden weltweit 83 Helfer getötet und fast 800 verletzt.³⁷⁵

Trotz dieser Tatsachen und der geballten Kritik seitens der Hilfsorganisationen leugnet die Bundesregierung beharrlich jeglichen Zusammenhang zwischen diesen Anschlägen und der zivil-militärischen Praxis in Afghanistan: „Bezogen auf nationale/internationale zivile Akteure lassen sich aber keine bestätigenden Anhaltspunkte finden, die Übergriffe auf eine zu enge Zusammenarbeit z. B. mit den Militärkräften eines PRT zurückführen ließen.“³⁷⁶ Dementsprechend fordert die Stiftung Wissenschaft und Politik sogar – entgegen einigen ihrer eigenen Analysen –, dass die Zivil-militärische Zusammenarbeit in Afghanistan robuster, umfangreicher und deutlich stärker institutionalisiert wird: „Der Bundesregierung fehlt es – auf ziviler wie militärischer Ebene – an geeigneten integrierten Planungsstrukturen und Einsatzinstrumenten, um eine militärische Operation mit dem Schwerpunkt der Aufstandsbekämpfung durchzuführen. [...] Für die Führung eines Einsatzes wie in Afghanistan sollte eine integrierte zivil-militärische Spitze verantwortlich sein. [Es] ließen sich so unterschiedliche zivile Organisationen effektiv in die Planung und Durchführung von Auslandseinsätzen einbinden.“³⁷⁷ Gleichzeitig sollen „zivile Kapazitäten für die Dauer des Einsatzes in die militärischen Strukturen integriert“³⁷⁸ und die PRTs künftig verstärkt für offensive Kampfhandlungen eingesetzt werden: „Bei den PRT besteht in jedem Fall Weiterentwicklungsbedarf. Es fehlt ihnen im Kontext der sich verschlechternden Sicherheitslage an operativen Eingreifreserven, die ihre Kommandeure in die Lage versetzen würden, gegen Angreifer tätig werden zu können.“³⁷⁹

5.6 Fazit: CIMIC als integraler Bestandteil westlicher Kriegspolitik

Die Zivil-militärische Zusammenarbeit bündelt entwicklungspolitische Kapazitäten für militärische Aufgaben, die nicht oder allenfalls nur bedingt der

Armutsbekämpfung dienen, und vergrößert die Gefahr für humanitäre Helfer erheblich (siehe auch Kasten 3).

Doch da staatliche Gelder einen großen Anteil an den Haushalten vieler NGOs ausmachen, steht zu befürchten, dass hierüber vermehrt Druck auf sie ausgeübt werden wird, auf den zivil-militärischen Zug aufzuspringen und die Kritik einzustellen. Ein Report der südafrikanischen Action Aid warnt bereits davor, dass NGOs, die sich nicht in die staatliche Agenda einpassen lassen wollen, sich zunehmenden Schwierigkeiten gegenübersehen werden.³⁸⁰ Noch deutlicher äußert sich Pierre Micheletti, Vorsitzender der internationalen Hilfsorganisation Médecins du Monde (Ärzte der Welt): „Dass außerdem die Budgets der NGOs zunehmend aus institutionellen Mitteln, insbesondere aus EU-Töpfen finanziert werden (die EU ist der weltweit größte Geldgeber), nährt natürlich den Verdacht, dass die [...] Hilfsorganisationen letztlich der geostrategischen Linie der Geberländer folgen. Und dies umso mehr, als die wirtschaftliche Logik die NGOs mitunter dazu verleitet, sich mit Blick auf gewisse Finanzierungswege in Programme einzubringen, die sie regelrecht zu Dienstleistern umfunktionieren, quasi strategisch komplementär zum Militär. So gesehen stinkt Geld eben doch.“³⁸¹

Es geht dabei um Jobs und Existenzen, der hierdurch erzeugte Anpassungsdruck dürfte immens werden, ein Einknicken bislang noch überwiegend kritischer Positionen zur Zivil-militärischen Zusammenarbeit steht somit zu befürchten: „Die Entwicklung der kommenden Jahre geht daher in die Richtung, dass wohl einige wenige NROs, die sich überwiegend über Spenden finanzieren, in der Lage sein werden, eine eigenständige Politik zu fahren; dagegen dürften viele NROs, die auf Projektgelder von EU oder staatlichen Gebern angewiesen sind, Teil von integrierten Missionen werden.“³⁸²

Man sollte sich keinen Illusionen hingeben, worin die tatsächliche Aufgabe von CIMIC besteht. Selbstverständlich wird damit darauf abgezielt, „Sicherheit“ und „Stabilität“ herzustellen, fragt sich nur für wen und was. Denn es geht nicht darum, die ökonomische Sicherheit der Bevölkerung zu verbessern, sondern um die Sicherung von Profitinteressen. Der Ex-Siemens-Vorstandsvorsitzende Heinrich von Pierer benannte diesen Zusammenhang in einem Vortrag vor dem UNO-Sicherheitsrat, mit dem bezeichnenden Titel die „Rolle der Wirtschaft in Konfliktverhinderung und Friedenserhaltung“, recht offen. Die Österreichische Militärische Zeitschrift fasst seine Aussagen folgendermaßen zusammen: „Die Wirtschaft könne nur im Kielwasser der Politik schwimmen, Investitionen seien nur möglich, nachdem die Sicherheit gewährleistet ist und die Politik die Rahmenbedingungen

³⁷³ Afghanistan NGO Safety Office, ANSO Quarterly Data Report (Q.1-2008), URL: http://www.humansecuritygateway.info/documents/ANSO_quarterlydatareport_Jan-March2008.pdf (eingesehen 08.09.2008).

³⁷⁴ Stoddard, Abby/Harmer, Adele/Haver, Katherine: Providing Aid in Insecure Environments: Trends in Policy and Operations, HPG Report 23, September 2006.

³⁷⁵ Scott, Cameron: Assessing ISAF: A Baseline Study of NATO's Role in Afghanistan, BASIC, March 2007, S. 6.

³⁷⁶ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Heike Hänsel, Monika Knoche, Paul Schäfer (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 16/3385, S. 7.

³⁷⁷ Noetzel/Zapfe 2008, S. 23.

³⁷⁸ Noetzel/Zapfe 2008, S. 6.

³⁷⁹ Noetzel/Zapfe 2008, S. 27f.

³⁸⁰ Cosgrave, John: The impact of the war on terror on aid flows, Action Aid, April 2007, URL: http://www.actionaid.org/docs/terror_aid.pdf (eingesehen 14.08.2007).

³⁸¹ Micheletti, Pierre: Schutzlose Helfer, in: Le Monde diplomatique (deutsch), Juni 2007.

³⁸² Glassner 2007, S. 28.

Kasten 3: Zivil-militärische Zusammenarbeit – Kritikpunkte

Die folgenden Kritikpunkte an CIMIC von Andreas Buro beziehen sich zwar auf die Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB), treffen aber ebenso auf die Entwicklungszusammenarbeit zu.

1. CIMIC ist der Versuch, die zivilen Kompetenzen der Bundeswehr oder allgemein gesprochen des Militärs auszuweiten und dabei auch friedenspolitisch orientierte Gruppen zur Bewältigung insbesondere von Nachkriegssituationen zu instrumentalisieren.

2. Die ZKB-Kräfte geraten dabei in eine Situation die von vornherein militärisch gewaltträchtig bestimmt ist. Als letztes Mittel steht hinter CIMIC stets das militärische Drohmittel und der militärische Einsatz. Dies ist unvereinbar mit der Grundphilosophie Ziviler Konfliktbearbeitung, die gerade auf Dialog, Kooperation und das Aushandeln von Konflikten gerichtet ist. In CIMIC wird ZKB jedoch zum taktischen Instrument militärgestützter Politik.

3. Militärgestützte Politik würde sich eher für eine Intervention entscheiden, wenn sie davon ausgehen könnte, die Nachkriegssituation – natürlich denkt man sofort an den Kosovo und den Irak – durch CIMIC sicherer beherrschen zu können. Damit würde CIMIC zu einer den Krieg fördernden Politik beitragen.

4. Ein Gegenargument könnte lauten: Im Rahmen von CIMIC können wir zumindest in Nachkriegssituationen eine Verschiebung zugunsten von ZKB erreichen. Das ist nicht von der Hand zu weisen. Doch war das das Ziel Ziviler Konfliktbearbeitung? Ist der Preis hierfür nicht viel zu hoch und lässt sich dieses Ziel nicht viel besser durch eigenständige Projekte erreichen?

5. Angesichts der Asymmetrie der CIMIC-Partner ist es äußerst zweifelhaft, dass die Grundorientierung der Zivilen Konfliktbearbeitung, die auf Präven-

tion und Dialog setzt und Zwang ablehnt, sich gegen die militärgestützte Politik der Regierungen durchsetzen kann. Im Bereich der Prävention, die ja das eigentliche Anliegen der Friedensbewegung darstellt, gewinnen die ZKB-Kräfte durch CIMIC voraussichtlich keinen Einfluss, denn die Form der Prävention gehört zum Herzstück der herrschenden, militärgestützten Politik. Allenfalls könnten bei mehr oder weniger kleinen Konflikten im Bereich der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit Diskussionen über präventive Maßnahmen durch ZKB einflussreich werden. In diesen dürfte allerdings das Militär ohnehin keine oder nur eine Nebenrolle spielen.

6. In CIMIC wird ZKB zu einem Bestandteil des militärischen Konfliktaustrags, der auch noch als Legitimationselement für militärische „Friedensmissionen“ und „Friedenskonsolidierung“ dienen kann und sicherlich auch dafür genutzt wird. Die Legitimationsfolie für militärische Einsätze der Großmächte heißt heutzutage ohnehin, dass sie den „Gerechten Krieg“ der „Guten“ gegen die „Bösen“ führen. Die ZKB-Kräfte landen mit CIMIC auf der Seite der militärisch starken „Guten“. Das eigentliche Anliegen von ZKB, die Überwindung des militärischen Konfliktaustrags, bleibt dabei auf der Strecke.

7. CIMIC bedeutet eine Aufspaltung der Kräfte, die eigentlich für eine grundsätzlich veränderte Politik der Konfliktbewältigung, nämlich präventiv und mit zivilen Mitteln, eintreten wollten. Diejenigen, die sich auf CIMIC einlassen, werden – so meine Vermutung – materiell und in der öffentlichen Wahrnehmung privilegiert werden. Diejenigen jedoch, die am eigentlichen Ziel der Überwindung des militärischen Konfliktaustrags und der dementsprechenden Abrüstung festhalten, werden wie bisher materiell und in der öffentlichen Wahrnehmung vernachlässigt oder gar diffamiert werden.

Quelle Buro, Andreas: *CIMIC – ein brisanter Cocktail*, in: *FriedensForum* 4/2004.

geschaffen habe, führte er aus. Die Entwicklung des europäischen Krisenmanagements zeige, dass diese Rahmenbedingungen zumeist durch militärische Operationen zu schaffen waren, in deren Gefolge wirtschaftliche Unterstützungsmaßnahmen – zunächst über das Instrument der CIMIC (Civil-Military Cooperation) – erst ermöglicht wurden.³⁸³

Neben diesem unmittelbaren Interesse daran, bei der Schaffung eines „investitionsfreundlichen Klimas“ behilflich zu sein, findet im Rahmen des zivil-militärischen Nation Building eine Transformation der jeweiligen Gesellschaftssysteme entlang neoliberaler Vorgaben statt. Da hierdurch aber bestehende Hier-

archie- und Ausbeutungsstrukturen perpetuiert statt überwunden werden, muss jeglicher Beitrag ziviler Akteure hieran kategorisch abgelehnt werden.

³⁸³ Österreichische Militärische Zeitschrift, 4/2004, S. 489.

6. Neoliberales Nation Building

Betrachtet man die vier größten aktuellen westlichen „Stabilisierungseinsätze“, so weisen sie allesamt sehr ähnliche Merkmale auf, wie Carlo Masala vom NATO Defense College erläutert: „Protektorate sind in. Von Bosnien über Kosovo, nach Afghanistan bis in den Irak, das Muster westlicher Interventionspolitik ist immer dasselbe. Nach erfolgreicher militärischer Intervention werden die ‚eroberten‘ Gebiete in Protektorate umgewandelt und die westliche Staatengemeinschaft ist darum bemüht, liberale politische Systeme, Rechtsstaatlichkeit und freie Marktwirtschaft in diesen Gebieten einzuführen.“³⁸⁴

Der Westen, insbesondere die Europäische Union, geht bei der Durchsetzung seiner Liberalisierungsagenda immer offensiver vor. Marktliberale Politikvorschläge dominieren die Debatte um das „richtige“ Nation Building nahezu vollständig.³⁸⁵ Und auch die Praxis folgt diesen ordnungspolitischen Prämissen. „Von Mozambique bis Ost-Timor, die Anstrengungen zum Wiederaufbau nach Konflikten werden vom neoliberalen Model angeleitet und betonen die therapeutische Kraft des Marktes.“³⁸⁶ Die Frage, wie weit dabei die neoliberale Zurichtung der jeweiligen Staaten betrieben wird, beantwortet Michael Pugh folgendermaßen: „So weit das Auge reicht.“³⁸⁷

State Building ist nichts anderes, als was von Stephen Gill als „Neuer Konstitutionalismus“ bezeichnet wurde. Dabei wird den besetzten Ländern der Neoliberalismus per Verfassung oktroyiert, was wiederum eine der zentralen Vorbedingungen für die Wiedergewährung formaler Souveränität darstellt. Für Gill stellt dies einen Schlüsseltrend im internationalen System dar: „Die Adaption einer liberalen Verfassung und anderer Maßnahmen, die dazu führten, dass die Grundzüge neoliberaler Politik bereits in Gesetzen, Verträgen und ökonomischen Institutionen enthalten sein musste.“³⁸⁸

Ganz ähnlich beurteilt dies Erin Simpson vom Canadian Council for International Cooperation (CCIC): „Beurteilt man die im Entstehen befindliche Politik der Geberländer bezüglich gescheiterter und fragiler Staaten zeigt sich, dass das State-Building-Model hochgradig interventionistisch, ja sogar quasi-kolonial ist. [...] In der ersten Phase erfolgt die Stabilisierung durch eine militärisch geführte ‚Friedensunterstützen-

de Operation‘. In der zweiten Phase folgt der Aufbau von Institutionen, einschließlich der Anfertigung einer neuen Verfassung und in der dritten und letzten Phase die Konsolidierung der institutionellen und politischen Reformen. [...] Der unausweichliche Einsatz militärischer Gewalt ebenso, wie die Neuerstellung von Verfassungen und die groß angelegte Umstrukturierung der Ökonomie in Wiederaufbauprozessen sollte Befürworter einer demokratischen Entwicklung mit Sorge erfüllen. Wir waren in den 1980er und 90er besorgt über die Strukturanpassungsprogramme [des Internationalen Währungsfonds], hier handelt es mit um strukturellen Wiederaufbau – mit Waffen.“³⁸⁹ Zwar entspricht dieser neoliberale „Wiederaufbau“ den grundlegenden ordnungspolitischen Vorstellungen der westlichen Industrienationen, er trägt aber nichts dazu bei, die Lebenssituation vor Ort zu verbessern, im Gegenteil, wie im Folgenden anhand der Beispiele Afghanistan und Kosovo gezeigt werden soll.

6.1 Neoliberalismus als europäische Kernideologie

Im Zuge der Veröffentlichung ihrer „External Competitiveness Strategy“ durch die EU-Kommission im Oktober 2006 gab Handelskommissar Peter Mandelson die Richtung vor: „Was verstehen wir unter externen Aspekten der Wettbewerbsfähigkeit? Wir meinen damit, dass Europäische Unternehmen [...] dazu befähigt werden müssen, Zugang zu und eine sichere Operationsfähigkeit in den Weltmärkten zu erhalten. Das ist unsere Agenda.“³⁹⁰ Hierfür setzt die Europäische Union außenpolitisch konsequenterweise voll auf neoliberale Politiken. Obwohl in seiner ursprünglichen Fassung wohl gescheitert, lassen sich hierfür dennoch exemplarisch die einschlägigen Passagen des EU-Verfassungsvertrags (später: Vertrag von Lissabon) anführen, der folgendes Ziel ausgibt: „die Integration aller Länder in die Weltwirtschaft zu fördern, unter anderem auch durch den allmählichen Abbau von Beschränkungen des internationalen Handels.“ (Artikel III-193) Weiter beabsichtige man, „zur schrittweisen Beseitigung der Beschränkungen im internationalen Handelsverkehr und bei den ausländischen Direktinvestitionen sowie zum Abbau der Zoll- und anderer Schranken beizutragen.“ (Artikel III-216)

Darüber hinaus werden im EU-Verfassungsentwurf ebenso, wie in der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) ausgerechnet IWF und Weltbank als „Schlüsselinstitutionen“ zur Armutsbekämpfung bezeichnet. Im EU-Verfassungsvertrag findet sich eine allgegenwärtige Diskrepanz zwischen hehren Zielen und neoliberalen Mitteln, die von Ulrich Duchrow folgendermaßen zusammengefasst wird: „Zwar wird hier als Hauptziel ‚die Bekämpfung und auf längere Sicht die Beseitigung der Armut‘ festgestellt (III.218). Die Erreichung dieses

³⁸⁴ Masala, Carlo: Managing Protectorates: Die vergessene Dimension, in: Politische Studien, Januar/Februar 2007, S. 49-55, S. 49.

³⁸⁵ Vgl. für eine der wenigen Ausnahmen Julien, Barbara: Rethinking neo-liberal state building: building post-conflict development, in: Development in Practice, Vol. 18, No. 3 (June 2008).

³⁸⁶ Lacher, Wolfram: Iraq: Exception to, or Epitome of Contemporary Post-Conflict Reconstruction?, in: International Peacekeeping, Vol. 14, No. 2 (April 2007), S. 237-250, S. 241.

³⁸⁷ Pugh, Michael: The political economy of peacebuilding: a critical theory perspective, in: International Journal of Peace Studies, vol. 10, no. 2 (autumn/winter 2005), S. 23-42.

³⁸⁸ Gill, Stephen: Die falsche Antwort auf die amerikanische Frage, in: Prokla, Jg. 34, Nr. 135 (2004), S. 287-297, S. 290.

³⁸⁹ Simpson, Erin: Two Become One: The Integration of Security and Humanitarian Action, the networker, Juni 2006.

³⁹⁰ Europe competing in the world, Speech by Peter Mandelson at the Churchill Lecture, Federal Foreign Office, Berlin, 18 September 2006, URL: http://ec.europa.eu/commission_barroso/mandelson/speeches_articles/sppm114_en.htm (eingesehen 03.07.2007).

Hauptziels kann aber nur scheitern, wenn man die zwei fundamentalen Widersprüche ins Auge fasst, die ihm im Rahmen dieser Verfassung entgegenstehen. Der erste besteht in der überragenden, die ganze Verfassung durchziehenden Priorität der Liberalisierung. Denn die Entwicklung von schwächeren Ländern im Rahmen der Weltwirtschaft kann nur mit Hilfe von Schutzmaßnahmen der eigenen Wirtschaft gelingen. Das ist eine Binsenweisheit, die in der Geschichte des Kapitalismus hundertfach belegt werden kann. Der zweite Widerspruch besteht darin, dass die Entwicklungszusammenarbeit im gleichen Artikel III.218 ausdrücklich an die Politik der zuständigen internationalen Organisationen gebunden wird, d.h. u.a. an IWF, Weltbank und WTO. Auch hier ist empirisch feststellbar, dass deren Politik Armut schafft, statt sie zu beseitigen.³⁹¹

Selbstredend wird diese Politik auch ohne neuen Vertrag fortgesetzt: „Der Versuch, den Neoliberalismus konstitutionell zu etablieren, ist zwar 2005 gescheitert, die neoliberale Politik jedoch wird ungehemmt fortgesetzt.“³⁹² Hierfür begann die EU-Kommission unter dem viel sagenden Arbeitstitel „Global Europe“ an einer neuen Strategie zu arbeiten, die schließlich im Oktober 2007 unter dem Namen „Das europäische Interesse – Erfolg im Zeitalter der Globalisierung“ vorgelegt wurde. Sie soll als „Grundlage für eine Strategiedebatte dienen“ und „Europas Antwort auf die Globalisierung“ darstellen: „Als weltgrößter Exporteur von Waren und Dienstleistungen [...] profitiert die EU in erheblichem Maße von einer offenen Weltwirtschaft. [...] Sie hat ein offenkundiges Interesse daran, dass die Weltordnungspolitik Regeln folgt, die ihre Interessen und Werte widerspiegeln. [...] Die EU muss das ihr zur Verfügung stehende Instrumentarium in vollem Umfang nutzen, wenn sie ihre Stellung in einer globalisierten Welt stärken will. [...] Gleichzeitig ist es wichtig, dass die EU ihren Einfluss in internationalen Verhandlungen geltend macht, um auch von anderen Offenheit einzufordern: Offenheit lässt sich politisch nur dann rechtfertigen, wenn sie auf Gegenseitigkeit basiert. Die EU muss dafür sorgen, dass ihre Exporteure und Investoren in Drittländern ein angemessenes Niveau an Offenheit sowie Grundregeln vorfinden, die unsere Fähigkeit nicht beeinträchtigen, unsere Interessen zu schützen.“³⁹³ Was sich allerdings hinter so egalitär anmutenden Phrasen wie „Offenheit“ und „gleiche Bedingungen“ verbirgt, ist nackter Egoismus, denn Freihandel unter ungleichen Partnern nützt immer dem ökonomisch Stärkeren. Gerade was die erzwungene Zurichtung von Ländern der Dritten Welt anbelangt, ist seit einigen Jahren eine Kursverschärfung feststellbar³⁹⁴, woran auch die Entwicklungszusammenarbeit beteiligt ist.

³⁹¹ Duchrow, Ulrich: Der Gott der EU-Verfassung, in: Zeitschrift für Entwicklungspolitik, Heft 5/6/2004.

³⁹² Altwater, Elmar: S.O.S. Europa, Freitag 51/52/2005.

³⁹³ Das europäische Interesse: Erfolg im Zeitalter der Globalisierung. Mitteilung der Kommission, Brüssel, den 3.10.2007 KOM(2007) 581 endgültig, S. 4.

³⁹⁴ Willett, Susan: Development and security in Africa, in: Harris, Geoff (ed.): Achieving Security in Sub-Saharan Africa, Pretoria 2004, S. 101-120, S. 111.

6.2 Bittere Medizin: Neoliberale Entwicklungshilfe als Armutsbekämpfung

Selbstverständlich kritisieren weiterhin viele im Entwicklungsbereich tätige Menschen und Organisationen die armutsverschärfenden Auswirkungen neoliberaler Politik. Es gibt jedoch auch dort andere Stimmen. So sehen zwei Vertreter des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik „eine Entwicklungspolitik notwendig, die in den Partnerländern die Akzeptanz liberaler Normen im internationalen System begünstigt.“³⁹⁵ Auch der EU-Konsens zur Entwicklungspolitik bedient sich der üblichen Codewörter, die für eine Umsetzung der neoliberalen Agenda stehen: „Bei den ärmsten Ländern, insbesondere den LDC und kleinen Ländern, Ländern ohne Zugang zum Meer und Inselstaaten muss der Schwerpunkt besonders auf der Angebotsseite und auf der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Privatsektors liegen.“³⁹⁶

Völlig unverfroren gibt Christian Ruck, entwicklungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, an, eine Hauptaufgabe der Entwicklungshilfe bestehe darin, den Marktzugang für westliche Konzerne zu verbessern: „Die Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung und die Herstellung von Stabilität in den Entwicklungsländern wird nur erreichbar sein, wenn es gelingt, dort gute Regierungsführung und ein investitionsfreundliches Klima zu etablieren. Die Lösung dieser Aufgabe fällt vorrangig in die Eigenverantwortung der betroffenen Länder. Die deutsche Entwicklungspolitik sieht es aber als zentrale Aufgabe an, ihre Partner dabei zu unterstützen.“³⁹⁷

Ganz direkt hat derselbe Abgeordnete in einem gemeinsamen Grundsatzpapier zusammen mit Verteidigungsstaatssekretär Christian Schmidt eine Instrumentalisierung der Entwicklungshilfe für die Durchsetzung machtpolitischer Interessen eingefordert und dabei wirtschafts- und sicherheitspolitische Strategien in den Kontext von Entwicklungszusammenarbeit gestellt: „Die Destabilisierung bestimmter Entwicklungs- und Schwellenländer kann das internationale Wirtschafts- und Finanzgeschehen und unsere Interessen als Exportnation negativ tangieren. [...] In grundlegende politische Entscheidungen zu Fragen auswärtiger Politik sollten stets unsere nationalen Interessen einfließen. Dies gilt nicht nur für militärische Einsätze, sondern sollte auch auf unser entwicklungspolitisches Engagement ausgedehnt werden. [...] Hierfür muss die Bundesregierung [...] endlich die Interessenlage unseres Landes im Hinblick auf die zukünftige Verknüpfung unserer Sicherheits- und entwicklungspolitik eindeutig definieren. Deshalb ist es höchste Zeit für die Entwicklung einer nationalen Ge-

³⁹⁵ Faust, Jörg/Meissner, Dirk: Entwicklungspolitik als ein Kernelement der europäischen Sicherheitspolitik, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Analysen und Stellungnahmen (3/2004), S. 2.

³⁹⁶ EU-Konsens über die Entwicklungspolitik 2006, S. 12.

³⁹⁷ Ruck: Partnerschaft mit der Wirtschaft zu einer „Allianz für Entwicklung“ ausbauen!, Mitteilung, 23.01.2006, URL: http://www.christian-ruck.de/infopool/presse/2006/pm_240106WirtschaftEZ.pdf (eingesehen 20.08.2007). Hervorhebung JW.

samtstrategie. Diese sollte Antworten darauf finden, welche Weltregionen für die Abwehr von Gefahren für unsere äußere und innere Sicherheit eine zentrale Rolle spielen;

- der Ausgangspunkt eines besonders hohen Bedrohungspotentials sind;
- der Ursprung von Angriffen auf unsere freiheitlich-demokratischen Grundwerte sind;
- für die Steigerung von Deutschlands politischem und wirtschaftlichem Stellenwert in der Welt von besonderer Bedeutung sind;
- für den Zugang zu den für unsere Wirtschaft unverzichtbaren Auslandsmärkten und Rohstoffen besonders wichtig sind;
- und für die Sicherung unserer Energieversorgung eine wesentliche Rolle spielen.³⁹⁸

In etwas verklausulierter Form wurde eine Rohstoffoffkussierung Ende 2006 auch in ein Positionspapier der CDU/CSU-Fraktion übernommen: „Energie- und Entwicklungspolitik müssen stärker miteinander verzahnt werden. Die Entwicklungspolitik muss als eigenständiges und nachhaltiges Element in eine umfassende und langfristig angelegte Energieversorgungspolitik im eigenen Interesse einbezogen werden.“³⁹⁹ Zwar konnte sich diese Position – bislang – noch nicht durchsetzen, der Schwarz-Rote Koalitionsvertrag betont sowohl die Eigenständigkeit der Entwicklungshilfe als auch die Verpflichtung auf Armutsbekämpfung⁴⁰⁰, dennoch gewinnen derartige Instrumentalisierungsversuche zunehmend an Boden. So betont etwa die Rohstoffstrategie der Bundesregierung vom März 2007, man müsse „Rohstoffpolitische Ansätze in der Entwicklungspolitik stärken“.⁴⁰¹

Kein Wunder, dass für viele Menschen in der Dritten Welt die Entwicklungshilfe lediglich eine Art „freundliche Unterjochung“ darstellt, mit der auf nicht-militärischem Weg die Interessen der Geber durchgesetzt werden sollen: „Selten wird gesehen, dass meist vor allem strategische Interessen der Geberländer dahinter stehen. [...] Letzten Endes profitiert nicht Afrika von der Hilfsindustrie, sondern die internationale Rohstoffindustrie, Banken, Wirtschaftsprüferfirmen und lokale Filialen von auswärtigen Unternehmen. Paradoxerweise liegt es nicht im Interesse der Hilfsindustrie, einheimische afrikanische Lösungsstrategien

zu fördern.“⁴⁰² Ähnlich äußert sich auch Aminata Traoré, eine ehemalige Ministerin in Mali: „Wir stellen zudem immer wieder fest, dass westliche Interessen Vorrang haben und Gegenleistungen erwartet werden. Quidproquo ist entwicklungspolitische Realität. Im Zuge der neoliberalen Globalisierung wollen die reichen Länder mit ihrer ‚Hilfe‘ das Geschäft ankurbeln, selbst wenn das uns zum Nachteil gereicht. [...] Auf Bamanan sagen wir: ‚Die Hand, die gibt, ist über der, die empfängt.‘ Entwicklungszusammenarbeit bildet da keine Ausnahme. Die Konditionen geben den Geberländern Raum für Entscheidungen, Urteile, Belohnungen und Sanktionen. Indem sie ihn nutzen, verstoßen sie gegen den demokratischen Geist, der Macht des Volkes, durch das Volk und für das Volk fordert.“⁴⁰³

Auf EU-Ebene wird die Vergabe von Entwicklungshilfe zunehmend davon abhängig gemacht, ob ein Land bereit ist, sich dem neoliberalen Weltwirtschaftssystem anzuliefern. So stellten hohe Beamte der EU-Kommission während einer Pazifikreise im Jahr 2006 unmissverständlich klar, dass die Vergabe von Entwicklungshilfe an die Bereitschaft zur Unterzeichnung von Handelsverträgen (Economic Partnership Agreements, EPAs) gekoppelt ist.⁴⁰⁴ Auch der EU-Konsens zur Entwicklungspolitik betont: „Die EU unterstützt nachdrücklich einen raschen, ehrgeizigen und auf Hilfestellung für die Armen ausgerichteten Abschluss der Doha-Entwicklungsrunde sowie von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) zwischen der EU und AKP-Ländern.“⁴⁰⁵ Dies ist insofern problematisch, da die EPA-Abkommen extrem negative Auswirkungen haben werden, wenn sie nicht unter veränderten Prämissen neu verhandelt werden,⁴⁰⁶ wie u. a. eine Studie des entwicklungspolitischen Netzwerkes EUROSTEP zusammen mit terre des hommes und Weed feststellt: „Die Autoren der Studie folgern, dass die geplante Handelsliberalisierung mit den AKP-Staaten massiv den Erfolg der Armutsbekämpfungs-Programme in den untersuchten Ländern und gefährdet die Ziele des Cotonou-Abkommens selbst untergräbt. [...] Sie kritisieren, dass sich die derzeitigen Verhandlungen im Eigeninteresse der EU auf den Zollabbau konzentrieren, während nicht-tarifäre Handelshemmnisse und andere Probleme, die steigenden Exporten aus den AKP-Staaten in die EU entgegenstehen, ausgeklammert bleiben. [...] ‚Aus der Studie geht klar hervor, dass die Menschen in den AKP-Staaten unter wirtschaftlichen und ökologischen Fehlentscheidungen leiden werden. Statt aus ökonomischem Eigennutz auf der Marktöffnung zu bestehen, sollte die EU zunächst eine autonome

³⁹⁸ Schmidt/Ruck 2005.

³⁹⁹ Energie- und Entwicklungspolitik stärker verzahnen, CDU/CSU-Positionspapier, 18.10.2006.

⁴⁰⁰ Deutsche Welthungerhilfe e.V./terre des hommes Deutschland e.V. (Hg.): Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe. Vierzehnter Bericht 2005/2006. Eine kritische Bestandsaufnahme der deutschen Entwicklungspolitik, S. 111.

⁴⁰¹ Die Bundesregierung: Elemente einer Rohstoffstrategie der Bundesregierung, Stand: März 2007, URL: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/E/elemente-rohstoffstrategie,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf> (24.08.2007): „Die Entwicklungspolitik ist gefordert, insbesondere rohstoffreiche Entwicklungsländer bei der Schaffung und Einhaltung verlässlicher und angemessener Rahmenbedingungen und kompetenter staatlicher Sektorinstitutionen zu unterstützen.“

⁴⁰² Shikwati, James: Fehlentwicklungshilfe in: Internationale Politik, April 2006.

⁴⁰³ „Überleben ist unsere Priorität“, Interview mit Aminata Traoré, in: Entwicklung & Zusammenarbeit 07/2006.

⁴⁰⁴ Sebban, Florent: EU aid masks big bully tactics in developing world, URL: <http://www.indymedia.org.uk/en/2007/01/360715.html> (06.08.2007).

⁴⁰⁵ EU-Konsens über die Entwicklungspolitik 2006, S. 7.

⁴⁰⁶ Die Neuverhandlung der Abkommen forderte die Bundestagsfraktion DIE LINKE in zwei Anträgen (16/3193; 16/7473) zwar vergeblich. Die durch die Anträge initiierten Parlamentsdebatten brachten die Bundesregierung jedoch in Erklärungsnot und bewirkten eine, wenn auch begrenzte, Öffentlichkeit für das Problem.

regionale Entwicklung unterstützen und auf Freihandel verzichten', so Klaus Schilder, Projektreferent für EU Nord-Süd-Politik bei WEED.⁴⁰⁷ Immer häufiger erfolgt die neoliberale Zurichtung jedoch nicht mehr indirekt über Konditionalitäten und Verträge, sondern auf direktem Weg im Rahmen des State Building.

6.3 Neoliberales State Building I: Theorie

Im Rahmen des „Stabilitätsexports“ wird das komplette neoliberale Programm durchgezogen: Verschleuderung des Staatseigentums durch umfassende Privatisierungen, Öffnung für ausländische Investoren und Handel, etc. Da diese Maßnahmen zumeist durch das Militär abgesichert werden, handelt es sich hierbei um „umgestaltende Besetzungen“ („transformational occupations“⁴⁰⁸), die auf die vollständige neoliberale Zurichtung der betroffenen Länder hinauslaufen. Nach klassischem Besatzungsrecht sind derartige Eingriffe in die innere Verfassung des unterworfenen Staates jedoch illegal: „Die Befugnis zur Änderung des institutionellen Gefüges, zur Revolutionierung der Verfassungsordnung gewährt das klassische Recht der militärischen Besetzung nicht – im Gegenteil, es schließt eine derartige Umgestaltung eigentlich bewusst aus. [...] Letzten Endes gibt keiner der klassischen Interventionstitel eine Folgebefugnis zur Transformation der staatlichen Ordnung her.“⁴⁰⁹

Dennoch ist die neoliberale Transformation der Gesellschaftssysteme der Kern der gesamten Nation-Building-Agenda. Wie erwähnt lautet dabei das Argument, dass ohne „Stabilitätsexport“ mit anschließendem Staatenbau unter kolonialer Beaufsichtigung eine Integration in den Weltmarkt und neoliberale Umstrukturierungen unmöglich seien, die ihrerseits als Vorbedingung für eine erfolgreiche Bekämpfung von Armut und hieraus resultierenden Konflikten zurechtinterpretiert werden („liberaler Friede“⁴¹⁰): „Unter Wiederaufbau verstehe ich die Wiederherstellung einer funktionsfähigen, auf allgemeinen Regeln basierenden politischen Ökonomie“, betont etwa Mary Kaldor.⁴¹¹ Unerwähnt bleibt dabei, wer diese Regeln aufstellt und wie sie sich auswirken. Denn es sind die vom Westen dominierten Institutionen, IWF, Weltbank und WTO, die die Regeln der internationalen Ökonomie diktieren, was sich auch in den praktischen Vorschlägen zum Staatenbau niederschlägt.

Ein Paradebeispiel zum Verständnis des neoliberalen State Building und seines quasi-kolonialen Charakters liefert Roland Paris, einer der führenden Propagandisten dieses Ansatzes: „Internationale Friedenserhal-

tungseinsätze streben die Stabilisierung von Ländern an, die kurz zuvor von Bürgerkriegen heimgesucht wurden. Hierfür wurde von den internationalen Friedensstiftern eine spezifische Vision verkündet, wie sich Staaten intern organisieren sollten, auf der Grundlage liberaler Demokratie und einer marktwirtschaftlich orientierten Ökonomie. Durch den Wiederaufbau vom Krieg erschütterter Staaten im Einklang mit dieser Vision, haben die Friedensstifter de facto einen Standard für angemessenes Verhalten vom liberal-westlichen Kern des internationalen Systems auf die gescheiterten Staaten der Peripherie ‚übertragen‘. Aus diesem Blickwinkel ähnelt die Friedenskonsolidierung einer aktualisierten (und wohlwollenderen) Version der mission civilisatrice oder der Überzeugung während der Kolonialzeit, dass die europäischen imperialen Mächte eine Pflicht zur ‚Zivilisierung‘ der abhängigen Bevölkerungen und Territorien hätten.“⁴¹² Generell plädieren nahezu sämtliche einflussreichen Befürworter des State Building dafür, dass der Umstrukturierung entlang neoliberaler Linien absolute Priorität vor allen anderen Aspekten einzuräumen sei: „Obwohl Peacemacher nicht mit einer einheitlichen Vision oder einer einzigen Blaupause agieren, leiten liberale Werte so eindeutig ihre Aktivitäten, dass wir ihre gemeinsamen Anstrengungen als ‚Liberales Peacebuilding‘ bezeichnen können.“⁴¹³

De facto handelt es sich aber bei diesem neoliberalen Nation Building um wenig mehr, als um eine selbst erteilte Lizenz zum Plündern: „Die selbstgefällige und selbstgerechte Legitimation für die Interventionenkriege liefert das operative Kontrollkonzept, das von seinen Betreibern als ‚Demokratie‘ und als ‚nation- und state-building‘ bezeichnet wird und hinter solchen Euphemismen nur mühsam das tatsächliche Geschehen verdeckt: die gewaltsame Öffnung und Enteignung des Südens, im Irak, und nicht nur dort, durchgesetzt durch die territoriale und politische Fraktionierung der Gesellschaft nach kulturellen, religiösen und ethnischen Kriterien. Im Kontext imperialer Kriege ist Demokratie in der Peripherie also eine operative Mission, d.h. die Installation eines Kontrollregimes, das durch die Anwesenheit der Besatzungsmächte physische Gestalt annimmt.“⁴¹⁴

6.4 Neoliberales State Building II: Afghanistan

Deutschland nimmt bei der neoliberalen Umgestaltung der afghanischen Wirtschaftsstrukturen eine führende Rolle ein, wie das Bundesamt für Außen-

⁴⁰⁷ Studie belegt Armutsverschärfung durch Freihandel, ngo-online.de, 31.03.2004; Cotonou Working Group: Report of Seminar on the ACP-EU-Partnership Agreement, Brüssel, 20.10.2003.

⁴⁰⁸ Vgl. Scheffer, David J.: Beyond Occupational Law, The American Journal of International Law, Vol. 97, No. 4 (October 2003), pp. 842-860.

⁴⁰⁹ Oeter, Stefan: Post-Conflict Peacebuilding, in: Friedenswarte, Nr. 1-2/2005, S. 41-60, S. 43, 45.

⁴¹⁰ Für einen Überblick vgl. die Beiträge in Conflict in Focus, Nr. 22 (Dezember 2007).

⁴¹¹ Kaldor 2000, S. 209.

⁴¹² Paris, Ronald: International Peacekeeping and the „mission civilisatrice“, in: Review of International Studies 28/2002, S. 637-656.

⁴¹³ Barnett, Michael: Building a Republican Peace: Stabilizing States after War, International Security. Vol. 30, No. 4 (Spring 2006), pp. 87-112, S. 88. Ein Paradebeispiel für dieses „liberale Peacekeeping“ ist Dobbins, James: Preparing for Nation-Building, Survival, vol. 48, no. 3 (Autumn 2006), pp 27-40.

⁴¹⁴ Alnasseri 2004.

wirtschaft wohlwollend feststellt: „Ein Erfolg ist die mit Hilfe der Bundesregierung geschaffene ‚Afghan Investment Support Agency – AISA‘, die Investoren innerhalb von nur einer Woche sämtliche Formalitäten abnimmt, deren Registrierung vornimmt und eine Steuernummer vergibt. [...] Die marktwirtschaftliche Ausrichtung der Wirtschaft und der Schutz von Investoren wurden in die neue afghanische Verfassung aufgenommen; [...] Die Bundesregierung hat im April 2005 ein bilaterales Investitionsschutzabkommen mit Afghanistan gezeichnet. [...] Afghanistan kann als eine der offensten Volkswirtschaften überhaupt, auf jeden Fall aber als die offenste Volkswirtschaft der Region bezeichnet werden. Handelsbeschränkungen und Subventionen sind praktisch nicht existent, und die afghanische Regierung zeigt sich sehr aufgeschlossen für Investitionen im Land.“⁴¹⁵ Der betreffende Satz der afghanischen Verfassung lautet wörtlich: „Der Staat ermuntert und schützt private Kapitalinvestitionen und Unternehmen auf der Basis der Marktwirtschaft und garantiert deren Schutz im Einklang mit den rechtlichen Bestimmungen.“⁴¹⁶

Die lobend erwähnte und von Deutschland ins Leben gerufene „Afghan Investment Support Agency“ erweist sich dabei als wichtiger Durchlauferhitzer für westliche Investitionen. Ihren Angaben zufolge haben sich seit 2003 mehr als 6.200 Unternehmen als Investoren registriert. Das bei der Agentur erfasste Investitionsvolumen war Anfang 2008 mit rd. 2,4 Mrd. US-Dollar angegeben worden. Zu den großen ausländischen Investoren zählen u. a.: Siemens, Tobishima Japan, British Petroleum, Air Arabia, Alcatel, Dagris, Coca-Cola, KPMG, Roshan, Afghan Wireless, Alcatel, Hyatt, Serena Hotels und DHL.⁴¹⁷ Auch deutsche Unternehmen gehen dabei also nicht leer aus: „Konkrete Ergebnisse für deutsche Investitionen/Firmenübernahmen gibt es bereits beim Aufbau eines weiteren GSM-Mobilfunknetzes, im Bereich der pharmazeutischen Industrie, in der Gastronomie und die Übernahme einer Zuckerfabrik in der Provinz Baghlan durch das deutsche Unternehmen Südzucker.“⁴¹⁸ Damit diese Konzerne auch tatsächlich in Afghanistan investieren, wurden für sie paradisiische Bedingungen geschaffen. Das bereits erwähnte Investitionsschutzabkommen diktiert u. a. umfangreiche Zollreduzierungen und es eröffnet darüber hinaus die Möglichkeit für einen 100%igen Firmenbesitz von Ausländern sowie einen weit reichenden Schutz vor Enteignungen. Hinzu kommen noch eine Steuerbefrei-

ung für die ersten vier bis acht Jahre und die Option auf einen 100%igen Gewinntransfer ins Ausland.⁴¹⁹

Zwar ist es damit tatsächlich gelungen, in Afghanistan, ausgehend von einem sehr niedrigen Ausgangsniveau, Wirtschaftswachstum zu initiieren, es lag bei 8,4% im Jahr 2008.⁴²⁰ Jedoch speist sich dieses Wachstum nahezu vollständig aus zwei Quellen: Einmal der boomenden Drogenökonomie und zum anderen aus den westlichen „Hilfsgeldern“. Eine eigenständige Wirtschaftstätigkeit ist faktisch nicht existent. Noch schwerer wiegt, dass von diesem Wirtschaftswachstum bei der Bevölkerung nichts ankommt. Schuld daran sind nicht zuletzt die geringen Staatseinnahmen (lediglich 400 Mio Euro), die auch ein Ergebnis der geringen Besteuerung ausländischer Unternehmenstätigkeiten sind: „Alle investiven und rund 70% der laufenden Staatsausgaben (Stand: Herbst 2007) werden von den Gebern bestritten. Das Steueraufkommen ist eines der niedrigsten im Weltvergleich. Die geringe Steuerbasis (IWF-Schätzung 2007: rund 6,4% des BIP) und anhaltende Entwicklungsdefizite erklären, dass die Haushaltseinnahmen gegenwärtig maximal für rund die Hälfte der laufenden Kosten des Staatshaushalts ausreichen.“⁴²¹

Profitabel ist derzeit vor allem der Wiederaufbau selbst. Denn auch wenn die „internationale Gebergemeinschaft“ weit hinter den zugesagten Hilfsgeldern zurückbleibt⁴²², so lässt sich dennoch einiges damit verdienen. Denn die Geberländer achten tunlichst darauf, dass ihre Hilfsgelder wieder in die Taschen westlicher Konzerne zurückwandern. Obwohl afghanische Firmen die meisten Aufträge billiger und hochwertiger durchführen könnten, sollen sich lieber westliche Konzerne eine goldene Nase verdienen. So kritisiert Caritas International die vorherrschende Vergabepaxis mit folgenden Worten: „Viel davon ist das Ergebnis ‚gebundener Hilfe‘ bei der die Geldgeber ihre Unterstützung an vertraglich vereinbarte Bedingungen knüpfen, dass importierte Arbeitskräfte und Güter genutzt werden müssen, zumeist des jeweiligen Geber-Landes.“⁴²³ Offenbar scheint es so zu sein, dass „ein Großteil der ausgegebenen Mittel, sowohl von EU- als auch von US-Seite, dafür genutzt wurden, allein die Profitinteressen westlicher Konzerne

⁴¹⁵ Bundesamt für Außenwirtschaft: Wirtschaftsentwicklung 2006, 27.11.2006, URL: <http://tinyurl.com/43m65p> (08.09.2008).

⁴¹⁶ Official Afghan Constitution, Artikel 10, URL: <http://arabic.cnn.com/afghanistan/ConstitutionAfghanistan.pdf> (eingesehen 08.09.2008).

⁴¹⁷ Wirtschaftstrends kompakt Afghanistan 2007/08, Bundesamt für Außenwirtschaft, 21.02.2008, URL: https://www.bfai.de/ext/anlagen/PubAnlage_4260.pdf?show=true (eingesehen 09.09.2008), S. 6.

⁴¹⁸ Haydt, Claudia: Effektiver Kolonialismus, in: AUSDRUCK (Februar 2006). Vgl. auch Afghanistan: Wirtschaft, Auswärtiges Amt, Dezember 2007, URL: <http://tinyurl.com/3wwu6q> (09.09.2008).

⁴¹⁹ Vgl. Baraki, Matin: Afghanistan nach den Taliban, in: APuZ, Nr. 48 / 22.11.2004. Schon bevor Deutschland das Abkommen forcierte, hat das afghanische Parlament ein entsprechendes Gesetz erlassen: „Im September 2002 ratifizierte die afghanische Regierung das law on domestic and foreign private investment in Afghanistan, das keine Unterscheidung zwischen ausländischen und inländischen Investitionen macht. Dieses Gesetz ermöglicht 100% ausländische Investitionen, den vollständigen Transfer von Gewinnen und Kapital aus dem Land heraus, internationale Schlichtungsverfahren sowie „stromlinienförmige“ Lizenzverfahren. Auch werden Ausländer, die Kapital nach Afghanistan bringen, für vier bis acht Jahre von Steuern befreit.“ Vgl. Bertelsmann Transformationsindex: Afghanistan, URL: http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/laendergutachten/asien_ozeanien/Afghanistan.pdf (10.09.2008).

⁴²⁰ Wirtschaftstrends kompakt Afghanistan 2008, S. 1.

⁴²¹ Ebd., S. 5.

⁴²² Vgl. Waldman, Matt: Falling Short - Aid Effectiveness in Afghanistan, ACBAR Advocacy Series, Oxfam 2008.

⁴²³ Caritas 2008.

zu bedienen.⁴²⁴ Eine Studie mit dem viel sagenden Titel „Afghanistan Inc.“ der afghanischen Politikwissenschaftlerin Fariba Nawa bestätigt diesen Verdacht. Sie beschreibt den primär westliche Konzerninteressen bedienenden „Wiederaufbau“ ihres Landes mit folgenden Worten: „Die Afghanen verlieren das Vertrauen in die Entwicklungsexperten, deren Aufgabe der Wiederaufbau des Landes ist. [...] Was die Menschen sehen, sind eine handvoll ausländischer Firmen, die Prioritäten für den Wiederaufbau setzen, die sie reich machen, sich aber teilweise auf absurde Weise gegenüber dem, was notwendig, ist als kontraproduktiv erweisen.“⁴²⁵

Die Folgen dieses neoliberalen „Wiederaufbauunwesens“ sind verheerend. Während sich westliche Konzerne in die eigenen Taschen wirtschaften und die NATO im Land Krieg führt, verschlechtert sich die humanitäre Situation immer weiter. Ein Armutszeugnis, anders kann man es nicht nennen, dass der aktuelle Afghanistan-Report der UN-Entwicklungsorganisation (UNDP) feststellt, die humanitäre Situation habe sich im Zuge des westlichen „Wiederaufbaukrieges“ gegenüber der Taliban-Herrschaft sogar noch weiter verschlechtert. 61% der Bevölkerung seien chronisch unterernährt und 68% hätten keinen Zugang zu Trinkwasser.⁴²⁶ Vor allem die Nahrungsmittelversorgung hat sich in letzter Zeit dramatisch zugespitzt: „Der Weizenpreis – Brot bildet das Hauptnahrungsmittel der Afghanen – hat sich 2007 bereits mehr als verdoppelt, und seit Anfang 2008 stieg er nochmals um über 60%.“⁴²⁷ Caritas International zufolge kommt es mittlerweile zu zahlreichen Hungerprotesten im ganzen Land.⁴²⁸ Nüchtern wird diesbezüglich im NATO-Review festgestellt: „Es ist durchaus möglich, dass sich junge Männer aufgrund der hohen Lebensmittelpreise eher von regierungsfeindlichen Elementen, einschließlich der Taliban, rekrutieren lassen.“⁴²⁹

Dennoch unterzeichnete Präsident Hamid Karzai im April 2008 die in enger Zusammenarbeit mit der Weltbank erstellte Afghanistan National Development Strategy (ANDS). Sie schreibt die bisherige „Wiederaufbaupolitik“ mitsamt ihren neoliberalen Grundannahmen lückenlos fort. „Die ANDS bleibt weiterhin der These vom liberalen Frieden verpflichtet, die das internationale Afghanistan-Engagement seit der Bonn-Vereinbarung vom Dezember 2001 determiniert. Sie besagt, dass Demokratie und eine freie Marktwirtschaft den inneren politischen Frieden fördern“, schreibt Citha Mass, die Afghanistan-Expertin der Stiftung Wissenschaft und Politik.⁴³⁰

Generell fällt auch das schreiende Missverhältnis zwischen humanitären und militärischen Ausgaben auf. Allein die USA haben bislang für ihren Krieg in Afghanistan 172 Mrd. US-Dollar ausgegeben, Deutschland ca. 3,5 Mrd. US-Dollar. Demgegenüber wurden von den seit 2001 zugesagten 25 Mrd. US-Dollar für Hilfeleistungen für die Bevölkerung bis März 2008 lediglich 15 Mrd. US-Dollar bereitgestellt. Da ein Großteil davon in sicherheitsrelevante Bereiche und in Form von Unternehmensgewinnen und Beratergehältern direkt zurück in die Geberländer fließt, bleibt für die Armutsbekämpfung so gut wie nichts mehr übrig. Im Ergebnis gab die gesamte internationale Gemeinschaft zwischen 2002 und 2006 lediglich 433 Mio. US-Dollar für Gesundheits- und Ernährungsprogramme aus – allein die Kosten für die einjährige Verlängerung des deutschen ISAF-Einsatzes belaufen sich demgegenüber auf ca. 680 Mio. US-Dollar – Tendenz steigend.⁴³¹

Das Land am Hindukusch ist somit zu einem Paradebeispiel des Neoliberalen Kolonialismus geworden: „Unter dem formalen Dach der UNO wurde das Land seit Petersberg zu einem Protektorat der ‚internationalen Gemeinschaft‘ degradiert. [...] Als NATO-Protektorat hat Afghanistan weder politische noch ökonomische Perspektiven, geschweige denn eine friedliche Zukunft.“⁴³²

6.5 Neoliberales State Building III: Kosovo

Während Afghanistan wenigstens formal seine Souveränität bewahrt hat, ist der Status des Kosovo von dem einer Kolonie endgültig nicht mehr zu unterscheiden. Zwar enthielt die UN-Resolution 1244 vom 10. Juni 1999 noch ein Bekenntnis zur Souveränität und territorialen Integrität Jugoslawiens, hierbei handelte es sich jedoch offensichtlich um ein Lippenbekenntnis. Denn in der Resolution wurde ebenfalls die Einsetzung eines Sonderbeauftragten des UN-Generalsekretärs beschlossen und die Zivilverwaltung der UN-Behörde UNMIK unterstellt (der militärische Arm wird von der NATO-Truppe KFOR gestellt). Gleich mit ihrer ersten bindenden Anordnung (regulation) 1999/1 erließ sie eine Art Selbstermächtigungsgesetz: „alle legislative und exekutive Autorität mit Blick auf den Kosovo inklusive der Justizverwaltung vereinigt sich auf die UNMIK und wird vom Hohen Repräsentanten ausgeübt.“ Hiermit endete die Souveränität Jugoslawiens über das Kosovo, sie wurde jedoch nicht auf die dortige Bevölkerung, sondern auf die UNMIK übertragen. In Anordnung 1999/2 wurde anschließend die vormalige Rechtsprechung außer Kraft gesetzt, falls sie den Besatzern gegen den Strich gehen sollte: „Die Gesetze für das Gebiet des Kosovo, die vor den 24. März 1999 datieren, gelten weiter, wenn sie nicht mit [den] augenblicklichen oder künftigen Regulierungen der UNMIK“ kollidieren. In Anordnung 2000/42 gönnte sich die UNMIK das

⁴²⁴ Hantke, Martin: Kriegsökonomien und ihre Profiteure – Die Beispiele Kongo und Afghanistan, in: AUSDRUCK (Februar 2007).

⁴²⁵ Fariba Nawa: Afghanistan Inc., Oakland 2006, S. 28.

⁴²⁶ Vgl. Afghanistan Human Development Report 2007 – Bridging Modernity and Tradition: Rule of Law and the Search for Justice, UNDP 2007, S. 18-23.

⁴²⁷ BFAI: Investoren kehren Afghanistan den Rücken 2008.

⁴²⁸ Caritas International 2008.

⁴²⁹ Was bedeutet die Lebensmittelkrise in Afghanistan, in: NATO Review, Mai 2008.

⁴³⁰ Maass, Citha D.: A Change of Paradigm in Afghanistan, SWP Comments, June 2008, S. 2.

⁴³¹ Vgl. Wagner, Jürgen: Lackmustest Afghanistan, IMI-Studie 2008/11.

⁴³² Baraki, Matin: Zerfallendes Protektorat, Junge Welt, 11.11.2006.

Recht, Verträge mit Nachbarn abzuschließen und Niederlassungen mit Botschaftscharakter einzurichten. Anordnung 2000/47 erklärte das UNMIK- und KFOR-Personal „immun gegenüber der Rechtsprechung von Gerichten im Kosovo“ sowie „immun gegenüber jeder Form von Festnahme und Haft“ durch einheimische Justizorgane.⁴³³

Die UNMIK-Besatzungsbehörde ist in vier Pfeiler aufgeteilt, die von jeweils anderen Internationalen Organisationen geleitet werden. Für den inzwischen abgeschafften Pfeiler I, „Humanitäre Hilfe“ war der UNHCR zuständig. Die Zivilverwaltung im Rahmen des Pfeiler II wurde von den Vereinten Nationen übernommen, während die Demokratisierung und der Aufbau von Institutionen im Rahmen von Pfeiler III in den Aufgabenbereich der OSZE fällt. Den zentralen Pfeiler IV schließlich, der für „Wiederaufbau und ökonomische Entwicklung“ zuständig ist und dem lange der deutsche Joachim Rücker vorstand, hat sich die Europäische Union unter den Nagel gerissen.

Schon mit UNMIK-Anordnung 2001/9 wurde der kosovarischen Bevölkerung eine „Provisorische Verfassung“ oktroyiert, die u.a. bestätigt, dass der UN-Sonderbeauftragte für die Geld- und Wirtschaftspolitik zuständig ist, die generell auf die Einführung der „freien Marktwirtschaft“ abzielen habe, wie sogar in der Präambel festgelegt wurde.⁴³⁴ Wie die miserable wirtschaftliche Lage verbessert werden soll, erläuterte der stellvertretende Chef des vierten Pfeilers, Andreas Wittkowsky, ebenfalls ein Deutscher, im UNMIK-Hausblatt „Focus Kosovo“. Sein Programm könnte allerdings genauso gut aus der neoliberalen Giftküche des Internationalen Währungsfonds stammen: „Durch die Einführung investor-freundlicher Institutionen hat die UNMIK die Grundlagen für die langfristige Entwicklung des Kosovo geschaffen. Makroökonomische Stabilität wurde dabei primär durch die Einführung des Euro als Gebrauchswährung erreicht und indem dem Haushalt des Kosovo die Möglichkeit verwehrt wird, ein Defizit zu produzieren. [...] Mit der Einführung des Euro als stabiler Währung ist die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch eine Währungsabwertung keine Option mehr.“⁴³⁵ Neben diesem Verbot, die Wirtschaft mittels keynesianistischer Politik in Gang zu bringen, wurde zudem noch die Verschleuderung der Staatsbetriebe verfügt. Diese Enteignung staatlichen Eigentums wird über die per UNMIK Anordnung 2002/12 geschaffene Kosovo-Treuhand-Agentur (KTA) abgewickelt, die im März 2007 die 24ste Privatisierungsrunde ausrief. Sie kann inzwischen stolz darauf zurückblicken, fast die Hälfte der vormals staatseigenen Betriebe (270 von 592) meist zu einem Spotpreis verscherbelt zu haben. Auf

die Frage, ob es denn eine Alternative zum Privatisierungsprozess gebe, antwortete KTA-Generaldirektor Jasper Dick: „Nein, die sehe ich nicht. [...] Ich bin mit ganzem Herzen Kapitalist und was die Frage privaten bzw. öffentlichen Eigentums anbelangt glaube ich an die Ideen von Margaret Thatcher.“⁴³⁶

Die Resultate dieser Wirtschaftspolitik waren ebenso vorhersehbar wie dramatisch: Nach einer Studie der Weltbank leben 50% der Menschen im Kosovo in Armut sowie 11% in extremer Armut mit weniger als einem Dollar pro Tag. Darüber hinaus bewegt sich die Arbeitslosenrate laut Weltbank zwischen 49 und 57 Prozent (andere Quellen sprechen gar von 70 Prozent), wozu die umfassenden Privatisierungen wesentlich beitragen. Beispielhaft ist hier das Baukombinat Ramiz Sadiku in Pristina, dessen vormals 5000 Menschen umfassende Belegschaft nach der Privatisierung auf 200 geschrumpft ist. Die aus dieser Arbeitslosigkeit resultierende Armut wird zusätzlich durch massive Lohndrückerei verschärft, die ebenfalls eine Folge des Privatisierungsprozesses ist.

Bei der Durchsetzung der Privatisierung tat sich der für den ökonomischen Wiederaufbau lange verantwortliche Joachim Rücker besonders hervor, bspw. als er im Jahr 2005 den Industriegiganten Ferronikel an die Firma Alferon, an der u.a. Thyssen-Krupp beteiligt ist, gegen den Widerstand der Belegschaft verschleuderte. Für seine „Leistungen“ wurde der ehemalige Sindelfinger OB belohnt, indem man ihn Ende 2006 zum Leiter der UNMIK beförderte. Notfalls wird die Privatisierung also auch militärisch gegen den Protest der Bevölkerung bzw. der betroffenen Arbeiterschaft durchgesetzt. Das drastischste Beispiel hierfür war sicherlich die auf Anordnung des damaligen UNMIK-Chefs und heutigen französischen Außenministers Bernard Kouchner im Jahr 2000 durchgeführte Besetzung von Teilen der Trepca-Mine durch 800 KFOR-Soldaten. Sie erfolgte gegen den Widerstand der 250 Beschäftigten, die sich gegen die bevorstehende Privatisierung der auf einen Gesamtwert von fünf Milliarden Dollar taxierten Mine zur Wehr setzten.⁴³⁷ Wenn Rücker selbstzufrieden angibt, er habe die Grundlagen „für eine funktionierende Marktwirtschaft geschaffen“⁴³⁸, ist das angesichts der katastrophalen Ergebnisse der neoliberalen Politik der blanke Hohn. Dennoch sprach sich bspw. die Weltbank für eine intensivierte Fortführung des Privatisierungsprozesses aus, dem gegenüber sozialer Grundsicherung Priorität eingeräumt werden müsse.⁴³⁹

⁴³³ Zimmermann, Andreas/Stahn, Carsten: Yugoslav Territory, United Nations Trusteeship or Sovereign State?, in: Nordic Journal of International Law, No. 70 (2001), S. 423-460.

⁴³⁴ Constitutional Framework for Provisional Self-Government in Kosovo, UNMIK/REG/2001/9, 15 May 2001, S. 8.

⁴³⁵ Wittkowsky, Andreas/Bajraktari, Elinor: A vision for Kosovo's development, in: Focus Kosovo August/September 2005, S. 19/20.

⁴³⁶ Thumbs up for privatisation, Interview with Jasper Dick, Managing Director of the Kosovo Trust Agency, in: Focus Kosovo, March 2007.

⁴³⁷ Brym, Max: Joachim Rücker Chef in Kosova/o, Linkezeitung.de, 31.01.2007.

⁴³⁸ „Reif für die nächste Stufe“, Interview mit Joachim Rücker, Deutschlandradio, 11.01.2007.

⁴³⁹ Pugh, Michael: The political economy of peacebuilding: a critical theory perspective, in: International Journal of Peace Studies, vol. 10, no. 2 (autumn/winter 2005), S. 23-42; ders.: Crime and Capitalism in Kosovo's Transformation, Paper presented at ISA Conference, Hawaii, March 2005.

Dass der Kosovo de facto zu einer westlichen Kolonie geworden ist, wird teilweise unumwunden zugegeben, bspw. in einem von der FDP-Fraktion im März 2004 eingebrachten Bundestags-Antrag, der seinerzeit auch von der CDU/CSU unterstützt wurde. Er plädierte „für einen Status des Kosovo als EU-Treuhandgebiet. Dabei übernimmt die Europäische Union die Kompetenzen für Außenvertretung und Verteidigung, während die Kosovaren mittelfristig schrittweise die Verantwortung für die gesamte innere Verwaltung übernehmen. Die Souveränität des Kosovo geht damit auf die EU über.“⁴⁴⁰ Die Idee für diesen weit reichenden Vorschlag tauchte erstmals in einem Papier des transatlantischen Think Tanks International Crisis Group auf⁴⁴¹ und wurde vom Bertelsmann-nahen Centrum für angewandte Politikforschung aufgegriffen, das sich rühmt, besagten Bundestagsantrag maßgeblich beeinflusst zu haben.⁴⁴²

Die Anfang 2007 veröffentlichten Empfehlungen für die „Lösung“ der Kosovo-Frage des finnischen UN-Sondergesandten Martti Ahtisaari greifen genau diesen Vorschlag auf: Laut Ahtisaari-Bericht bleibt dabei der nun als „International Civilian Representative“ (ICR) bezeichnete Prokonsul weiterhin die „letzte Autorität“, dem auch künftig das Recht zusteht, das Parlament zu überstimmen und Funktionsträger zu feuern (Annex IX, Art. 21.d). Da der ICR mit dem EU-Sondergesandten identisch sein wird, wird der Kosovo hiermit endgültig „die erste Kolonie der Europäischen Union.“⁴⁴³

Ahtisaari selbst betont die Notwendigkeit, „den Privatisierungsprozess fortzuführen“ (Annex II, Ziffer 8) und schlägt hierfür die Bildung einer KTA-Nachfolgeorganisation mit denselben Kompetenzen vor (Annex VII, Art. 2.1). Darüber hinaus wird dem Kosovo erneut unmissverständlich vorgeschrieben, „eine offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ einzuführen (General Principles, Art. 1.4), was sich auch in der endgültigen Verfassung ebenso wieder finden muss (Annex I, Art. 1.2), wie die Einführung einer unabhängigen Zentralbank (Annex I, Art. 9.2).

Vor diesem Hintergrund erweist sich die „Unabhängigkeitserklärung“ des kosovarischen Parlaments vom 17. Februar 2008 als schlechter Witz. Denn dort wird zwar einerseits betont, der Kosovo sei jetzt ein „unabhängiger und souveräner Staat“, der „den Willen unseres Volkes widerspiegelt.“ Auf der anderen Seite wird aber versichert, man bewege sich damit „in voller Übereinstimmung mit den Empfehlungen des UN-Sonderbeauftragten Martti Ahtisaari und seinen umfassenden Vorschlägen zur Regelung des Status des Kosovo.“ Die Deklaration akzeptiert „umfassend die Verpflichtungen Kosovos nach dem Ahtisaari-Plan“

und versichert, die nun auszuarbeitende Verfassung werde „alle relevanten Prinzipien des Ahtisaari-Plans berücksichtigen.“⁴⁴⁴

Der Kosovo wird zudem bereits jetzt ins neoliberale Netz integriert. Am 1. Januar 2007 trat er, zusammen mit zahlreichen weiteren Ländern der Region, dem „Mittleuropäischen Freihandelsabkommen“ (CEFTA) bei, das den Abbau von Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen vorsieht. Für das CAP ist dies allerdings nur ein erster Schritt in die richtige (neoliberale) Richtung: „So bald wie möglich sollte auch der Handel in Dienstleistungen und der Schutz rechtlichen Eigentums gestärkt werden.“ Zudem sei die Öffnung der regionalen Energiemärkte im Rahmen der Energiegemeinschaft Südosteuropa (ECSEE), auch für die EU von Vorteil: „Während die Balkanstaaten staatliche Monopole aufgeben, ergeben sich für die EU-Staaten neue Marktchancen.“⁴⁴⁵ Auch das Europäische Parlament „begrüßt die Unterzeichnung von Freihandelsabkommen [und] drängt die Behörden des Kosovo, diese Abkommen umfassend umzusetzen.“⁴⁴⁶ So ist also damit zu rechnen, dass der neoliberale Zurichtungsprozess auch unter EU-Flagge ungebremsst fortgeführt werden wird, denn die Europäische Union soll in absehbarer Zeit die Kontrolle über das Land vollständig von den Vereinten Nationen übernehmen.

⁴⁴⁰ Status des Kosovo als EU-Treuhandgebiet, Bundestag-Drucksache 15/2860. Hervorhebung JW.

⁴⁴¹ International Crisis Group: „Intermediate Sovereignty“ as a basis for resolving the Kosovo, crisis-Report, 9. November 1998.

⁴⁴² Meurs, Wim van: Kosovo's Fifth Anniversary - On the Road to Nowhere?, C-A-P Working Paper 01.03.2004.

⁴⁴³ Kanzleiter, Boris: Die erste Kolonie der Europäischen Union, in: Graswurzelrevolution, Nr. 317/2007.

⁴⁴⁴ Mitchell, Paul: Das „unabhängige“ Kosovo: Anatomie eines westlichen Protektorats, World Socialist Web Site, 05.03.2008.

⁴⁴⁵ Tolksdorf, Dominik: Der westliche Balkan nach dem Ahtisaari-Vorschlag - Handlungsfelder auf dem Weg in die EU, CAP Reform-Spotlight 1/2007, S. 7. Hierbei sollte auch die wichtige strategische Lage des Kosovo als möglichem Transitland des kaspischen Öls berücksichtigt werden, worauf eine Studie der SPD-nahen SWP hinweist. Vgl. Altmann, Franz-Lothar: Südosteuropa und die Sicherung der Energieversorgung der EU, SWP-Studie 2007/01.

⁴⁴⁶ BERICHT zur Zukunft des Kosovo und die Rolle der EU (2006/2267(INI)), ENDGÜLTIG A6-0067/2007, S. 10.

Land	Ranking	Bevölkerung	Benötigte Truppen
Elfenbeinküste	1	17,298,40	345,961
DR Kongo	2	60,085,804	1,201,716
Sudan	3	40,187,486	803,750
Irak	4	26,074,906	521,498
Somalia	5	8,591,629	171,833
Sierra Leone	6	6,017,643	120,353
Tschad	7	9,826,419	196,528
Jemen	8	20,727,063	414,541
Liberia	9	3,482,211	69,644
Haiti	10	8,121,622	162,432
Afghanistan	11	29,928,987	598,580
Ruanda	12	8,440,820	168,816
Nordkorea	13	22,912,177	458,244
Kolumbien	14	42,954,279	859,086
Simbabwe	15	12,746,990	254,940
Guinea	16	9,467,866	189,357
Bangladesch	17	144,319,628	2,886,393
Burundi	18	6,370,609	127,412
Dominik. Republik	29	8,950,034	179,001
Zentralaf. Republik	20	3,799,897	75,998

Tabelle 4 Truppenbedarf für den „Stabilitätsexport“ (Stationierungsdauer 5-8 Jahre)

Quelle Christopher Preble/Justin Logan: *Failed States and Flawed Logic: The Case against a Standing Nation-Building Office*, CATO Policy Analysis no. 560, January 11, 2006, S. 18 auf Basis der Angaben des Defence Science Board.

7. Verschärfung von Armutskonflikten und globaler Kriegszustand

Die westlichen Staaten haben sich entschlossen, das neoliberale System mit Klauen und Zähnen zu verteidigen. Damit nehmen sie nicht nur die fortgesetzte Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung bewusst in Kauf, sondern bereiten sich auch auf die Notwendigkeit vor, immer häufiger armutsbedingte Gewaltkonflikte eindämmen zu müssen. Da sich der Westen hiermit auf einen dauerhaften Konfrontationskurs mit dem Rest der Welt begibt, wurde der „Krieg gegen den Terror“ nicht nur räumlich, sondern auch zeitlich entgrenzt. Der „lange Krieg“ (George W. Bush) um den Bestand dieser Weltwirtschaftsordnung wird zur zentralen und so ziemlich einzigen Aufgabe, zur „ontologischen Begründung des Staates“ (Philip S. Golub). Umso tragischer, dass die Entwicklungshilfe in immer stärkerem Maße zu einem integralen Bestandteil dieses Krieges zu werden droht.

7.1 Neoliberaler „Stabilitätsexport“ und selektive Interessensdurchsetzung

Der offensichtliche Widerspruch zwischen formell auf Demokratisierung angelegtem Nation Building und der praktischen Entmündigung der Bevölkerung im Rahmen des Stabilitätsexports sollte gerade moralisch argumentierenden Kosmopoliten zu denken geben. Selbst aus Sicht des BMZ scheint die Legitimität derartiger Protektorate und die damit einhergehende Transformation des Gesellschaftssystems nicht

grundsätzlich in Frage zu stehen, lediglich eine rasche Beendigung wird angemahnt: „Wie kann sichergestellt werden, dass an die Stelle so genannte ‚liberaler Protektorate‘ so schnell wie möglich wieder die Eigenverantwortung der betroffenen Länder tritt?“⁴⁴⁷

Außerdem sollte moralisch argumentierenden Stabilitätsexportbefürwortern zu denken geben, dass die umfassende und unterschiedslose „Stabilisierung“ gescheiterter Staaten einen exorbitanten Personalbedarf erfordern würde. So kommt eine Studie des Defence Science Board, das wichtigste wissenschaftliche Beratungsgremium des Pentagon, zu dem Ergebnis, dass für eine nachhaltige Stabilisierung gescheiterter Staaten 20 Soldaten pro 1000 Einwohner für 5-8 Jahre stationiert werden müssen. Auf dieser Grundlage würden für den Kongo bspw. mehr als 1,2 Mio. Soldaten benötigt, allein der Gesamtbedarf einer Besatzungsgruppe zur „Stabilisierung“ der 20 kritischsten Staaten beläuft sich auf ziemlich genau 10 Millionen Besatzungsgruppen.⁴⁴⁸

Man kann sich sicher sein, dass die hierfür erforderlichen personellen wie materiellen Ressourcen niemals bereitgestellt werden. Damit wird der so vollmundig geforderte „Stabilitätsexport“ zwangsläufig nur selektiv geschehen, und zwar dort, wo erhebliche ökonomische oder strategische Interessen betroffen sind. In bemerkenswerter Klarheit schreibt das Defence Science Board hierzu: „Bezüglich Ländern, in denen sehr wichtige US-Interessen betroffen sind und bei denen

⁴⁴⁷ BMZ-Diskurs 2004, S. 13.

⁴⁴⁸ Defense Science Board 2004, S. 27.

die Wahrscheinlichkeit einer US-Intervention hoch ist (hier als ‚reif und wichtig‘ bezeichnet), leitet der Präsident oder der Nationale Sicherheitsrat die Initiierung eines robusten Planungsprozesses ein, um die Streitfragen ohne Gewaltanwendung zu lösen, oder, falls die USA intervenieren sollten, für die Stabilisierungs- und Wiederaufbauphase.“⁴⁴⁹

Gleichzeitig rücken aber zahlreiche „vergessene Konflikte“ noch weiter in den Hintergrund, als dies ohnehin bereits der Fall ist⁴⁵⁰, sie werden erst dann relevant, wenn von ihnen eine erhebliche destabilisierende Wirkung auf das Gesamtsystem ausgeht: „Dabei ist es keine Frage, dass in vielen Teilen der Welt selbst ein minimales Interesse an Ausbeutung und Kontrolle nicht vorhanden ist, dass diese ‚globalen Favelas‘ (Buckel) sich selbst überlassen werden oder durch Privatbanden kontrolliert werden. Die Strategie der Befriedigung durch State-building setzt erst dann ein, wenn eine Ausweitung des Konflikts droht (durch Migration oder den Export von Terror) oder er in die globale Medienöffentlichkeit Eingang findet.“⁴⁵¹

7.2 Stabilitätsexport und gewaltsamer Widerstand

Wer nicht gewillt ist, die mit heutigen Konflikten elementar zusammenhängende Weltwirtschaftsordnung grundsätzlich in Frage zu stellen, dem wird wenig übrig bleiben, als die hieraus resultierenden Konflikte gewaltsam zu „stabilisieren“ und diesem Ziel sämtliche Ressourcen unterzuordnen. Zynischerweise sind es gerade die im Namen des „Stabilitätsexports“ errichteten Besatzungsregimes, die sich als Wasser auf die Mühlen des Terrorismus erweisen, wie von Robert Pape, einem der bekanntesten US-Politikwissenschaftler, bestätigt wird. Er fand in einer breit angelegten Studie heraus, dass praktisch sämtliche Selbstmordattentate „nicht einfach ein Ergebnis irrationaler Individuen oder fanatischen Hasses sind. Das vorrangige Ziel von Selbstmordattentaten ist es, [...] die Demokratien dazu zu zwingen, ihre Truppen aus dem Land, das die Terroristen als ihre Heimat betrachten, abzuziehen.“ Hieraus erklärt sich auch der dramatische Anstieg solcher Attentate in den letzten Jahren, weshalb seine Schlussfolgerung eindeutig ist: „Am wichtigsten ist, dass die enge Verbindung zwischen ausländischer Besatzung und dem Anstieg von Selbstmordattentaten denjenigen zu denken geben sollte, die Lösungen favorisieren, die die Eroberung von Ländern einschließt, um deren politische Systeme zu transformieren. Die Eroberung von Ländern mag terroristische Operationen kurzfristig behindern, aber es ist wichtig zu erkennen, dass die Besetzung von mehr Ländern sehr wohl zu einem Anstieg der Zahl der Terroristen führen könnte, die sich gegen uns

richten.“⁴⁵² Selbst die US-Geheimdienste haben inzwischen bestätigt, dass der Angriffskrieg gegen den Irak die terroristische Gefahr für die Vereinigten Staaten erhöht hat.⁴⁵³

Auch im Kosovo wird mittlerweile von albanischer Seite gegen die UNMIK-Besatzungsbehörde mobilisiert, vor allem von der Bewegung „Vetevendosje“ (Selbstbestimmung) um den ehemaligen Studentenführer Albin Kurti, dessen Meinung von den westlichen Besatzern, eindeutig ist: „Die UNMIK, die uns Demokratie predigt, ist selbst eine undemokratische neokoloniale Institution. [...] Die UNMIK hat die absolute Macht in Kosova, es gibt keine Institution, die nicht von ihr geschaffen und kontrolliert wird. Die Resultate sind klar, wir sind das ärmste Gebiet in Europa. Die UNMIK plündert unser Land aus und sie verweigert uns das Selbstbestimmungsrecht.“⁴⁵⁴ Vor diesem Hintergrund organisierte „Vetevendosje“ zusammen mit anderen Gruppen am 10. Februar 2007 Proteste, bei denen etwa 3000 Menschen gegen den Ahtisaari-Plan demonstrierten. Bei den darauf folgenden Auseinandersetzungen wurden zwei Menschen durch Gummigeschosse getötet und Albin Kurti kurze Zeit später als Initiator der Demonstration festgenommen.⁴⁵⁵

Noch schlimmer ist die Situation in Afghanistan. Dort befürworten mittlerweile etwa 50% der Bevölkerung Selbstmordanschläge auf die westlichen Truppen.⁴⁵⁶ Diesen Widerstand pauschal, wie es derzeit permanent geschieht, als Terrorismus abzutun, greift jedoch deutlich zu kurz. So gibt die renommierte RAND Corporation an, lediglich 20% der Aufständischen gehörten ideologisch zu den Taliban: „Die Taliban erfahren Unterstützung von Neulingen und Alliierten, die nicht ihre Ideologie teilen, sich aber aus anderen Gründen gegen Kabul, lokale Führer oder die internationale Präsenz stellen und dies unter dem Banner der Taliban tun. Es gibt fluide Allianzen und Absprachen auf der lokalen Ebene, wenn auch mit wenig Kohärenz und Kohäsion.“⁴⁵⁷ Selbst der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes, Bernhard Gertz, räumt diesen Sachverhalt offen ein: „Wir haben uns getäuscht in

⁴⁵² Pape, Robert: The Strategic Logic of Suicide Terrorism, in: American Political Science Review, Vol. 97, No. 3 (August 2003), S. 343-361, S. 345, 357.

⁴⁵³ Pany, Thomas: „Der Irak-Krieg hat es schlimmer gemacht“, Telepolis, 25.09.2006.

⁴⁵⁴ Brym, Max: „Die UNMIK ist gegen die Einwohner Kosovos“. Albin Kurti in Kline: Erstmals keine Festnahmen, in: trend info partisan, 08/2005.

⁴⁵⁵ Tote nach Protesten gegen Kosovo-Plan, oe24, 11.02.2007. Betont werden muss hierbei, dass „Vetevendosje“ nicht notwendigerweise progressive Ziele verfolgt. Besonders kritisch ist dabei, dass sich die Organisation gegen umfassende Minderheitenrechte und für eine Vereinigung des Kosovo mit Albanien und für den Anschluss von Teilen Mazedoniens, Montenegros und Griechenlands einsetzt. Vgl. Selbstbestimmung, German-Foreign-Policy.com, 13.02.2007; Oschlies, Wolf: Albin Kurti: Mit wohlbekannten Methoden auf dem Weg nach Groß-Albanien, in: Eurasisches Magazin, 30.07.2006.

⁴⁵⁶ Senils Council 2006.

⁴⁵⁷ Ahmed, Samina: Are We Learning? Military Engagement - The Taliban, Past and Present, in: Cheryl, Benard u.a.: Afghanistan - State and Society, Great Power Politics, and the Way Ahead Findings from an International Conference, Copenhagen, Denmark, 2007.

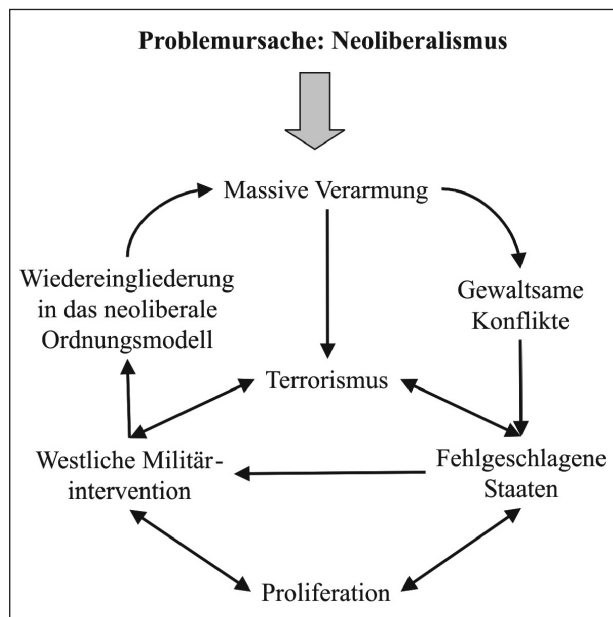
⁴⁴⁹ Defense Science Board 2004, S. 27.

⁴⁵⁰ Reinhardt, Dieter/Rolf, Claudia: Humanitäre Hilfe und vergessene Katastrophen, INEF Policy Brief 1/2006.

⁴⁵¹ Görg, Christoph: Ein neuer Imperialismus? Teil I, in: Sand im Getriebe 32/2004, S. 10-14.

der Resonanz unserer Bemühungen. Kabul ist nicht nur die Region, in der wir heftig präsent sind, sondern die auch am meisten profitiert hat. Wenn da ein Ereignis wie ein Verkehrsunfall genügt, um eine Kettenreaktion auszulösen, dann ist die Annahme, die Masse der Bevölkerung stünde hinter Präsident Hamid Karsai und den Isaf-Truppen, nicht ganz zutreffend. Es sind nicht nur wenige entschlossene Terroristen, die uns bedrohen. Viele Afghanen stehen als Unterstützer zur Verfügung.“⁴⁵⁸

Dabei ist es nahe liegend, dass sich der Widerstand nicht ewig ausschließlich gegen die Truppen vor Ort, sondern irgendwann auch gegen die Bevölkerung der Besatzerstaaten richten wird, wie indirekt auch von BND-Chef Ernst Uhrlau bestätigt wird: „Deutschland rückte und rückt aufgrund seines markanten außen- und sicherheitspolitischen Profils verstärkt ins Zielspektrum terroristischer Anschläge.“⁴⁵⁹ Genau hiermit wird aber zynischerweise die Ausweitung militärisch-repressiver Aktivitäten gegen Globalisierungskritiker im Inland legitimiert, was auf ein weiteres Charakteristikum des Neoliberalen Kolonialismus hindeutet: dass sich die Radikalisierung des Militärischen zunehmend auch gegen die Bevölkerung im Zentrum bzw. gegen ihre marginalisierten Teile richtet.



Grafik 5 Alternative Bedrohungsanalyse unter Berücksichtigung der Folgen von Neoliberalismus und Armut

Einen bitteren Vorgeschmack auf das, was droht, sollte der derzeitige Kurs fortgesetzt werden, liefert Parameters, die Zeitschrift des amerikanischen Heeres: „Die Zukunft der Kriegsführung liegt in den Straßen, Abwasserkanälen, Hochhäusern und dem Häusermeer, aus denen die zerstörten Städte der Welt bestehen. [...] Unsere jüngste Militärgeschichte ist gespickt mit Städtenamen wie Tuzla, Mogadischu, Los Angeles,

Beirut, Panama City, Hué, Saigon, Santo Domingo – aber diese Zusammenstöße sind nur der Prolog des eigentlichen Dramas, das uns noch bevorsteht.“⁴⁶⁰ Eine effektive Lösung globalisierungsbedingter Konflikte kann nur erreicht werden, wenn nicht militärisch Symptome bekämpft werden, sondern an den Ursachen angesetzt wird (siehe Grafik 5): „Worauf es letztlich ankommt, erklärte der kanadische Ökonom Robert Wade sechs Monate vor dem 11. September 2001 im ‚Economist‘: ‚Die Welt teilt sich zusehends in eine Zone des Friedens und eine Zone des Aufruhrs. So entsteht eine Menge von arbeitslosen und zornigen jungen Leuten, denen die neuen Informationstechnologien die Mittel verleihen, nicht nur die Stabilität der Gesellschaften zu bedrohen, in denen sie leben. Irgendwann werden sie auch die Stabilität der Staaten aus der Wohlstandszone erschüttern.‘ Früher oder später, so forderte Wade, müsse darum ‚die Verteilungsfrage auf die Weltagenda gesetzt‘ werden. Dieser Zeitpunkt ist nun gekommen.“⁴⁶¹

Der wahre moralisch-sicherheitspolitische Imperativ unserer Zeit besteht somit in der Abkehr vom neoliberalen Projekt und einer umfassenden Abrüstung. Die so gesparten Ressourcen könnten in eine effektive Armutsbekämpfung umgeleitet und so ein wirklicher Beitrag zur Vorbeugung und Beilegung von Konflikten geleistet werden. Darüber hinaus muss auch darüber nachgedacht werden, ob sich die Entwicklungsarbeit nicht grundsätzlich einen neuen Schwerpunkt suchen sollte. So betont eine Studie von Coopération Internationale pour le Développement et la Solidarité (CIDSE) richtigerweise, dass gegenwärtige Ansätze „der Illusion anhängen, dass Probleme gelöst werden könnten, ohne die fundamentale globale Ungerechtigkeit, Machtungleichgewichte und Praktiken wie den Waffenhandel zu verändern, die Konflikte anheizen und zu Unsicherheit beitragen. CIDSE sieht in der Veränderung der strukturellen Ursachen von Armut und globaler Ungerechtigkeit zentrale Elemente seiner Entwicklungsarbeit. Daraus folgt, dass wir nicht glauben, dass globale Sicherheit ohne Veränderungen im Norden erreichbar sein wird.“⁴⁶²

⁴⁵⁸ Afghanistan – Angst vor zweitem Irak, Tagesspiegel.de, 31.05.2006.

⁴⁵⁹ „Trügerische Ruhe“, FAZ.net, 20.11.2006.

⁴⁶⁰ Davis, Mike: Planet der Slums, Hamburg 2007.

⁴⁶¹ Schumann, Harald: Die wahren Globalisierungsgegner, in ApuZ, B13-14/2003, S. 24-30, S. 30.

⁴⁶² CIDSE 2006, S. 4.

8. Fazit: Plädoyer für eine systemkritische Fokussierung der Entwicklungspolitik

Natürlich muss sich die Entwicklungshilfe fragen lassen, ob sie nicht, angesichts des Versagens, die Armut effektiv zu bekämpfen, neue Wege beschreiten muss. Da aber die Armut in der Dritten Welt nicht losgelöst vom Kolonialismus und den seither fortbestehenden Ausbeutungsstrukturen gesehen werden kann⁴⁶³, ist es umso absurder, eine Renaissance kolonialer Praktiken auch und gerade in der Entwicklungspolitik einleiten zu wollen. Sich zum Komplize des neoliberalen State Building zu machen, heißt, bewusst die Armut zu perpetuieren⁴⁶⁴: „Entwicklungshilfe hat die Grenzen aus der Kolonialzeit aufrechterhalten, den Afrikanern die Wirtschaftssysteme der Industrieländer oktroyiert und ihnen so die Chance genommen, ihren Entwicklungsweg zu bestimmen.“⁴⁶⁵

Unbestreitbar hat die Entwicklungshilfe zu wenig zur Armutsbekämpfung beigetragen.⁴⁶⁶ Doch selbst wenn die Entwicklungshilfe gut gemeint und gut gemacht würde, sollte man sich keinerlei Illusionen über die Reichweite und Relevanz der diesbezüglichen Möglichkeiten hingeben: „Im Vergleich zum Weltwirtschaftssystem hat 'Entwicklungshilfe' nur marginalen Einfluss.“⁴⁶⁷

Deshalb stellt sich die fundamentale Frage, ob angesichts der Tatsache, dass es schlicht unmöglich ist, die negativen Auswirkungen der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung vor Ort in größerem Maße abzumildern zu können, nicht das Problem radikal an der Wurzel angepackt werden müsste und hierauf sämtliche Anstrengungen konzentriert werden sollten: „Der Mangel an weltweiter Gerechtigkeit tut dem Leben von Milliarden Menschen täglich Gewalt an. [...] Und das erfordert Strukturveränderungen in der Weltwirtschaft und in der internationalen Politik, die den Abstand zwischen Reich und Arm verringern. Dieser nämlich ist, nebenbei bemerkt, in den vergangenen Jahren immer größer geworden. Erst wenn dies geschafft ist, wird es sozialen Frieden in der Welt geben. Und ohne sozialen Frieden ist Sicherheit schwer vorstellbar.“⁴⁶⁸ Dies erfordert aber eine systemkritische Fokussierung der Entwicklungspolitik, die es sich zur Hauptaufgabe macht, den im Norden liegenden Armutsursachen durch eine Veränderung der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung entgegenzuarbeiten.

⁴⁶³ „Zu Rousseaus Zeiten – so scheint es nach der Datenlage – war die ökonomische Ungleichheit zwischen den Weltregionen noch gering. Geringer jedenfalls als innerhalb der einzelnen Länder. Nach 1800 änderte sich das gründlich, und um 1900 herum betrug das Verhältnis zwischen dem durchschnittlichen Einkommensniveau in den reichen Ländern des ‚Nordens‘ und dem in den armen Ländern des ‚Südens‘ bereits 1 : 4. Ein Jahrhundert später, in der Ära der Globalisierung, haben wir ein Verhältnis von 1 : 30.“ Vgl. Krätke, Michael R.: Die Armen und die Superreichen, Freitag 02/2007.

⁴⁶⁴ Zu dem direkten Beitrag, den der Neoliberalismus zur Verschärfung der Armut leistet: Die Millennium-Entwicklungsziele in der handelspolitischen Praxis: Ende der Armut in Sicht?, Bonn 2007, URL: http://www.forum-ue.de/fileadmin/userupload/publikationen/allg_2007_mdg.pdf (eingesehen 19.08.2007).

⁴⁶⁵ Shikwati 2006.

⁴⁶⁶ Vgl. The EU's Footprint in the South: Does European Community development cooperation make a difference for the poor?, CIDSE-Report, März 2007.

⁴⁶⁷ Haug, Thomas: Entwicklung? ... Hilfe? – hinter den Kulissen von 'Entwicklungshilfe', o.O., o.J., URL: <http://www.emanzipart.de/Hinter%20den%20Kulissen%20von%20Entwicklungshilfe.pdf> (eingesehen 08.08.2007), S. 5.

⁴⁶⁸ Füllkrug-Weitzel, Cornelia: Entwicklungspolitik im Windschatten militärischer Interventionen?, in: Der Überblick, Nr. 3/2004.

**9. Parlamentarische Initiativen
der Bundestagsfraktion DIE LINKE.:**

Antrag der Fraktion DIE LINKE, 16/8881

Konsequente Energiewende statt Militarisierung der
Energieaußenpolitik

Antrag der Fraktion DIE LINKE, 16/7473

EU-AKP-Abkommen: Faire Handelspolitik statt
Freihandelsdiktat

**Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE
zur Beratung des Antrags der Bundesregierung,
16/5618** Fortsetzung des Einsatzes deutscher Streit-
kräfte zur Unterstützung der Überwachungsmission
AMIS der Afrikanischen Union (AU) in der Region
Darfur/Sudan

**Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE und
Antwort der Bundesregierung, 16/4923**

Anrechnung der Ausgaben für den Kongo-Einsatz
auf die ODA-Quote

Antrag der Fraktion DIE LINKE, 16/4490

Keine Unterstützung von Militäreinsätzen aus dem
Europäischen Entwicklungsfonds

Antrag der Fraktion DIE LINKE, 16/4410

Für eine Afrika-Politik im Interesse der
afrikanischen Bevölkerungsmehrheit

**Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE und
Antwort der Bundesregierung, 16/3673**

Zivil-militärische Zusammenarbeit

Antrag der Fraktion DIE LINKE, 16/3620

Für einen europäischen zivilen Friedensdienst

Antrag der Fraktion DIE LINKE, 16/3193

Für solidarische und entwicklungspolitisch
kohärente Wirtschaftspartnerschaftsabkommen

**Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Wirt-
schaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auf
Veranlassung der Fraktion DIE LINKE, 25.10.2006**

Zivil-militärische Zusammenarbeit

Bibliographie

A Human Security Doctrine for Europe - The Barcelona Report of the Study Group on Europe's Security Capabilities, 2004.

A more secure world: Our shared responsibility Report of the High-level Panel on Threats, Challenges and Change, 2004.

Ahmed, Samina: Are We Learning? Military Engagement - The Taliban, Past and Present, in: Cheryl, Benard u.a.: Afghanistan - State and Society, Great Power Politics, and the Way Ahead Findings from an International Conference, Copenhagen, Denmark, 2007.

Afghanistan NGO Safety Office, ANSO Quarterly Data Report (Q. 1-2008), URL: http://www.humansecuritygateway.info/documents/ANSO_quarterlydatareport_Jan-March2008.pdf (eingesehen 08.09.2008).

Afghanistan: Wirtschaft, Auswärtiges Amt, Dezember 2007, URL: <http://tinyurl.com/3wwu6q> (09.09.2008).

Afghanistan Human Development Report 2007 - Bridging Modernity and Tradition: Rule of Law and the Search for Justice, UNDP 2007.

Afghanistan - Angst vor zweitem Irak, Tagesspiegel.de, 31.05.2006.

AFRICAN UNION COMMISSION - EUROPEAN COMMISSION: FINANCIAL SUPPORT. The European Commission - African Union Commission partnership, URL: [http://www.africa-union.org/root/AU/Conferences/Past/2006/October/EU-AU/Financial%20support%20DER%20\(2\).doc](http://www.africa-union.org/root/AU/Conferences/Past/2006/October/EU-AU/Financial%20support%20DER%20(2).doc) (eingesehen 20.08.2007).

Antwort der Bundesregierung zur Anfrage "Militärischer Kurswechsel in Afghanistan - Fragen zu den geplanten Änderungen des Beitrags der Bundeswehr", 04.03.2008, URL: <http://www.nachtwelt.de/index.php/articles/664> (eingesehen 09.09.2008).

Aktionsplan "Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung", Berlin, 12. Mai 2004.

Allen, Tom/Gavas, Mikaela: The Slow Death of EC Aid for Development, the networker April 2006, URL: <http://www.bond.org.uk/networker/2006/april06/ecaid.htm> (eingesehen 12.06.2007).

Alnasseri, Sabah: Imperial(istisch)e Kriege und Kantonisierung oder: die Internationalisierung peripherer Staaten, in: Peripherie, 96/2004.

Alte Hegemonie und Neue Kriege: Herfried Münkler und Dieter Senghaas im Streitgespräch, in: Blätter für deutsch und internationale Politik 5/2004, S. 539-552.

Altmann, Franz-Lothar: Südosteuropa und die Sicherung der Energieversorgung der EU, SWP-Studie 2007/01.

Altwater, Elmar: S.O.S. Europa, Freitag 51/52/2005.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Heike Hänsel, Monika Knoche, Paul Schäfer (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. - Drucksache 16/3385.

Asmus, Ronald: Rethinking NATO Partnerships for the 21st Century, in: NATO Review (März 2008).

Aufregung um Tschad-Einsatz: Militärische Mission als "Entwicklungshilfe" verrechnet, news.at o.j., URL: http://www.news.at/articles/0816/10/208252_s2/aufregung-tschad-einsatz-militaerische-mission-entwicklungshilfe (eingesehen 14.10.2008).

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten: BE-RICT über die externe Dimension der Bekämpfung des Terrorismus (2006/2032(INI)), ENDGÜLTIG A6-0441/2006 (Berichterstatte Luis Yanez-Barnuevo Garcia).

Auswärtiges Amt: Deutschland globales Engagement, URL: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Broschueren/GlobalesEngagement.pdf> (eingesehen 13.07.2007).

Auty, Richard M.: Sustaining Development in Mineral Economies: The Resource Curse Thesis. London 1993.

Bain, William: The Political Theory of Trusteeship and the Twilight of International Equality, in: International Relations, Vol 17, No. 1 (2003), S. 59-77.

Bajohr, Ulrike: Deutschland und das State Building in Afghanistan, 10. Oktober 2005, URL: http://www.fernuni-hagen.de/imperia/md/content/politikwissenschaft/ha_bajohr.pdf (eingesehen 02.08.2007).

Baraki, Matin: Afghanistan nach den Taliban, in: Apuz 48/2004.

Baraki, Matin: Zerfallendes Protektorat, Junge Welt, 11.11.2006.

Barnett, Michael: Building a Republican Peace: Stabilizing States after War, International Security. Vol. 30, No. 4 (Spring 2006), pp. 87-112.

Barnier, Michel: Für eine europäische Katastrophenschutztruppe: europe aid, Mai 2006.

Barone, Michael: Thomas Barnett's Blueprint for Action, USNEWS, 15.11.2005.

Baumgard, Frank: Zivil-Militärische Zusammenarbeit in der Bundeswehr, in: Wehrtechnik V/2008, 96-105.

Beck, Ulrich: Über den postnationalen Krieg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/1999, S. 984-990.

Bendiek, Annegret/Whitney-Steele, Hannah: Wein predigen und Wasser ausschenken. Die Finanzierung der EU-Außenpolitik. SWP-Aktuell 2006/A 31, Juli 2006.

Berdal, Mats: "How 'New' Are 'New Wars'?", in: Global Governance 9 (2003), S. 477-502.

BERICHT zur Zukunft des Kosovo und die Rolle der EU (2006/2267(INI)), ENDGÜLTIG A6-0067/2007.

Bericht des Generalsekretärs: In größerer Freiheit: Auf dem Weg zu Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechten für alle", Generalversammlung der Vereinten Nationen, 59. Tagung, Tagungsordnungspunkte 45 und 55, A/59/2005, 21. März 2005.

Bericht des Vorsitizes an den Europäischen Rat über die Maßnahmen der EU im Bereich der Konfliktverhütung, einschließlich der Umsetzung des EU-Programms zur Verhütung gewaltsamer Konflikte, Brüssel, den 19. Juni 2007 (11013/07).

Bertelsmann Transformationsindex: Afghanistan, URL: http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/laendergutachten/asien_ozeanien/Afghanistan.pdf (10.09.2008).

Bertram, Christoph: Abschied vom Krieg, in: NATO Review (Frühjahr 2006).

Bianchi, Stefania: War on Terror 'Threatens Aid', IPS 25.03.2004.

Bilgin, Pinar/Morton, Adam: Rethinking State Failure: The Political Economy of Security, in: Lambach, Daniel/Debiel, Tobias (Eds.): State Failure Revisited I: Globalization of Security and Neighborhood Effects, INEF Report 87/2007, S. 7-31.

Binnedijk, Hans/Petersen, Friis: The Comprehensive Approach Initiative, Defense Horizons (September 2007).

Binnendijk, Hans/Johnson, Stuart (eds.): Transforming for Stabilization and Reconstruction Operations, National Defense University Center for Technology and National Security Policy, April 2004.

Bonse, Eric: Europäische Union. Imperium ohne Volk, Handelsblatt, 21.03.2007.

Boot, Max: The Struggle to Transform the Military, in: Foreign Affairs, March/April 2005, S. 103-118.

Brand, Ulrich: Globalisierung als Projekt und Prozess, in: AUSDRUCK - Das IML-Magazin (Februar 2004), S. 3-7.

Bricke, Monika: Zivil dem Frieden dienen. Alternative zu militärischem Eingreifen oder zivil-militärische Kooperation?, in: Blätter des iz3w, Juni 2005.

Brym, Max: "Die UNMIK ist gegen die Einwohner Kosovos". Albin Kurti in Kline: Erstmals keine Festnahmen, in: trend info partisan, 08/2005.

Brym, Max: Joachim Rücker Chef in Kosova/o, Linkezeitung.de, 31.01.2007. Brzoska, Michael: Wie werden wir die nächsten hundert Jahre überleben?, Zeit Online, 17.08.2006.

Brym, Max: Soziale Grausamkeiten, kosova-aktuell.de, 23.03.2007.

Brzoska, Michael: Analyse und Empfehlungen zur internationalen Erfassung von sicherheitsrelevanten Ausgaben innerhalb und außerhalb der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA), BICC paper 53/2006.

Buchanan, Allen/Keohane, Robert O.: The Preventive Use of Force: A Cosmopolitan Institutional Proposal, o.O, o.j., URL: http://islandia.law.yale.edu/hathaway/files/001-022_buch_keo.pdf (eingesehen 03.04.2007).

Bucharest Summit Declaration. Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Bucharest on 3 April 2008.

Bundesamt für Außenwirtschaft: Wirtschaftsentwicklung 2006, 27.11.2006, URL: <http://tinyurl.com/43m65p> (08.09.2008).

Bundesagentur für Außenwirtschaft: Wirtschaftsentwicklung Afghanistan 2006, URL: http://www.bfai.de/DE/Content/___SharedDocs/Links-Einzeldokumente-Datenbanken/fachdokument.html?Ident=MKT20061123135733 (eingesehen 18.08.2007).

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Zum Verhältnis von entwicklungspolitischen und militärischen Antworten auf neue sicherheitspolitische Herausforderungen, BMZ Diskurs 001, Mai 2004, S. 6 (zit. als BMZ-Diskurs 2004).

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Ankerländer - Partner für globale Entwicklung. Ein Positionspapier des BMZ, Dezember 2004.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Übersektorales Konzept zur Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung in der deutschen Entwicklungszusam-

menarbeit. Eine Strategie zur Friedensentwicklung (Strategy for Peacebuilding), Juni 2005, S. 9 (zit. als BMZ-Strategie zur Friedensentwicklung 2005).

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2006/2007.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Entwicklungsorientierte Transformation bei fragiler Staatlichkeit und schlechter Regierungsführung, BMZ Konzepte 149, März 2007.

Bullock, Todd: USAID Announces New Office of Military Affairs, Washington File, 24.10.2005..

Burghardt, Diana/Pietz, Tobias: Themenbereiche und Konfliktfelder zivil-militärischer Beziehungen, BICC-Handreichung November 2006.

Buro, Andreas: CIMIC - ein brisanter Cocktail, in: FriedensForum 4/2004.

Buzan, Barry/Weaver, Ole/Wilde, Jaap de: Security: A New Framework for Analysis, Boulder 1998.

Cameron, Fraser: Europas neue Sicherheitsstrategie, in: Internationale Politik, 1/2004, S. 39-50.

Caplan, Richard: A New Trusteeship? The International Administration of War-Torn Territories, Oxford: Adelphi Papers 341/2002.

Caritas fordert Strategiewechsel für Afghanistan, 10. Juni 2008.

Carpenter, Ted Galen: The Imperial Lure: Nation Building as a US Response to Terrorism, Mediterranean Quarterly, Vol. 17, No. 1, Winter 2006, S. 34-47.

Civil-military cooperation (CIMIC), NATO, URL: <http://www.nato.int/ims/docu/cimic.htm> (eingesehen 09.09.2008).

CDU will Bundeswehr aus Entwicklungshilfe-Etat bezahlen, Spiegel Online, 08.09.2006, URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,435912,00.html> (eingesehen 12.06.2007).

Chanaa, Jane: Arms sales and development: making the critical connection, in: Development in Practice, Volume 15, Issue 5, August 2005, S. 710-716.

Chandler, David: Back to the future?, in: Review of International Studies, 32/2006, S. 475-494.

Chang, Ha-Joon: Kicking Away the Ladder: The "Real" History of Free Trade, FPIF, Special Report, Dezember 2003.

Chojnacki, Sven: Wandel der Kriegeformen? - Ein kritischer Literaturbericht, in: Leviathan, 3/2004, S. 402-424.

Christian Aid: The Politics of Poverty. Aid in the New Cold War, 2004.

CIDSE Study on Security and Development, Reflection Paper, January 2006.

Comprehensive Political Guidance. Endorsed by NATO Heads of State and Government on 29 November 2006.

Constitutional Framework for Provisional Self-Governnment in Kosovo, UNMIK/REG/2001/9, 15 May 2001.

Collier, Paul: Breaking the conflict trap, World Bank Policy Research Report 2003.

Cooper, Robert: The Post-Modern State, in: Leonard, Mark (ed.): Re-Ordering the World, London 2002, S. 11-20.

Cooper, Robert: The Next Empire, Prospect, October 2001.

COUNCIL OF THE EUROPEAN UNION: Council Conclusions on Somalia 2776th EXTERNAL RELATIONS Council meeting Brussels, 22 January 2007.

Council on Foreign Relations: In the Wake of War: Improving US Post-Conflict Capabilities, Independent Task Force Report 55, July 2005.

Cotonou Working Group: Report of Seminar on the ACP-EU-Partnership Agreement, Brüssel, 20.10.2003.

Cosgrave, John: The impact of the war on terror on aid flows, Action Aid, April 2007, URL: http://www.actionaid.org/docs/terror_aid.pdf (eingesehen 14.08.2007).

Croissant, Aurel/Hartmann, Hauke: Der Kampf der Kulturen findet nicht statt, Frankfurter Rundschau, 21.11. 2006;

Croll, Peter J., Vortrag 29./30. Januar 2007, Evangelische Akademie Bad Boll: Entwicklungspolitik und Sicherheitspolitik. Zwischen notwendiger Kooperation und unerwünschter Vereinnahmung.

DAC Guidelines and Reference Series: Security System Reform and Governance, OECD 2005.

Das europäische Interesse: Erfolg im Zeitalter der Globalisierung. Mitteilung der Kommission, Brüssel, den 3.10.2007 KOM(2007) 581 endgültig.

Davis, Mike: Planet der Slums, Hamburg 2007.

de Hoop Scheffer/Kamp/van Ardenne-van der Hoeven: The Netherlands and crisis management; three issues of current interest, Den Haag 29.10.2003, URL: http://www.aiv-advies.nl/ContentSuite/template/aiv/adv/collection_single.asp?id=1942&adv_id=268&page=aanvraag&language=UK (eingesehen 17.04.2007).

Decision No 3/2003 of the ACP-EC Council of Ministers on the use of resources from the long-term development envelope of the 9th EDF for the creation of a Peace Facility for Africa.

Defense Science Board 2004, Summer Study on Transition To and From Hostilities, December 2004.

Dehmer, Dagmar: Hauptsache, die Quote steigt, Tagesspiegel, 12.01.2007.

Dempsey, Gary T.: Old Folly in a New Disguise Nation Building to Combat Terrorism, CATO Policy Analysis No. 429, March 2002.

Denison, Andrew: Deutschland in Afghanistan: Woher, Wohin?, Dezember 2006, URL: http://www.aicgs.org/file_manager/streamfile.aspx?path=&name=denison1206.pdf (eingesehen 13.06.2007).

Department of Defense: Military Support for Stability, Security, Transition, and Reconstruction (SSTR) Operations, DIRECTIVE NUMBER 3000.05, November 28, 2005.

Department of State: About S/CRS, URL: <http://www.state.gov/s/crs/c12936.htm> (eingesehen 10.04.2006).

Der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik, Gemeinsame Erklärung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und der Kommission (2006/C 46/01).

Deutscher Anteil CIMIC Group North, Streitkräfteführungskommando, 03.04.2006, URL: <http://tinyurl.com/46m9j5> (eingesehen 08.09.2008).

Deutsche Welthungerhilfe e.V./terre des hommes Deutschland e.V. (Hg.): Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe. Vierzehnter Bericht 2005/2006. Eine kritische Bestandsaufnahme der deutschen Entwicklungspolitik.

Die Bundesregierung: Elemente einer Rohstoffstrategie der Bundesregierung, Stand: März 2007, URL: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/E/elemente-rohstoffstrategie,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf> (24.08.2007).

Die Millennium-Entwicklungsziele in der handelspolitischen Praxis: Ende der Armut in Sicht?, Bonn 2007, URL: http://www.forum-ue.de/fileadmin/userupload/publikationen/allg_2007_mdg.pdf (eingesehen 19.08.2007).

Die Umsetzung des G8-Afrika-Aktionsplans. Bericht zum G8-Gipfel in Gleneagles vom 6.-8. Juli 2005.

„Dimensionen eines Imperiums“, Interview mit José Manuel Barroso, Die Welt, 17.10.2007.

Dobbins, James: Preparing for Nation-Building, Survival, vol. 48, no. 3 (Autumn 2006), pp 27-40.

Dobbins, James: Die Rolle der NATO beim Aufbau von Staatswesen, in: NATO Review (Sommer 2005).

Docena, Herbert: "Shock and Awe" Therapy, in: Focus on the Global South: Destroy and Profit, January 2006.

Draft Summary Record of the 11th Meeting of the CPDC Network, DCD/DAC/CPDC//M(2007)1/PROV, 25 Mai 2007, URL: [http://www.oecd.org/olis/2007doc.nsf/3dce6d82b533cf6ec125685d005300b4/2a96f7373ea7e5d9c12572e6004f2997/\\$FILE/JT03227823.DOC](http://www.oecd.org/olis/2007doc.nsf/3dce6d82b533cf6ec125685d005300b4/2a96f7373ea7e5d9c12572e6004f2997/$FILE/JT03227823.DOC) (eingesehen 13.05.2007).

Duchrow, Ulrich: Der Gott der EU-Verfassung, in: Zeitschrift für Entwicklungspolitik, Heft 5/6/2004.

Ehrke, Michael: Bosnien: Zur politischen Ökonomie erzwungenen Friedens, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, o.J., URL: <http://library.fes.de/pdf-files/id/01456.pdf> (eingesehen 02.08.2007).

Elliesen, Tillmann: Sicherheitslücke, in Entwicklung & Zusammenarbeit 5/2007.

Energie- und Entwicklungspolitik stärker verzahnen, CDU/CSU-Positionspapier, 18.10.2006.

Erhart, Hans-Georg: Sicherheit + Entwicklung = Frieden? Zur Rolle der Entwicklungspolitik in der zivilen ESVP, BICC Konzeptpapier März 2007.

EU aid: genuine leadership or misleading figures? An independent analysis of European Governments' aid levels, Joint European NGO Report April 2006.

EU and Syria Mark End of Negotiations on Association Agreement, News Release No. 144-04, October 19, 2004, URL: <http://www.eurunion.org/News/press/2004/200400144.htm> (eingesehen 18.07.2007).

EU to relaunch ties with Africa amid rising Chinese influence, AFP, 28.06.2007.

Europäische Kommission: Annual Report 2006 on the European Community's Development Policy and the Implementation of External Assistance in 2005, Brüssel 2006.

Europäische Sicherheitsstrategie: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Dezember 2003.

Europe competing in the world, Speech by Peter Mandelson at the Churchill Lecture, Federal Foreign Office, Berlin, 18 September 2006, URL: http://ec.europa.eu/commission_barroso/mandelson/speeches_articles/sppm114_en.htm (eingesehen 03.07.2007).

European Neighbourhood and Partnership Instrument Georgia, Country Strategy Paper 2007-2013, URL: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_csp_georgia_summary_de.pdf (eingesehen 13.05.2007).

European Union, Council Secretariat: EU Military Operation in Eastern Chad and North Eastern Central African Republic (EUFOR Tchad/RCA), Background, January 2008, URL: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressData/en/misc/98416.pdf (eingesehen 18.04.2008).

European Union, Council Secretariat: EU support to the African Union Mission in Darfur - AMIS, Fact Sheet, January 2008, URL: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/080109-Factsheet8-AMISII.pdf> (eingesehen 21.04.2008).

Evangelischer Entwicklungsdienst: Finanzen 2006, URL: <http://www.eed.de/de/de.eed/de.eed.eed/de.eed.eed.finanzen.2007/index.html> (eingesehen 15.08.2007).

Etzioni, Amitai: Sovereignty as Responsibility, in: Orbis, Winter 2005, S. 71-85.

Faust, Jörg/Meissner, Dirk: Entwicklungspolitik als ein Kernelement der europäischen Sicherheitspolitik, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Analysen und Stellungnahmen (3/2004).

Faust, Jörg/Messner, Dirk: Keine Sicherheit ohne pro-aktive Entwicklungspolitik, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, 11/2004.

Fearon, James/Laitin, David: Neotrusteeship and the Problem of Weak States, in: International Security 28/4 (2003).

Ferrero-Waldner, Benita: Europa als globaler Akteur - Aktuelle Schwerpunkte Europäischer Außen- und Nachbarschaftspolitik, Rede bei der Bundesakademie für Sicherheitspolitik Berlin, 24. Januar 2005 (SPEECH/05/30).

Ferrero-Waldner, Benita: Human Security and Aid Effectiveness: The EU's challenges, London, 26 October 2006 (SPEECH/06/636).

Financial Times vom 09.03.2006, einsehbar unter <http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2006-03/artikel-6107319.asp> (13.07.2007).

Foley, Frank: Between Force and Legitimacy: the Worldview of Robert Cooper, EUI-RSCAS Working Paper 2007/09.

Füllkrug-Weitzel, Cornelia: Entwicklungspolitik im Windschatten militärischer Interventionen?, in: Der Überblick, Nr. 3/2004.

Fragen und Antworten zu CIMIC, www.bundeswehr.de (eingesehen 10.12.2006).

Frein, Michael: Neoliberale Politik vereitelt MDGs, in: eins, 15/16/2007.

Frerks, Georg: The Use of Peace Conditionalities in Conflict and Post-conflict settings: A Conceptual Framework and a Checklist, Netherlands Institute of International Relations ('Clingendael'), Conflict Research Unit, October 2006.

Fried, Daniel: NATO: Enlargement and Effectiveness, Testimony Before the Senate Committee on Foreign Relations, Washington, DC, March 11, 2008.

Fukuyama, Francis: Staaten Bauen: Die neue Herausforderung der Internationalen Politik, Berlin 2006.

Gantzel, Klaus Jürgen: Neue Kriege?, in: Friedensgutachten 2002, S. 80-89.

Garnreiter, Franz: Die Enteignung des Südens, isw-Report 65 (April 2006).

Gauster, Markus: Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan. Ein innovatives Instrument des internationalen Krisenmanagements auf dem Prüfstand, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, 11/2006.

Gebauer, Matthias: Parlamentarier fordern Offenlegung des Nato-Geheimplans, Spiegel Online, 11.04.2008.

"Gemeinsam für Deutschland. Mit Mut und Menschlichkeit", Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 16. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, 11.11.2005.

GEMEINSAME AKTION 2004/847/GASP DES RATES vom 9. Dezember 2004 zur Polizeimission der Europäischen Union in Kinshasa (DRK) betreffend die Integrierte Polizeieinheit (EUPOL "Kinshasa").

GEMEINSAME AKTION 2006/913/GASP DES RATES vom 7. Dezember 2006 zur Änderung und Verlängerung der Gemeinsamen Aktion 2004/847/GASP zur Polizeimission der Europäischen Union in Kinshasa (DRK) betreffend die Integrierte Polizeieinheit (EUPOL "Kinshasa").

Gemeinsamer Standpunkt 2004/85/GASP des Rates im Hinblick auf die Vermeidung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten in Afrika, S. L21/27.

Gemeinsames Thesenpapier von Christian Schmidt und Christian Ruck: Vertrauen - Zukunft - Sicherheit. Für eine strategische Orientierung und bessere Verzahnung der deutschen Entwicklungs- und Sicherheitspolitik, 08.02.2005.

Gill, Stephen: Die falsche Antwort auf die amerikanische Frage, in: Prokla, Jg. 34, Nr. 135 (2004), S. 287-297.

Görg, Christoph: Ein neuer Imperialismus? Teil I, in: Sand im Getriebe 32/2004, S. 10-14.

Gray, Colin S.: The Sheriff: America's Defense of the New World Order, Lexington 2004.

Greene, Owen/Vienings, Tracy: Promoting Conflict Sensitive Development Aid in Africa: Issues and Challenges, Conflict Prevention, Management and Reduction in Africa, Paper 6, ohne Jahr.

Goldberg, Jörg: BMZ und Afrika: Profilbildung als Rolle rückwärts, Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, April 2006.

Gowan, Peter: Neoliberal Cosmopolitanism, in: New Left Review, 11 (September-October 2001), S. 79-93.

Grässlin, Jürgen: Den Tod bringen Waffen aus Deutschland, in: Zivilcourage 4/2008.

Greminger, Thomas: Streitkräfte und zivile Akteure in komplexen multilateralen Friedensoperationen, in: Military Power Review, April 2007, S. 6-16.

Großmann, Horst: Die "neuen Kriege", in: DSS-Arbeitspapiere Heft 70, S. 73-84.

Hamann, Birte: Sicherheit und Entwicklung. Veränderungen in der Entwicklungspolitik der USA und Deutschlands angesichts neuer Sicherheitsbedrohungen, Kölner Arbeitspapiere zur internationalen Politik, Nr.30/2005.

Hamm, Peter van: NATO and the Madonna Curve: why a new Strategic Concept is vital, in: NATO Review (März 2008).

Hantke, Martin: Kriegsökonomien und ihre Profiteure - Die Beispiele Kongo und Afghanistan, in: AUSDRUCK - Das IMI-Magazin (Februar 2007)

Hasenclever, Andreas: Liberale Ansätze zum 'demokratischen Frieden', in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der internationalen Beziehungen, Opladen 2003, S. 199-225.

Haug, Thomas: Entwicklung? ... Hilfe? - hinter den Kulissen von 'Entwicklungshilfe', o.O., o.J., URL: <http://www.emanzipart.de/Hinter%20den%20Kulissen%20von%20Entwicklungshilfe.pdf> (eingesehen 08.08.2007).

Haydt, Claudia: Zivilisierung des Militärischen oder Militarisierung des Zivilen?, in: Tobias Pflüger, Tobias/Wagner, Jürgen (Hrsg.): Welt-Macht Europa, Auf dem Weg in weltweite Kriege, VSA-Verlag Hamburg 2006, S: S. 312-323.

Haydt, Claudia: Ein Erfolg für die Militärmacht EU? IMI-Standpunkt 2007/016.

Haydt, Claudia: Out of area - and back again, in: AUSDRUCK - Das IMI-Magazin (Februar 2007).

Hayter, Teresa: Aid as Imperialism, Harmondsworth 1971.

Heine, Roland: Irak: Krieg mit menschlichem Antlitz, Berliner Zeitung, 17.01.2007.

Hehir, Aidan: The Myth of the Failed State and the War on Terror: A Challenge to the Conventional Wisdom, in: Journal of Intervention and State Building, Vol. 1, No. 3 (November 2007), S. 307-332.

Henken, Lühr: Bundeswehr am Kongo - Sicherung von Wahlen oder Testfall für EU-Einsätze für Rohstoffe und Einflusszonen?, IMI-Studie 2006/06b.

Herausforderung Nation Building. Überall dort, wo ein Krieg endet, begegnen sich Militärs und Entwicklungshelfer. Dr. Stephan Klingebiel über die Kooperation in Krisengebieten und über Chancen für Afrika, Bundeszentrale für politische Bildung, Januar 2004, URL: http://www.bpb.de/popup/popup_druckversion.html?guid=Q7MF6E (eingesehen 13.04.2007).

Herzinger, Richard: Wo Demokraten schießen, in: Die Zeit, Nr. 25/2003.

Hinsch, Wilfried/Janssen, Dieter: Menschenrechte militärisch schützen, Bonn 2007.

Hoffmann, Claudia: Das Problem der Sicherheit für NGOs in Afghanistan, in: Schmidt, Peter (Hg.): Das internationale Engagement in Afghanistan, SWP Studie, August 2008, S. 49-55.

Hoffmann, Stanley: America Goes Backward, in: New York Review of Books, Vol. 50, No. 10 (2003).

Hudson, Michael: Super Imperialism: The Economic Strategy of American Empire, London 2003 [1972]
Hayter, Teresa: Aid as Imperialism, Harmondsworth 1971.

International Crisis Group: "Intermediate Sovereignty" as a basis for resolving the Kosovo, crisis-Report, 9. November 1998.

Ignatius, David: The colossus ponders a Colonial Office, Daily Star, May 19, 2005.

Javier SOLANA and Louis MICHEL launch EUPOL and reiterate EU support for transition in the Democratic Republic of Congo, Joint Press Release of the EU High Representative for the CFSP and the European Commission Brussels, 30 April 2005 (S174/05).

Judis, John B.: Imperial Amnesia, in: Foreign Policy, July/August 2004, S. 50-59.

- Juhasz, Antonia: Oil, the U.S.-Middle East Free Trade Area and the Bush Agenda, *inthesetimes*, 15.01.2007.
- Jung, Franz-Josef: "Krisenherd Nah/Mittelost - Europas möglicher Beitrag für Frieden und Stabilität", Rede auf der Handelsblattkonferenz am 3. Juli 2007 in Berlin.
- Julien, Barbara: Rethinking neo-liberal state building: building post-conflict development, in: *Development in Practice*, Vol. 18, No. 3 (June 2008).
- Kahl, Martin/Teusch, Ulrich: Sind die 'neuen Kriege' wirklich neu?, in: *Leviathan*, 3/2004, S. 382-401.
- Kaim, Markus: EU battle groups und civilian headline goal - Zielmarken der ESVP, in: Perthes, Volker (Hg.): *Europäische Außen- und Sicherheitspolitik: Aufgaben und Chancen der deutschen Ratspräsidentschaft*, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, 2006, S. 19-22.
- Kaldor, Mary: *Neue und alte Kriege: organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung*, Frankfurt 2000.
- Kanzleiter, Boris: Die erste Kolonie der Europäischen Union, in: *Graswurzelrevolution*, Nr. 317/2007.
- Kaplan, Fred: Do As I Say, Not As I Do, *Slate*, 02.12.05.
- Kartas, Moncef: Post-conflict Peace-building - Is the Hegemony of the 'Good Governance' Discourse Depoliticising the Local?, Draft paper for the Annual Conference of the Nordic International Studies Association (NISA) in Odense, Denmark, from 24-25 Mai 2007.
- Kein Geld für die Armen? Ursachen - Analysen - Alternativen, *Socia Watch Deutschland*, Report Nr. 6/2006.
- Kempin, Ronja: Frankreich und die Annäherung von NATO und EU, *SWP-Aktuell* 34, April 2008.
- Kinzel, Wolf: Afrikanische Sicherheitsarchitektur - ein aktueller Überblick, *GIGA Fokus*, Nr. 1/2007.
- Klever, Martin: Die EU-Entwicklungspolitik zwischen Anspruch und Realität. Europas Verantwortung für den afrikanischen Kontinent, Dissertation, Fakultät der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, November 2006, S. 142.
- Klingbiel, Stephan/Roehder, Katja: Das entwicklungs-politisch-militärische Verhältnis: Der Beginn einer neuen Allianz?, *DIE Analysen und Stellungnahmen*, 1/2004.
- Klingbiel, Stephan: Globaler Aktionismus reicht nicht, in: *Internationale Politik*, August 2006.
- Klose, Gerhard J.: Zivil-militärische Kooperation aus Sicht der Verteidigungspolitik, Vortrag auf den Entwicklungspolitischen Diskussionstagen 2004.
- Klotzle, Kurt: *International Strategies in Fragile States: Expanding the Toolbox?*, CAP Policy-Analysis, No. 1 (March 2006).
- Knuchel, Lars: No Security without Development - No Development without Security: Comments on Current Trends in EU Foreign Policy, development policy briefing 04/2004.
- Kocks, Alexander: The Financing of UN Peace Operations - An Analysis from a Global Public Good Perspective, *INEF-Report* 77/2005.
- Koczy, Ute/Hope, Thilo: Kongoeinsatz nicht aus Entwicklungsetat bezahlen, URL: http://www.ute-koczy.de/cms/default/dok/177/177568.kongoeinsatz_nicht_aus_entwicklungsetat.htm (eingesehen 11.07.2007).
- Köhler, Horst: Wirtschaftliche Entwicklung und Sicherheit, Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz, 11.02.2005.
- KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN: MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DEN RAT: Der EU-Afrika-Dialog, Brüssel, den 23.6.2003 KOM(2003) 316 endgültig (zit. als EU-Afrika-Dialog 2003).
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Anlage zur Mitteilung "Die Governance im Rahmen des Europäischen Konsenses über die Entwicklungspolitik: Schritte für ein harmonisiertes Konzept in der Europäischen Union", {KOM(2006) 421 endgültig}{SEK(2006) 1021}{SEK(2006) 1022}, Brüssel, den 30.8.2006.
- Kongo: Auftrag erfolgreich abgeschlossen, *bundeswehr.de*, 30.11.2006.
- Krasner, Stephen D.: *Sovereignty. Organized Hypocrisy*, Princeton 1999.
- Krasner, Stephen D.: Alternativen zur Souveränität, in: *Internationale Politik* (September 2005), S. 44-53.
- Krätke, Michael R.: Die Armen und die Superreichen, *Freitag* 02/2007.
- Lacher, Wolfram: Iraq: Exception to, or Epitome of Contemporary Post-Conflict Reconstruction?, in: *International Peacekeeping*, Vol. 14, No. 2 (April 2007), S. 237-250.
- Lange, Sascha: Die Bundeswehr in Afghanistan. Personal und technische Ausstattung in der Einsatzrealität; *SWP-Studie* S9, März 2008.
- Laubscher, Michèle: Zurück in die Zukunft, *GSoA Zeitung* März 2005.
- Layne, Christopher: Kant or cant: the myth of the democratic peace, in: *International Security*, Vol. 19, No.2, Fall, 1994, S. 5-49.

Leatherman, Daniel B.: Making Peacekeepers: The Evolution of United States Policy on Stability Operations, Strategic Studies Institute, 15.03.2006.

Lieser, Jürgen: Hilfe als Waffe? Wie die EU Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe in den Dienst der Terrorismusbekämpfung stellen will, Caritas, Mai 2004.

Lieser, Jürgen: Helfer als Handlanger? Humanitäre Hilfe in den Zeiten der neuen Kriege, in: neue caritas, September 2004.

Logan, Justin/Preble, Christopher: Failed States and Flawed Logic, CATO Policy Analysis No. 560, January 11, 2006.

Mahnkopf, Birgit: Neoliberale Globalisierung und Krieg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/2004, S. 47-57.

Mallaby, Sebastian: Relief the Poor? Watch Farming and Textiles, International Herald Tribune, 07.11.2001.

Mann, Sloan: The Integration of Special Operation Forces and USAID in Afghanistan, in: Small Wars Journal August 2008, URL: <http://smallwarsjournal.com/documents/79-mann.pdf> (eingesehen 09.09.2008).

Mollet, Howard: Should Aid Finance Southern Peacekeeping?, the networker, Dezember 2004.

Maass, Citha D.: A Change of Paradigm in Afghanistan, SWP Comments, June 2008.

Marischka, Christoph: Manöver am Congo, IMI-Analyse 2005/016.

Marischka, Christoph: Intelligenter Kolonialismus, in: Wissenschaft und Frieden 4/2005.

Marischka, Christoph/ Wagner, Jürgen: Europas Platz an Afrikas Sonne, in: Pflüger/Wagner: Welt-Macht Europa, Hamburg 2006.

Marischka, Christoph/Pflüger, Tobias: Die EU im Kongo, telepolis, 18.10.2006.

Mark, Lothar, Rede in der 2./3. Lesung zum Haushalt des Auswärtigen Amtes, 22.11.2006, URL: http://www.lothar-mark.de/presse_detail.php?id=1357 (eingesehen 23.08.2007).

Martin, Peter: Entwicklungspolitik im Zeichen des Kampfes gegen den Terrorismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 35-36/2004.

Masala, Carlo: Managing Protectorates: Die vergessene Dimension, in: Politische Studien, Januar/Februar 2007, S. 49-55.

Matthies, Volker: Der vernachlässigte Blick auf den Frieden, in: Der Bürger im Staat, 4/2004, S. 185-190

McGillivray, Mark: Modelling Aid Allocation. Issues, Approaches and Results, World Institute for Development Economics Research (WIDER), Discussion Paper No. 2003/49.

Meaer, Jörg: Souveränität und (politische) Handlungsfähigkeit, URL: <http://www.transforma-online.de/deutsch/transforma2003/papers/meyer.html> (eingesehen 16.01.2007).

Menzel, Ulrich: Wenn die Staaten verschwinden, taz, 30.08.2003.

Meurs, Wim van: Kosovo's Fifth Anniversary - On the Road to Nowhere?, C-A-P Working Paper 01.03.2004.

Micheletti, Pierre: Schutzlose Helfer, in: Le Monde diplomatique (deutsch), Juni 2007.

Milkoreit, Manjana: Die zivile Dimension der Sicherheit ernst nehmen: die NATO als die Organisation für den Wiederaufbau nach einem Konflikt, in: NATO Review (Herbst 2007).

Minxin Pei/Sara Kasper, Lessons from the Past: The American Record on Nation Building, Carnegie Endowment for International Peace, Policy Brief 24, May 2003.

Mitchell, Paul: Das "unabhängige" Kosovo: Anatomie eines westlichen Protektorats, World Socialist Web Site, 05.03.2008.

Militärintervention in Birma: Weisskirchen rudert zurück, ntv, 13.05.2008.

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Stärkung der Katastrophenabwehrkapazitäten der Europäischen Union, Brüssel, 05.03.2008 KOM(2008) 130 endgültig.

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Ein Konzept für Unterstützungsmaßnahmen der Europäischen Gemeinschaft im Bereich Sicherheitssektorreform {SEK(2006) 658}

Multiannual Financial Framework 2007-2013: Subject: Heading 4 - Further information on Official Development Aid, Fiche no. 104, 08.03.2006, URL: http://www.europarl.europa.eu/meet-docs/2004_2009/documents/dv/fiche_revised_updat/fiche_revised_updated.pdf (eingesehen 07.06.2007).

Münkler, Herfried: Die neuen Kriege, Bonn 2002.

Münkler, Herfried: Das imperiale Europa, in: Die Welt, 29.10.2004.

Münkler, Herfried: Imperien, Bonn 2005

Nachtwei, Winfried: Aktionsplan Krisenprävention: Großer Fortschritt an Friedensfähigkeit, URL: http://www.nachtwei.de/pdf/ak_plan_ziv_wn.pdf (eingesehen 15.10.06).

NATO: Progress in Afghanistan, Bucharest Summit 2-4 April 2008, URL: http://www.nato.int/isaf/docu/epub/pdf/progress_afghanistan.pdf (eingesehen 10.09.12008).

NATO-Parlamentarierversammlung: NATO's Future Political Agenda, 063 PC 08 E, URL: <http://www.nato-pa.int/Default.asp?SHORTCUT=1470> (eingesehen 09.09.2008).

Nau, Henry: A Conservative Grand Strategy for America, in: ders./Shambaugh, David (eds.): Divided Diplomacy and the Next Administration, Washington 2004.

Naumann, Klaus/Shalikashvili, John/Lord Inge/Lanxade, Jacques/Breemen, Henk van den: Towards a Grand Strategy for an Uncertain World: Renewing Transatlantic Partnership, URL: [http://www.worldsecuritynetwork.com/documents/3eproefGrandStrat\(b\).pdf](http://www.worldsecuritynetwork.com/documents/3eproefGrandStrat(b).pdf) (eingesehen 21.01.2008).

Nawa, Fariba: Afghanistan Inc., Oakland 2006.

Newmann, Edward: The 'New Wars' Debate: A Historical Perspective Is Needed, in: Security Dialogue, Vol. 35, No. 2 (2004), S. 173-189.

Nielebock, Thomas: Der Friede zwischen den Demokratien: Friede den Palästen, Krieg den Hütten?, in: Rittberger, Volker (Hg.): Weltpolitik heute, Baden-Baden 2004.

Nitzschke, Heiko/Wittig, Peter: UN-Friedenssicherung: Herausforderungen an die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, in: Vereinte Nationen 3/2007, S. 89-95.

Noetzel, Timo/Schreer, Benjamin: Strategien zur Aufstandsbekämpfung, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell, Januar 2008.

Noetzel, Timo/Zapfe, Martin: Aufstandsbekämpfung als Auftrag: Instrumente und Planungsstrukturen für den ISAF-Einsatz, SWP-Studie 2008/S 13, Mai 2008.

Nowels, Larry/Veillette, Connie: Restructuring U.S. Foreign Aid: The Role of the Director of Foreign Assistance, CRS Report for Congress, Updated September 8, 2006.

Nordafrika Mittelost Initiative der Deutschen Wirtschaft, Pressemitteilung, Berlin, 10.02.05, URL: http://www.bdi-online.de/Dokumente/Internationale-Maerkte/NMI-PM_13-05.pdf (eingesehen 03.10.2005).

Note from the Secretary General, Guidance on Integrated Missions, 9 February 2006, URL: [http://www.reliefweb.int/rw/lib.nsf/db900SID/OCHA-6MHKSR/\\$FILE/Note%20of%20Guidance%20on%20Integrated%20Missions.pdf?OpenElement](http://www.reliefweb.int/rw/lib.nsf/db900SID/OCHA-6MHKSR/$FILE/Note%20of%20Guidance%20on%20Integrated%20Missions.pdf?OpenElement) (eingesehen 14.08.2007).

O'Hanlon, Michael/Singer, Peter: The Humanitarian Transformation, in: Survival, Vol. 46, Issue 1, (Spring 2004).

ODA Casebook on Conflict, Peace and Security Activities, DCD/DAC(2007)20, 27.02.2007.

ODA Eligibility of Conflict, Peace and Security Expenditures, High Level Meeting, 3-4 April 2007, DCD/DAC(2007)23/REV1, 22-Mar-2007.

OECD erweitert Entwicklungshilfe-Kriterien, in: Entwicklung & Zusammenarbeit, 6/2004.

OECD-DAC: A Development Co-operation Lens on Terrorism Prevention. Key Entry Points for Action. A DAC Reference Document, 2003.

OECD-DAC Prüfbericht über die Entwicklungszusammenarbeit, 2006.

OECD: Principles for Good International Engagement in Fragile States, April 2007.

Official Afghan Constitution, Artikel 10, URL: <http://arabic.cnn.com/afghanistan/ConstitutionAfghanistan.pdf> (eingesehen 08.09.2008).

Oeter, Stefan: Post-Conflict Peacebuilding, in: Friedenswarte, Nr. 1-2/2005, S. 41-60.

OEZA Bericht 2004/2005: Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen in Zahlen Teil II, URL: http://www.ada.gv.at/up-media/2531_oeza_jahresbericht_04_05_teil_ii_web.pdf (eingesehen 17.04.2007).

Peace Support Operations: ein aktives Element der schweizerischen Sicherheitspolitik, ETH Zürich, Juni 2004.

Oschlies, Wolf: Albin Kurti: Mit wohlbekannten Methoden auf dem Weg nach Groß-Albanien, in: Eurasisches Magazin, 30.07.2006.

Padilla, Arnold: Shifting Trends: ODA, Global Security and the MDGs, in: The Reality of Aid 2006: Focus on Conflict, Security and Development, London 2006, S. S. 219-244.

- Pany, Thomas: "Der Irak-Krieg hat es schlimmer gemacht", Telepolis, 25.09.2006.
- Pape, Robert: The Strategic Logic of Suicide Terrorism, in: American Political Science Review, Vol. 97, No. 3 (August 2003), S. 343-361.
- Paris, Ronald: International Peacekeeping and the "mission civilatrice", in: Review of International Studies 28/2002.
- Pedersen, Klaus: Zum eigenen Nutzen. Bundesregierung betreibt Militarisierung der »Entwicklungshilfe«, junge welt, 09.08.2006.
- Pflüger, Tobias: Die angebliche Neutralität der EU-Mission im Tschad ist unglaublich, IMI-Standpunkt 2008/006.
- Pflüger, Tobias: Kongo-Militäreinsatz: Es geht um EU-Interessen, in: Wissenschaft & Frieden 3/2006.
- Pieterse, Nederveen: Globalization or empire, New York 2004.
- Pöcher, Harald: Globalisierung: Die Herausforderung des 21. Jahrhunderts, in: Österreichische Militärische Zeitschrift 2/2006, S. 181-186.
- Polenz, Ruprecht: UN müssen gegenüber Birma Stellung beziehen, Deutschlandfunk, 13.05.2008.
- Politstreit: Gilt der Einsatz im Tschad als Entwicklungshilfe?, Die Presse, 15.04.2008.
- Popovic, Goran: Securitization of EU development policy. To what extent has the EU development policy become securitized in the post-9/11 environment?, Lund University, Spring 2007.
- Posener, Alan: Imperium der Zukunft. Warum Europa Weltmacht werden muss, München 2007.
- Posener, Alan: Empire Europa, in: Internationale Politik (Januar 2006), S. 60-67.
- Power, Samantha: A Problem from Hell: America and the Age of Genocide, New York 2003.
- Pradetto, August: Neue Kriege, in: Gareis, S./Klein, P. (Hg.): Handbuch Militär und Sozialwissenschaft, Opladen 2004, S. 192-202.
- Preuß, Hans-Joachim: Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen zum Thema "Zivilmilitärische Zusammenarbeit" im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung am 25. Oktober 2006, Ausschussdrucksache Nr. 16(19)124.
- Preuß, Hans-Joachim/Radke, Katrin: Akzeptanz durch Neutralität: Die Deutsche Welthungerhilfe ändert ihre Afghanistan-Strategie, in: eins (August 2007).
- Pugh, Michael: The political economy of peacebuilding: a critical theory perspective, in: International Journal of Peace Studies, vol. 10, no. 2 (autumn/winter 2005), S. 23-42.
- Pugh, Michael: Crime and Capitalism in Kosovo's Transformation, Paper presented at ISA Conference, Hawaii, March 2005.
- Putzel, James: The Political Impact of Globalisation and Liberalisation: Evidence Emerging from Crisis States, Crisis States Research Centre LSE November 2004 Discussion Paper no.7.
- Quadrennial Defensive Review (QDR) 2001.
- Reality of Aid: At Stake: Focus on Ending Poverty, URL: http://www.ccic.ca/e/docs/002_aid_roa_2006_focus_on_ending_poverty.pdf (eingesehen 13.08.2007).
- Réforme du secteur de la sécurité en République démocratique du Congo - Mission EUPOL RD Congo, Briefing de Presse, Bruxelles, 3 juillet 2007.
- "Reif für die nächste Stufe", Interview mit Joachim Rücker, Deutschlandradio, 11.01.2007.
- Reinhardt, Dieter: Staatszerfall, Neue Kriege und Bedrohungspotenziale, in: Internationale Politik und Gesellschaft 3/2004, S. 164-176.
- Reinhardt, Dieter: Nation-Building oder Protektorate? Neue Kriege, Staatszerfall und Interventionen in Afghanistan, im Irak und in der Region der Großen Seen, Tagung "Flüchtlinge im 21. Jahrhundert" vom 2.5.-3.5.2005 in der Ev. Akademie Bad Boll.
- Reinhardt, Dieter/Rolf, Claudia: Humanitäre Hilfe und vergessene Katastrophen, INEF Policy Brief 1/2006.
- Reus-Schmitt, Christian: Liberal hierarchy and the licence to use force, in: Review of international studies 31/2005, S. 71-92.
- Rice, Condoleezza:** Transformational Diplomacy, Washington, DC, January 18, 2006.
- Richard N. Haass, Director, Policy Planning Staff,** Remarks to the School of Foreign Service and the Mortara Center for International Studies, Georgetown University Washington, DC January 14, 2003.
- Roberts, Susan/Secor, Anna/Sparke, Matthew: Neoliberal Geopolitics, in: Antipode, Vol. 35, No. 5 (2003), S. 886-897.
- Robinson, Clive: Wessen Sicherheit? Zusammenführung und Eigenständigkeit der Sicherheits- und der Entwicklungspolitik der Europäischen Union. Eine Untersuchung im Auftrag der „Association of World Council of Churches related Development Organisations in Europe (APRODEV), Brüssel, Juni 2005.

Roehder, Katja: Die NATO als Kooperationspartner für die Entwicklungspolitik. Neue Konzeptionen zivil-militärischer Zusammenarbeit, 1. Dezember 2005, La Redoute, Bonn.

Ruck: Partnerschaft mit der Wirtschaft zu einer "Allianz für Entwicklung" ausbauen!, Mitteilung, 23.01.2006, URL: http://www.christian-ruck.de/infopool/presse/2006/pm_240106WirtschaftEZ.pdf (eingesehen 20.08.2007).

Rummel, Reinhardt: Die zivile Komponente der ESVP: reichhaltiges Gestaltungspotential für europäische Krisenintervention, SWP-Studie Juli 2006.

Runge, Peter: Zwischen Distanz und Kooperation. Zum Spannungsverhältnis von Sicherheitspolitik und Entwicklungspolitik, in: INKOTA-Brief 133, September 2005.

Runge, Peter: Helfer in Uniform?, in: Wissenschaft und Frieden, 4/2006.

Rüstungsexportbericht 2007 der GKKE, Bonn/Berlin 2007.

Rüstungsexportbericht 2004 der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), Bonn/Berlin 2004.

Sachs, Jeffrey (Project Director): Investing in Development. A Practical Plan to Achieve the Millennium Development Goals, New York 2005.

Scheffer, David J.: Beyond Occupational Law, The American Journal of International Law, Vol. 97, No. 4 (October 2003), pp. 842-860.

Scheffer, Jaap de Hoop: Die Zukunft der Atlantischen Allianz, Rede am 07.10.2004.

Schetter, Conrad/Glassner, Rainer: Zivil-militärische Grauzone, in: eins: Entwicklungspolitik Information Nord-Süd (August 2007), S. 24-28.

Schilder, Klaus: EU-Entwicklungspolitik - Unter dem Kuratel der Sicherheitspolitik?, Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, 02/2004.

Schmitz, Kathrin: Kontinuität und Innovation in den entwicklungspolitischen Beziehungen der Europäischen Union mit den afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten, o.J., S. 95, URL: http://www.uni-bonn.de/~uholtz/lehmaterial/eu_akp_bez.pdf (eingesehen 20.08.2007).

Schmunk, Michael: Die deutschen Provincial Reconstruction Teams. Ein neues Instrument zum Nation-Building. SWP-Studie, November 2005.

Schumann, Harald: Die wahren Globalisierungsgegner, in ApuZ, B13-14/2003, S. 24-30.

Scott, Cameron: Assessing ISAF: A Baseline Study of NATO's Role in Afghanistan, BASIC, March 2007.

Scowcroft, Brent/Berger, Samuel R.: In the Wake of War. Getting Serious about Nation-Building, in: The National Interest, No. 81, Fall 2005, S. 49-53.

Sebban, Florent: EU aid masks big bully tactics in developing world, URL: <http://www.indymedia.org.uk/en/2007/01/360715.html> (06.08.2007).

Security Sector Reform in the Congo, International Crisis Group, Africa Report N° 104 - 13 February 2006.

Selbstbestimmung, German-Foreign-Policy.com, 13.02.2007.

Senlis Council: Afghanistan Five Years Later: The Return of the Taliban, Spring/Summer 2006.

Serfati, Claude: Militarismus: der bewaffnete Arm der Globalisierung, in: Zeller, Christian (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie, Münster 2004, 21-59.

"Sicherheit und Stabilität durch Krisenprävention gemeinsam stärken". 1. Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans Zivile Krisenprävention, 2006, S. 79 (zit. als Überprüfung Aktionsplan 2006).

Sicherheit: ODA-Kriterien erweitert, in: Entwicklung & Zusammenarbeit 5/2005.

Shikwati, James: Fehlentwicklungshilfe in: Internationale Politik, April 2006.

Simpson, Erin: Security and Development after 9-11: Key issues for Aid, in: au courant, Volume 14, Number 1, Spring 2006.

Simpson, Erin: Two Become One: The Integration of Security and Humanitarian Action, the networker, Juni 2006.

Six, Clemens: Der Europäische Konsens zur Entwicklungspolitik. Die EU als Geberin in veränderten internationalen Beziehungen, Österreichische Forschungsförderung für Entwicklungshilfe, Wien, März 2006.

Söderberg, Susanne, Das amerikanische Empire und die "ausgeschlossenen Staaten", in: Prokla 34/2004, S. 299-319.

Staatssekretär Hans Winkler bei der EU-Afrikanischen Ministerkonferenz zu Migration und Entwicklung, 22.11.2006, URL: <http://tinyurl.com/6yt3to> (eingesehen 21.04.2008).

Standke, Olaf: Berlin liegt am Hindukusch. Die Koalition setzte vor allem auf die "Globalisierung" der Bundeswehr, Neues Deutschland 13.09.2005.

- Statement of Gjis de Vries on Joint Hearing before Congress, 14.09.2004, URL: <http://www.foreignaffairs.house.gov/archives/108/95829.pdf> (eingesehen 02.03.2007).
- Status des Kosovo als EU-Treuhandgebiet, Bundestag-Drucksache 15/2860.
- Stern, Daniel: US-Militär: Bewaffnete Sozialarbeit, WoZ, 17.7.2006.
- Steward, Frances u.a.: Horizontal Inequalities and Conflict: Understanding Group Violence in Multiethnic, Palgrave 2008.
- Stiglitz, Joseph: Die Schatten der Globalisierung, Berlin 2002.
- Stoddard, Abby/Harmer, Adele/Haver, Katherine: Providing Aid in Insecure Environments: Trends in Policy and Operations, HPG Report 23, September 2006.
- Studie belegt Armutsverschärfung durch Freihandel, ngo-online.de, 31.03.2004.
- Sudan: African troops in Darfur need more funding and stronger mandate, says ICG, IRIN News, 26.10.2005.
- Sutter, Patrick: Das Treuhandsystem der Vereinten Nationen als Mittel zum Peacebuilding?, in: Sicherheit und Frieden, 1/2006, S. 26-32.
- Tannous, Isabelle: Schnittstellen von Entwicklung und Sicherheit der EU. Strategien und Mechanismen für mehr Politikkohärenz, BICC, März 2007.
- Taube, Günther: Strategische Partnerschaft, in: Entwicklung & Zusammenarbeit 5/2006.
- Tschad-Einsatz als Entwicklungshilfe: "Mogelpackung", Der Standard, 15.04.2008.
- The EU's Footprint in the South: Does European Community development cooperation make a difference for the poor?, CIDSE-Report, März 2007.
- The fight against terrorism, Programming Guide for Strategy Papers, Programming Fiche, Januar 2006, URL: http://ec.europa.eu/development/How/iqsg/docs/fiches_pdf/F36_terrorism_fin.pdf (eingesehen 14.08.2007).
- The Human rights situation in March 2006 MONUC / Human Rights Division, 08.05.2006, URL: <http://www.monuc.org/News.aspx?newsID=10945> (eingesehen 03.04.2007).
- The White House, National Security Presidential Directive/NSDP-44.
- Thompson, Helen: The Case for External Sovereignty, in: European Journal of International, Vol. 12(2), S. 251-274.
- Thumann, Jürgen R.: Interrelation of Economic Development and Security, Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz, 12.2.2005.
- Thumbs up for privatisation, Interview with Jasper Dick, Managing Director of the Kosovo Trust Agency, in: Focus Kosovo, March 2007.
- Tolksdorf, Dominik: Der westliche Balkan nach dem Ahtisaari-Vorschlag - Handlungsfelder auf dem Weg in die EU, CAP Reform-Spotlight 1/2007.
- Tote nach Protesten gegen Kosovo-Plan, oe24, 11.02.2007.
- Towards a new concept for civil-military cooperation during stabilization operations 2007.
- "Trügerische Ruhe", FAZ.net, 20.11.2006.
- Turner, Mandy: At War's End: Building Peace after Civil Conflict, Cafod 2004, URL: http://www.democratiya.com/review.asp?reviews_id=44 (eingesehen 20.08.2007).
- UN Millennium Project: Investing in Development: A Practical Plan to Achieve the Millennium Development Goals. New York 2005, URL: <http://www.who.int/hdp/publications/4b.pdf> (eingesehen 10.04.2008).
- "Überleben ist unsere Priorität", Interview mit Aminata Traoré, in: Entwicklung & Zusammenarbeit 07/2006.
- UNCTAD: Trade and Development Report 2003.
- Urteil des BVerfG (2 BvE 2/07) (Tornado-Urteil).
- USAID: Fragile States Strategy, January 2005 PD-ACA-999.
- Vaisse, Justin: Transformational Diplomacy, Chaillot Paper Nr. 103, Juni 2007.
- Vankovska, Biljana: The Human Security Doctrine for Europe: A View from Below, in: International Peacekeeping, Vol. 14, No. 2 (April 2007), S. 264-281.
- VENRO-Stellungnahme zum "Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr", Bonn, 30. Oktober 2006.
- VENRO: Nur die halbe Wahrheit. Neue OECD-Daten zur staatlichen Entwicklungszusammenarbeit, Pressemitteilung 10/2007.
- Von Helfern zu Kollaborateuren, German-Foreign-Policy.com, 01.07.2007.

Wadle, Sebastian/Schukraft, Corina: Die Peace Facility for Africa - Europas Antwort auf die Krisen in Afrika?, in: Internationale Politik und Gesellschaft 4/2005, S. 99-119.

Waldman, Matt: Falling Short - Aid Effectiveness in Afghanistan, ACBAR Advocacy Series, Oxfam 2008.

Wagner, Jürgen: Lackmustest Afghanistan, IMI-Studie 2008/11.

Was bedeutet die Lebensmittelkrise in Afghanistan, in: NATO Review, Mai 2008.

Weinstein, Michael: Condoleezza Rice Completes Washington's Geostrategic Shift, PINR-Report, February 2006.

Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Oktober 2006.

Wieczorek-Zeul, Heidemarie: Rede anlässlich des Aktuelle Forums zur Sicherheitspolitik für Chefredakteure und Ressortleiter am 27. Januar 2004 in Berlin zum Thema: "Keine Sicherheit ohne Gerechtigkeit - Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik".

Wiener, John: Iraq isn't the Philippines, Los Angeles Times, 30.08.2006.

Willett, Susan: Development and security in Africa, in: Harris, Geoff (ed.): Achieving Security in Sub-Saharan Africa, Pretoria 2004, S. 101-120.

Wirbel um Finanzierung der Tschad- Mission, Der Standard, 15.04.2008.

Wirtschaftstrends kompakt Afghanistan 2007/08, Bundesamt für Außenwirtschaft, 21.02.2008, URL: https://www.bfai.de/ext/anlagen/PubAnlage_4260.pdf?show=true (eingesehen 09.09.2008).

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung: Globale Umweltveränderungen: Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel, Heidelberg 2008.

"Wir können nicht ewig im Kosovo bleiben", Interview mit Klaus Reinhardt, taz, 29.05.2005.

Wittkovsky, Andreas/Bajraktari, Elinor: A vision for Kosovo's development, in: Focus Kosovo August/September 2005, S. 19/20.

World Summit Outcome Document, G.A. Res. 60/1 139, U.N. Doc. A/60/L.1 (Sept. 20, 2005).

Zelik, Raul: „State Failure“ und „asymmetrische Kriege“ als Paradigmen von Weltordnungspolitik“, in: PROKLA 147 (Juni 2007).

Zimmermann, Andreas/Stahn, Carsten: Yugoslav Territory, United Nations Trusteeship or Sovereign State?, in: Nordic Journal of International Law, No. 70 (2001), S. 423-460.

Zivil-Militärische Zusammenarbeit international, Streitkräftebasis, 26.09.2006, URL: <http://tinyurl.com/4cotcg> (eingesehen 09.09.2008).

Zumach, Andreas: Die fatale Dominanz der militärischen Logik, in: eins, August 2007.

